

Willy Klages

**Die Geheimorganisationen
des globalen
NWO-Terrorimperiums**

**2.000 Jahre Gewaltherrschaft
der
Antichristen
von Oktober 2004
bis Mai 2007**

NWO-Sonderheft Nr. 105



**2.000 Jahre Gewaltherrschaft
der
Antichristen
von Oktober 2004 bis Mai 2007**

NWO-Sonderheft Nr. 105

Terror der Antichristen vom 01.10.2004-31.05.2007

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	Seite
Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen von Oktober 2004 bis Mai 2007	2-96
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	97

Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen von Oktober 2004 bis Mai 2007

Schlimmer als blind sein ist nicht sehen wollen. <i>Lenin, eigentlich Wladimir I. Uljanow (1870-1924, russischer Politiker)</i>
--

2004

Der evangelische Pastor i.R. Eberhard Troeger berichtete später (während des 7. Europäischen Bekenntniskongresses vom 13.-15. Oktober 2004 in Freudenstadt) über den Islam (x917/...):

>>Der Griff des Islam nach Europa

Bei der Beschäftigung mit dem "**Griff des Islam nach Europa**" dürfen wir nicht übersehen: **Der Islam hat ein Programm für Europa**, und zwar nicht nur ein religiöses, sondern auch ein gesellschaftspolitisches und wirtschaftliches Programm.

Die Europäer haben weitgehend noch nicht verstanden, daß der Islam eine umfassende, fast totalitär zu nennende Lebensordnung ist. In diesem Sinne definierte der **Islamrat für Europa** 1980 in London in einer Erklärung den Islam folgendermaßen:

"Der Islam ist ein Glaube, eine Lebensweise und eine Bewegung zur Aufrichtung der islamischen Ordnung in der Welt."

Universal Islamic Declaration, veröffentlicht am 28.4.1980 in der islamischen Zeitschrift **New Horizon** in London, deutsche Übersetzung abgedruckt im **Materialdienst der Ev. Zentralstelle für Weltanschauungsfragen der EKD** Nr. Stuttgart, 1.7.1980, S. 181-184. Hier wird klar ausgedrückt, daß der Griff des Islam nach Europa nicht nur religiös, sondern auch politisch zu verstehen ist.

Wer ist Träger des "Griffs nach Europa"? Der **Islamrat für Europa** spricht von einer "Bewegung", und das trifft die Sache recht gut. Der Islam ist keine Supraorganisation, vergleichbar etwa mit der römisch-katholischen Kirche. Nur unter den ersten vier Kalifen war der Islam ein einheitlicher religiös-staatlicher Herrschaftsraum, für den man auch den Ausdruck "**Haus des Islam**" verwendete. Im Laufe der Geschichte hat sich der Islam aber in eine Fülle unterschiedlich geprägter politischer Herrschaften, religiöser Sekten, theologischer und juristischer Institutionen und bruderschaftlich organisierter Basis-Bewegungen aufgesplittert.

Die werbemäßigen Aktivitäten gingen meistens vom nichtstaatlichen Islam aus. Das waren erstens die jeweiligen oppositionellen Gruppen, z.B. die schiitischen Absplittierungen; es wa-

ren zweitens die Bruderschaften, die zunächst ein religiöses Anliegen hatten, dann aber teilweise politisiert wurden. Inzwischen wurden auch moderne Organisationsformen übernommen. Weltweit werden Vereine, Verbände, Konferenzen usw. gegründet.

Es sind vor allem die nichtstaatlichen Organisationen, die Träger der islamischen Expansion sind. Es gibt aber einige wichtige Ausnahmen: Der iranische Staatsislam, der auf dem sog. Zwölfer-Schiismus basiert, und der staatliche Wahhabismus in Saudi-Arabien setzen sich weltweit mit viel Geld für die Ausbreitung des Islam ein. Auf der politischen Bühne geht zunehmender Einfluß von der **Islamic Conference Organisation (OIC)** aus, dem politischen Zusammenschluß der islamischen geprägten Staaten.

Die **OIC** ist jedoch ein schwerfälliges Gebilde, während die nichtstaatlichen Organisationen sehr mobil agieren. Im Sinne des am Anfang Gesagten haben aber auch die nichtstaatlichen Organisationen eine politische Agenda.

1. Der Griff nach Europa ist ein genuin islamisches Anliegen.

Es ist verkehrt zu meinen, daß nur der moderne Islamismus ein islamisches Europa wolle. Das Ziel eines islamischen Europa basiert vielmehr auf dem **Koran**, nach dem der Islam die wahre Religion für alle Menschen ist. Bereits der Koran läßt auch Christen und Juden und natürlich alle sogenannten Heiden ein, Muslime zu werden. Am Überlegenheitsanspruch des Islam gibt es in keiner islamischen Richtung einen Zweifel. **Der moralisch dekadente Zustand Europas nährt diesen Anspruch.** Für viele Muslime ist Europa ins Heidentum zurückgefallen, und deshalb wird der Islam als Lösung für die Probleme Europas angesehen.

In diesem Zusammenhang sind die koranischen Konzepte von Dauwa und Dschihad zu nennen. Dauwa ist die Einladung, den Islam anzunehmen, und als solche ist sie ein Teil des Dschihad, d.h. des Einsatzes für Allah. Der Dschihad ist umfassend und meint sowohl den Einsatz für den Islam als Allah-Verehrung als auch für den Islam als öffentlich-politische Ordnung: Menschen, die den Islam nicht freiwillig annehmen, können und sollen durch wirtschaftlichen, rechtlichen und politischen Druck dazu bewegt werden.

Ziel des Dschihad ist es, politische Verhältnisse zu schaffen, in denen nichts mehr dem Islam entgegensteht. Früher eroberte man mit dieser Begründung riesige Gebiete - auch in Europa. Heute ist man sich darüber im klaren, daß eine militärische Eroberung Europas keine Option ist, aber man sieht eine Fülle anderer Mittel, dasselbe Ziel zu erreichen (s.u.).

Das Ziel ist also eindeutig, aber die Begründungen, die Erwartungen und die Methoden können bei den einzelnen muslimischen Gruppen sehr unterschiedlich sein. Ich will sie kurz skizzieren:

a. Im 'frommen Islam' geht man davon aus, daß Allah selbst Europa zum Islam bekehren werde, wenn und wann er es will, und daß es den Menschen nicht zustehe, das zu bewerkstelligen. Es ist dieser **quietistische Islam**, der die ganze Geschichte des Islam begleitet hat und der auch heute viele Muslime prägt. Er wird aus den mekkanischen Korantexten gespeist, aber auch aus vielen negativen Erfahrungen, da der Islam im Laufe seiner Geschichte bis heute von vielen Machthabern für ihre eigenen Belange mißbraucht worden ist.

b. Die entgegengesetzte Richtung ist der aktivistische Islam, der sich von den kämpferischen medinensischen Texten des Koran zu Dauwa und Dschihad inspirieren läßt. Er wurde oft durch Angriffe auf den Islam provoziert, z.B. durch die Kreuzzüge, durch die Vertreibung der Muslime aus Spanien, durch den Kolonialismus, durch die christliche Mission, durch den Kommunismus, durch die Verbreitung liberaler und dekadenter westlicher Kultur und nicht zuletzt durch die **Existenz Israels** im Herzen der arabischen Welt. Seit über 100 Jahren ist dieser Islam auf dem Vormarsch und prägt heute das Erscheinungsbild des Islam.

c. Es ist nötig zu sehen, daß der islamische Aktionismus bzw. der sog. Islamismus der Gegenwart viele Gesichter hat. Zwei möchte ich skizzieren. Erstens gibt es Islamisten, die grundsätzlich der Meinung sind, **daß alle Aktion von der islamischen Gemeinschaft und**

ihrer Leitung, d.h. möglichst vom islamischen Staat, ausgehen müsse. Dieser **Islamismus** ist gekennzeichnet durch langfristige Ziele und einen langen Atem: Seine bevorzugten Mittel sind friedliche Werbung für den Islam, Durchdringung der Gesellschaft, wirtschaftliche Maßnahmen und politische Lobbybildung.

Die andere Variante des Islamismus nimmt ein Eigenrecht zum Handeln für sich in Anspruch, d.h. **ein Kämpfen für den Islam** unabhängig vom islamischen Staat. Man wirft den muslimischen Staaten und ihren Führern, aber auch den moderaten Gruppen und Verbänden Feigheit, Anbiederung an den Westen aus Eigennutz und damit Korruption vor. Diese radikalen Islamisten kämpfen also einen Zweifrontenkampf, einerseits gegen den aus ihrer Sicht korrupten Islam und andererseits gegen die Feinde des Islam. Vorbild ist ihnen - und das nicht zu Unrecht - Muhammad, der in Medina nach innen gegen die sog. "Heuchler" und nach außen gegen die Gottlosen in Mekka kämpfte.

Die Methoden dieser radikalen Islamisten sind Revolution und Terror, und sie begründen das damit, daß ihnen als kleiner Minderheit keine andere Wahl bleibt. Sie wollen also die Herrschaft in einem Land durch gewaltsamen Umsturz erreichen, oder, wo das nicht möglich ist, ein Land durch Terror einschüchtern und erschüttern.

d. In Europa agieren bis jetzt vor allem die friedlichen Aktivisten, aber die radikalen Islamisten sind präsent und jederzeit zum Zuschlagen bereit, wie die Terrorakte in Spanien gezeigt haben.

2. Die Ziele und Methoden von Dauwa und Dschihad in Europa.

a. Die islamische Dauwa stellt den Islam als die überlegene religiöse und gesellschaftliche Ordnung dar: Der Islam schaffe Frieden im Leben des Einzelnen und der Gesellschaft und löse die Probleme Europas. Das Christentum dagegen habe in Europa offenkundig versagt.

Diese Meinung wird in vielen Broschüren und Büchern auf den Markt gebracht. Man nützt Dialoge, Fernsehinterviews und Talkshows für die Dauwa. Islamische Radio- und Fernsehsender verbreiten diesen Islam, und man kämpft um Sendezeit in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten.

b. Die Dauwa kämpft gleichzeitig gegen das überwiegend negative Image des Islam in Presse, Fernsehen und Literatur. Man erhebt den Vorwurf der Unkenntnis und der böswärtigen Fälschung und bekräftigt den Anspruch, daß nur Muslime das Recht hätten, den Islam darzustellen. Die kritische Darstellung des Islam wird als "Islamphobie" etikettiert, und man fordert Gesetze gegen die "Diskriminierung". Damit wird im Grunde eine Einschränkung der Meinungsfreiheit gefordert.

c. Die Dauwa-Gruppen arbeiten strategisch vgl. dazu das Strategiepapier von Khurram Murad, Islamic Movement in the West: Reflection on some Issues, The Islamic Foundation, Leicester 1981 und zielstrebig, indem sie Journalisten, Pädagogen und Juristen ausbilden, wobei ihnen große Geldsummen aus Saudi-Arabien und anderen Ländern zur Verfügung stehen. Man versucht, Medienunternehmen aufzukaufen und die öffentliche Meinung im Sinn des Islam zu beeinflussen. Natürlich ist es ein Ziel, die Eliten der Zukunft mitzuprägen.

d. Ein genuin islamisches Aktionsfeld ist der Kampf um die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für das praktische Ausleben des Islam, also das, was unter "islamischer Lebensweise" verstanden wird. Die europäischen Staaten sollen die islamische Kleiderordnung auch im öffentlichen Bereich erlauben, islamische Speisegesetze berücksichtigen, muslimische Feiertage als staatliche Feiertage zulassen sowie das rituelle Gebet während der Arbeitszeit, die Teilnahme am Freitagsgebet während der Arbeitszeit, den Muezzin-Ruf per Lautsprecher, den Bau von Moscheen im Stadtzentrum, das Zinsverbot im Bankwesen usw. genehmigen.

Die Liste ist lang, aber auf vielen dieser Gebiete gibt es eine Kollision mit der europäisch-christlichen Tradition, die den weltlichen Bereich und den geistlichen Bereich zwar nicht

trennt, aber doch als unterschiedliche Sphären betrachtet. "Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist und Gott, was Gottes ist" (Matthäus 22, 21) - dieses Gebot Jesu lehnt der genuine Islam ab. Der Islam will vielmehr die Einheit von religiöser und weltlicher Ordnung. Dies kann konkret nur entweder die Islamisierung eines Staates oder die Schaffung einer islamischen Parallelgesellschaft innerhalb eines säkularen Staates mit dem Ziel der langsamen Ausweitung des islamischen "Herrschaftsbereiches" bedeuten. -

Meines Erachtens muß der säkulare Staat beidem widerstehen, um den Grundsatz der Gleichheit aller Bürger zu wahren. Denn sonst gibt es bald zweierlei Recht in einem Staat, und dies wäre eine Benachteiligung der Nichtmuslime. Dazu ein Beispiel: Würde das islamische Recht in einer muslimischen Subgesellschaft gelten, wäre es für Muslime verboten, den Islam zu verlassen. Das aber würde eindeutig dem Grundsatz der Religionsfreiheit widersprechen. Dieser Grundsatz gilt nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa, in dessen Verfassung es heißt: "Jeder Mensch hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit. Dieses Recht umfaßt die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung zu wechseln ..."

Es ist klar, daß das Ringen des Islam um Islamisierung der europäischen Gesellschaften ein harter Kampf sein wird. Wir sind mitten in ihm drin, und er wird vermutlich Europa das ganze 21. Jahrhundert hindurch in Atem halten. Muslime überziehen unsere Gerichte mit einer Fülle von Gerichtsverfahren und haben bereits manche juristische Schlacht gewonnen. Dabei argumentieren sie mit der Religionsfreiheit und nutzen die liberale Ordnung für ihre eigene Belange aus. Im Grunde wird die liberale Ordnung benutzt, um diese langfristig abzuschaffen.

Es ist schon eine Ironie, daß Muslime gerade das instrumentalisieren, was sie weitgehend ablehnen. Manche Kenner sehen den Kampf schon als für das freiheitliche und christlich geprägte Europa verloren an. Es wird darauf ankommen, ob sich Europas nichtmuslimische Eliten der Geschichte Europas und seiner Werte besinnen und den geistigen, geistlichen und juristischen Abwehrkampf aufnehmen. Die Nichtmuslime dürfen sich nicht länger von den muslimischen Lippenbekenntnissen zu den europäischen Verfassungen täuschen lassen. Die in Europa lebenden muslimischen Intellektuellen haben längst begriffen, daß jede Verfassung sich mit entsprechenden Mehrheiten ändern läßt.

e. Der Islam bemüht sich um wirtschaftliche Einflußnahme durch das immense muslimische Kapital aus den Erdöleinnahmen. Leider sind die Europäer im Allgemeinen so materialistisch geworden, daß sie um kurzzeitiger Vorteile willen das islamische Kapital in Anspruch nehmen und den damit verbundenen islamischen Einfluß akzeptieren.

f. Politischer Druck auf Europa wird heute vor allem im Rahmen der UNO durch die in der OIC zusammengeschlossenen islamischen Länder ausgeübt. Dabei arbeitet die Uneinigkeit der europäischen Länder und die Uneinigkeit des Westens den Muslimen in die Hände. Sie haben es leicht, nach der Methode "divide et impera" Keile zwischen Europa und Amerika und zwischen die Europäer zu treiben.

g. Diese Taktik wird auch erfolgreich auf die Christen und die Kirchen angewandt. "Gute Christen" sind aus islamischer Sicht solche, die den Islam unterstützen, den christlichen Glauben relativieren, auf die Gottessohnschaft Jesu und die Erlösung durch ihn verzichten, die Gemeinsamkeit der so genannten "abrahamitischen Religionen" fördern sowie den Islam als Heilsweg, Muhammad als Propheten und den Koran als Wort Gottes anerkennen. "Böse Christen" sind aus islamischer Sicht dagegen solche, die an Bibel und Bekenntnis festhalten, missionarisch denken und handeln und den Islam als Heilsweg ablehnen.

h. Schließlich nenne ich noch die demographische Katastrophe Europas als Folge seiner Abwendung von Gott. Der Geburtenüberschuß bei muslimischen Bevölkerungsgruppen und die stetige Zuwanderung von Muslimen lassen ihren Anteil an der europäischen Bevölkerung ständig wachsen.

3. Wird der Islam seine Ziele erreichen?

Prognosen können von Christen nur unter dem Vorbehalt gemacht werden, daß die Zukunft von Gott bestimmt wird und er es ganz anders fügen kann, als wir es ahnen oder befürchten.

a. Menschlich gesprochen, werden wir es in Zukunft in Europa mit einem **starken und selbstbewußten Islam** zu tun haben. Wir müssen davon ausgehen, daß die Muslime ihre Organisationsstrukturen weiter ausbauen und vereinheitlichen. Der Islam dürfte zu einer starken gesellschaftlichen und politischen Kraft in Europa werden.

b. Offen erscheint mir die Frage, **ob der Islam sein genuines Anliegen, d.h. die Einheit von Glaube und Staat**, langfristig mehrheitlich aufgeben und sich auf seine religiöse Seite reduzieren lassen wird. Viele europäische Politiker hoffen das und träumen von einem humanistischen Euro-Islam, wobei ihnen offensichtlich das weitgehend zu Humanismus gewordene europäische Christentum als Vorbild dient. Mir scheinen das aber trügerische Hoffnungen zu sein. So wie das Christentum sein Proprium nicht aufgeben kann und darf und wir eine Neubesinnung auf das biblische Christentum von Gott erwarten, so sollten Europäer auch nicht meinen, daß der Islam als eine politische Weltreligion so einfach sein Proprium aufgeben könnte und würde.

c. Ist der Islam attraktiv für Europäer? Bis jetzt werden viele Europäer von dem gesetzlichen und kämpferischen Islam abgestoßen. Dagegen wecken der religiöse Islam und seine Kultur, besonders aber der Sufismus, bei manchen Europäern eine nicht geringe Sympathie. Der Islam erscheint attraktiv für alle Menschen, die das Christentum mit seiner Lehre vom dreieinigen Gott, von der Verlorenheit des Sünders und von der Versöhnung durch Christus ablehnen und gleichzeitig sog. Spiritualität suchen, für Menschen also, die nur eine allgemeine Gottgläubigkeit und eine persönliche Religiosität wollen.

Leider müssen wir auch sehen, daß eine christliche Theologie, die den christlichen Glauben auf Humanismus und Spiritualität reduziert und dabei die alten Propria des christlichen Glaubens preisgibt, eine große Affinität zum Islam hat. Wir dürfen auch nicht übersehen, daß der verunsicherte moderne Mensch in der Gesetzlichkeit des Islam einen inneren Halt finden kann. Der Islam hat also auch als Religion in Europa Chancen.

d. Es könnte aber auch sein, daß das alte Europa **starke Gegenkräfte** gegen den Islam entwickelt und sich (a) auf seine christlichen Wurzeln und Werte besinnt. Es könnte (b) zu einem Kampf um eine freiheitliche Gesellschaft gegen den islamischen Totalitarismus kommen. Es könnte auch im Blick auf die Kinderfreundlichkeit eine Wende geben. All das ist momentan nicht in Sicht, aber es kann von Gott erbeten werden.

e. Die Zukunft von Europa wird sehr davon abhängen, **ob es eine neue Reformation im biblischen Sinne** in den europäischen Kirchen geben wird, d.h. eine biblische Erneuerung der Theologie, eine geistliche Erweckung der Gemeinden und eine Neubesinnung auf die Mission in Europa. Wenn dies geschieht, könnten viele Muslime Christen werden, denn es gibt unter Muslimen durchaus Offenheit für das Evangelium und Enttäuschung am Islam. Der Islam hätte es dann wesentlich schwerer, seine Ziele zu erreichen.

HINTERGRÜNDE

4. Ist der Islam ein Bußruf Gottes für Europa?

Diese Frage ist nicht neu, sondern immer wieder gestellt worden, besonders auch von den Reformatoren. Vgl. dazu **Andreas Baumann, Der Islam - Gottes Ruf zur Umkehr?** Eine vernachlässigte Deutung aus christlicher Sicht, Basel/Gießen 2003. Hinter dieser Frage steht die Erkenntnis, daß Gott auch der Herr über den Islam ist und **der Islam einen Platz im Geschichts- und im Gerichtshandeln Gottes hat**. Er hat es zugelassen, daß die Iberische Halbinsel für fast 500 Jahre überwiegend muslimisch war. Er hat es zugelassen, daß der Balkan ab dem 14. Jahrhundert islamisiert wurde, er hat es aber auch gefügt, daß die Türken 1529 und 1683 vor Wien zurückgeschlagen wurden. Was will Gott mit dieser Geschichte den europäischen Christen sagen? **Werden Europäer den Bußruf Gottes hören, der in dieser Ge-**

schichte liegt?

Ist der neuerliche "Griff des Islam nach Europa" nicht ein neues Gericht Gottes und damit ein neuer Bußruf an die Europäer, aus ihrer Gottlosigkeit umzukehren? Ist das neue Vordringen des Islam aber nicht auch Gericht und Bußruf für eine Kirche, die den Boden des Evangeliums in vielen Bereichen verlassen hat? Der Synkretismus, die Reduktion der biblischen Botschaft auf das Diesseitig-Soziale und Persönlich-Individuelle, der moralische Zerfall bei Einzelnen und in Familien - all das macht ja vor der Kirche nicht Halt! - Wird die Christenheit, werden die einzelnen Christen umkehren? Nur so wird sich ein Gericht Gottes durch den Islam abwenden lassen!

5. Was ist konkret zu tun?

... **Jeder europäische Christ ist als Staatsbürger, d.h. in seiner Verantwortung für die Gesellschaft, gefordert**, mit dem Islam ist auch eine politisch-rechtlich Aufgabe. Der Staat muß den Islam, sofern er totalitäre Forderungen erhebt, in seine Grenzen weisen und die Gleichheit und Freiheit aller Bürger verteidigen. Um der Gleichheit aller Bürger willen darf der Islam keine Sonderrechte genießen.

Um der Freiheit aller Bürger willen muß auch der Islam, wie alle anderen gesellschaftlichen Gruppen, Einschränkungen seiner Freiheit akzeptieren. Um damit richtig umgehen zu können, brauchen wir islamwissenschaftlich geschulte christliche Politiker, Juristen, Journalisten, Pädagogen und Theologen. Wir brauchen Organisationen, die durch Stipendien bekenntnistreue Christen auf dem Gebiet der Islamwissenschaften ausbilden helfen.

b. Die geistliche Erneuerung der europäischen Kirche können wir nur erbitten. Aber wir können helfen, daß bekenntnistreue Theologen Islamwissenschaften studieren und sich der theologischen Auseinandersetzung mit dem Islam widmen. Die theologische Apologetik im Blick auf den Islam ist nachhaltig zu fördern.

c. Die europäische Christenheit muß in einer Zeit der Auflösung aller ethischen Werte um die Formulierung ethischer Standards ringen. Es ist nötig, einen ethischen Konsens in einprägsame Formulierungen zu fassen, wie das Luther für seine Zeit im Kleinen Katechismus getan hat. Muslime, die sich für den christlichen Glauben öffnen, müssen wissen, daß christlicher Glaube nicht nur Versöhnung mit Gott ist, sondern auch das Leben nach den Geboten Gottes.

d. Die christliche Mission unter Muslimen muß zu einer Aufgabe aller Gemeinden in Europa werden. Sie kann nicht nur Anliegen einiger Weniger sein, sondern muß ins Bewußtsein der europäischen Christenheit als fundamentale Aufgabe treten.

e. Die christlichen Gemeinden müssen offen werden für die Aufnahme bekehrter Muslime. Das erfordert Offenheit für Menschen aus anderen Kulturräumen und ein Überdenken der gottesdienstlichen Formen und des gemeindlichen Lebens. Dies wird die eigentliche Jahrhundertaufgabe für die europäische Christenheit sein. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 16. Oktober 2004 (x887/...): >>>Die Fesseln der "politisch Korrekten" gesprengt

Hans-Olaf Henkel räumt mit falschen deutschen Befindlichkeiten auf

Vor drei Wochen hat sich die Preußische Allgemeine mit den Verleumdungsversuchen der Illustrierten Stern dem früheren Vorsitzenden des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Hans-Olaf Henkel, gegenüber beschäftigt. Der Stern hatte versucht, Henkel anhand seines neuesten Buches "Die Kraft des Neubeginns" "in die rechte Ecke" zu schieben, genauer: ihn des Rechtsextremismus zu beschuldigen und ihn damit aus dem Kreis der "politisch Korrekten" auszustoßen.

Nun liegt der Preußischen Allgemeinen sein Buch vor, und es bestätigt über weite Strecken, daß der früher fest in das Establishment eingebundene Henkel dabei ist, sich von den Fesseln der Meinungspolizei zu befreien. Das Buch wimmelt von Feststellungen, die in der Bundesre-

publik offen auszusprechen den Autor in die Genickschußzone geraten läßt.

Das beginnt bereits im Vorwort, in dem er sich zu Deutschland bekennt und auch dazu, daß er dieses Land liebe. Er beruft sich auf den Bundespräsidenten Köhler, der keinen Hehl daraus machte, daß er Deutschland liebe und ihm Gottes Segen wünsche.

Dazu meint Henkel, das sei jahrzehntelang undenkbar gewesen. "Heimatliebe war tabu ... Liebe zum eigenen Land, auf das man stolz ist, wird überall als Selbstverständlichkeit angesehen. Und keinem fiel es ein, dies dem Nachbarn zu verwehren. Ob die Menschen nun 'Vive la France' oder 'God bless America' rufen, sie alle wissen, daß Patriotismus zu den Grundvoraussetzungen eines erfolgreichen Gemeinwesens gehört und nicht nur des eigenen ..."

Henkel ist überzeugt davon, daß "wir heute an einem Wendepunkt unserer Geschichte" stehen. "Seit Jahrzehnten hat sich Deutschland in eine Sackgasse manövriert, aus der es keinen Ausweg zu geben schien. Überall drohten Verbotsschilder und Tabus, zu denen auch jenes gehört, das eigene Land nicht lieben zu dürfen. Jeder Versuch, sich aus eigener Kraft zu befreien, endete in einer der zahllosen Selbstblockaden aus ideologischen Dogmen und Paragraphen."

Damit überschreitet Henkel jeden von der politischen Korrektheit gezogenen Zaun. Daher ist es unverständlich, wenn er sich in seiner Verteidigungsantwort auf den Stern darum bemühte, vom Vorwurf frei zu kommen, er sei vom Boden der politischen Korrektheit abgerückt. Gott sei Dank ist er das!

Es kann doch nicht sein, daß jemand, dem an Ehrlichkeit und Wahrheit gelegen ist, wie Henkel betont, sich gern Fesseln anlegen läßt in seinen Meinungsäußerungen und in seinem Drang zu erkennen, wie es eigentlich gewesen ist! Man kann Henkel nur ermuntern, den letzten Schritt zu tun, um der politischen Korrektheit offen den Kampf anzusagen. In der Praxis hat er bereits den Befreiungsschlag getan; nun mag er sich dazu bekennen.

Henkel geht in dem Buch von seiner Familie aus, von seinem Vater, der in den letzten Monaten des Krieges gefallen ist, von seiner Mutter, die trotz Ausbombung in Hamburg ihn und seine zwei Geschwister tapfer durch die schwere Zeit brachte. Der Familie fühlt er sich verpflichtet; sie ist für ihn die kleinste Zelle seines Vaterlandes Deutschland. Er wehrt alle Versuche, die Generation jener Deutschen und sogar noch ihre Nachkommen im Zuge der Sippenhaft als Schuldige zu ächten. Nichts hält er von den permanenten Schuldbekennnissen der deutschen politischen Führungspersonlichkeiten.

"Die 'Schuld', so einleuchtend sie juristisch ist, stellt im Historischen eine gefährliche Kategorie dar. Sie wirkt wie eine Keule. Mit gutem Gewissen eingesetzt, hinterläßt sie Wunden, die nicht verheilen. Von den Siegern des Ersten Weltkrieges gegen die Deutschen angewandt, trug sie mit Schuld daran, daß es zu einer Fortsetzung des Waffengangs kam. Denn der Friedensvertrag von Versailles zwang den Verlierer zum Eingeständnis seiner Alleinschuld. Damit mußte Deutschland sich selbst als moralischer Verlierer, ja, Verbrecher brandmarken.

Die Sieger, die nur die Menschenrechtsverletzungen der Unterlegenen anprangerten, schienen zu übersehen, daß auch ein Volk so etwas wie eine Menschenwürde besitzt." Henkel vertritt die unter ausländischen Politikern wie unter seriösen Historikern verbreitete Ansicht, daß der Erste und der Zweite Weltkrieg zusammengehören, sie Anfang und Ende eines zweiten 30jährigen Krieges bilden. Und an dem Weltkrieg war Deutschland keineswegs allein schuldig.

Man müsse jetzt "alles beiseite räumen, was sich aufgetürmt hat und jeden Neuanfang behindert. Für mich gehört dazu auch das Festhalten an der 'Erbsünde', die ewige Wiederholung einer Schuld, die den Menschen ihren Mut nimmt und ihnen nur schlechtes Gewissen einredet."

Die mögliche Beschuldigung, er sei Nationalist, wehrt er vehement ab. Er nennt sich einen "leidenschaftlichen Befürworter der europäischen Einigung und des Transatlantischen Bünd-

nisses" und fährt fort:

"Aber ich lege auch Wert auf die Wahrheit. Und diese ist, dank permanenter Umerziehung und Denkvorgaben, in Deutschland großen Teils vergessen worden."

Nimmt man dann noch sein Bekenntnis, er sei "geradezu besessen" von der Freiheit des Individuums, hinzu, dann hat man ein Bild der Persönlichkeit Henkels vor sich.

Jetzt, da er frei ist von Ämtern, die ihn festlegten auf die Interessenvertretung von Wirtschaftsgruppen (er ist ehrenamtlicher Präsident der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz, des Zusammenschlusses der außeruniversitären Forschungsinstitutionen in unserem Land), kann er offen und ungeschminkt den Kampf gegen die unsere Meinungsfreiheit einschnürende politische Korrektheit aufnehmen.

In seinem Buch "Die Kraft des Neubeginns" tut er es bereits, so wenn er von unserer jüngsten Vergangenheit ein Geschichtsbild entwickelt, das man mit Fug und Recht als ein revisionistisches bezeichnen kann. Er spricht von der Einkreisung Deutschlands vor dem Ersten Weltkrieg, von "Nürnberger Schauprozessen", vom Bombenkrieg der Westalliierten gegen die Zivilbevölkerung.

Der Verlogenheit der deutschen Geschichte gegenüber und der unentwegt geschwungenen Keule der Schuldbekennnisse schreibt Henkel es zu, daß die Bundesrepublik heute am Abgrund zu stehen scheint. Wer jahrzehntelang einem Volk solche Belastungen aufzwingt, tötet jede Motivation zur Reform, erst recht zum Neubeginn. Neu müsse unser Staat beginnen, meint Henkel, nachdem er sich aufgrund falscher Politik festgefahren habe.

Die Staatsführung sei besessen gewesen von der Idee, nur nichts Grundsätzliches zu verändern. Die Organisationsstrukturen unseres Staates seien erstarrt. Von den überbordenden Sozialleistungen habe man nicht abzugehen gewagt, weil man gefürchtet habe, sonst Wahlen zu verlieren. Die Folge: Deutschland sei nicht mehr wettbewerbsfähig.

Dabei habe es eine hervorragende Möglichkeit zum Neuanfang gegeben, als nämlich die BRD und die DDR sich aufgrund der friedlichen Revolution unserer mitteleuropäischen Landsleute wiedervereinigten. Genau das aber ist vermieden worden. Man wollte aus dem geteilten Land keineswegs ein neues Deutschland schaffen, sondern die DDR sollte auf die alten Gleise der BRD geschoben werden; eine erweiterte Bundesrepublik sollte nach altem Schema entstehen. Ein Appell an das Gemeinschafts- und Verantwortungsbewußtsein aller Deutschen wurde sorgsam vermieden.

Die Blut-Schweiß-und-Tränen-Rede hat auch Hans-Olaf Henkel vermißt, eine Rede, mit der der damalige Bundeskanzler Kohl allen Deutschen hätte klarmachen müssen, daß nun, nachdem sich der vom Sozialismus in Grund und Boden gewirtschaftete Teil Deutschlands befreit hatte, von allen Deutschen in einem gewaltigen Kraftakt ein Neuanfang unseres Landes angepackt werden müsse. Kohl und die Seinen fürchteten offenbar die dadurch freigesetzte Kraft, die man glaubte, nicht mehr beherrschen zu können.

Allerdings, so Henkel, kann ein Neuanfang nur gelingen, "wenn man weiß, was man will". Und das gerade ist die Hauptkrankheit unseres Gemeinwesens. Welches sind die deutschen Ziele? Wo liegen die deutschen Interessen? Was will Deutschland in der Gemeinschaft der Völker sein?

Auf solche Fragen gab weder die alte CDU-FDP-Regierung noch die ihr folgende SPD-Grünen-Regierung eine Antwort. Man laviert sich durch, läßt alles beim alten, gibt jedem Druck von außen nach und hat in Wahrheit Angst vor dem Volk.

Aus dieser Angst resultierte auch die Tatsache, daß in keinem Land Europas die Bürger so wenig direkte Mitwirkungsmöglichkeiten an der Politik haben wie in der Bundesrepublik, so Henkel. Er fordert daher mehr direkte Demokratie und verlangt konkret, daß eine Regelung gefunden werden müsse (Das Grundgesetz ist immer wieder geändert worden; warum dann nicht auch in diesem Punkt?), um den Bundespräsidenten wie auch die Ministerpräsidenten

der Länder vom Volk wählen zu lassen. So würde nicht nur dem Amt des Bundespräsidenten mehr Gewicht verliehen, sondern auch die Bindung zwischen dem Wählervolk und seinen führenden Persönlichkeiten gestärkt.

Von Schröder und seiner rot-grünen Regierung hält Henkel nichts. Wenn Schröder gelegentlich Äußerungen von sich gibt, die den Eindruck erwecken, er vertrete vorrangig die deutschen Interessen, dann markiere er damit, wie Henkel meint, "Scheinpatriotismus". In Wahrheit laviere sich Schröder durch.

Hart ins Gericht geht er mit den Grünen. Er nennt aus der Führungsmannschaft alle beim Namen, die in der Wolle gefärbte Kommunisten waren, und läßt erkennen, daß er erhebliche Zweifel daran hat, daß sie ihre Gesinnung abgelegt haben. Die von ihm aufgeführten Maßnahmen, die von Grünen-Politikern durchgesetzt wurden, scheinen zu bestätigen, daß immer noch versucht wird, Vorstellungen der DDR in die Tat umzusetzen.

Auf allen Gebieten herrscht in der Bundesrepublik eine noch vor 20 Jahren unvorstellbar gewesene Schlamperei. Niemand fühlt sich verantwortlich, keiner engagiert sich bedingungslos für die gemeinsame Sache. Vieles in unserem Land ist außer Kontrolle geraten. Die Regierung operiert mit unkorrekten Zahlen. "Wo sich keiner verantwortlich fühlt, kleben alle an ihren Stühlen." Pfusch regiert auf allen Gebieten - von Toll collect bis zur Bundesanstalt für Arbeit, jetzt großspurig Bundesagentur für Arbeit genannt, wodurch sich nichts ändert. Hartz IV werde, befürchtet Henkel, in einem "administrativen Super-GAU" enden.

Dagegen stellt er Mut machende Aktivitäten wie den Wiederaufbau der Frauenkirche in Dresden. Ohne Staat, (übrigens auch ohne tatkräftige Mithilfe der Kirche) hat Privatinitiative eines der schönsten und symbolträchtigsten Denkmale deutscher Geschichte wiedererrichtet, weil sich Menschen mit ganzem Herzen dafür eingesetzt haben.

Als "moralische Schlamperei" bezeichnet er nicht nur die Diffamierung des Abgeordneten Hohmann, sondern auch die Art, wie man mit Jürgen Möllemann umging, und das Verfahren, das die bekannten Seilschaften von der Zeit bis zur Süddeutschen Zeitung anwandten, um die üblen Verfehlungen des "zweit-höchsten Repräsentanten der deutschen Juden", Michel Friedman, herunterzuspielen - sie griffen den ermittelnden Staatsanwalt an.

Henkel zieht gegen jede Art von Gleichmacherei zu Felde, die in der Sozialpolitik wie in der Bildungspolitik zu schlimmen Folgen geführt habe. Die Politik der Bundesregierung erschöpfe sich meist in der Veröffentlichung von Ankündigungen, denen keine Taten folgten.

Man schluckt allerdings trocken, wenn man Henkels Anhimmelung der USA liest. Schon als Schüler war er gefesselt von der amerikanischen Trivialkultur; nichts riß ihn so hin wie US-Popmusik. Die Begeisterung hat sich bis heute noch vertieft. Was immer es Gutes und Schönes in der Welt gibt, kommt nach Henkels Meinung aus den USA. Und großzügig, wie die Amerikaner sind, teilen sie all ihre Schätze mit den anderen Völkern. Er ist dankbar dafür, daß die USA Deutschland "adoptiert" haben, wie er schreibt. –

Hier fehlt die sonst vorhandene gesunde Kritikfähigkeit; er erkennt nicht, daß Deutschland auf viele der von ihm angeprangerten Irrwege von den USA geführt worden ist. Und er wünscht sich Angela Merkel als Kanzlerin, weil er meint, ohne es zu begründen, daß sie das Zeug dazu habe, den jetzigen verderblichen Kurs der Bundesregierung umzukehren. Hoffen wir in unser aller Interesse, daß Henkel Recht hat und nicht Arnulf Baring, der in der von Angela Merkel geführten CDU nur eine zweite SPD sieht.

Vielleicht ist ein solches Buch wie "Die Kraft des Neubeginns" aus der Feder eines der führenden Wirtschaftsmanager Deutschlands tatsächlich ein Zeichen dafür, daß unser Land an einem Wendepunkt steht. ...<<

Die Staats- und Regierungschefs unterzeichneten am 29. Oktober 2004 in Rom die Europäische Verfassung.

"SPIEGEL ONLINE" berichtete am 29. Oktober 2004 über die Unterzeichnung der Europäi-

schen Verfassung in Rom: >>**Chronologie: Der lange Weg zur EU-Verfassung**

Seit mehr als 47 Jahren arbeitet Europa am Zusammenwachsen. Eine Chronologie der bisherigen Entwicklung.

25. März 1957: In Rom unterzeichnen sechs Staaten die Gründungsverträge der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EAG). Mit dem Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) bilden sie die "Europäischen Gemeinschaften". Die Römischen Verträge treten zum 1. Januar 1958 in Kraft.

1. Juli 1968: Die Zollunion tritt in Kraft, die Zölle im innergemeinschaftlichen Handel werden aufgehoben. Im Handel mit Drittländern gilt nun der Gemeinsame Zolltarif.

1. Januar 1970: Die EG-Staaten beginnen ihre Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ), die eine gemeinsame Außenpolitik anstrebt.

4./5. Dezember 1978: Der Europäische Rat beschließt in Brüssel das Europäische Währungssystem (EWS), das zum 13. März 1979 beginnt.

2./3. Dezember 1985: In Luxemburg verständigen sich die europäischen Staats- und Regierungschefs auf eine Reform der EG-Verträge hin zur Einheitlichen Europäischen Akte. Im Zentrum steht die Vollendung des Binnenmarktes bis Ende 1992.

19. Juni 1990: Frankreich, die Benelux-Staaten und die Bundesrepublik unterzeichnen das "Schengener Abkommen", das eine erweiterte Freizügigkeit in Europa umfaßt.

9./10. Dezember 1991: Die Staats- und Regierungschefs einigen sich in Maastricht auf den Vertrag zur Europäischen Union. Er legt den Fahrplan zur Wirtschaft- und Währungsunion fest und tritt zum 1. November 1993 in Kraft. Die EG-Staaten verständigen sich auch auf die Entwicklung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) sowie die Kooperation in der Innen- und Justizpolitik.

16./17. Juni 1997: Die Staats- und Regierungschefs weiten auf dem Gipfel von Amsterdam die Kompetenzen des EU-Parlaments aus. Außerdem einigen sie sich auf Verbesserungen bei der gemeinsamen Verteidigungspolitik. Der "Vertrag von Amsterdam" tritt im Mai 1999 in Kraft.

7./9. Dezember 2000: In Nizza beschließt die EU die institutionellen Voraussetzungen für ihre Erweiterung auf 25 Mitglieder und gibt den Startschuß für innere Reformen. Die "Charta der Grundrechte der Europäischen Union" wird feierlich proklamiert.

15. Dezember 2001: Im belgischen Laeken wird erneut ein Konvent auf den Weg gebracht, der das umfangreiche Regelwerk der EU grundsätzlich überarbeiten und die institutionellen Verhältnisse in Europa neu fassen soll. Konventpräsident wird Valéry Giscard d'Estaing. Der Konvent nimmt Anfang 2002 seine Arbeit auf.

1. Januar 2002: In zwölf Mitgliedsstaaten der EU wird der Euro als gemeinsame Währung eingeführt. Darauf hatte sich die EU 1995 verständigt, wobei die Gemeinschaftswährung bereits 1979 unter der Bezeichnung Ecu als Rechnungs- und Währungseinheit eingeführt worden war.

20. Juni 2003: Nach fast 18-monatiger Arbeit legt der Konvent seinen Vorschlag für eine europäische Verfassung vor. Er wird auf dem EU-Gipfel von Thessaloniki von den Staats- und Regierungschefs "zustimmend zur Kenntnis genommen". Ab Oktober soll eine Regierungskonferenz letzte Abstimmungen vornehmen.

12./13. Dezember 2003: Die Regierungskonferenz kann auf ihrer Sitzung in Brüssel keine Einigung über den Verfassungsentwurf erzielen. Polen wollte aus innenpolitischen Gründen nicht hinter Nizza zurückgehen, das dem Neumitglied ein überproportionales Stimmengewicht einräumt. Spanien, eines der Hauptempfängerländer von EU-Subventionen, wollte seine Blockademöglichkeiten im Europäischen Rat nicht aufgeben.

17./18. Juni 2004: Nachdem unter irischer EU-Ratspräsidentschaft die Regierungskonferenz

im März ihre Arbeit wieder aufnahm, wagt der EU-Verfassungsgipfel in Brüssel einen zweiten Anlauf. Bei weit mehr als 90 Prozent der Verfassung konnte im Vorfeld Konsens erreicht werden. Erst in letzter Minute können die noch offenen Punkte wie die künftige Abstimmungsquoten in der EU geregelt werden.

29. Oktober 2004: Die Staats- und Regierungschefs der 25 EU-Mitgliedsstaaten unterzeichnen in Rom den Verfassungsvertrag. Damit beginnt der auf zwei Jahre angelegte Ratifikationsprozeß.<<

Der deutsche Historiker Horst Möller berichtete am 25. November 2004 während einer Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung und des Instituts für Zeitgeschichte in Berlin über "Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten in der Erinnerungskultur" (x879/10-16): >>... Warum sind Vertreibungen im 20. Jahrhundert nicht nur ein deutsches, nicht nur ein europäisches, sondern ein welthistorisches Schicksal? ...

Doch sind einige wenige Bemerkungen nötig: Völker, Minderheiten, Nationalitäten, die seit Jahrhunderten friedlich zusammen lebten, taten das im 20. Jahrhundert nicht mehr. Selbstverständlich ist der Nationalismus, sind die Nationalbewegungen, ist die Gründung von Nationalstaaten im 19. Jahrhundert eine der Voraussetzungen dafür, daß es Spannungen zwischen Nationalitäten gab bzw. daß ihr Miteinander einer rechtlichen Regelung bedurfte.

Eine völkerrechtliche Regelung war auch eine Aufgabe der Pariser Vorortverträge nach dem Ersten Weltkrieg 1919/20, nachdem man die österreichisch-ungarische Doppelmonarchie zerschlagen hatte und das Ziel verfolgte, Nationalstaaten zu gründen, in denen die Nationalitätenproblematik, die ja eine der Ursachen für den Ersten Weltkrieg gewesen war, keine Rolle mehr spielen würde.

Tatsächlich ist dieses Ziel nicht erreicht worden, statt dessen sind eine ganze Reihe von Staaten gegründet worden, die ihrerseits Nationalitätenprobleme aufwiesen, beispielsweise die Tschechoslowakei, in der die Tschechen selber keine absolute Mehrheit, wenn auch die bei weitem stärkste Volksgruppe vor den Deutschen, den Slowaken und den als eigene nationale Gruppe geführten Juden bildeten.

Die nach dem Ersten Weltkrieg nicht gelöste Minderheitenproblematik blieb eine der Ursachen für Entwicklungen, die zu Exzessen der Verfolgung und der Vernichtung von Nationalitäten führten. Und das war - die Armenier sind das bekannteste Beispiel - auch schon während des Ersten Weltkrieges zu beobachten. Das heißt also: Schon lange vor der Vertreibung der Deutschen stellten Minderheiten ein Problem der europäischen Politik, des Völkerrechts im besonderen dar. Alle Versuche, die der Völkerbund in Genf während der 1920er Jahre unternommen hat, die Minderheitenproblematik zu lösen, sind ebenfalls gescheitert.

Wenn wir heute über diese Fragen diskutieren, dann wird oft gesagt: Wie könnt ihr über die Vertreibung reden? Ihr müßt über den Nationalsozialismus reden! Nun versteht es sich geschichtswissenschaftlich von selbst, Vorgeschichte und Ursachen historischer Phänomene einzubeziehen, und man braucht Historikern nicht zu sagen, daß auch das Jahr 1945 nicht ohne das Jahr 1933 und nicht ohne das Jahr 1939 zu erklären ist, d.h. selbstverständlich steht die Vertreibung der Deutschen aus ihren angestammten Siedlungsgebieten im historischen Kontext der nationalsozialistischen Diktatur und der Massenverbrechen gegen die unter deutscher Besatzung stehenden Völker im Osten Europas.

Allerdings muß auch gesagt werden: Die Besetzung Ostpolens durch die Sowjetunion im September 1939 - und damit die historische Voraussetzung der "Westverschiebung" Polens 1945 - konnte weder chronologisch noch kausal eine Reaktion auf deutsche Verbrechen sein, sondern war ihrerseits aufgrund des Hitler-Stalin-Paktes vom August 1939 eine brutale Annexion fremden Staatsgebiets. Auch die historische Vorgeschichte der Vertreibung der Deutschen 1945 ist also komplizierter, als daß sie ausschließlich als Reaktion auf Vertreibungen und Verbrechen angesehen werden kann, die die deutsche Besatzungsmacht zwischen 1939 und

1945 zweifellos begangen hat.

Keinesfalls aber kann die historische Erklärung als Legitimation, als Rechtfertigung für andere Verbrechen akzeptiert werden. Kein Verbrechen legitimiert ein anderes, auch wenn es zur Erklärung beitragen kann. Unter den deutschen Vertriebenen waren Millionen Unschuldige, die buchstäblich für die Verbrechen der deutschen Besatzungsmacht in "Sippenhaft" genommen wurden. ...

Die Erinnerung, die historische Erinnerung (heute in aller Munde) ist selbstverständlich ein Teil jeder politischen Kultur und neben der individuellen Erinnerung, die jeder Mensch hat, neben der eigenen Geschichte, steht das vom französischen Soziologen Maurice Halbwachs sogenannte kollektive Gedächtnis, das kollektive Erinnern.

Nun haben Philosophen, Soziologen, Historiker an diesem Modell der kollektiven Erinnerung mit Recht auch Kritik geübt, auf der anderen Seite ist die Erinnerung oder besser gesagt: sind die Erinnerungen, sind die verschiedenen Identitäten, die die Geschichte einer Nation und einer Gesellschaft ausmachen, auch für eine historische Ortsbestimmung in der Gegenwart und für die Zukunft notwendig.

Ohne historisches Erinnern gibt es keine politische Kultur, und leider sehen wir in Politik und Gesellschaft immer wieder, daß die Abwesenheit der historischen Perspektive, auch die Abwesenheit der historischen Bildung, sehr kurzfristig angelegte politische Entscheidungen bewirkt. Und diese so präsentistisch (die Gegenwart betreffend) angelegten Entscheidungen führen fast immer in die Irre oder scheitern schnell. Also Grund genug, auch in diesem Feld dagegen anzugehen, daß die historische Erinnerung in der öffentlichen Diskussion eine bloß fragmentierte (bruchstückhafte) Erinnerung ist.

Man sollte jedoch meines Erachtens nicht Konkurrenzen zwischen verschiedenen Erinnerungsfeldern, verschiedenen historischen Schichten oder gar verschiedenen Opfergruppen aufbauen: "Nur das Wahre ist das Ganze" hat der Philosoph Hegel einmal gesagt, und das gilt auch hier. Das heißt also: Zu unserer historisch-politischen Kultur muß selbstverständlich auch die Realität der Vertreibung nach 1945 gehören, und zwar in dreifacher Perspektive: Zum einen darf, muß und soll sich auch jedes Volk, jede Nation ihrer eigenen Opfer erinnern, zum zweiten muß sie natürlich nach den Ursachen fragen und zum dritten muß sie selbstverständlich die Frage miteinbeziehen, welchen Anteil an historischer Verantwortung, ja an historischer Schuld, sie selbst an dieser Entwicklung trägt.

Diese verschiedenen Dimensionen sind meines Erachtens nicht zu trennen, wenn nicht die historische und die politische Kultur insgesamt Schaden nehmen soll. Nun können wir neben der großen Zahl historischer Arbeiten in der öffentlichen Diskussion immer wieder Erinnerungswellen bemerken.

Wir haben auch in der Wissenschaft solche Wellen der Erinnerung, einen ersten Höhepunkt in der Erforschung der Vertreibung gab es in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre bis zum Beginn der 1960er Jahre und dann wieder - mit Schwerpunkt auf dem Problem der sozialen Integration - seit Ende der 1970er Jahre bis zum Beginn und der Mitte der 1980er Jahre, also immer dann, wenn das Bewußtsein stärker wurde, daß man sich der gesamten Geschichte stellen muß und nicht nur einzelnen Komplexen oder Perioden.

Seit das "Zentrum gegen Vertreibungen" initiiert worden ist, entwickelte sich eine besonders heftige Diskussion, wie ich meine, eine für die Verzerrungen in unserer öffentlichen Meinungsbildung oft charakteristische Diskussion. Den Initiatoren und ihrem Konzept ist immer wieder unterstellt worden, es sei ein bloß nationales oder gar nationalistisches oder auf die Vertreibung der Deutschen eingeschränktes Konzept.

Wer den Text liest, der auch veröffentlicht worden ist, wird schnell sehen: Naturgemäß bildet die Vertreibung der Deutschen einen zentralen Punkt, zumal es sich um das quantitativ umfangreichste Beispiel von Vertreibungen handelt. Doch ist von vornherein betont worden, daß

die Vertreibung der Deutschen nach 1945 als ein, wenn auch für unser Erinnern in Deutschland zentraler Teil aller Vertreibungen im 20. Jahrhundert gesehen wird - Vertreibungen, die durch Nationalismus, aber auch durch die ideologisch aufgeladenen Diktaturen zu erklären sind.

Und so ist es selbstverständlich, daß man das 20. Jahrhundert insgesamt in den Blick nimmt; und schließlich sind, wenn ich einmal von dem Problem der Armenier 1915 absehe, die ersten großen Flüchtlingswellen und Vertreibungen nach der bolschewistischen Oktoberrevolution in Rußland erfolgt. Allein in Berlin gab es nach dem Ersten Weltkrieg Hunderttausende von russischen Flüchtlingen.

Diese Thematik ist also eine europäische Thematik. Dazu kommt die ganz ungeheure Friedensleistung, die die Integration der Flüchtlinge in die Nachkriegsgesellschaft der Bundesrepublik Deutschland bedeutet. Trotz vieler anfänglicher Schwierigkeiten, die ja leicht zu erklären sind, handelt es sich bei dieser Integration um eine Friedensleistung, die immerhin nach ungefähr zehn Jahren erreicht worden ist. Man darf in diesem Fall durchaus auch einmal davon sprechen, daß den Deutschen etwas gelungen ist, was angesichts der Vertreibung von etwa 15 Millionen Menschen wohl noch in keinem Fall einer Massenvertreibung gelungen ist, nämlich die Vermeidung neuer Kriege und neuer Konflikte. ...

Wir dürfen als Historiker diesen Erinnerungen nicht ausweichen, auch dann nicht, wenn sie schmerzhaft sind. Wir könnten natürlich mit Friedrich Nietzsche sagen: "Gesund ist, wer vergißt." Wir können aber auch mit Sigmund Freud sagen: "Wer verdrängt, wird krank." Die Historiker halten es natürlich mit letzterem. Die Verdrängung historischer Tatbestände wirft auf die Dauer Probleme auf, die historische Legendenbildung - wir haben das in der Geschichte (nicht nur der deutschen) immer wieder gesehen - führt zu politischen Belastungen und Vergiftungen, manchmal extremen Ausmaßes. Deshalb muß dagegen immer wieder die historische Aufklärung gesetzt werden. ...<<

Die deutschen Historiker Jörg-Dieter Gauger (1947-2015) und Günter Buchstab berichteten während dieser Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung und des Instituts für Zeitgeschichte in Berlin über die "Schule als gesellschaftlicher und politischer Seismograph" (x879/85-109):
>>... Ernest Renan hat einmal formuliert, eine Nation als Geschichtsgemeinschaft lebe von der Teilhabe an "Ruhm und Reue":

Beides verbinden zu können und zu wollen, ist Zeichen von Normalität in Deutschland. Daher ist es auch ein Zeichen von Normalität, wenn heute, 50 Jahre später, sich ein Thema wieder Bahn bricht, das man "entsorgt" zu haben glaubte, das Thema von Flucht und Vertreibung und des Verlustes der ehemals deutschen Ostprovinzen.

Der Streit um das "Zentrum gegen Vertreibungen" zeigt nur, daß das "Entsorgen" nicht funktioniert, auf beiden Seiten nicht; denn es ist kein Streit der Argumente, es ist ein Streit der Gefühle. Auf der einen Seite wird unterstellt, die Deutschen wollten Geschichte umschreiben, wollten endlich die Täter- mit der "Opferrolle" vertauschen, und auf der anderen Seite, man wolle ihnen das Trauern um sich selbst verbieten, wolle die "Unfähigkeit zu trauern" durch die moralische "Unmöglichkeit zu trauern" ersetzen. Das sind Konsequenzen des Schweigens. Schweigen führt zu Verkrümmungen, zu Ängsten, zu Ritual und Formelkompromiß.

"Zwar kann die Gerechtigkeit nicht durch einen Akt des Rechts erwirkt werden, denn so viel Unrecht läßt sich konkret gar nicht sühnen, aber schon seine Aufdeckung, seine Benennung, das Sprechen darüber führt zu einer Entsühnung und damit Versöhnung" (Karol Sauerland). In diesen Dialog müssen die Vertriebenen selbstverständlich einbezogen werden. ...

Ein sehr viel genauerer Seismograph für den Stellenwert historischer Themen sind Schule und Unterricht, Lehrpläne und Schulbücher: Was sie thematisieren oder was nicht und wie sie thematisieren, zeigt an, wie ein Thema gesamtgesellschaftlich und politisch gewertet und beurteilt werden soll:

Denn die Schule ist der einzige Ort in jeder Gesellschaft, dem bekanntlich keiner entkommt, und in dem es um systematische Wissensvermittlung geht; sie ist jene Übergangsinstitution, in der die Erwachsenengeneration der nachwachsenden Generation auf den Weg gibt, was sie wissen soll und wovon die Erwachsenengeneration überzeugt ist, daß es wertvoll sei, wenn es vermittelt werde.

Der Auftrag der Schule ist verankert in Gesetzen und Erlassen, die ihren Rahmen setzen und das spiegeln, was bildungspolitisch für richtig und daher vermittelenswert angesehen wird. Dabei liegt der Akzent auf "politisch", daher folgt die Schule sich verändernden politischen und gesellschaftlichen Vorgaben, die sich an Mehrheiten orientieren und das dominante politische Klima verkörpern; daher gibt sie Auskunft über den jeweiligen "Zeitgeist".

Ein prägnantes Beispiel: Die Metamorphose eines Schulbuchs

Legt man eines der maßgeblichen Sozialkundebücher der Bundesrepublik in Auflagen der 1960er und der 1970er Jahre nebeneinander, nämlich Wolfgang Hilligens "Sehen, beurteilen, handeln" - damals hochangesehener und einflußreicher Didaktiker der Politischen Bildung in Gießen -, dann fällt sofort ins Auge, wie sich die beiden Auflagen unterscheiden:

In der 68er Ausgabe (verglichen wurde mit 1965) wird das Problem der Vertreibung nach einem noch sehr kritischen DDR-Kapitel auf dreieinhalb Seiten behandelt. Insbesondere werden die Integrationserfolge angesprochen:

- "Neue Heimat für Millionen

- Woher - wohin mit: Schlesien/Pommern und Brandenburg/Nicht ohne Opfer

- ... Lastenausgleich/Nicht nur Lasten/Wie es zu Vertreibung kam, mit kurzem Rekurs auf 1939/Auschwitz/Zwangsarbeiter und Potsdam mit dem Hinweis: Unter 'Polen' verstand die Sowjetunion auch die deutschen Ostprovinzen.

Damit war die Austreibung von 15 bis 20 Millionen Deutschen aus ihrer jahrhundertelangen Heimat beschlossen. Etwa 2 Millionen blieben zurück, über 3 Millionen kamen um oder sind vermißt. Jeder sechste Deutsche hat bei der Vertreibung den Tod gefunden. Eine Konferenz amerikanischer Bischöfe bezeichnete 1947 die Vertreibung der Ostdeutschen als 'eines der größten Verbrechen der Weltgeschichte' und 'einen Vorgang, den es noch nicht gegeben hat'." Daran schließt Hilligen unter der Überschrift *"Eine schwere Frage: Soll die Bundesrepublik um des Friedens willen die Oder-Neiße-Linie als derzeitige (sic!) Grenze anerkennen oder nicht?*

In den nächsten Jahren wird eine Entscheidung über diese Frage gefällt werden ..."

Besonders eindrucksvoll sind die *"Vorschläge für die Mitarbeit"*:

"Deutsche Sprachgebiete vor und nach 1945.

Was wurde in den deutschen Ostgebieten produziert?

Welche großen Deutschen lebten in den deutschen Ostgebieten?

Welche Baudenkmäler aus dem deutschen Osten sollte jeder kennen?

Der deutsche Osten ist nicht mit dem Schwert, sondern mit dem Pflug gewonnen worden.

Bericht über die Ostsiedlung.

Heimatvertriebene in der Gemeinde und im Bundesland.

Wie hoch ist der Prozentsatz der Eheschließungen zwischen Heimatvertriebenen und Einheimischen?

Welche neuen Gewerbe brachten die Heimatvertriebenen mit?

"Nicht Rache und Vergeltung." Unter dieser Überschrift wird aus der Charta der deutschen Heimatvertriebenen zitiert und betont: *"In der gleichen Erklärung wird aber auch verlangt, daß das 'Recht auf Heimat' als ein Grundrecht der Menschheit anerkannt wird."*

In der Auflage 1970/75 werden zwar einige Passagen der alten Ausgabe übernommen, aber jetzt grundlegend neu akzentuiert:

1. expressis verbis hervor- und damit zum fundamentalen Kausalzusammenhang erhoben wird

die vormalig nur indirekt angedeutete Sequenz:

NS-Untaten - Vertreibung: *"Was zwischen 1939 und 1945 geschah, war die Ursache zur Vertreibung der Ostdeutschen aus ihrer Heimat ..."*

2. Der wertende Passus wird entscheidend verkürzt: *"(Unter 'Polen' verstand die Sowjetunion auch Ostdeutschland (s.o). Das bedeutete: Austreibung von 15 bis 20 Millionen Deutschen aus ihrer jahrhundertealten Heimat. Etwa 2 Millionen bleiben zurück, über 3 Millionen kamen um oder blieben vermißt."*

Der frühere Passus über das Unrecht der Vertreibung fehlt. Offenbar hat diese Perspektive in der Einschätzung des Verfassers keine Berechtigung mehr; vielmehr soll der Schüler die Folgerung ziehen, das Leid, das die Deutschen brachten, habe das Leid, das über die Deutschen kam, zur logischen, daher Verständnis voraussetzenden Konsequenz.

3. Die Lastenausgleichsproblematik (*"Wer soll die Lasten tragen?"*) wird nur noch verkleinert gesetzt, betont wird aber noch: *"Heute wissen wir, daß die Vertriebenen und Flüchtlinge mit ihrer Arbeitskraft zurückzahlten, was sie durch Lastenausgleich erhalten. Ohne die Vertriebenen wäre der Aufstieg der deutschen Wirtschaft nicht möglich gewesen."*

4. Daran schließt sich aber nun ein neues Kapitel an: "Von der Oder-Neiße-Linie zur Oder-Neiße-Grenze", wobei jetzt unter Auslassung der "Charta der deutschen Heimatvertriebenen" die nebeneinander gestellten Fragen:

"Recht auf Heimat" - "Rache und Vergeltung" - "Neues Heimatrecht" durch Verweis auf das 68er Memorandum des Bensberger Kreises, einen Artikel in der Wiener Arbeiterzeitung vom 8. September 1967 und auf ein Interview mit dem ehemaligen Moskauer Botschafter Helmut Allardt als beantwortet erscheinen, und zwar zugunsten des Status quo und der Abgeschlossenheit der Frage, unterstützt noch durch einen ebenfalls neu aufgenommenen Meinungskasten, nach dem seit 1953 immer mehr Menschen glauben, daß die Ostgebiete "für immer" verloren sind. Die völkerrechtliche Dimension des Urteils des Bundesverfassungsgerichts von 1973 wird 1975 noch nicht erwähnt.

5. Die noch 1968 geforderten Wissensbestände bezogen auf die Vertreibungsgebiete sind völlig ausgelassen: d.h. man braucht auch nichts mehr darüber zu wissen, weil es ja eben polnisches Gebiet sei; dadurch wird zugleich aber auch jeder vorgängige kulturelle Bezug endgültig eliminiert.

An der Metamorphose dieses sehr einflußreichen Schulbuchs wird erkennbar, wie rasch sich innerhalb weniger Jahre die Akzente dessen, was Schule vermitteln soll und damit das erwünschte Geschichtsbild, radikal ändern. Und genau das macht deutlich, wie zentral Schule und Unterricht Bewußtsein prägen wollen und wie sie zugleich abhängig von gesellschaftlichen und politischen Trends sind: Was noch in den 1960er Jahren "gewußt" werden sollte, ist in den 1970er Jahren obsolet geworden. ...

Für die Schulpolitik der damaligen DDR war das naturgemäß nur ein Thema im ideologisch vorgegebenen Rahmen und vor dem Hintergrund des Görlitzer Vertrags von 1950. Unter Berufung auf den sog. Antifaschismus wird jenes einheitliche Geschichtsbild übernommen, sowohl bezogen auf Ostkolonisation und Ordensstaat wie auch in der Wertung der Ereignisse von 1945, das der kommunistische Ostblock sich verordnet hat und das sich weder vom polnischen noch vom tschechischen oder russischen unterscheidet.

Die deutsche Ostsiedlung erscheint als Raub slawischen Landes. Damit wird das auch für Polen geltende kommunistische Geschichtsbild übernommen: 1945 wurde nur restituiert, was im Mittelalter geraubt wurde; Polen mußte vor einer erneuten deutschen Aggression geschützt werden. Hier kommt das "antifaschistische" Selbstverständnis zum Ausdruck: Es wurde nach Deutschland 'um(ge)siedelt'; von den schrecklichen Abläufen, von Unrecht oder gar der Existenz von Heimatvertriebenen in der ehemaligen DDR keine Spur. ...

Rückblick:

1. Der Rechtsrahmen bis Ende der 1990er Jahre

Durch die Richtlinien des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen (1952) war die Schreibweise von Orten und die Darstellung der Grenzen geregelt worden. Diese Regelung hatte grundsätzlich bis zu Beginn der 90er Jahre Bestand.

So legten die "Grundsätze für die einheitliche Darstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937 sowie der innerdeutschen Grenzen und für die einheitliche Verwendung von Namen und Bezeichnungen in kartographischen Lehrbüchern" der KMK noch 1981 fest (allerdings unter sofortiger Ablehnung Bremens, daher kam es nicht zum Beschluß), daß die Rechtslage auf entsprechenden Kartendarstellungen zum Ausdruck zu bringen sei.

Bereits im November 1954 legte die KMK ihre Empfehlungen zur Behandlung des deutschen Ostens in den Schulen vor, wonach in Fortbildungskursen und in den Historiker-Prüfungsordnungen für Gymnasiallehrer vertieftes Wissen über den Osten verlangt wurde.

Der KMK-Beschluß bereitete die Empfehlungen zur Ostkunde vom Dezember 1956 vor. Diese Empfehlungen legten eindeutig den Akzent auf das "Bewußtsein von der deutschen Einheit und den Wille(n) zur Wiedervereinigung" (der die Ostgebiete einschließt), auf die "Leistung" des deutschen Ostens, die im "deutschen Geschichtsbewußtsein zu verankern" sei, womit ein "inneres Verhältnis zu den Vertreibungsgebieten als zur Heimat eines Teils ihres Volkes" erreicht werden, womit sich aber zugleich "ein sachliches und klares Verhältnis" zu den Völkern Ostmitteleuropas verbinden sollte.

Einem eigenen Fach erteilten die Kultusminister eine Absage, statt dessen fungieren diese Ziele als Unterrichtsprinzipien, die natürlich zugleich der Auseinandersetzung der Systeme dienen sollten, wie sie dann 1962 in den Richtlinien für die Behandlung des Totalitarismus präzisiert worden sind. Ebenfalls 1956 wurde in den "Grundsätzen für den Erdkundeunterricht" und in den "Richtlinien für die Lehrplangestaltung des Erdkundeunterrichts" in den Stoffkreis "Die deutschen Großlandschaften" das "Problem der deutschen Ostgebiete" ausdrücklich einbezogen. "Auch die Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie soll der Sextaner als deutsche Heimat kennenlernen."

Eine erste Veränderung dieser klaren Linie wurde im Juni 1973 offensichtlich, als die KMK ihren Beschluß von 1956 präzisierte und auf unterschiedliche Positionen rekurrierte, die sich im Rahmen der Ostpolitik der sozialliberalen Koalition auch bildungspolitisch abzeichneten und die bereits beim Kartenstreit von 1971 deutlich geworden waren: "Die Kultusminister und -senatoren der Länder in der Bundesrepublik Deutschland stellen übereinstimmend fest, daß die mit Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 13. Dezember 1956 vereinbarten 'Empfehlungen zur Ostkunde' unbeschadet der in ihnen enthaltenen unveränderten Grundsätze und sachlichen Aussagen heute nicht mehr in ihrer Gesamtheit Grundlage von aktuellen Maßnahmen der Kultusverwaltungen der Länder sind.

Sie bestätigen jedoch gleichzeitig nachdrücklich die in den Empfehlungen von 1956 festgestellte Notwendigkeit einer vertieften Beschäftigung in den Schulen und Hochschulen mit den Sprachen, den Kulturen und der Geschichte der osteuropäischen Völker und den politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen in Osteuropa.

Sie sehen darin eine wesentliche Voraussetzung für ein besseres Verständnis der Völker und ihrer Probleme sowie für eine erweiterte politische Urteilsbildung. Die Kultusminister und -senatoren werden dieser ihrer Auffassung über die Bedeutung Osteuropas und osteuropäischer Fragen nach wie vor in den Richtlinien für den Unterricht und in den sonstigen Maßnahmen der Kultusverwaltung Rechnung tragen. Dabei wird einstimmig die vom Deutschen Bundestag am 17. Mai 1972 verabschiedete Resolution zu den Ostverträgen zugrundegelegt."

Das bedeutete konkret: Nur mehr der Hinweis auf die ausstehende friedensvertragliche Regelung ist ausdrücklich Unterrichtsgegenstand; die anderen Felder (Geschichte, Kultur des historischen Ostens) sind nicht mehr allgemeinverbindlich.

Die Rechtspositionen spielen auch eine zentrale Rolle im Beschluß der KMK zur Behandlung der "Deutschen Frage im Unterricht" vom 23. November 1978; sie gingen vom "prinzipiellen Fortbestehen der gesamtdeutschen Staatlichkeit" aus und schrieben vor, daß der "mittel- und ostdeutsche Raum" und auch "Landschaften aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten" zu behandeln seien. Schaut man genauer hin, so sind das freilich nur noch Marginalien. Im wesentlichen konzentrierten sich die Empfehlungen auf das Verhältnis Bundesrepublik und DDR, die den eigentlichen Kern der Deutschen Frage bildeten; die Ostgebiete sind "ehemalig", ihr Verknüpfung mit der deutschen Einheit war höchstens rechtlich gegeben.

Derzeit haben wir einen weithin KMK-freien Raum, denn alle Empfehlungen, Beschlüsse etc. wurden 1990/91 aufgehoben. Nur die Namensregelung wurde in neue "Grundsätze" gefaßt; danach "erfolgt die Darstellung der Grenze des Deutschen Reiches vom 31. Dezember 1937 nur auf solchen thematischen Karten, bei denen diese Grenze eine sich aus der Kartenthematik ergebende inhaltliche Bedeutung besitzt ..."

Zu den Ortsnamen wird formuliert: "Außerhalb der Bundesrepublik Deutschland in den Grenzen vom 3. Oktober 1990 gelegene Städte und Ortsnamen sind in den Karten für den Gebrauch an deutschen Schulen entsprechend den internationalen Gepflogenheiten mit den herkömmlichen und allgemein gebräuchlichen deutschen Namen unter Zusatz ihrer landeseigenen Benennung zu bezeichnen" (Beispiel u.a.: 'Danzig = Gdańsk'). "Aus Gründen der Übersichtlichkeit kann der landeseigene Name entfallen."

Bis heute gibt es dazu keinen neuen KMK-Beschluß. Das Papier des Schulausschusses der KMK von 1995, das einen weiterführenden Ansatz geboten hätte, wurde nur zur Kenntnis genommen, aber nicht verabschiedet. Nur einige Sätze aus dieser Empfehlung: "Die Verträge mit unseren östlichen Nachbarn sind auf das Ziel gerichtet, auch zwischen Deutschen, Polen und Tschechen ein gleich gutes und enges Verhältnis (wie zu Frankreich; Verf.) herzustellen, das der gemeinsamen Zugehörigkeit zum europäischen Kulturkreis entspricht. Ein Weg in diese Richtung führt über die Erinnerung an die jahrhundertlang gemeinsam durchlebte, von vielen gegenseitigen Verbindungen geprägte Geschichte und Pflege der zum Teil in fruchtbarer Zusammenarbeit geschaffenen Kultur als gemeinsames Erbe."

Somit stehen wir vor der Situation, daß angesichts von 16 verschiedenen Kultuspolitiken nicht nur die Schulformen, sondern auch die Lehrpläne in einer Weise divergieren, die kaum noch Vergleichbarkeit zuläßt. ...

2. Die Marginalisierung des Themas seit Ende der 1960er Jahre

Generell läßt sich dreierlei feststellen:

1. Das Thema wird seit Ende der 60er Jahre und dann im Gefolge der sozialliberalen Ostpolitik marginalisiert oder teilweise sogar verdrängt.
2. Es wird seit Ende der 70er Jahre v.a. die polnische Sicht immer wieder miteinbezogen ("Multiperspektivität", das betrifft insbesondere die Ostsiedlung).
3. Durch intensive Schilderung der NS-Verbrechen an und in Polen, in der Sek. I und wiederholt in der Sek. II, wird das chronologische und kausale Prius, also die vorhergehenden deutschen Verbrechen und die Folgen und daher der Zusammenhang von Schuld und Sühne - wenn nicht immer ausdrücklich thematisiert -, so doch zumindest durch den Kontext unmittelbar nahegelegt.

Nur als eindrucksvolles Beispiel zitiert seien die Richtlinien und Lehrpläne Geschichte Sek. II Gymnasium/Gesamtschule NRW (1999, Jg.-St. 13,1).

"Polenpolitik: Der Versuch, eine Nation zu vernichten: Ideologie des deutschen 'Lebensraums' und Herrschaftssystems in Osteuropa; Der Hitler-Stalin-Pakt: die vierte Teilung Polens; Deutsche Besatzungspolitik, Fallanalyse: die 'Aktion Zamosc' 1942/43; National-polnischer und polnisch-jüdischer Widerstand: Ghetto-Aufstand 1943 und Warschauer Aufstand 1944.

Die Nachkriegszeit und die Last der Vergangenheit: Kriegsende: Entscheidungen der Alliiert-

ten, Flucht und Vertreibung, Entnazifizierung durch die Besatzungsmächte ... Deutschland und Polen: Die Frage der Oder-Neiße-Grenze, von der sozialliberalen Ostpolitik 1970/72 zu einer neuen Nachbarschaft 1990/91 ...

- *Alternativen oder Ergänzungen* (Beispiele):

Lernort Auschwitz (Studienfahrt) ...

Polnische 'Fremdarbeiter' im Deutschen Reich (Lokalgeschichte);

Die Teilungen Polens im 18. Jahrhundert ...

Der Versailler Vertrag und die Auseinandersetzungen in den Abstimmungsgebieten ...

DDR und Volksrepublik Polen: eine verordnete Freundschaft.

- Gegenstandsbereiche für *Facharbeiten* (Beispiele):

Der polnische Aufstand

1830/31 und die Reaktionen der deutschen Nationalbewegung;

Deutschland und Polen in der Zwischenkriegszeit;

Die preußische 'Ostmarkenpolitik' im Deutschen Kaiserreich;

Die Rolle der Kirchen bei der deutsch-polnischen Aussöhnung ..."

Bemerkenswert ist hier, daß der 1998 noch vorgesehene Hinweis auf die Ostsiedlung weggefallen ist.

3. Allgemeine Tendenzen in Richtlinien und Schulbüchern

Selbstverständlich kommen Joseph von Eichendorff oder Gerhart Hauptmann immer noch aus Schlesien, findet die preußische Königskrönung immer noch in Königsberg/Ostpreußen statt, hat Immanuel Kant dort gewirkt und hat Friedrich II. Schlesische Kriege geführt.

Was aber heute nirgends mehr zur Sprache kommt, ist der historische deutsche Osten als solcher, in Form eines Rückblicks, Exkurses mit Hinweis auf die Kulturleistungen und den historischen Beitrag dieser Regionen zur deutschen National- und europäischen Geschichte, zur Bildung von Neustämmen etc. Das betrifft auch die Schulbücher, die höchstens einmal eine allgemeine resümierende Bemerkung dazu fallen lassen (z.B. 1996:

"Ein Viertel der Fläche des Deutschen Reiches von 1937 ging verloren; die jahrhundertealte deutsche Siedlungs- und Kulturtätigkeit fand in diesem Raum ein abruptes Ende ...").

Ebenso wenig spielen die Vertriebenen, die Charta von 1950 usf. eine besondere Rolle; in den Schulbüchern wird da und dort noch die Integrationsleistung der Bundesrepublik nach 1945 positiv gewürdigt, oder es werden - ebenfalls sporadisch - auch die Probleme des Zusammenlebens angesprochen (z.B. 1995:

"Das Wort 'Flüchtling' wurde über Jahre hinweg fast ein Schimpfwort und zum Symbol für 'unerwünscht'").

Oder es wird die Parallele zur Gastarbeitersituation gezogen (*"Die deutschen Flüchtlinge wurden in Notunterkünften untergebracht. Nicht selten waren es die Baracken, in denen zuvor die unter der nationalsozialistischen Herrschaft verschleppten Arbeitskräfte gelebt hatten ... Für die 'Gastarbeiter', die bereits ab 1955 zum Gelingen des deutschen 'Wirtschaftswunders' beitrugen, waren vielfach die Barackenlager wieder gut genug."*).

Ansonsten fungieren sie höchstens noch und ganz vereinzelt als Oppositionselement gegen die sozialliberale Ostpolitik (vgl. 1985: "Besonders die Vertriebenen und die ältere Generation ... brachten gegenüber den Vertragsformulierungen erhebliche Bedenken vor."

Oder 1996:

"Wer nur an das eigene Recht dachte, mußte die Sicherheit der Grenzen der Nachbarn gefährden. Wer die Unversehrtheit des Reiches von 1937 betonte, schien die Folgen des II. Weltkrieges vergessen zu haben. Wer sich nur noch auf einen Rechtstitel berief, zu dem es keine realistische Basis mehr gab, geriet in Gefahr, verlorenen Wunschbildern nachzuhängen").

Der Zusammenhang von deutscher Schuld und Reaktion (Vergeltung/Sühneleistung) wird in

den Richtlinien weithin nur durch den vorgegebenen historischen Kontext: NS-Verbrechen (insbesondere in Polen) - Niederlage - Vertreibung hergestellt; diesen Zusammenhang formulieren dann Schulbücher deutlicher, z.B. 1995:

"Was Deutsche unter nationalsozialistischer Führung anderen Völkern zugefügt hatten, erlitten bei Kriegsende und nach der Kapitulation viele Deutsche, die im Machtbereich der vorher unterdrückten Völker lebten";

oder 1994:

"1945 wurden die Deutschen in Osteuropa mitverantwortlich für die Verbrechen Hitlers gemacht und millionenfach aus ihren Siedlungsgebieten (Ostprien, Westprien, Pommern, Schlesien, Sudetenland u.a.) in das besiegte und zerstörte Deutschland (sic!) vertrieben."

Ein historisches Verständnis für die Aussiedlerproblematik wird nicht geweckt.

Bemerkenswert ist schließlich, daß die deutsch-polnischen Schulbuchkonferenzen offenbar nur in NRW Einfluß auf die Richtlinien der 70er Jahre ausgeübt haben, die sich expressis verbis darauf beziehen. In den Schulbüchern der 90er Jahre spielen diese Gespräche keine Rolle mehr, in denen der 80er Jahre sind sie da und dort im Rahmen der Ostsiedlung berücksichtigt. Auch bei den genannten vier Fixpunkten - Flucht und Vertreibung 1945 ff., den Ostverträgen, den 2+4-Verhandlungen und schließlich der Ostsiedlung vom 12. bis 14. Jahrhundert - lassen sich diese Tendenzen im einzelnen nachweisen.

Der Hinweis auf *"Flucht und Vertreibung"* erscheint entweder im chronologischen Kontext von 1945 (das bleibt das Übliche) oder er wird abgelöst vom chronologischen Zusammenhang unter "Migration" bzw. unter ein Oberthema gestellt, das die Beziehungen zwischen Deutschen und Polen, Deutschen und Tschechen, im Längsschnitt aufgreift, dies mit wachsender Tendenz (s.u.).

Auch der Hinweis auf das Potsdamer Abkommen ist durchgängig vorhanden, hingegen wird die Konsequenz des Geschehens, der Verlust der Ostprovinzen, nur noch selten hervorgehoben. Das Thema erscheint in der Darstellung der Ereignisgeschichte nach 1945 im Kontext zu anderen vom Krieg betroffenen Personen, deren Schicksal zu den unmittelbaren Kriegsfolgen zu rechnen ist (Trümmerfrauen/Kriegsgefangene/Schwarzmarkt/Fremdarbeiter/Displaced Persons usw.); NRW machte (1993) dabei ausdrücklich darauf aufmerksam, daß eben nicht nur Deutsche vertrieben wurden. Oder es wird zu modernen Phänomenen in Bezug gesetzt (Gastarbeiter, Aussiedler, Asylbewerber).

Zeitzeugenbefragungen sahen nur noch Baden-Württemberg (1994), Bayern (1992) und Sachsen (1992) vor.

Die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen wird nur in einzelnen Bundesländern thematisiert. Die Schulbücher setzten hier keine besonderen Akzente, sie beschreiben und illustrieren. Zahlen, Vorgänge etc. werden geschildert, vereinzelt wird die Brutalität des Geschehens kritisiert, wie es der historischen Wahrheit entspricht.

Insgesamt läßt sich aber auch schon für die 70er und 80er Jahre feststellen, daß das Thema nur mehr marginal behandelt wird - und auch hier akzentuiert im Kontext von Schuld und Sühne: *"Den von Deutschland verursachten Zweiten Weltkrieg als eine entscheidende Ursache für die Teilung Deutschlands und den Verlust der deutschen Ostgebiete verstehen"* (Hamburg 1987). Die deutschlandpolitischen Positionen der 50er und 60er Jahre zur Vorläufigkeit der Oder-Neiße-Linie werden schon in den 70/80er Jahren nirgends mehr thematisiert; damit wird auch hier deutlich, daß es sich seit dem 1978er Beschluß der KMK nur mehr um eine antiquarische Facette handelt.

Dies zeigt, daß damit ein deutlicher Bruch zu den 50er und 60er Jahren vollzogen worden ist: Damals wurde die Wiedervereinigungsproblematik noch expressis verbis auf das *"dreigeteilte Deutschland"* (Bayern, 1966) bzw. auf *"Ostdeutschland"* (Hessen, 1952) bezogen: Der Unrechtscharakter der Potsdamer Beschlüsse wird betont (NRW, 1955).

Daraus wird die Offenheit der deutschen Frage auch hinsichtlich der Ostgebiete deutlich, ihre Zugehörigkeit zu Deutschland, ihr aktueller Status als fremdverwaltetes Gebiet wird betont: *"die zur Zeit unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Ostgebiete und unserer Verhältnis zu den östlichen Nachbarn"* (Niedersachsen, 1964 u.ä.a.m.), mit der Schuldfrage will NRW auseinandersetzen lassen, wobei zugleich das Recht auf Heimat betont und die Oder-Neiße-Linie zu den *"ungelösten nationalen Fragen"* gerechnet wird; Rheinland-Pfalz wollte (1957) wie das Saarland (1959) die Zusammengehörigkeit mit den mittel- und ostdeutschen Landschaften erhalten und stärken.

Der Verlust für Europa/das Abendland/die abendländische Kultur wird betont (*"Europa verliert den deutschen Osten"*; Hessen, 1952); die Ostgebiete werden als eigens und ausdrücklich zu behandelnde geographische und historische Gebiete ausgewiesen.

Die Auseinandersetzungen um die *Ostverträge* werden heute nicht mehr in allen Lehrplänen thematisiert, oder sie werden nur als historisches Faktum aufgeführt. Nach Vollendung der Einheit haben sie einen besonderen Stellenwert nur noch in SPD-geführten Ländern, die auf diese Weise den Beitrag der SPD/FDP-Koalition zum Einigungsprozeß betonen wollen und damit in einer aktuellen politischen Diskussion Stellung beziehen.

Dieses hier nur kurz skizzierte Bild war durch die Lehrpläne der späten 70er und 80er Jahre bereits vorbereitet. Auch Schulbücher setzen hier einen verstärkenden Akzent, z.B. 1996:

"Eine ausschließlich deutsche Sicht der Landkarte wurde der europäischen und ideologischen Dimension des Problems nicht gerecht ... Das pauschale Blockdenken war damit schon längst nicht mehr angemessen ..."

Dieser Akzent zeigt sich schon 1973:

"So stand 1945 ein Berg von Haß und Leid zwischen den Menschen beider Völker. Aber auch hier haben Männer und Frauen auf beiden Seiten geduldig daran gearbeitet, nun endlich einen Schluß-Strich unter die leidvolle Vergangenheit zu ziehen. 25 Jahre später bildete der Warschauer Vertrag die Chance eines neuen Anfangs ..."

Die Anerkennung der historischen Schuld besiegelt der immer wieder (auch nach 2000) abgebildete Kniefall Willy Brandts in Warschau vor dem Denkmal zum Aufstand im jüdischen Ghetto.

Das Thema "2+4" wird allgemein in allen Lehrplänen nach 1990 genannt; in zwei Lehrbüchern wird betont, daß die CDU sich mit der Anerkennung Westgrenze Polens schwergetan habe.

Der größte Einbruch ist zweifellos bei der Darstellung der Ostsiedlung zu beobachten: In einigen Ländern war das Thema in der Sek. I nicht mehr explizit präsent oder wird in den integrierten Fächern (Sek. I) aus dem chronologischen Kontext herausgelöst und unter die deutsch-polnischen Beziehungen im Rückblick subsumiert.

In der Oberstufe hat auch NRW (1999, s.o.) keinen Hinweis. Im chronologischen Kontext präsent ist es in Baden-Württemberg, Bayern, Berlin (wo es einen deutlich höheren Stellenwert gewann), Mecklenburg-Vorpommern (u.a.: *Sich mit unterschiedlicher Bewertung der Ostsiedlung auseinandersetzen*) und jetzt in Hessen, ausführlich in Sachsen (2001) und in Thüringen (*Erschließung neuer Siedlungsräume, Binnenkolonisation, Ostsiedlungsbewegung, Deutscher Orden, Ordensstaat, Städtegründungen*).

Eine bemerkenswerte Wandlung zeigte Sachsen-Anhalt: Während in den Rahmenrichtlinien Sekundarschule Geschichte (1994) noch *"Kreuzzüge und Ostexpansion"* ausdrücklich erwähnt sind, fehlt dieser Hinweis in den das Mittelalter abdeckenden 1997 vorgelegten RR Sekundarschule Förderstufe Geschichte.

In einigen Ländern wird die Gelegenheit genutzt, in diesem Kontext das generelle Verhältnis Deutsche/Slawen oder Deutsche/Polen zu akzentuieren, und zwar unter dem Aspekt schon mittelalterlicher Gemeinsamkeit.

Auf die Habsburger Siedlungspolitik ("z.B. *Banater Schwaben, Siebenbürger Sachsen; Vergleich mit der mittelalterlichen Ostsiedlung*") ging Bayern (RS), auf die Frage deutscher Sprachinseln inkl. der Wolgadeutschen Sachsen ein. Die Rahmenrichtlinien Gymnasium-/Fachgymnasium Grundkurs Geschichte in Sachsen-Anhalt von 1999 haben unter zeitlicher Zuordnung zur "Aufklärung" und als "Wahlpflicht" den Hinweis:

"Deutsche in Rußland; Ansiedlung von Deutschen an der Wolga unter Katharina II./Mutterkolonien gründen Tochterkolonien/Stalins Politik gegenüber den Rußlanddeutschen/Rußlanddeutsche als Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler."

Bemerkenswert war, daß der neue Lehrplan für die Sek. II Gymnasium, Gesamtschule Geschichte (Anhörungsfassung) von Schleswig-Holstein unter "Projektlernen" als Beispiel eine Einheit "Schwierige Nachbarn: Deutsche und Polen" vorschlug, mit *"Die unterdrückte Nation; die polnischen Teilungen"*, über *"Migration und Integration"* im 19. Jahrhundert, *"Minderheiten und Minderheitsrechte"* bis zu *"Deutsche und Polen in Geschichtsbüchern"*; über die Ostsiedlung wird allerdings kein Wort verloren.

Die Tatsache, daß die Ostsiedlung (o.ä.) aus vielen Lehrplänen schon verschwunden ist, bedeutet schlichtweg, daß die Ereignisse der Jahre nach 1945 und auch die Aussiedlerproblematik dem Schüler gar nicht klar werden können. Allerdings war die Ostsiedlung auch schon in den 70er und 80er Jahren nicht in allen Lehrplänen mehr explizit vorgesehen. Ihre multiperspektivische Darstellung aus deutscher wie aus polnischer Sicht sah Baden-Württemberg vor (1980:

"Erkennen, warum die Ostsiedlung von Deutschen und Polen unterschiedlich bewertet wird"), zumal es sich nicht um eine "nationale" Angelegenheit handle (*"wissen, daß die Ostsiedlung sich nicht als nationale deutsche Ausdehnung, sondern als Landesausbau vollzieht"*).

Das Saarland verknüpfte (1980) damit die gesamte Folgethematik (*"Ergebnis: Eindeutschung weiter Gebiete zwischen Elbe und Memel/Transfer: Verlust der Ostgebiete/Vertrag zwischen Deutschland und Polen/Abtrennung der deutschen Ostgebiete und Vertreibung der Deutschen"* mit Hinweis auf den KMK-Beschluß zur Deutschen Frage im Unterricht).

Die eher zurückhaltende Behandlung in den Lehrplänen seit den 70er Jahren, die auf Ausgleich, Europäisierung und Multiperspektivität angelegt ist, unterscheidet sich deutlich von jenem Ton, der noch in den 50er und 60er Jahren angeschlagen wurde:

- betont wurde damals die kulturelle Mission (*"Ausstrahlungen deutscher Kultur nach Osten und Norden"*),

- die damit verbundene *"Pionierleistung"*, die, so wird ebenfalls unisono hervorgehoben, *"durch den Ruf slawischer Fürsten"* ausgelöst wurde.

Damit wird eine deutliche kulturelle Überlegenheit unterstellt, wie sie etwa Schleswig-Holstein noch 1968 unterstreicht (*"Die kulturelle Bedeutung der mittelalterlichen Kolonisation"*), das 1959 sogar noch darauf hinwies:

"Durch die gemeinsame Anstrengung aller deutschen Stände wird germanischer Volksboden wiedergewonnen. Die östliche Landnahme führt zu einer Erweiterung des deutschen Stammesgefüges und weist Deutschland zu, das östliche Grenzland Europas zu sein."

In den Schulbüchern der 80er Jahre stand - teilweise unter Bezug auf die deutsch-polnischen Schulbuch-Konferenzen - dann eher das Problem der multiperspektivischen, kontroversen Deutung im Mittelpunkt, z.B. 1985:

"Vier Jahre lang bemühten sich deutsche und polnische Experten um gemeinsame Empfehlungen für die Darstellung der deutsch-polnischen Geschichte in Schulbüchern. Zum Thema 'Polen und der Deutsche Orden' konnte der Abschlußbericht von 1977 nur den völligen Fehlschlag feststellen: In den polnischen Schulbüchern werde, so hieß es da, vor allem die Rolle des Deutschen Ordens als Herrschaftsträger und die Geschichte der Ausdehnung des Ordenslandes durch Kriege und Waffengewalt aufgezeigt. Die westdeutschen Schulbücher würden

die Missionsarbeit des Ordens und seine Leistung für die Verbesserung der Lebensverhältnisse betonen.

Dieser Problemkreis bedarf trotz gewisser Fortschritte, die auf der Konferenz in Thorn im September 1974 erzielt werden konnten, noch weiterer gründlicher Behandlung."

Für die 50er/60er Jahre - einmal abgesehen von der üblicherweise sehr viel ausführlicheren Darstellung der Fakten - mag folgende Einschätzung genügen.

1952 - *"Die Deutschen hatten weite Gebiete, die von den Germanen während der Völkerwanderung preisgegeben worden waren, wiedergewonnen. Die Elbe, die seit Jahrhunderten die deutsche Ostgrenze gebildet hatte, rückte in die Mitte des Reiches. Deutsche Kolonisten brachten fremden Völkern (Polen, Böhmen und Ungarn) den wertvollsten Teil ihrer Kultur. Sprache, Recht und Lebensart der Deutschen wirkten noch weiter nach Osten ..."*

1962 - *"... Es wirkte also starkes west-östliches Kulturgefälle. Die Hebung dieser rückständigen Gebiete auf den kulturellen und wirtschaftlichen Stand des Abendlandes war damals nur mit Hilfe deutscher Zuwanderer möglich."*

In Schulbüchern der 90er Jahre werden weithin die Aspekte: Miteinander, Multikulturalität, Multiperspektivität, Europäisierung und Gegenwartsbezug, weiter ausgemalt z.B. 1995:

"Kulturen treffen aufeinander"/Photo: "Die Marienburg in Ostpreußen, ehemaliges Herrschaftszentrum des Deutschen Ritterordens, wurde nach der Zerstörung im Zweiten Weltkrieg vom polnischen Staat wiederaufgebaut".

Daneben stehen Photos einer Moschee und einer Kirche in Rüdesheim und ein Bild über Sorbisch-Unterricht in Brandenburg/"Siedlung und Völkerbegegnung im Osten"/"Fremde helfen bei der Entwicklung des Landes".

Oder (1992):

"Der Landesausbau im östlichen Mitteleuropa war wie überall eine herausragende kulturelle Leistung der Menschen des Hochmittelalters." Es finden sich allerdings auch Hinweise auf frühere geschichtspolitische Kontroversen, etwa 1994:

"So wurde von deutscher Seite betont, daß die Siedlungsgebiete der Polen zwischen Oder und Weichsel von germanischen Stämmen bewohnt gewesen seien ... Die Polen dagegen verwiesen auf Funde, die belegen, daß schon vorher slawische Siedlungen im heutigen Polen entstanden seien."

Mit den Lehrplanrevisionen seit den späteren 60er Jahren und der 70er Jahre ist ein deutlich verändertes Verhältnis zu den historischen deutschen Ostgebieten und den damit verbundenen Fragen und Problemkomplexen zu konstatieren. Dabei unterscheidet sich die Behandlung etwa in Bayern, Baden-Württemberg und jetzt Sachsen und Thüringen von der in NRW, Niedersachsen oder Brandenburg, um auch parteipolitische Nuancen zu kennzeichnen.

Grundsätzlich aber gilt: Der Weg führt weg von einer eindeutig deutschzentrierten Sicht, die - sofern überhaupt -, auf Polen (die Tschechoslowakei/Tschechien ist gar nicht weiter berücksichtigt) nur unter dem Eindruck der offenen Grenzregelung eingeht, den polnischen Standpunkt nicht berücksichtigt, im Zusammenhang mit der Ostkolonisation ein deutliches kulturelles Überlegenheitsgefühl propagiert (was sich naturgemäß auf die Einschätzung der Gegenwart auswirkt) weg zu einer deutlich auf Verständigung, Gemeinsamkeit, Symbiose (auch in der Rückprojektion auf das Mittelalter) zielenden Grundlinie, die auf Gleichrangigkeit der Partner abstellt und den Wiedervereinigungsgedanken nur mehr auf die DDR beschränkt.

Daher verschwindet seit den 70er Jahren auch der im Zusammenhang mit der Ostsiedlung deutliche Kulturüberlegenheit signalisierende Ton der Nachkriegsrichtlinien (er wird in den 70er/80er Jahren nur mehr höchst zurückhaltend angedeutet); damit verbindet sich aber auch der Ansatz, Reizthemen entweder auszublenden oder zu reduzieren (das betrifft seit den 80er Jahren eher die Ostkolonisation) oder in der Kontroverse zwischen Polen und Deutschland zu spiegeln und damit die Relativität des eigenen Standpunktes deutlich zu machen.

Darüber hinaus lassen sich noch zwei weitere Varianten beobachten, die beide ebenfalls ansteigende Trends in der Lehrplanentwicklung spiegeln. Die erste klingt bereits kurz an: die Behandlung des Themas unter dem Leitbegriff: "Migration".

In Berlin (*"Inhaltsbereich Migrationen/Ostsiedlung im Mittelalter/und: Auswanderung - Einwanderung - Vertreibung im 19. und 20. Jahrhundert"*, 1996), dann v.a. in Brandenburg (1991), Saarland (1992), Nordrhein-Westfalen (1994), Hessen (1995), Niedersachsen (1995), Rheinland-Pfalz (1999) und in Sachsen-Anhalt (1999) war die Tendenz v.a. in den integriert geführten Fächern unverkennbar, das Thema aus dem chronologischen und nationalen Zusammenhang zu lösen und es als einen historischen Beleg unter anderen allgemein unter dieses Oberthema zu stellen.

Vergleichsmomente werden dann z.B. die Völkerwanderung, die Wanderung der Turkvölker, die Hugenotten, die Salzburger Exilanten (letztere in Brandenburg), Deutsche in Amerika, Polen im Ruhrgebiet, aktuelle Arbeits- und Armutsmigration.

Damit wird verdeutlicht, daß es sich um einen periodisch immer wieder eintretenden historischen Prozeß von "Wanderungen" unter verschiedenen historischen Rahmenbedingungen handelt, der daher auch nicht aus dem Rahmen des Üblichen fällt und der das humanitäre Gewissen ganz allgemein zu beschäftigen hat, also das Verständnis für Zuwanderung, Asylanten etc. wecken soll.

Allerdings ist bei diesem Ansatz immer zu würdigen, ob der ereignisgeschichtliche Kontext dadurch ersetzt wird oder ein solcher Ansatz nur komplementär vorliegt. Die Gefahr bleibt dabei, daß die Vergangenheit für aktuelle Kontroversen instrumentalisiert wird.

4. Wachsende Tendenz zur verschränkten Geschichtsdarstellung

Eine letzte Variante besteht darin, und diese Tendenz wird ebenfalls in den 80er Jahren vorbereitet und dann in den 90er Jahren verstärkt, durch eine eigene Unterrichtssequenz "Deutsche und Polen"/"Deutsche und Tschechen" (nur Niedersachsen 1995; letzteres müßte deutlich intensiviert werden) die enge Verknüpfung beider "Geschichten" herausarbeiten zu lassen:

Dieser Ansatz, der in den Schulbüchern bis 1999 noch nicht weit verbreitet ist, findet sich in den Richtlinien immer häufiger, z.B. Berlin (1996), Brandenburg (1991), Hamburg (1991), Rheinland-Pfalz (1994), Niedersachsen (1995), wo es heißt:

"Deutsche und Polen: Ausgehend von der endgültigen Grenzankennung der polnischen Westgrenze im Jahre 1991 sollen wichtige Stationen der polnischen Geschichte und des deutschpolnischen Verhältnisses bis zurück zu den polnischen Teilungen untersucht werden. Die Belastungen der aktuellen Beziehungen durch nach wie vor strittige Bewertungen geschichtlicher Phasen sollten den Schülerinnen und Schülern deutlich werden. Nur so ist es möglich, die Belastungen und Probleme als Bestandteile der gemeinsamen Geschichte anzunehmen und Verständnis zu wecken für die nach wie vor wichtige Aufgabe einer guten Nachbarschaft zwischen Deutschen und Polen."

In den dazugehörigen inhaltlichen Schwerpunkten werden unter *"Probleme nationaler Identität: Beispiel Oberschlesien/Belastungen im deutsch-polnischen Verhältnis: Überfall, Vertreibung, Entschädigung"* angeführt.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang, daß nicht bei der jüngsten Vergangenheit stehen geblieben, sondern der Rückblick eingeschlossen und damit das Bild differenzierter wird.

Zusammenfassung

Es kann also keine Rede davon sein, daß der "historische deutsche Osten" aus den Lehrplänen unserer Schulen verschwunden ist. Was sich aber seit Ende der 60er Jahre geändert hat, ist der Kontext:

Die nur mehr historische Verbindung zu den damals bestehenden Rechtspositionen (obwohl zu keiner Zeit von "Revanchismus" o.ä. auch nur das geringste zu verspüren gewesen wäre), der weit geringere quantitative Umfang bis hin zur völligen Marginalisierung inkl. der damit

verbundenen Faktenkenntnisse (an denen es zutiefst mangelt), die multiperspektivische Akzentuierung, die Verbindung von deutschen Verbrechen im Nationalsozialismus und Vertreibung nach 1945, die Betonung gemeinsamen Leids und das generelle Verständnis dieser Vergangenheit, die sich nicht mehr national verengt präsentiert, sondern sich in einen größeren europäischen Horizont einfügt.

Daher ist eine Verschränkung der "Geschichten" Deutschlands und der ostmitteleuropäischen Staaten ("Deutschland und seine östlichen Nachbarn"; "Deutsche und Polen"; "Deutsche und Tschechen" o.ä.) sicher der wirkungsvollste bildungspolitische und didaktische Ansatz.

Komplementär dazu wären Ansätze einzubeziehen, die der Geschichte unserer Nachbarn selbst eigene Sequenzen widmen.

Vor diesem Hintergrund ist auch nichts dagegen einzuwenden, wenn daneben der besondere Aspekt von "Flucht und Vertreibung" für einen mahnenden "Gegenwartsbezug" fruchtbar gemacht wird, ohne daß ein solcher "Gegenwartsbezug" nun den völlig unhistorischen Eindruck vermitteln sollte, man könne ein "Einwanderungsland Deutschland" oder eine "multikulturelle Gesellschaft" gerade mit dem Hinweis auf 1945 historisch legitimieren.

Es scheint, daß in solchen, die Gemeinsamkeit und Verflochtenheit der Geschichten betonenden Sequenzen der beste Ansatz liegt, das kulturelle Erbe der hier angesprochenen Regionen auch über die Schule zu bewahren und damit zugleich die Brücke zu unseren Nachbarn zu bauen.

Der Schule kommt dabei die Aufgabe zu, nachhaltiges historisches Grundwissen über diese Vergangenheit zu vermitteln, das aber nicht nur fixiert sein sollte auf jenen Tiefpunkt, den die Jahre zwischen 1933 und 1945 markieren, sondern die gesamte Vergangenheit einbezieht ...<<

Die deutsche Journalistin Helga Hirsch berichtete während dieser Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung und des Instituts für Zeitgeschichte in Berlin über die "Erinnerung an die Flucht und Vertreibung der Deutschen" (x879/114-121): >>... Insgesamt sind etwa 14 Millionen Deutsche von 1944 bis 1950 aus den deutschen Ostgebieten und den ehemals deutschen Siedlungsgebieten im Osten und Südosten geflohen oder vertrieben worden; knapp zwei Millionen von ihnen kamen um. Fast jede fünfte Familie in Nachkriegsdeutschland hatte somit ihre Heimat verloren. Wie hat sich unsere Gesellschaft der Entwurzelung gestellt, und wie sind die Entwurzelten selbst mit sich umgegangen?

Die Erinnerungen an Flucht und Vertreibung haben im Westen Deutschlands mehrere Phasen durchlaufen. Gleich nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs waren sie in Familiengeschichten, Filmen, Romanen und Dokumentationen allgegenwärtig als Ausdruck des authentischen Schocks, der die Menschen in ihren Alpträumen verfolgte, sie sich hilflos, ohnmächtig und abhängig fühlen ließ und sehr häufig in die soziale Deklassierung stieß.

Gleichzeitig aber wurden die dramatischen Erlebnisse jener, die von der Roten Armee überrollt, von Sowjetsoldaten vergewaltigt oder von Polen und Tschechen zur Zwangsarbeit eingesetzt worden waren, in der politischen Propaganda eingesetzt, da sich im beginnenden Kalten Krieg mit den Greueltaten eindringlich begründen ließ, warum sich das christliche Europa gegen "barbarische Rotarmisten" und die "bolschewistische Gefahr" schlechthin zusammenzuschließen und zu rüsten habe.

In den sechziger Jahren änderte sich die Situation radikal. Hatten sich die Vertriebenen wie der Rest der Nation bis dahin unter weitgehender Ausblendung der NS-Verbrechen fast ausschließlich als Opfer der Alliierten gesehen, nahmen die Nachgeborenen sie nur noch verächtlich als Täter und Mitläufer wahr. Der Verlust der Ostgebiete galt nun als gerechte Strafe für die Verbrechen des NS-Regimes; schon wer sentimentalen Kindheitserinnerungen nachhing, stand im Verdacht des Revanchismus.

Von einigen literarischen Ausnahmen abgesehen - etwa den Romanen "Heimatmuseum" von

Siegfried Lenz oder "Kindheitsmuster" von Christa Wolf - waren die Themen Flucht und Vertreibung in den siebziger und achtziger Jahren vom linken und liberalen Milieu gemieden oder sogar diskreditiert. Mütter oder Großmütter, die in jener Zeit etwas von ihren Erlebnissen preiszugeben versuchten, stießen in der Regel auf Gleichgültigkeit oder gar Ablehnung bei ihren Kindern. Das Thema Vertreibung wurde zu einer Domäne der politischen Rechten.

In Ostdeutschland war jede öffentliche Erinnerung an die verlorene Heimat schon kurz nach Kriegsende untersagt worden, da sich Groll, Wut und Vorbehalte gegen die Sowjetunion und die neuen Verbündeten hätten richten können. Schon ab 1945 durfte in der Sowjetischen Besatzungszone auf Anordnung der Sowjetischen Militäradministration nur noch beschönigend von "Umsiedlern" gesprochen werden, jede eigenständige Organisierung von Sudetendeutschen oder Schlesiern war verboten, für spezielle Eingliederungshilfen - wie im Westen den Lastenausgleich - gab es kein Geld.

Seit Anfang der neunziger Jahre hat im nun wiedervereinten Deutschland erneut ein Wandel im öffentlichen Umgang mit Flucht und Vertreibung stattgefunden.

Zum einen verfolgen Kinder und Enkel in Romanen und Autobiographien die Große Geschichte bis hinein in die kleinen Familiengeschichten, so daß die Verstrickungen von Vätern und Großvätern in der NS-Zeit ganz konkret unter die Lupe geraten - erinnert sei nur an Margret Nissen "Sind Sie die Tochter Speer?" oder an Martin Pollack "Der Tote im Bunker".

Zum anderen blenden die Nachgeborenen nicht mehr das Leiden aus, das ihre Familie getroffen hat - durch den Verlust von Vätern an der Front, durch Bombenterror oder durch Flucht und Vertreibung. Hier sei beispielsweise erinnert an Reinhard Jirgl's Biographie in "Die Unvollendeten" oder an die Biographien in meinem Buch "Schweres Gepäck".

Wer auch das Leiden der Deutschen thematisiert - so die neue Erkenntnis - muß keineswegs die Schuld der Deutschen relativieren oder die Leiden der jüdischen, polnischen oder russischen Opfer marginalisieren.

Vielmehr erweist sich, daß viele Vertriebenenkinder, als sie endlich wagten, über die Heimatlosigkeit und den Schmerz der Eltern zu reflektieren, sich zuvor jahrelang mit der NS-Geschichte beschäftigt und Kontakte zu überlebenden Juden aufgebaut hatten.

Ihr Bedürfnis nach Integration, auch des eigenen Leidens, erwuchs aus dem Bedürfnis, die weißen Lücken der Familienbiographie zu füllen und ein stabileres, stärker in sich ruhendes Selbstverständnis zu entwickeln. "Wie ist es um die Nachkommen der Vertriebenen bestellt, denen ihre Herkunft oftmals unerschließbar bleiben mußte?", fragte denn auch der Schriftsteller Reinhard Jirgl, dessen Mutter und Großmutter aus dem Sudetenland stammen.

Wenn das Thema ausgerechnet jetzt, 60 Jahre nach den Ereignissen zurückkehrt, hat das mehrere Gründe: Zum einen stehen nun schon die Kinder von Vertriebenen kurz vor dem Rentenalter, in dem nicht mehr Berufswelt, Karriere und soziale Absicherung vordringlich sind, sondern sich Fragen aufdrängen: Wer bin ich denn geworden?

Was für ein Leben habe ich geführt? Was hat mich in diesem Leben bestimmt? Als 1989 der Eisener Vorhang fiel, haben viele Familien - wo es noch möglich war, reisten Eltern, Kinder und Enkel gemeinsam - die alten Heimaten besucht: Die Älteren wollten die verlorenen Stätten ihrer Jugend noch einmal, und die Kinder und Enkel wollten sie erstmals sehen.

Was über Jahrzehnte nur auf vergilbten Fotos und als Erzählung aus angeblichen Paradieswelten existiert hatte, gewann reale Gestalt. Die Trauer fand so einen geographischen Ort, und über die verklärte Vergangenheit schob sich die Gegenwart:

Die Häuser hatten die Besitzer gewechselt und statt deutsch wurde polnisch, tschechisch oder ungarisch in ihnen gesprochen.

So gerieten mit der Entdeckung der abgebrochenen Familiengeschichte auch der Raum, die Geschichte, die Menschen östlich des einstigen Eisernen Vorhang wieder ins Blickfeld und nach Jahrzehnten der Ausblendung eröffnete sich das kulturelle Erbe im mittleren und östli-

chen Europa auch wieder als Teil der deutschen Kultur- und Geistesgeschichte - mit Uwe Johnson aus dem pommerschen Cammin oder mit Gerhart Hauptmann im schlesischen Agnetendorf.

Hinzu kommt ein anderer Faktor. Jahrzehntlang hatten sich die alte Bundesrepublik und die DDR gerühmt, die Vertriebenen in vorbildlicher Weise integriert zu haben. Die DDR hatte schon nach wenigen Jahren verkündet, die vier Millionen "Umsiedler" hätten sich mit der einheimischen Bevölkerung verschmolzen - das Problem sei also nicht mehr existent.

Im Westen hatte man geglaubt, die Unterschiede zwischen Einheimischen und Zugereisten spätestens Ende der 60er Jahre behoben zu haben. Dem Stolz von Politikern - "Wir haben sie integriert!" - entsprach der Stolz der Betroffenen: "Wir haben es geschafft!" Doch mit der Angleichung der Lebensverhältnisse waren die seelischen Verwundungen noch keineswegs geheilt.

Gleich nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs galten Flucht und Vertreibung als "normal". "Das war nichts Besonderes", sagen einige Betroffene bis heute. Auch ausgebombte Familien standen vor dem Nichts und waren zum Neuanfang gezwungen. Also verdrängten Flüchtlinge und Vertriebene ihre Verzweiflung, ihre Trauer und die Gefühle von Hilflosigkeit und Ohnmacht und konzentrierten sich mit aller Kraft auf die Gründung einer neuen Existenz.

In den ersten Monaten und Jahren nach Kriegsende waren Flüchtlings- und Vertriebenenkinder zwar noch durch Unterernährung, Krankheiten, durch Albträume und Sprachstörungen aufgefallen. Doch schon nach drei, vier Jahren schien alles überwunden. Vertriebenkinder lernten besonders gut, waren strebsam, paßten sich dem Dialekt und den Sitten ihrer neuen Umgebung an, tauchten in Vereinen unter und heirateten - je jünger, desto öfter - einheimische Frauen und Männer.

Sie funktionierten gut - die Vertriebenenkinder, denn sie wollten auf keinen Fall auffallen. Aber sie besaßen oft nur ein geringes Selbstbewußtsein und erhofften sich Anerkennung durch überdurchschnittliche Leistungen in Schule und Beruf. Wissen schien nach den Erfahrungen des Heimatverlusts außerdem die stabilste Grundversicherung zu bieten. "Was du weißt", so hörten sie oft von ihren Eltern, "das kann dir keiner mehr nehmen." Allerdings drängten sie, auch wenn sie aufstiegen in Beruf und Politik, nur selten in die erste Reihe, da, wer auffällt, Neid und Aggression auf sich zieht.

Daß Vertriebene und ihre Kinder, obwohl äußerlich seit langem auffällig unauffällig, innerlich häufig noch geprägt sind von Flucht und Heimatverlust, gerät erst seit einigen Jahren ins Blickfeld. Bei einer Umfrage des Psychologischen Instituts der Universität Hamburg aus dem Jahre 1999 ergab sich beispielsweise, daß noch 62 Prozent der Befragten unter belastenden Erinnerungsbildern und dem Wiedererleben traumatischer Situationen litten.

Ermutigt durch die Berichte über die massenhaften Demütigungen der Frauen im zerfallenden Jugoslawien brachen seit Anfang der neunziger Jahre auch viele Frauen ihr Schweigen und berichteten erstmals über ihre eigenen Vergewaltigungen fünfzig Jahre zuvor. Ein "abgesunkenes Stück kollektiver Leidensgeschichte des Zweiten Weltkriegs", so formulierte es der Historiker Hans-Ulrich Wehler, könne endlich "ruhig besprochen werden".

All dies, was uns als positiv erscheint, weil es uns also reifer, souveräner, berechenbarer machen könnte, wenn es die Einseitigkeiten der Vergangenheit überwindet und Verdrängtes bewußt macht und damit unserer Einflußnahme unterstellt - all dies macht unseren Nachbarn Angst.

Vor allem die Polen befürchten eine Geschichtsrevision, da die Deutschen, so der durchgängige Vorwurf, den Zusammenhang von Ursache und Wirkung zerreißen und die Vertreibung 1945 losgelöst vom Überfall 1939 darstellen würden. Außerdem, so eine weitere Kritik, wollten sich die Deutschen nun nach den Juden als die größten Opfer des Zweiten Weltkriegs stilisieren und andere Opfergruppen (weiter) aus dem öffentlichen Gedächtnis verbannen.

Mögen derartige Befürchtungen bei Menschen wie Wladyslaw Bartoszewski, Marek Edelman oder Bronislaw Geremek aufgrund ihren traumatischen Erfahrungen im Konzentrationslager, im Warschauer- und im Getto-Aufstand bzw. im Leben unter falscher Identität verständlich erscheinen, so dient die Re-Aktivierung des alten deutschen Feindbildes konservativnationalistischen und teilweise auch liberalen Politiker und Publizisten als bewußtes Ablenkungsmanöver in der aktuellen politischen Auseinandersetzung. Das Böse wird auf das Außen projiziert, damit die Schattenseiten des Eigenen nicht ins Blickfeld geraten und das mythologisierte, gute Selbstbildnis erhalten bleibt.

Wenn nämlich Deutsche nicht nur Täter und böse sind, sondern durch die Vertreibung auch gelitten haben, stellt sich die Frage nach dem Anteil der Polen an diesem Vorgang. Polen ist nicht nur der gezwungene Vollstrecker der Politik der alliierten Siegermächte gewesen, Polen hat auch von sich aus die ethnische Homogenisierung seines Staatsgebiets betrieben, mit den "wilden Vertreibungen" der Deutschen und der verwaltungsmäßigen Übernahme der deutschen Ostgebiete noch vor der Potsdamer Konferenz vollendete Tatsachen geschaffen und eigenständig Internierungslager für die verbliebenen Angehörigen der deutschen Minderheit eingerichtet.

Zwar haben polnische Historiker und Publizisten bereits einige Mal eingeräumt, das "kleinere Übel" der Vertreibung der Deutschen sei nicht durch das "größere Übel" der deutschen Verbrechen zu rechtfertigen. In der Zeit der augenblicklichen ökonomischen, politischen und vor allem moralischen Verunsicherung aber pochen nationalistische Politiker auf die uneingeschränkte Opferrolle Polens als Fundament des nationalen Selbstverständnisses:

Für sie sind alle Behauptungen über eine Mitschuld von Polen am Holocaust oder an der Vertreibung der Deutschen Verleumdungen, und alle Deutschen sind "Hitleristen", mit denen sich Empathie selbstverständlich verbietet.

Es ist offenkundig eine Eigenschaft des Menschen, daß er auch als Opfer zu einem Konkurrenzdenken tendiert. Wie könnten Deutsche es wagen - so sinngemäß der polnische Schriftsteller Stefan Chwin - über ihre Vertreibung zu reden, wo Polen mit KZ-Haft, Zwangsarbeit und ebenfalls mit Vertreibung viel Schlimmeres erlebt hätten und nach dem Krieg nicht in einer "zivilisierten Welt" wie die Westdeutschen, sondern in der "roten (kommunistischen) Zone" gelandet seien?

Diese Art der Fragestellung führt allerdings in eine Sackgasse, da das Leiden des Individuums nicht meßbar ist und zudem nicht abhängt von der Schuld oder Unschuld seiner Nation. Erinnerung ist immer subjektiv und damit singular. Sie ist gebunden an die spezifischen historischen Umstände eines Landes und kann ihre integrierende, heilende Wirkung nur dann entfalten, wenn diesem besonderen Charakter Rechnung getragen wird.

Erfahren die Menschen aber für ihre spezifischen Erfahrungen kein Verständnis, dann kann Trauer in Bitterkeit und Ressentiment umschlagen - wie etwa bei jenen Vertriebenen, die nun mit Forderungen nach Entschädigungen für ihr verlorenes Eigentum von Polen und Tschechen eine Anerkennung für ihr Leiden erpressen wollen, die sie politisch und menschlich nicht oder ihrer Meinung nach zu wenig erhalten haben. ...<<

Der deutsche Journalist und Sachbuchautor Bruno Bandulet schrieb am 27. November 2004 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>>**Der Staat fördert die Dekadenz**

Hinsichtlich konservativen Gedankengutes sollte Deutschland einen Blick Richtung USA wagen

Ermutigt durch den Wahlsieg der Konservativen in Amerika, ermahnte CSU-Generalsekretär Söder die Union, auch Deutschland brauche eine Wertedebatte. Sehr gut, dann kann die CDU ja Martin Hohmann, einen Repräsentanten ihres wertkonservativen und katholischen Flügels, gleich wieder aufnehmen.

Die Werte liegen in Deutschland in der Tat im argen. Nur vier Tage bevor die Amerikaner per Referendum in elf Bundesstaaten mit überwältigender Mehrheit die Homo-Ehe verwarfen, beschloß der Bundestag deren fast vollständige Gleichberechtigung mit der "konventionellen Ehe", wie sie neuerdings auch genannt wird. Die Homosexuellen können sich nun verloben, haben das Recht auf Witwenrenten und kommen in den Genuß gesetzlicher Scheidungsregeln. Nun ist die Homosexualität sicherlich Privatsache, sie geht den Staat nichts an.

Sie kann aber nicht Bestandteil einer Werteordnung sein. Und sie sollte nicht auf eine Weise drapiert werden, die das gesellschaftliche Prestige der Familie schmälert. Es darf nicht etwas gleichgesetzt werden und gleichberechtigt sein, was nicht gleich ist. Gute Katholiken wie der Italiener Buttiglione halten Homosexualität sogar für Sünde. Dem kann man zustimmen oder auch nicht, man muß es aber sagen dürfen.

Heute hält die Mehrheit der Europa-Abgeordneten einen Katholiken nicht für tragbar als Kommissar, wohl aber einen früheren kommunistischen Apparatschik. Morgen, wenn die Türkei erst einmal dabei ist, werden sie voraussichtlich einen Moslem ertragen müssen, der über Familie und Abtreibung nicht anders denkt als Buttiglione.

Uns interessiert hier freilich mehr der praktische Aspekt des Themas. Mit durchschnittlich 1,4 Geburten pro Frau (in Frankreich sind es 1,9!) wird das deutsche Volk in den kommenden Jahrzehnten dramatisch schrumpfen. Die Folgen sind vorhersehbar: eine Abwärtsspirale der Wirtschaft, der Ruin der öffentlichen Finanzen, eine allgemeine Verarmung. Unsere Wirtschaft ist auf eine stark abnehmende Bevölkerung nicht ausgelegt - ganz abgesehen davon, daß ein Vakuum in der Mitte Europas Einwanderer ansaugen wird, und zwar die falschen.

Die Wirtschaft steht vor einem Abgrund, aber die Gesellschaft leistet sich die systematische Abwertung der Familie und die Subventionierung der Abtreibung mit über 40 Millionen Euro Steuergeldern pro Jahr. Die Regierung finanziert damit die Entstehung der Rentenlücke, die sie später selbst decken müßte, aber nicht decken kann.

In den USA gehen Bischöfe auf die Straße gegen die Abtreibung, in Deutschland werden sie durch das System der von Staats wegen eingetriebenen Kirchensteuer ruhiggestellt. An jedem Werktag werden hierzulande 1.000 ungeborene Kinder getötet - eine Praxis, die laut Bundesverfassungsgericht "rechtswidrig, aber straffrei" ist. Damit ist klargestellt, daß der Staat rechtswidrige Handlungen finanziert. Vielleicht kommt die Union irgendwann auf die Idee, den umstrittenen Paragraphen 218 einer nachträglichen Prüfung zu unterziehen. Sie würde damit nur den Intentionen des Verfassungsgerichtes folgen.

Es fällt auch auf, ein wie großer Prozentsatz prominenter Politiker entweder keine Kinder hat oder vom anderen Geschlecht nichts hält oder jedenfalls im Laufe der Zeit mehr Frauen als Kinder vorzuweisen hat.

Die immer noch tonangebenden 68er behandeln andersartige Lebensformen eben nicht als Privatsache. Sie propagieren sie. Auf einem Vortrag vor der Pädagogischen Hochschule Freiburg erklärte der Basler Psychotherapeut Professor Rauchfleisch schwule Lebensbeziehungen zum "Vorbild" für heterosexuelle Beziehungen. Ihr Rollenverständnis sei "nachahmenswert". Die 150 Zuhörer waren beeindruckt. "Das hört sich ja berauschend schön an", sagte eine Frau in der anschließenden Diskussion.

Deutschland tut gut daran, sich nicht in die Militäraktionen und Weltmachtabenteuer der USA verwickeln zu lassen. Aber die Amerikaner machen nicht alles falsch. Über viele Themen, die besonders in Deutschland nahezu tabu sind, kann in Amerika offen diskutiert werden. Konservative Meinungen haben Einfluß und werden respektiert. Den Spagat, außenpolitisch Distanz zu den USA zu halten, aber nicht unbedingt gesellschaftspolitisch, muß die CDU/CSU erst noch meistern. Von den Amerikanern können wir die Fähigkeit lernen, zwischen dem zu unterscheiden, was aufbaut und stärkt, und dem, was schwächt.

Übrigens lohnt es sich, wieder einmal die römische Geschichte zu studieren. Rom ging unter,

weil die Sitten verfielen (kinderlose Frauen waren angesehener als solche mit Nachwuchs), weil Millionen nicht integrierbarer Ausländer hereingelassen wurden, weil die Steuern zu hoch waren und der Bürgersinn schwand - und weil das Imperium überdehnt wurde.

Ein abschüssiger Weg, auf dem Europa schon ein Stück weiter ist als die USA. Die Überdehnung ist beiden gemeinsam: Amerika hätte nie in den Irak einmarschieren dürfen, die EU übernimmt sich mit der Aufnahme der Türkei.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 18. Dezember 2004 (x887/...): >>**Liebe zum eigenen Land ausgetrieben**

Klaus Rainer Röhl über anerzogene Tabus der Political Correctness in Deutschland

Es ist was faul im Staate D. Genauer, eine Menge. Viele Bürger spüren das, trauen sich aber nicht, Fragen zu stellen nach dem Weshalb und Wozu. Jedenfalls nicht öffentlich, weil sie fürchten anzuecken. Als "rechts" stigmatisiert zu werden, kann üble Folgen haben. Der Fall Hohmann war ein Lehrstück dafür. Man schweigt daher lieber und hofft, daß man irgendwann einmal aus seinem Herzen keine Mördergrube mehr machen muß - beinahe so, als lebte man in einer Diktatur.

Die Fragen jedoch rumoren weiter in den Köpfen, und sie fordern Antworten. Fundierte, unmißverständliche, möglicherweise auch verstörende Antworten.

Röhl hat das als Appell verstanden und deshalb 33 unerwünschte Fragen, die man ihm in den letzten Jahren unter der Hand gestellt hat, aufgegriffen und sie, ergänzt durch zwei Exkurse, in seinem neuen Buch, "Deutsche Tabus" behandelt.

In seiner grundlegenden Eröffnungsbilanz unter dem Stichwort "Links und Rechts" hat er das Grundthema angeschlagen, das er in allen Kapiteln erneut zur Sprache bringt: Das System des Sozialismus und seine Auswirkungen auf das gegenwärtige Deutschland.

Es gibt heute im Bundestag keine einzige rechte Partei mehr, nur mehr oder weniger linke. Der Historiker führt diese Tatsache auf eine dreistufige Umerziehung zurück, der das deutsche Volk unterworfen wurde. Nach Kriegsende sollte alles, was nur im entferntesten an nationale Wertvorstellungen erinnerte, tabuisiert und sanktioniert werden, um so auf Dauer aus dem öffentlichen Diskurs - und damit letztlich aus den Köpfen der Deutschen - zu verbannen.

Zunächst trat die Besatzungsmacht mit der sogenannten Reeducation in Aktion, die anschließend als Selbst-Erziehung von den selbstverständlich linken Lizenzträgern erfolgreich fortgeführt wurde. Ab 1968 folgte die dritte Stufe der Umerziehung als Erziehung der Eltern durch ihre revoltierenden Kinder.

Der Erfolg der jahrzehntelangen Bemühungen ist offensichtlich: Die Deutschen haben sich den Forderungen der Political Correctness angepaßt; sie haben also ihre Lektion gelernt. Widerstand regt sich nur unter der Decke. Man hat ihnen ein schlechtes Gewissen eingepflicht, sie zum "Tätervolk" erklärt, ihnen die Liebe zum eigenen Land ausgetrieben, sämtliche nur denkbaren Tugenden verunglimpft.

Daraus hat sich allem Anschein nach eine permanente Verweigerungshaltung vieler einzelner gegenüber den Interessen der Gemeinschaft entwickelt, die sich im Verzicht auf Nachwuchs, Verfall der eigenen Kultur, die zu verteidigen sich nicht mehr lohnte, in dramatisch sinkender Wahlbeteiligung, Abwanderung der Eliten, Hedonismus und Verwahrlosung der Sitten niedergeschlagen hat, um nur einige Symptome zu nennen.

Und anstatt nun diesen verunsicherten, in ihrer Selbstachtung geschädigten Bürgern endlich eine Perspektive zu bieten, fahren diejenigen, die für diesen Zustand mitverantwortlich sind, fort auf ihrem einmal eingeschlagenen Weg. Mit dem Erfolg, daß Deutschland auf vielen Gebieten ins Hintertreffen gerät, nicht nur in der Bildung. Unser Land ist vom Musterknaben zum Sitzenbleiber degeneriert. Auch die Opposition hat kein Konzept, das überzeugen könnte. Der Karren rollt bereits in den Abgrund - und niemand in Sicht, der ihn anhalten könnte. Oder?

"Götterdämmerung - Was wird bleiben von 1968?" So ist auch die Röhlsche Schlußbilanz betitelt, eine noch düstere Variante des ersten Kapitels. Eröffnungs- und Schlußbilanz der "Deutschen Tabus" formen den Rahmen für 33 Kapitel unterschiedlicher Länge und Gestaltung, die vielfältigen Themenkreisen entstammen und Einzelprobleme differenziert darstellen - Mosaiksteine, die nicht willkürlich ausgewählt wurden, wie es auf den ersten Blick scheinen mag, und so am Ende ein geschlossenes Bild ergeben.

Erforderliche historische Rückblicke wechseln in schneller Folge auch innerhalb der Artikel mit ironisch zugespitzten, ja satirischen Abschnitten - nicht umsonst hat Alexander Schuller den Autor in der Welt am Sonntag einmal den "Tucholsky der Republik" genannt - gefolgt von Aussagen, die von tiefer Besorgnis um das Land geprägt sind. Auf diese Weise entsteht ein Sog, der einen förmlich zwingt weiterzulesen, für Kenner seiner bisherigen Bücher allerdings keine Überraschung. Die Lektüre ist für alle, für Freunde und Gegner, ein Gewinn.

Offenbar nimmt Röhl Angriffe des linksgewirkten Medien-Mainstreams nicht nur in Kauf, sondern fordert sie bewußt heraus, in der Hoffnung, wenigstens eine Diskussion über die bisher tabuisierten Fragen in Gang zu bringen.

Klaus Rainer Röhl: "Deutsche Tabus - ungefragte Antworten", ... München 2004 ...<<

Der deutsche Politikwissenschaftler Klaus Hornung schrieb am 25. Dezember 2004 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>**Von den Wurzeln der deutschen Multikulti-Neurose**

Erstaunt und beunruhigt über die deutsche nationale Selbstverachtung sei er, sagte kürzlich der Schweizer Schriftsteller Adolf Muschg, kein konservativer, wohl eher ein linksliberaler Intellektueller. Daß bei den Deutschen einiges nicht in Ordnung ist, daß ihnen etwas fehlt, zeigt auch die erneute Debatte um deutsche Identität und Interessen sowie Patriotismus. Wenn daraus mehr werden soll als nur jene sattsam bekannten unverbindlich-seichten Talkshows, ist freilich ein Nachdenken über den tiefgreifenden kulturrevolutionären Umbruch in Deutschland seit den 60er Jahren notwendig, der zu einer unübersehbaren Erosion unserer historisch-kulturellen Fundamente geführt hat.

Die Auseinandersetzung mit den Ursachen und Wurzeln der totalitären Diktatur Hitlers hatte, entgegen den Behauptungen der 68er, schon unmittelbar nach ihrem katastrophischen Untergang begonnen. Schon 1946 erschien zum Beispiel das Buch Eugen Kogons "Der SS-Staat". Die in den 50er Jahren prägenden Historiker, Hans Rothfels in Tübingen, Gerhard Ritter und dann Arnold Bergstraesser in Freiburg, Franz Schnabel in München und später Heinz-Dietrich Ortlieb in Hamburg, betrieben in Forschung und Lehre nichts anderes.

Im Gegensatz zu den Nachkommenden wehrten sie freilich die Leidenschaften des Parteienstreits, der politischen Ressentiments und Propaganda ab und ging es ihnen um die Vollständigkeit der geschichtlichen Tatsachen "in ihrer wechselseitigen Beziehung und Durchdringung". Rothfels sprach von der "Anmaßung eines Richteramtes, die mit einer gewissen Robustheit des Gewissens und einem guten Teil Selbstgefälligkeit einem Volk allein die Schuld bemessen oder ein Urteil über das Maß seiner moralischen 'Rehabilitierung' fällen will". Hier ging es bei aller entschiedenen Kritik des nationalsozialistischen Totalitarismus doch auch darum, die für unerläßlich erachteten Elemente der nationalen Überlieferung nicht preiszugeben.

Der Geschichtspolitik und "Vergangenheitsbewältigung" seit den 60er Jahren ging es dagegen um ganz anderes. Die NS-Vergangenheit sollte unbedingt "Gegenwart" bleiben als dunkle Folie für den unaufhaltsamen Fortschritt zu Freiheit und Gleichheit. Zugleich sollte sie auch in die Vergangenheit hinein verlängert werden: zu Bismarck, zum preußischen angeblichen Obrigkeitsstaat, zu Friedrich dem Großen und bis zur "Gehorsamspredigt" Martin Luthers, um nicht nur die nationalsozialistischen Wurzeln auszureißen, sondern deutsche Geschichte und Tradition insgesamt umzupflügen für die tabula rasa einer sozialistischen Zukunftsgesell-

schaft.

Zielpunkt war die endgültige Überwindung der angeblich deutschen "autoritären Persönlichkeit" durch den "neuen Menschen" der neomarxistischen Zukunft, wie sie Theodor W. Adorno der begierig lauschenden Studentenbewegung verkündete. Und so durfte sich niemand wundern, wenn ein bestimmtes Publikum, etwa in deutschen Universitätsstädten, Daniel Goldhagens Thesen von der antisemitisch verdorbenen deutschen Genetik und den "willigen Vollstreckern" Hitlers frenetisch und kritiklos feierte. Es drängte sich förmlich die Erinnerung an Leo Trotzki auf, der 1917 seine politischen Gegner mitsamt allem historisch Gewachsenen bekanntermaßen "auf den Müllhaufen der Geschichte" hatte werfen wollen.

In der Tat erinnerte auch vieles in dieser 68er Kulturrevolution an Hitlers "zynische Mißachtung geronnener historischer Strukturen" und an den "ahistorischen Grundzug seines chiliastischen Geschichtsverständnisses" (Hans Mommsen). Das Ergebnis dieser Umerziehung durch die Geschichtspolitik der 68er Kulturrevolution war, daß sich die Deutschen nun ihre 1.000jährige Geschichte verstellen ließen durch den braunen Koloß der NS-Zeit, daß man die deutsche Geschichte gleichsam eindampfte auf jene berüchtigten zwölf Jahre, wenn nicht gleich gar nur auf den Holocaust. Das war nicht mehr reale Geschichte, sondern eine extreme Geschichtsmythologie als Herrschaftsinstrument.

Und die weitere Folge war, daß Deutschland und die Deutschen zu jener "Canossarepublik" wurden, wie sie der Präsident Estlands, Lennart Meri, bei seiner Rede zur deutschen Einheit am 3. Oktober 1995 in Berlin nannte, eine Republik, in der "rund um die Uhr eine intellektuelle Selbstverachtung praktiziert" wird, wie der den Deutschen wohlwollende Präsident hinzufügte, in einem Klima, in dem "die Deutschen ihre eigene Geschichte so tabuisieren, daß es enorm schwierig ist, über das Unrecht zu publizieren und zu diskutieren, das Deutschen ange-tan wurde, ohne schief angesehen zu werden - aber nicht von Esten und Finnen, sondern von Deutschen selbst".

Die vorausgegangene Geschichtsberaubung und einseitig "antifaschistische" Geschichtsmythologie reduzierte die Deutschen und ihre sogenannten Eliten auf eine allen Einflüssen gegenüber willfährige "Bevölkerung", der man heute selbst die gegen ihren Willen und ihre Interessen stattfindende Masseneinwanderung als "Bereicherung" und die multikulturelle Gesellschaft als die eigentliche Demokratie für "alle Menschen" zu preisen wagen kann.

Wir sind damit in eine neue Phase der Kulturrevolution eingetreten, die die totalitäre Idee des "neuen Menschen" und einer "neuen Gesellschaft" in die Gewänder der Globalisierung hüllt. Im Bündnis der turbokapitalistischen Chicago Boys mit den "antifaschistischen" Jakobinern von 1968 wird die multikulturelle Weltgesellschaft zur neuen großen Utopie, der die Zivilreligion des "Antirassismus" als verbindliches Dogma und als massives Sanktionsinstrument zur Seite tritt, insgesamt ein neuer politischer Messianismus mit den bekannten totalitären Trends, wie sie Hans Freyer einst als die Machbarkeit der Sachen, die Organisierbarkeit der Arbeit, die Zivilisierbarkeit des Menschen und die Vollendbarkeit der Geschichte gültig beschrieb.

Dieser universalistische Anspruch wird zum Todfeind der wahren Freiheit, die nur plural sein kann, zum Feind aller wirklichen Vielfalt und der gewachsenen Eigengestalt der Kulturen, Religionen, Ethnien und er dient den herrschenden Kommandohöhen in Wirtschaft, Politik, Kultur, Medien zur, freilich durchsichtigen, Legitimation für weltweite Migrationen und Einwanderungen nach den Maßstäben ihrer strategischen Interessen.

Mit untrüglichen Instinkt hat Helmut Schmidt vor kurzem diese Einwanderungspolitik das "Lieblingskind der privilegierten politischen und kulturellen Klassen" genannt, die ihre Multi-kulti-Utopie zu Lasten und auf Kosten der breiten Schichten der eigenen Bevölkerung auf Biegen und Brechen durchzusetzen versuchen.

Es wäre an der Zeit, angesichts dieser für die Menschheit bedrohlichen Lage wieder einmal Max Webers klassisch gewordenen Vortrag "Der Beruf zur Politik" zur Kenntnis zu nehmen,

den der große Soziologe im Januar 1919 inmitten der damaligen Umbruchsituation hielt und in dem er die beiden Weisen politischen Denkens und Handelns umriß: Gesinnungsethik und Verantwortungsethik.

Der Gesinnungsethiker, so sagte Weber dort, geht, von der Güte und Vollkommenheit des Menschen und der Welt aus; als "ethischer Rationalist" könne er die ethische Irrationalität der Welt nicht ertragen und er fühle sich verantwortlich dafür, "daß die Flamme der reinen Gesinnung, die Flamme zum Beispiel des Protestes gegen die Ungerechtigkeit der sozialen Ordnung, nicht erlischt".

Aber eben der Gesinnungsethiker könne rasch umschlagen in den chiliastischen Propheten, der soeben noch "Liebe gegen Gewalt" predigte, um im nächsten Augenblick zur Gewalt aufzurufen, die dann natürlich die letzte Gewalt sein soll zur endgültigen Vernichtung aller Gewalt. Der verantwortungsethisch Handelnde weiß hingegen, "daß man für die (voraussehbaren) Folgen seines Handelns aufzukommen hat" und er rechnet mit den durchschnittlichen Defekten der Menschen, mit ihrem Mangel an Vollkommenheit, Güte und Rationalität.

Wird Gesinnungsethik in der Politik vorwiegend getragen von Wünschen, Wünschbarkeiten und Idealen, von der Utopie, so wird Verantwortungsethik geprägt von Wirklichkeitssinn, von den realen Interessen der Betroffenen und der Akteure, im internationalen Bereich von der "Korrelation der Kräfte", die zu kalkulieren die zentrale Aufgabe ist, um dann auch, soweit menschenmöglich, die voraussehbaren Folgen der Entscheidungen kalkulieren zu können.

Politische Verantwortungsethik denkt und handelt daher auch stets geschichtlich, in der Verantwortung von denen, die vor uns waren, und vor denen, die nach uns kommen. Da die politischen Klassen unserer Tage von einer atemberaubenden Geschichtsunkennntnis gekennzeichnet sind, hat ihr Geschichtsverlust jenen politischen Realitätsverlust zur Folge, den wir als beängstigendes Faktum am Beginn des neuen Jahrhunderts konstatieren müssen.

Gerade die heutige Einwanderungspolitik - besonders in Deutschland - wird zum klassischen Beleg des Geschichts- und Verantwortungsverlusts in den Führungsklassen, des gravierenden Unvermögens, langfristige Perspektiven überhaupt zu erkennen und durchzuhalten. Sie werden verdeckt durch Kurzatmigkeit und Augenblicksentscheidungen, Medienabhängigkeit und das Schielen nach den rasch wechselnden Stimmungslagen der Massen bis hin zu ihrem "Nach uns die Sintflut".

Gerade in der heutigen deutschen Situation kann nur ein Paradigmenwechsel helfen, nicht zuletzt in der Ausländer- und Einwanderungspolitik. Das beginnt - schwierig genug nach dem kulturevolutionären Prozeß der letzten Jahrzehnte - mit dem kollektiven Bewußtsein und der Gestimmtheit in der Gesellschaft selbst, ihrem Geschichtsverlust und der daraus rührenden Selbstverachtung bis hin zu neuroseartigem Kollektivschuld bewußtsein, das die Kräfte von außen geradezu ansaugen muß.

Hier ist ernsthafte Vergegenwärtigung der eigenen Identität, die aus der kritisch angeeigneten eigenen Geschichte zu gewinnen ist, und den daraus abzuleitenden eigenen Interessen gewissermaßen der Elementarkurs für den erforderlichen Paradigmenwechsel.

Geboten ist damit vor allem eine gründliche Aufarbeitung der zurückliegenden 30 bis 40 Jahre der deutschen Kulturrevolution, ihrer Ursachen und Folgen mit dem Ziel, wieder zu einer relativen Normalität der Deutschen als Nation unter Nationen zu finden, zu einem neuen Gleichgewicht, einer Mittellage zwischen "Machtversessenheit und Machvergeßlichkeit" - gewiß mehr Konrad Adenauer, Helmut Schmidt und Helmut Kohl (aber nicht mit seiner Innenpolitik) als Schröder und Fischer, insgesamt eine geschichtsgestützte Realpolitik, die der gesinnungsethischen Geschichts- und Nationsvergeßlichkeit entgegentritt, die die Deutschen nach dem Abgang Konrad Adenauers so verhängnisvoll prägte und in die Irre führte.

Um aus den Fehlwegen und Sackgassen, in die die Kulturrevolution seit 1968 die deutsche Gesellschaft und Politik geführt hat, herauszukommen, bedarf es einer gründlichen Kenntnis

und Erkenntnis der Ursachen dieser Entwicklung. Es erscheint dringend notwendig, der kulturell-politischen Hegemonie der 68er Bewegung entschiedener als bisher entgegenzutreten, um anstelle der gesinnungsethischen Utopie mit ihrer verbreiteten Nicht-Kalkulation der Folgen einer verantwortungsethischen, an der Wirklichkeit orientierten Politik im Inneren wie nach außen wieder Raum zu schaffen. Die Einwanderungs- und Ausländerpolitik wird hier, ob man will oder nicht, zum wohl wichtigsten Prüfstein.

Und das eine ist sicher: Ohne Mut wird es dabei nicht gehen. Die neudeutsche Neigung zum Frieden um jeden Preis, zum Wegsehen, zur Konfliktvermeidung, zum Gutmenschentum, koste es was es wolle, bietet hier keinen verlässlichen Kompaß und erzeugt gerade die Konflikte, die das Denken und Handeln nur für heute und für den Augenblick vermeiden will, die es aber um so sicherer und verhängnisvoller auf längere Sicht gerade herbeiruft.

Verantwortungsethische Politik ist vor allem deshalb realistischer und humaner als gesinnungsethische Kurzsichtigkeit, weil sie herannahende Konflikte rechtzeitig sieht und zu entschärfen sucht, ehe sie sich zu unlösbaren Katastrophen zusammenballen. Eben diese Wetterwand zieht aber, allen Vernünftigen sichtbar, heute mit der gegenwärtigen Politik der ungebremsten Zuwanderung nach Europa und Deutschland herauf. Sie zu ignorieren ist das schlimmste Signal der Verantwortungslosigkeit der Volks- und Realitätsferne heutiger Politik.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 25. Dezember 2004 (x887/...): >>Das Lied der Deutschen / Wegbegleiter durch Höhen und Tiefen unserer Geschichte

Die Irrungen und Wirrungen um die deutschen Nationalsymbole, insbesondere um die Hymne, entbehren nicht der Peinlichkeit, insbesondere beim Blick auf die Selbstverständlichkeit, mit der andere Völker mit ihren Nationalhymnen umgehen, auch wenn deren Texte nicht aktuellem politisch korrektem Gehabe entsprechen.

Vor wenigen Monaten erst - die PAZ berichtete darüber - schritten Beamte - also "Diener des Staates" - im niedersächsischen Lüneburg polizeilich ein, als beim Singen des Deutschlandliedes auch die beiden ersten Strophen erklangen. Im Zusammenhang damit wurde eine Tonbandkassette mit der Nationalhymne beschlagnahmt. Ähnliches ist schon früher in anderen Bundesländern geschehen. Prompt hob das Amtsgericht Lüneburg diese Beschlagnahme auf, "weil diese jeder Grundlage entbehre".

Das Gericht stellte fest, daß das "Lied der Deutschen" kein Kennzeichen einer verfassungswidrigen Organisation sei, wovon die zuständige Polizei ausgegangen war, sondern ein nationales Symbol, welches unter dem Schutz vor Verunglimpfungen stehe. Das Gericht zeigte sich "zugegebenermaßen überrascht, daß nach Einschätzung der Polizei in Deutschland das Absingen der Nationalhymne offenbar als Verwirklichung eines Strafbestandes angesehen wird".

Ein Blick in das Strafgesetzbuch (Paragraph 90 a) zeigt hingegen, daß derjenige, der in einer Versammlung oder durch Verbreiten von Schriften die Farben, die Flagge, das Wappen und die Hymne der Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder verunglimpft, "mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft" wird.

Von den drei Nationalsymbolen, nämlich Bundesfarben, Bundeswappen und Nationalhymne, sind jedoch nur die Bundesfarben Schwarz-Rot-Gold im Grundgesetz festgelegt: "Die Bundesflagge ist schwarz-rot-gold" (Art. 22 GG).

Diese Farben können auch aus dem Adler als Wappentier des heutigen Bundeswappens herausgelesen werden. Der Adler geht auf das Herrschaftszeichen der römischen Kaiser und das Wappentier der deutschen Kaiser zurück. "Schwarzer Adler auf goldenem Feld mit gelben Schnabel und Füßen und roter Zunge", so sah es die Bundesversammlung der Märzrevolution 1848, wobei es den Liberalen mehr um die Dreifarbigkeit, die Trikolore Schwarz-Rot-Gold

ging, die sie als Flagge des Deutschen Bundes wollten.

Der einköpfige Adler wurde Staatswappen des 1871 gegründeten Deutschen Reiches, begleitet vom Schwarz-Weiß-Rot als Flagge des Reiches.

1919 wurde der Adler von der Weimarer Republik übernommen. Der erste Bundespräsident Theodor Heuss bestimmte 1950 den Adler zum Staatswappen der Bundesrepublik Deutschland.

Auch in der Frage nach der Nationalhymne war bei Gründung der Bundesrepublik Deutschland der Bundespräsident gefragt, denn das Grundgesetz gab und gibt darauf keine Antwort. Es ging ihm nicht anders als dem ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert, der am dritten Verfassungstag der Weimarer Republik, am 22. August 1922, das Deutschlandlied zur Nationalhymne erklärt hatte. Im vorausgegangenen Kaiserreich war die Hymne "Heil Dir im Siegerkranz" gesungen worden, nicht als "Nationalhymne", sondern dem Charakter des Staates entsprechend als "Kaiserhymne".

Vor dem Ersten Weltkrieg war das "Lied der Deutschen" als viel gesungenes patriotisches Volkslied bekannt. Den Text hatte Hoffmann von Fallersleben, ein schwarz-rot-goldener Demokrat, am 26. August 1841 auf der damals noch britischen Insel Helgoland gedichtet und darüber gesagt: "Wenn ich dann so einsam wanderte auf der Klippe, nichts als Meer und Himmel um mich sah, da ward mir so eigen zumute, ich mußte dichten ..."

Die Melodie war zu diesem Zeitpunkt 44 Jahre alt; Joseph Haydn hatte sie 1797 niedergeschrieben, als österreichische Kaiserhymne.

Mit der Idee der Nation waren die Nationalhymnen gekommen: die Marseillaise als französischer Revolutionsgesang, mit "God save the King" das britische Königslied. Österreichs Kaiser Franz hatte Haydn aufgefordert: "Schaffe er mir auch ein Lied", und so entstand "Gott erhalte Franz den Kaiser". Es war kein Freiheitslied, sondern ein Fürbittegebet für den Monarchen, erstmals gesungen am 12. Februar 1797 zum Geburtstag des Kaisers. Die Melodie erinnerte an ein damals populäres serbisches Volkslied und fand später Eingang in Haydns großartiges Kaiserquartett.

Nach dem Ersten Weltkrieg, 125 Jahre später also, nahm in Deutschland der erste Reichspräsident Friedrich Ebert (SPD) wieder die schwarz-rot-goldene Tradition der Revolution von 1848 auf und knüpfte an Hoffmann von Fallersleben an. Wörtlich erklärte Ebert in der Proklamation des Liedes zur Nationalhymne:

"Einigkeit und Recht und Freiheit! Dieser Dreiklang aus dem Liede des Dichters gab in Zeiten innerer Zersplitterung und Unterdrückung der Sehnsucht aller Deutschen Ausdruck; er soll auch jetzt unseren harten Weg zu einer besseren Zukunft begleiten ..."

Die Nationalsozialisten vergewaltigten nach ihrer Machtübernahme das Deutschlandlied, indem sie es auf seine erste Strophe reduzierten und ihm eines ihrer Parteilieder ("Die Fahne hoch") anhängten, mit dem es als "Nationalhymne" im Marsch-Rhythmus gespielt wurde. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde es von den Alliierten verboten.

Nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland herrschte eine Art "Hymnennotstand". Als "Ersatzhymne" sang man Schillers "Freude schöner Götterfunken" oder das Turnerlied "Ich hab' mich ergeben". Schließlich wurde bei einer Sportveranstaltung der Karnevalsschlager "Wir sind die Eingeborenen von Trizonesien" gespielt. Bundeskanzler Konrad Adenauer drängte am 29. April 1952 den Bundespräsidenten Theodor Heuß mit seiner "erneuten Bitte", das Hoffmann-Haydnsche Lied als Nationalhymne anzuerkennen. Heuß hatte versucht, einer neuen Hymne den Weg zu bereiten (Rudolf Alexander Schröders "Land des Glaubens, Land der Väter"), scheiterte aber damit.

In seinem Antwortbrief vom 2. Mai 1952 entsprach der Bundespräsident dem Wunsch des Bundeskanzlers. Das Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung erklärte am 6. Mai 1952, damit sei das Deutschlandlied "wieder als Nationalhymne anerkannt wor-

den". Nach dem Wortlaut der Briefe sollten eindeutig alle drei Strophen des Deutschlandliedes die Hymne bilden. Doch Adenauer hatte seinen Brief mit der Formulierung beendet: "Bei staatlichen Anlässen soll die dritte Strophe gesungen werden".

Sowohl beim Volksaufstand in der DDR am 17. Juni 1953 als auch in den sibirischen Arbeitslagern wurde das Deutschlandlied gesungen und geehrt, wie viele ergreifende Schilderungen berichten. Im Westen Deutschlands allerdings hörte man es immer seltener. Eine rühmliche Ausnahme bildete das ZDF-Magazin Gerhard Löwenthals.

Bürgerinitiativen, die der Nationalhymne einen Platz im Leben der Deutschen schaffen wollten, wie er in anderen Demokratien selbstverständlich ist, fanden Förderung vor allem beim Bundespräsidenten Karl Carstens. Aber wenn das Lied im Schulunterricht überhaupt auftauchte, wurde es "kritisch hinterfragt".

Als am 9. November 1989 die friedliche Revolution die Öffnung der Berliner Mauer erzwang und die Nachricht davon den Bundestag in Bonn erreichte, erhoben sich die Abgeordneten (darunter auch der Autor dieses Beitrags / Anmerkung der Redaktion) spontan - zunächst in den hinteren Reihen der rechten Seite des Hauses - und stimmten "Einigkeit und Recht und Freiheit" an. Nur einige Grüne flohen aus dem Plenum.

Doch bald verschwanden die schwarz-rot-goldenen Fahnen und die Nationalhymne wieder in der Rumpelkammer, um eine "Renationalisierung" zu vermeiden. Die politische Fahrt ins Blaue und der Griff nach den goldenen Sternen Europas wurden bevorzugt, während für die anderen europäischen Staaten ihre Fahnen und Hymnen selbstverständlicher Ausdruck ihres demokratischen Staatsbewußtseins blieben.

Zum Thema "Nationalhymne" bezog sich 1991 ein erneuter Briefwechsel zwischen dem Bundespräsidenten und dem Bundeskanzler auf die Briefe aus dem Jahr 1952. Dabei stellte Bundespräsident Richard von Weizsäcker am 19. August 1991 fest, die dritte Strophe des Liedes habe "sich als Symbol bewährt" Sie werde "im In- und Ausland gespielt, gesungen und geachtet" und sei "die Nationalhymne für das deutsche Volk".

Bundeskanzler Helmut Kohl antwortete am 23. August: "Der Wille der Deutschen zu Einheit und freier Selbstbestimmung ist die zentrale Aussage der dritten Strophe des Deutschlandliedes. Deshalb stimme ich Ihnen namens der Bundesregierung zu, daß sie Nationalhymne der Bundesrepublik Deutschland ist."

Durch diesen Text wurde ausdrücklich nur die dritte Strophe zur deutschen Nationalhymne. Von den beiden ersten Strophen ist nicht die Rede. Allerdings trägt dieser Briefwechsel im Bulletin vom 27. August die Überschrift "Das Deutschlandlied ist Nationalhymne der Bundesrepublik Deutschland". Dieser zweite Briefwechsel zwischen dem Bundespräsidenten und dem Bundeskanzler wird beim Thema "Nationalhymne" meistens nicht in Betracht gezogen, hat aber entsprechend der deutschen Verfassungstradition seine eigene Bedeutung.

Fest steht: Das Lied von Hoffmann von Fallersleben begleitet unser Volk seit über 160 Jahren durch alle Höhen und Tiefen seiner Geschichte. Gelebter Patriotismus darf Symbole nicht verschmähen, muß sie den Bürgern erläutern und diese so mit ihnen vertraut machen. Denn mit Symbolen und durch sie sagen wir ja zu uns selbst, zu unserem demokratischen Staat - und zur europäischen Normalität.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete im Jahre 2004 über die vielfältigen Probleme der Einwanderung (x268/180-183): >>... Sachkenner wie der frühere Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Heinz Kühn (SPD), haben schon vor vielen Jahren erkannt: "Übersteigt der Ausländeranteil die Zehnprozentmarke, wird jedes Volk rebellisch."

Zählt man die offiziell eingereisten Ausländer und die illegalen zusammen, so stand Deutschland zur Zeit der Jahrtausendwende genau an dieser ominösen Marke, und schon Bundesinnenminister Schily (SPD) mußte zugeben: "Die Zuwanderung hat die Grenzen der Belastbar-

keit überschritten." ...

Auch ohne Gewalttätigkeit ist die Entwicklung vorgezeichnet: Die Gastfreundschaft der neuen Heimat wird sehr bald nicht mehr als Großzügigkeit angesehen, sondern als eine Verpflichtung der "Reichen" gegenüber den "Armen". Man verweigert die Assimilation; der Gastgeber möge sich gefälligst dem Gast anpassen.

Schon seit Jahren verlangen polnische Vereine für ihre Landsleute in Deutschland Anerkennung als offizielle Minderheit in Verkennung der Tatsache, daß der Minderheitenschutz des Völkerrechts die alteingesessene Bevölkerung vor Überfremdung durch Zuwanderer schützt und nicht umgekehrt und außerdem den Besitz der Staatsangehörigkeit des betreffenden Landes voraussetzt.

Ähnliche Bestrebungen zeichnen sich auch bei türkischen Organisationen ab.

Sehr deutlich wurde ein Afghane mit deutschem Paß ... am 19. September 2000 in der "Süddeutschen Zeitung": ... "Ihr könnt uns herabsetzen, beleidigen, demütigen oder verletzen, aber ihr werdet uns nicht los. Ein Leben ohne uns wird es für euch nicht mehr geben. Die Ibrahims, Stefanos, Marios, Laylas und Sorayas sind deutsche Realität. Ihr werdet es nicht verhindern können, daß bald ein türkischsprachiger Richter über euch das Urteil fällt, ein pakistanischer Arzt eure Krankheiten heilt, ein Tamile im Parlament eure Gesetze mit verabschiedet und ein Bulgare der Bill Gates eurer New Economy wird.

Nicht ihr werdet die Gesellschaft internationalisieren, modernisieren, sondern wir werden es tun – für euch. Ihr seid bei diesem leidvollen Prozeß lediglich Zaungäste, lästige Gaffer. Wir werden die deutsche Gesellschaft in Ost und West verändern. Wir Ausländer." ...

Die Bürger von Marseille und Manchester, von Los Angeles und Johannesburg wissen Bescheid.

Aber bleiben wir in Deutschland, in Berlin. Dort hat sich in mehreren Bezirken seit Beginn der 80er Jahre ein türkischer Mikrokosmos herausgebildet, in dem Türken leben können, ohne auf Kontakte mit Deutschen angewiesen zu sein; sie haben ihre eigenen Gaststätten, Läden, Banken, Reisebüros, Anwälte, Videotheken. Zu Hause spricht man nur türkisch, und fast die Hälfte der türkischen Erstkläßler versteht kein Deutsch, obwohl sie der zweiten und dritten Einwanderergeneration angehören. ...

Die Berliner Schulverwaltung hat 2001 72 Grundschulen aufgelistet, in denen mehr als 50 Prozent der Kinder nichtdeutscher Herkunft sind. Ein Viertel aller türkischen Jugendlichen verläßt die Schule ohne Abschluß, etwas mehr als die Hälfte erreicht gerade den Hauptschulabschluß, nur 8 Prozent schaffen das Abitur. Was wiederum zur Folge hat, daß in Berlin 42 Prozent aller Türken in erwerbsfähigem Alter arbeitslos sind. Ein Teufelskreis: kein Deutsch, kein Schulabschluß, keine Arbeit.

Berlins Schulsenator und Bürgermeister Klaus Böger (SPD) betont: "Da tickt eine sozialpolitische Zeitbombe, zumal ganze Stadtteile umzukippen drohen. ... Bislang wurden die Probleme mit der Integration durch Schönreden vernebelt. ...

Diese Probleme sind nicht auf Berlin beschränkt; an Münchens Hauptschulen übertrifft der Ausländeranteil schon seit 1993 den der einheimischen Kinder.

Der beschriebene Teufelskreis endet aber noch nicht bei der Arbeitslosigkeit. Die natürliche Fortsetzung ist oft die Kriminalität.

1999 stand in der "Süddeutschen Zeitung", Nr. 17: "Hinter Gittern ist die multikulturelle Gesellschaft längst Realität. 40 Prozent oder 5.200 der 13.000 Häftlinge (in Bayern) sind Ausländer, die aus weit über 100 Nationen stammen. Auch die Hälfte der 4.000 Untersuchungshäftlinge hat einen anderen Paß."

In Hessen waren zur gleichen Zeit 50 Prozent der Knackis keine Deutschen.

Unübersehbar sind auch die internen Auseinandersetzungen der Ausländer, allein unter türkischen Staatsangehörigen die zwischen Rechts- und Linksradikalen, zwischen Kemalisten und

Islamisten oder zwischen türkischen und kurdischen Nationalisten. ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete im Jahre 2004 über die Folgen der Einwanderung (x268/185): >>Aus Sicht der Einwanderer handelt es sich um eine unblutige Landnahme, aus der Sicht der Einheimischen um einen Verlust der Heimat; denn viele Familien ziehen aus den Ausländervierteln weg, weil sie den Eindruck haben, daß ihre Kinder in mehrheitlich deutschen Schulen mehr lernen oder weil ihnen die Straßen im Kiez zu unsicher geworden sind.

Soweit es Vertriebene aus Ostdeutschland sind, verlieren sie ihre Heimat so zum zweiten Mal. ...<<

2005

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 22. Januar 2005 (x887/...): >>**Atheismus lähmt Europa dauerhaft**

US-Amerikaner haben aufgrund ihrer Religiosität bessere Zukunftsaussichten als Europäer. Religiöse Menschen sind wirtschaftlich erfolgreicher. Diese "frohe Botschaft" verkündete die Wirtschaftswoche. Das Beispiel der USA macht klar: Dort wachsen nicht nur Bevölkerung und Wirtschaft schneller als in Europa, sondern dort bekennen sich auch weitaus mehr Menschen zu ihrem (christlichen) Glauben. Das säkulare Europa scheint in jeder Hinsicht abgehängt zu sein. Trost bietet der Dominikanerpater Wolfgang Ockenfels, der in Trier Christliche Sozialwissenschaft lehrt und die Zeitschrift Die Neue Ordnung betreut. "Genau wie Kaugummi und Jeans, so wird auch der neue Wertaufbruch aus den USA zu uns kommen", sagt der meinungsfreudige und prägnant formulierende Ockenfels.

Doch bisher sieht es für Europa noch eher düster aus. Hier sind nicht nur die Kirchen leer. Zehn Prozent der Deutschen und nur zwei Prozent der Briten gehen ein Mal in der Woche ins Gotteshaus. In den Vereinigten Staaten wohnt fast die Hälfte der Menschen an einem Tag der Woche einem Gottesdienst bei. Auch innerhalb der USA werden diese Unterschiede deutlich. Während Bush vor allem in den kinderreichen Staaten siegte, machte Kerry seine Sache in den Staaten mit der geringsten Kinderquote am besten.

Insgesamt bringt es die US-Durchschnittsfrau auf 2,1 Kinder. Damit ist der Wert erreicht, der für den Erhalt der Bevölkerung notwendig ist. In Deutschland kommt man nur auf schlappe 1,4 Kinder pro Frau. Die christliche Prägung vieler Amerikaner, so die Analyse der Wirtschaftswoche, prädestiniert sie nicht für einen hedonistischen und konsumorientierten Lebensstil, da eine US-amerikanische Mittelschichtsfamilie allein 200.000 Dollar berappen muß, um ein Kind aufzuziehen.

Religiöse Menschen bekommen mehr Kinder, da sie nicht nur auf den eigenen Genuß schießen. Das wirkt sich positiv auf die Wirtschaftskraft aus. Die demographischen Fakten belegen: Amerika ist viel vitaler als Europa. So dürfte sich das amerikanische Durchschnittsalter von 35,5 Jahren in den nächsten 50 Jahren nicht wesentlich erhöhen. In Europa wird man jedoch Durchschnittswerte von 53 Jahren erzielen. In Japan ist die Entwicklung noch dramatischer. Logische Folge dieser Entwicklung für die USA: "Die Zahl der Konsumenten und Arbeitskräfte wächst, und die ohnehin schmaleren Sozialsysteme geraten durch die steigende Lebenserwartung weniger unter Druck als in Europa."

In Europa und speziell in Deutschland ist der allmächtige und Fürsorge tragende Staat an die Stelle von Patriotismus, Familie und Religion getreten. Selbst die Kirchen in Deutschland sind mit dem Staat viel enger verquickt, als dies in den USA der Fall ist. Die Großkirchen in der Mitte Europas kassieren Geld vom Staat. Viel Unabhängigkeit vom staatlichen Handeln und Kritik gegenüber politischen Würdenträgern darf man aufgrund dieses Abhängigkeitsverhältnisses nicht erwarten. Christliche Nächstenliebe und Nachbarschaftshilfe sowie das Denken in kleinen sozialen und gemeinnützigen Einheiten ist in Europa verkümmert, weil der staatliche Leviathan alles usurpiert hat.

Die Autoren der Wirtschaftswoche beschreiben das folgendermaßen: "Hand in Hand mit der Zurückdrängung der Religion aus dem gesellschaftlichen Leben wurde der Wohlfahrtsstaat ausgebaut, an den immer mehr Funktionen delegiert wurden, die ursprünglich bei Religion und Kirche lagen. Soziale Aufgaben, die zuvor die Gemeinden wahrnahmen, wurden dem Staat übertragen, das Individuum vereinzelt, der soziale Zusammenhalt ging verloren." In Europa ist der Staat an die Stelle Gottes getreten, der das Individuum zuvor von der Last der Verantwortung befreite.

Angesichts der Bedrohung durch radikale Moslems könnte die Religionsferne der Europäer noch zum Problem werden. So sagt der Politologe Francis Fukuyama: "Die Europäer sind im Inneren durch den radikalen Islam weit stärker bedroht als die Amerikaner von außen."

Auf andere Absurditäten weist Chefredakteur Stefan Baron hin: In Europa "könnte Bush nicht einmal EU-Kommissar werden, wie das Berufsverbot zeigt, das Brüssel über den Katholiken Rocco Buttiglione verhängte, weil dieser Homosexualität als 'Sünde' zu bezeichnen wagte (nicht ohne hinzuzufügen, daß dies den Staat nichts anginge, solange es nicht strafbar sei)." Die Zukunft wird zeigen, ob der Atheismus nicht nur in der islamischen Welt und in den USA, sondern auch in Europa auf dem Rückzug ist.<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 30. April 2005 über die US-Umerziehungs-
experten: >>Wir waren nicht mehr wehrlos

Von *Ulrich Baron*

Die Ritchie Boys: Wie deutsche Emigranten dem amerikanischen Geheimdienst halfen

So hatte sich der 1911 in Budapest geborene János Békessy die militärische Lage in den USA nicht vorgestellt. Nachdem ihn ein Militärlaster an der Bahnstation von Baltimore abgeholt und stundenlang durch das verschneite Land gefahren hatte, sah er dort das, vor dem er 1940 aus Europa geflohen war: "Eine Kompanie uniformierter SS marschierte an mir vorbei. Ein deutscher Militärwagen, wie ich ihn aus Dieuze kannte, ratterte an mit vorüber: Zwei deutsche Offiziere saßen steif im Fond des Wagens." Auch deren fernöstliche Verbündete waren nah: "Auf dem Feld zu unserer Rechten exerzierte eine japanische Kompanie, während sich im Hintergrund die Umrisse eines deutschen Panzers abhoben."

Verkehrte Welt! Doch auch ein siegesgewisser Nazi, den es zu dieser Zeit in die Berge Marylands verschlagen hätte, wäre verblüfft und wohl ein wenig enttäuscht gewesen, weil die meisten dieser SS-Männer Jiddisch sprachen. Das in der idyllischen Landschaft der Blue Ridge Mountains gelegene Camp Ritchie war kein Brückenkopf der Achsenmächte in den USA und auch kein gewöhnliches amerikanisches Militärlager, sondern ein "Military Intelligence Training Center", ein Ausbildungszentrum für psychologische Kriegsführung. Vor allem deutschsprachige Emigranten aus Europa wurden hier für Einsätze als Verhör- und Propagandaspezialisten jenseits des Atlantik vorbereitet. Dabei waren viele von ihnen damals noch gar nicht richtig in den USA angekommen.

Jahrzehnte später hat der Dokumentarfilmer Christian Bauer einige Veteranen unter den "Ritchie-Boys", aufgespürt und sie ihre Geschichten erzählen lassen. Jenen János Békessy aber, der seine Ankunft im Camp so plastisch geschildert hatte, konnte er nicht mehr interviewen. Der war bereits 1977 im Tessin verstorben - nachdem er es unter seinem Pseudonym Hans Habe zu einem der bekanntesten deutschsprachigen Publizisten der Nachkriegszeit gebracht hatte.

Solche Namenswechsel waren nicht selten in der Geschichte der Ritchie-Boys, und das nicht nur weil sie in geheimer Mission kämpften. Wenn der 1922 in Hildesheim geborene Günther Stern zu Guy Stern, wenn der gleichaltrige Fritz Ehrlicher zu Fred Howard wurde, so war das auch ein Bekenntnis zu ihrer neuen Heimat, die für die meisten von ihnen USA hieß. Leicht hatte man ihnen es dort nicht gemacht. Guy Stern war mit nur 15 Jahren ins Land gekommen, als einziger seiner fünfköpfigen Familie, der ein Einreisevisum erhalten hatte, und - wie er

später erfuhr - als einziger, der dem Holocaust entkam.

Für viele der deutschen Emigranten, die seit der nationalsozialistischen Machtergreifung zuerst aus politischen und bald auch aus rassistischen Gründen verfolgt worden waren, wurden die USA spätestens dann zum Gelobten Land, als Exilländer der ersten Stunde wie die Tschechoslowakei und Frankreich der Übermacht Deutschland erlagen. Doch wer die ersehnte Einreiselerlaubnis bekommen hatte, sah sich oft bald ernüchtert.

Der Antisemitismus hatte am Atlantik nicht halt gemacht, und nach dem japanischen Überfall auf Pearl Harbor am 7. Dezember 1941 galten die deutschstämmigen Auswanderer in Amerika als "enemy aliens", als feindliche Ausländer und potentielle Agenten ihrer einstigen Verfolger. Für den 1918 im polnischen Lublin geborenen Maler Si Lewen war das Ende seines amerikanischen Traums schon bald nach seiner Ankunft in New York im Jahre 1935 gekommen, als ein Polizist, der ihn als Juden erkannt hatte, den Jungen im Central Park ausraubte und zusammenschlug.

Die freiwillige Meldung zum Militär war auch ein Mittel sich Respekt zu verschaffen und zu zeigen, daß man auf Seiten Amerikas stand. Für junge jüdische Emigranten, die verzweifelt und oft vergeblich versucht hatten, ihre Eltern und Geschwister vor dem Untergang zu bewahren, bedeutete dieser Schritt aber noch viel mehr. "Ich habe geweint, als ich mein Gewehr bekam", zitiert Bauer den ehemaligen Ritchie-Boy Stefan Heym: "Ich war nicht mehr wehrlos. Zum ersten Mal konnte ich mich verteidigen."

Doch die Männer von Camp Ritchie sollten nicht auf die Deutschen schießen, Sie sollten mit ihnen und zu ihnen sprechen. Denn wer hätte die Mentalität eines feindlichen Soldaten besser gekannt als sein ehemaliger Schul- oder Turnkamerad? Guy Stern, inzwischen ein emeritierter Professor für deutsche Literatur in Detroit, erinnert sich an eine solche Begegnung.

Während der Kämpfe in der Normandie stieß er in den Unterlagen kriegsgefangener Deutscher auf den Namen eines Mannes, den er aus dem Turnverein kannte. Zum nächtlichen Verhör bestellt, habe sich der gefangene Offizier verblüfft über die Detailkenntnis des Amerikaners gezeigt. Erkannt hat er ihn nicht. Kleider und mehr noch Uniformen machen Leute. Aber die Frage, die Guy Stern am liebsten gestellt hätte, mußte er sich versagen, um seine Identität nicht zu verraten. Erst Monate nach Kriegsende sollte er die Antwort darauf erhalten: Seine Eltern, seine Schwester und sein Bruder waren im Warschauer Ghetto umgekommen.

Aus Sicht mancher ihrer amerikanischen Kameraden - und mehr noch aus Sicht ihrer einstigen Landsleute - erschienen die Ritchie-Boys sicherlich als privilegiert, weil sie mit Worten, Flugblättern, Lautsprechern kämpften. Die Küche im Camp galt als die Beste der US-Army. Und welcher GI hätte Fred Howard und Guy Stern nicht um ihre Jeep-Partie mit Marlene Dietrich beneidet? Und es gab auch komische Szenen, wie die mit den Männern der Counter Intelligence Group, die versuchten "eine Gruppe von ziemlich verwirrten Deutschen zu verhören - in höchst elegantem Französisch".

Auf den Vorschlag, es doch einmal auf Deutsch zu versuchen, soll der Captain geantwortet haben: "Nach unserer Landkarte sind wir in Aix-La-Chapelle. Wir sind doch in Frankreich?" Daß es sich bei Aix-La-Chapelle um den französischen Namen Aachens handelt, war ihm entgangen. Dramatischer war schon das Erlebnis, das Guy Stern mit dem für seine Geschäftstüchtigkeit und seine Abkürzungen berüchtigten Sergeant "Short Cut" Rabinek hatte. Nachdem Rabinek wieder einmal die falsche Abkürzung gewählt hatte, fanden sich beide plötzlich mit leerem Tank in unmittelbarer Nähe einer deutschen Stellung wieder. Zudem hatte der Sergeant das Benzin im Reservekanister gegen Calvados eingetauscht, doch glücklicherweise soll der Motor auch damit angesprungen sein.

Solche Anekdoten sind der Stoff, mit dem man Kriegserlebnisse erträglich macht, doch bevor etwa Werner Angress mit Beuteaquavit auf den Tod Hitlers anstoßen konnte, hatten er und viele seiner Kameraden ihr Leben riskiert. Es gehörte Mut, ja Tollkühnheit dazu, sich mit ei-

nem Lautsprecherwagen, dessen Schall zunächst kaum mehr als 50 Meter reichte, der feindlichen Front zu nähern. "Eine typische Army-Dummheit" nannte Si Lewen diese Praxis, die auf Seiten der Roten Armee auch von kommunistischen Exilanten geübt wurde: "Die Deutschen mußten nur dahin schießen, wo der Ton herkam - schon erwischten sie das ganze Team."

Schlimmer noch war die Gefahr, gefangen genommen und als ehemaliger deutscher Jude erkannt zu werden. Angress, der bei Beginn der Invasion seinen ersten Fallschirmabsprung absolviert hatte, landete hinter den deutschen Linien, wurde eingesperrt und zwei Wochen danach von US-Truppen befreit. Später wäre er in Frankreich fast von Amerikanern erschossen worden, die ihn wegen seines Akzents für einen verkleideten Deutschen hielten.

Eines der erschütterndsten Erlebnisse beschreibt Morris Parloff, einer der wenigen gebürtigen Amerikaner unter den Ritchie Boys, der die Befreiung des Lagers Nordhausen miterlebt hat. Ein ehemaliger Insasse sei auf einen mehr als zwei Meter hohen Aschehügel gestiegen und habe gerufen, er stehe auf einem Haufen jüdischer Asche: "Ich schrie ihn an, er solle herunterkommen", erinnert sich der Psychologe: "Aber er kam nicht runter, er sah mich nur an, als wolle er sagen: 'Was willst du? Das ist unser Leben'."

Schließlich habe er den Mann vom Aschenhaufen heruntergezogen, doch mit ihm selbst sei dabei etwas Seltsames passiert: "Ich konnte mich nicht mit diesen Menschen identifizieren. Sie behaupteten, sie seien Juden, und ich war Jude, aber das waren keine Juden, wie ich sie kannte."

Als er versucht habe, zu den Befreiten zu sprechen - nicht auf Deutsch, sondern auf Jiddisch - habe er feststellen müssen, daß er seine Sprache verloren hatte - "ich wußte kein einziges Wort mehr - ich hatte alles vergessen - verdrängt. Ich war kein Jude mehr, nicht so!"

Mit solchen Erfahrungen bleibt jeder allein, und die Geschichte der Ritchie Boys ist im Leben der meist noch sehr jungen Beteiligten Episode geblieben. Stefan Heym hat ihr Wirken in seinem Roman "Der bittere Lorbeer" ("The Crusaders", 1948) beschrieben und darin scharfe Attacken gegen das amerikanische Militär und dessen Geschäfte mit Nazis geführt. Hanus Burger hat die USA bei Beginn der McCarthy-Ära verlassen, als die Formel "Antifaschist gleich Kommunist" wiederbelebt wurde. Hans Habe hat in "Ich stelle mich" 1948 nicht nur seine Ankunft im Camp, sondern auch seine persönlichen Verdienste ausführlich gewürdigt.

Die meisten der Ritchie-Boys allerdings sind in den USA geblieben, wo vom Camp, das viele von ihnen in sehr rascher Folge durchlaufen haben, nur noch eine Reihe leerer Gebäude und baufälliger Baracken übrig geblieben ist.

Deren einstige Bewohner, mit denen Christian Bauer gesprochen hat, haben inzwischen erfolgreiche Berufsleben hinter sich und waren ziemlich erstaunt darüber, daß gerade ein Deutscher sich für diesen Teil ihrer Geschichte interessierte.

Si Lewen, der nach dem Krieg einen totalen Zusammenbruch erlebte, ist schließlich in den Staat New York gezogen, zeichnete dort Bilder, die er seit 1985 nicht mehr verkaufen will, arbeitet mit Holzkohle, die ihn an die Asche der Toten erinnert. Später zerschneidet er die Leinwand. "In meiner Arbeit, sagt er, hat nichts Bestand - alles ist Teil einer großen Transformation."

Als Christian Bauer mit Guy Stern und Fred Howard im Oktober 2003 das zum Fort beförderte Camp Ritchie besucht, steht auch dessen Transformation bevor. Seine Holzbaracken, weiß und zweistöckig, warten auf den Abriß. Betten und Installationen sind verschwunden, der Bodenbelag löst sich. Deutsche und japanische Uniformen sind längst aus den Blue Ridge Mountains verschwunden, und nur Wildgänse kreischen am nahe gelegenen See.

Christian Bauer, Rebekka Göpfert: Die Ritchie Boys. Hoffmann & Campe, Hamburg. ...<<

Die Franzosen (55 %) lehnten am 29. Mai 2005 die Europäische Verfassung während einer Volksabstimmung ab.

Die Niederländer stimmten am 1. Juni 2005 ebenfalls mehrheitlich (61,5 %) gegen die Euro-

päische Verfassung.

Nach den gescheiterten Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden geriet der Ratifizierungsprozeß in den anderen EU-Mitgliedstaaten ins Stocken. Die Europäische Union überlegte danach, wie sie die Europäische Verfassung retten kann, die von allen EU-Mitgliedstaaten verabschiedet werden mußte.

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 11. Juni 2005 (x887/...):

>>"**Nie wieder Deutschland**"

Erinnern - Vergessen - Verachten: Zum Umgang der Deutschen mit dem Gedenken

Wer aber ist sich heute bei uns all dessen, was hinter diesen Geschichtsbegriffen bis in unsere Schulbücher und Medien hinein verborgen wird, noch bewußt? Was die offenbar völlige Erinnerungslosigkeit aufgrund solcher Geschichtsm Manipulationen betrifft, so paßt hier die Karikatur, die der liberale Publizist Ulrich Sonnemann einmal von Deutschland zeichnete: Es sei nämlich "das Land der unbegrenzten Zumutbarkeiten".

Etwas vornehmer hat dies der Zeithistoriker Christoph Kleßmann kürzlich wie folgt formuliert: "Aber auch westliche Demokratien, die sich dem Ideal der Zivilgesellschaft verpflichtet fühlen, sind in keiner Weise gegen die Manipulation der Regierenden und der suggestiven Verführung selektiver, politisch paßfähig gemachter Erinnerungen gefeit."

Besonders anschaulich und aktuell wird solche "selektive, politisch paßfähig gemachte Erinnerung" bei der Diskussion um das sogenannte "Zentrum gegen Vertreibungen". Ganz abgesehen von der verunglückten, im Wege vorauseilender politischer Korrektheit völlig verharmlosenden Namensgebung - denn ein "Zentrum" ist keine Gedenkstätte - käme, was seinen Standort betrifft, doch nur der Cecilienhof in Potsdam in Frage, dem Ort dieses Menschheitsverbrechens.

Aber dann müßte man eben sämtliche Beteiligten, die "Täter", beim Namen nennen und wenigstens moralische Anklage erheben - und das will man nicht. Das ist schon sehr seltsam in einem Land, das sich doch sonst unablässig an Täter und Opfer erinnern soll.

Wie eingangs gesagt: Wir Deutschen sind Weltmeister im Erinnern wie im Vergessen - Voraussetzung ist allerdings, daß sowohl das eine wie das andere stets nur einseitig zu Lasten unseres Landes geht. Eine Mäßigung, eine realitätsnahe Verbindung von beidem - eine "Kunst des Erinnerns" also - erscheint uns offenbar nicht möglich. Zu Recht meinte einst George Bernard Shaw, daß die Deutschen die tragische Eigenschaft besäßen, eine gute Sache immer so weit zu treiben, daß eine schlechte daraus wird. Und schon Martin Luther wunderte sich darüber, daß wir Deutschen sinnbildlich beim Reiten entweder rechts oder links vom Pferd fielen, geradeaus aber könnten oder wollten wir unseren Weg nicht finden.

Diese Neigung zu den Extremen hat leider sehr konkrete Auswirkungen bis in die Gegenwart. Hier gibt es unübersehbare Tendenzen der Selbstzerstörung, deren Ausmaße ebenfalls einmalig in der deutschen Geschichte sind und über die sich eine spätere Generation genauso verurteilend empören wird wie die "68er" und die heutige Generation über die Väter- und Großvätergeneration von 1933. In keinem Staat der Welt wäre - ohne den ständigen Hinweis auf 1933 - ein über Jahrzehnte anhaltender, insgesamt millionenfacher Asylmißbrauch und Asylbetrug möglich, auch keine millionenfache Massenzuwanderung bei Massenarbeitslosigkeit und Bankrott unserer Sozialsysteme.

Auch würde nirgendwo eine so hohe Ausländerkriminalität derart servil hingenommen. Diese bewußt akzeptierte kriminelle Ausplünderung Deutschlands, die ebenso absichtliche Herbeiführung der Überfremdung unseres Landes, die extreme Beschädigung seiner sämtlichen Fundamente - der politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen -, all das ist nicht etwa eine Art Naturgesetz der Globalisierung, sondern die Strategie des "Nie wieder Deutschland!"

Da aufgrund von Feigheit und Opportunismus weder von der Politik noch von den Medien ein Gegensteuern zu erwarten ist - sie verschlimmern beide im Gegenteil weiter die Situation - ,

hätte diese systematische Zerstörung der Fundamente unseres Landes doch längst ein Fall für den Verfassungsschutz sein müssen. Aber auch hier ist leider das Gegenteil festzustellen: Verfolgt werden diejenigen, die noch die Zivilcourage besitzen, trotz aller Verdächtigungen und Diffamierungen die Wahrheit zu sagen und auf die Gefahren hinzuweisen.

Da Propheten im eigenen Lande bekanntlich nichts gelten und der Verfassungsschutz aus ideologischen Gründen versagt, können unsere wenigen mutigen Warner und Mahner zumindest auf Unterstützung aus dem Ausland zählen. So hat der amerikanische Politikwissenschaftler (und Sohn österreichisch-jüdischer Emigranten) Paul Edward Gottfried diesem Thema ein ganzes Buch gewidmet. Es trägt den bezeichnenden Titel: "Multikulturalismus und die Politik der Schuld". Seine These: Der angestammten Mehrheitsbevölkerung werden Scham- und Schuldgefühle für tatsächliche oder vermeintliche historische Untaten solange indoktriniert, bis ihre Widerstände gegen die multikulturelle Überfremdung ihrer Heimat erstickt worden sind.

Manche dieser Thesen hat im übrigen schon Heinz Nawratil in seinem Buch "Der Kult mit der Schuld" aufgegriffen. Hinsichtlich der demographischen Probleme Deutschlands verweist der israelische Historiker Martin van Creveld auf den folgenden, von Politik und Medien strikt tabuisierten Zusammenhang: "Ich vermute, daß der Vergangenheitsbewältigungskomplex mit ein Grund dafür ist, daß die Deutschen heute kaum noch Kinder bekommen ... De facto sind viele Deutsche bereits damit beschäftigt, ihre Identität loszuwerden ... Volk und Staat der Deutschen zu erhalten, dafür stehen, nüchtern betrachtet, die Chancen schlecht."

Und der französische Autor Yves-Marie Laulan, Mitarbeiter der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds, warnt in seinem gerade erschienenen Buch: "Allemagne - Chronique d'un Mort annoncé" (Deutschland - Chronik eines angekündigten Todes) vor einer "demographischen Implosion selbstmörderischer Art". Weil es an Kindern fehle, sei Deutschland "unausweichlich verdammt zu einer langsamen Agonie auf allen drei Ebenen: wirtschaftlich, politisch, kulturell".

Er sieht in der demographischen Katastrophe Deutschlands eine "seelische Krankheit, die Krankheit zum Tode". Ursache dafür sei nicht zuletzt, daß der Zweite Weltkrieg eine Nation hinterlassen habe "bis zum äußersten traumatisiert, in vitalen Funktionen durch die Trümmer des Krieges schwer verletzt". Dieses Trauma werde durch die Dauerpräsentation der Vergangenheit, durch die ausschließliche Fixierung auf die NS-Zeit immer wieder aufs Neue aktiviert. Die Folge: "Niemand setzt Kinder in die Welt, wenn er nicht an die Zukunft der Nation und des Landes glaubt."

So weit also haben wir uns von uns selbst entfernt, ja von uns selbst entfremdet! Hier schließt sich nun fast der Kreis - und zwar verhängnisvoll - von der eingangs erwähnten These, daß das Geheimnis der Erlösung Erinnerung heiße, hin zum Fluch einer übermäßigen und - im Wortsinn - überwältigenden Erinnerung für Gegenwart und Zukunft.

Niemand hat diese negativen Auswirkungen leidenschaftlicher und genauer kritisiert als Friedrich Nietzsche, und zwar in seinen "Unzeitgemäßen Betrachtungen. Vom Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben": "Es gibt einen Grad von ... Wiederkäuen, von historischem Sinne, bei dem das Lebendige zu Schaden kommt und zuletzt zugrunde geht, sei es nun ein Mensch oder ein Volk oder eine Kultur."

Und an anderer Stelle heißt es: "Der historische Sinn, wenn er ungebändigt waltet und alle seine Konsequenzen zieht, enturzelt die Zukunft ... Die historische Gerechtigkeit, selbst wenn sie wirklich und in reiner Gesinnung geübt wird, ist deshalb eine schreckliche Tugend, weil sie immer das Lebendige untergräbt und zu Fall bringt: ihr Richten ist immer ein Vernichten."

Der Wiener Philosoph Rudolf Burger hat Nietzsches Gedanken, die ja Ende des 19. Jahrhunderts für die Deutschen keineswegs einen tragischen Hintergrund besaßen, sondern die ganz

im Gegenteil während der Reichsgründungszeit selbstkritisch einem eher als zu positiv erlebten Historismus galten, für die völlig andere jüngste deutsche Zeitgeschichte fortgesetzt. In seinem Aufsatz: "Die Irrtümer der Gedenkpolitik. Ein Plädoyer für das Vergessen" (Europäische Rundschau, Frühjahr 2001) weist er nach, daß über viele Jahrhunderte in den nach beendeten Kriegen geschlossenen Friedensverträgen das wechselseitige Vergeben und Vergessen von Untaten ein wichtiger Bestandteil gewesen sei. Nur so könne man unbelastet den Frieden gestalten.

Wir Deutschen können allerdings kein Plädoyer für das Vergessen halten. Aber wir sollten mit Blick auf die kaum noch zu bewältigenden Gegenwarts- und Zukunftsprobleme den andauernden Blick in die Abgründe der Vergangenheit mäßigen. Thorsten Hinz warnt ebenfalls vor einem Übermaß von Selbstanklagen und ihren Folgen.

Auschwitz und der Holocaust seien mittlerweile zu den dominanten Erinnerungsbildern deutscher Geschichte geworden und damit zu einem kollektiven Selbstbild: "Begleitet wird das von einer Sakralisierung, die keinen Widerspruch duldet ... dieser Prozeß ist für Deutschland hochproblematisch, denn das schlimmste Verbrechen, das von den Deutschen begangen wurde, in den Mittelpunkt des nationalen Selbstbildes zu stellen, bedeutet, den eigenen Unwert zur zentralen Kategorie der kollektiven Identität zu erheben. Wer das tut, signalisiert, daß er seine Existenz innerlich als beendet ansieht. Er wird zum Zombie."

Wir müssen endlich zu einem Erinnern und Gedenken finden, das keine neue "Klassengesellschaft" der Toten und Opfer kennt - dabei sollten Ursachen, Schuld und Täter benannt werden.

Und wir müssen schließlich einen Weg finden aus dem Dilemma des bisher ebenfalls tabuisierten und viele Menschen tief verletzenden Widerspruchs zwischen einerseits den öffentlichen volkspädagogischen Gedenkritualen hierzulande und andererseits den allzu oft abgewiesenen, verleugneten, ja diffamierten privaten Erinnerungen an das erlittene persönliche oder familiäre Leid. Ein solcher Weg bedürfte gar nicht einer "Kunst des Erinnerns", sondern nur des humanen Anstands.

Michael Wolffsohn, Historiker an der Universität der Bundeswehr in München - der sich selber als einen deutsch-jüdischen Patrioten bezeichnet - hat in seiner Ansprache zum Volkstrauertag 1996 in der Frankfurter Paulskirche dazu Folgendes gesagt: Es sei moralisch nicht mehr hinnehmbar, daß "das millionenfache individuelle Leid von Deutschen, zum Beispiel Flucht, Vertreibung oder der Bombenhagel auf Zivilisten, tabuisiert, minimiert oder nicht ernst genommen wird ... Mit 'Aufrechnung' oder gar Verharmlosung der vorangegangenen deutschen Verbrechen hat dies nichts zu tun, alles aber mit Aufrichtigkeit, Wahrhaftigkeit, Vollständigkeit, Seele und Mitgefühl."

Michael Wolffsohns Schlußfolgerung daraus könnte als eine vor allem für das immer noch schwierige deutsch-jüdische Verhältnis des Erinnerns sinnerfüllte und versöhnende Orientierung gelten - nämlich: "Wer nicht die Toten des eigenen Volkes betrauert, wird erst recht nicht die Toten anderer Völker betrauern. Wer hingegen eigenes Leid kennt und öffentlich benennt, der wird auch das Leid anderer eher nachfühlen können und wollen." <<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 23. Juli 2005 (x887/...):

>>Das Böse austreiben

Wie die Amerikaner nach 1945 die Deutschen umerzogen

Dieses Buch soll schon vor 40 Jahren entstanden sein, fragt man sich erstaunt, wenn man die erweiterte Neuauflage von Caspar von Schrenck-Notzings Buch "Charakterwäsche" in der Hand hält. Man liest hier und dort, besonders aufmerksam die neu hinzugefügten, das Buch an die aktuelle Situation anschließenden Kapitel und stellt fest, daß es von der ersten bis zur letzten Zeile taufriisch wirkt und daß es auch heute noch - oder gerade heute - Antworten geben kann auf die Frage: "Wie konnte es um alles in der Welt geschehen, daß sich der Charakter

der Deutschen derartig verändert hat?"

Die Frage stellte der Autor sich, als er Anfang der 60er Jahre nach mehrjährigem Indienaufenthalt in die Bundesrepublik Deutschland zurückkehrte und ein völlig gewandeltes Gemeinwesen vorfand. Ein Land, das dabei war, einen Kulturwandel zu vollziehen. Dabei könnte, so meinte er, die Zeit der amerikanischen Besetzung nach 1945 eine Rolle spielen, eine Annahme, die er bestätigt fand, als er als erster Deutscher in Washington im US-Nationalarchiv die Unterlagen über die Besatzungspolitik und ihre Ziele durcharbeitete.

Hier stieß er auf Unterlagen, die belegten, wie planmäßig ab der Mitte des Zweiten Weltkrieges in den USA von verschiedenen Kräftegruppen grundlegende Veränderungen des deutschen Charakters geplant und später durchgesetzt wurden. Er nannte sein aus den Studien entstandenes Buch "Charakterwäsche" (in Anlehnung an die im kommunistischen China angewendete Gehirnwäsche) und gab ihm damals den Untertitel "Die amerikanische Besetzung in Deutschland und ihre Folgen". In der soeben erschienenen aktualisierten Neuauflage ist dieser Untertitel erweitert worden und lautet jetzt "Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen".

Es genügte in den 40er Jahren des vorigen Jahrhunderts nicht mehr, den deutschen Feind militärisch zu besiegen und eventuell sein Land zu besetzen; vor allem in den USA war man entschlossen, den Charakter der Deutschen, der, wie man überzeugt war, von Grund auf böse war, grundlegend zu verwandeln, um damit den ewigen Frieden auf Erden herzustellen. Dazu mußten die Sieger die Institutionen, die die Meinung der Deutschen formten, in die richtigen Hände geben, und das waren die Zeitungen, Zeitschriften, die Rundfunksender, die Buchverlage, die Filmindustrie, die Theater und später das Fernsehen.

Man weiß nicht, ob man lachen oder weinen soll, wenn man liest, nach welchen Gesichtspunkten die ersten deutschen Zeitungsverleger durch amerikanische Prüfungskommissionen ausgesucht wurden. Zusammenfassend kann man sagen, hier wurden gebrochene Charaktere, Menschen mit beschädigtem Wesen, stammend aus zerstörten Familien, bevorzugt, weil sie die Gewähr dafür zu bieten schienen, dem typisch Deutschen entgegenzuwirken.

Die "Frankfurter Schule" mit ihren von der Psychoanalyse stammenden Rezepten wurde auf die Besiegten losgelassen mit der Aufgabe, die traditionellen deutschen Werte auf den Kopf zu stellen. Schrenck-Notzing schildert materialreich die damaligen Umerziehungsbemühungen, die, wie die Gegenwart zeigt, zu einem Erfolg wurden, einem Erfolg, der heute das Ausland zum Kopfschütteln über das deutsche Verhalten veranlaßt.

"Charakterwäsche" gehört zu den Büchern, bei dem es keine Phrase ist, wenn gesagt wird, jeder Deutsche müsse es lesen, der ernsthaft Erklärungen über den Selbsthaß der Deutschen, über ihre Schuldgeilheit und die damit verbundene Unfähigkeit zu Hochleistungen und wirklichen Reformen sucht.

Caspar von Schrenck-Notzing: "Charakterwäsche - Die Re-education der Deutschen und ihre Auswirkungen", ... Graz 2004 ...<<

Der ecuadorianische Jurist, Diplomat und Politiker Jose Ayala Lasso (von 1994-1997 erster Hoher Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte) sprach am 6. August 2005 in Berlin während des 60. Jahrestages der Vertreibung der Reichs- und Volksdeutschen persönlich an die Vertriebenen (x875/...): >>... Vor zehn Jahren hatten Sie mich aus Anlaß des fünfzigsten Jahrestages des Endes des Zweiten Weltkriegs und des Beginns der Vertreibung von 15 Millionen Deutschen aus ihrer Heimat im Osten eingeladen, an der Gedenkfeier am 28. Mai 1995 in der Frankfurter Paulskirche teilzunehmen.

Zu jenem Zeitpunkt konnte ich leider nicht selbst kommen, da meine Aufgaben als Hochkommissar für Menschenrechte meine Anwesenheit in Ruanda erforderten; dennoch habe ich Ihnen damals ein Grußwort gesandt, das, wie mir berichtet wurde, in deutscher Übersetzung verlesen wurde und später durch den berühmten, leider verstorbenen Professor Dieter Blu-

menwitz veröffentlicht wurde.

In diesem Grußwort erinnerte ich an die Resolutionen der Unterkommission der Vereinten Nationen zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte, darunter insbesondere an das Recht auf ein Leben in der eigenen Heimat und das Recht auf Rückkehr in die Heimat in Sicherheit und Würde.

Wir alle erinnern uns, daß der Krieg im ehemaligen Jugoslawien 1995 Hunderttausende zu Flüchtlingen gemacht hatte - das Ergebnis einer als "ethnische Säuberung" bekannt gewordenen Politik. Auch wenn dieser Begriff neu geprägt wurde, benennt er doch eine alte und besonders grausame staatliche Praxis, die Zivilbevölkerung zu terrorisieren und Männer, Frauen und Kinder zu zwingen, ihre Häuser zu verlassen und ins Unbekannte zu fliehen.

Der Krieg in Jugoslawien ist nun beendet, dennoch scheint die Welt keineswegs sicherer geworden zu sein, und noch immer sind Menschen den Grausamkeiten ungerechter Kriege und ungerechter Friedenslösungen ausgesetzt.

Einer meiner Nachfolger als Hochkommissar für Menschenrechte, Sergio Vieira de Mello, mußte sein Leben lassen im Kampf für eine bessere Welt. Er starb als Vertreter des UNO-Generalsekretärs im August 2003 in Bagdad beim schlimmsten Angriff, dem die Vereinten Nationen jemals ausgesetzt waren. Ich verneige mich vor seinem Andenken.

Ich bin überzeugt, daß die Vereinten Nationen und insbesondere das Amt des Hochkommissars für Menschenrechte, das derzeit unter der fähigen Führung von Richterin Louise Arbour steht, beharrlich an der viel Geduld erfordernden Aufgabe weiterarbeiten werden, eine universale Kultur der Menschenrechte aufzubauen.

In den vergangenen sechzig Jahren haben die Vereinten Nationen Großes geleistet beim Kodifizieren von Normen. Es wurden Fachorgane eingerichtet, welche die Einhaltung dieser Normen überwachen. Es wurden Verfahren entwickelt, die es Einzelpersonen ermöglichen, ihre Rechte vor diesen Organen einzuklagen. Die Zivilgesellschaften und Nichtregierungsorganisationen haben aktiv Beiträge hierzu geleistet und nehmen weiterhin an diesem Prozeß teil. All diese rechtlichen Errungenschaften sind wichtig, aber der Erfolg des Systems der Menschenrechte hängt in großem Maße vom Engagement der Zivilgesellschaft und der Entwicklung nationaler Institutionen und Infrastrukturen für die Menschenrechtsarbeit ab.

Derzeit nimmt uns die übergeordnete Aufgabe der Reformierung und Modernisierung des Systems der Vereinten Nationen stark in Anspruch. Eine der wesentlichen Säulen dieser Reform ist die Stärkung der Menschenrechtskommission. Erst vor kurzem hat der Generalsekretär der Vereinten Nationen darauf hingewiesen, daß die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte weiterhin eine der wichtigsten Errungenschaften der Weltorganisation ist.

Überall bildet sich eine neue Auffassung von kollektiver Sicherheit heraus, und jeder erkennt den Zusammenhang zwischen Armut und Unsicherheit, Achtung der Menschenrechte und Frieden. Aus diesen Gründen hat die von Kofi Annan eingerichtete Expertengruppe, deren Aufgabe die Erarbeitung von Vorschlägen zur Bewältigung der Herausforderungen des neuen Millenniums ist, in ihrem Bericht an den UNO-Generalsekretär die Empfehlung ausgesprochen, die Menschenrechtskommission zu reformieren und einen Menschenrechtsrat mit universeller Mitgliedschaft einzurichten, der die Gesamtverantwortung für die Förderung und den Schutz aller Menschenrechte trägt.

Meiner Auffassung nach unterstreichen die ernstesten Probleme in Bezug auf Demokratie, Entwicklung, Regierbarkeit, die kollektive Sicherheit, den Kampf gegen den Terrorismus und die internationalen Beziehungen die Notwendigkeit, die Menschenrechte besser als bisher zu fördern und zu schützen. Wenn wir wirklich eine neue internationale Ordnung schaffen wollen, müssen wir anerkennen, daß es dringend und unabdingbar ist, den Vorrang der Menschenrechte ganz neu in das Bewußtsein zu rücken. Ein neuer Humanismus muß sich herausbilden, und wir alle sind aufgerufen, einzeln und gemeinsam unseren Beitrag für die Grundlagen die-

ser neuen Ära zu leisten.

Für uns alle bleibt die Verwirklichung der Menschenrechte eine große Herausforderung, da die Durchsetzung der Normen vom politischen Willen der Staaten abhängt. Es gibt keine edlere Aufgabe, als für die Verwirklichung aller Menschenrechte zu arbeiten.

Von den kollektiven Rechten ist für uns natürlich das Recht auf Selbstbestimmung von besonderer Bedeutung. Bei der Entkolonialisierung in Asien und Afrika und der Abschaffung der Apartheid spielten die Vereinten Nationen eine wichtige Rolle. Andere kollektive Rechte einschließlich der Rechte von Minderheiten und des Rechts auf die eigene Heimat sind noch nicht vollständig umgesetzt. Das Recht auf die eigene Heimat ist allerdings nicht nur ein kollektives, sondern auch ein individuelles Recht und eine Grundvoraussetzung für die Ausübung zahlreicher bürgerlicher, politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechten.

Während meiner Amtszeit als Hochkommissar für Menschenrechte hat die Unterkommission zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte eine wichtige Studie zur "Dimension der Menschenrechte bei Bevölkerungsumsiedlungen" erarbeitet. Zur Diskussion dieser Studie wurde in Genf eine Expertenkonferenz unter Vorsitz des Berichterstatters der Unterkommission, Awn Shawkat Al Khasawneh, der heute Richter beim Internationalen Strafgerichtshof ist, abgehalten. Im Abschlußbericht der Unterkommission (E/CN.4/Sub.2/1997/23) zog Richter Al Khasawneh die Schlußfolgerung, daß das Recht auf die eigene Heimat ein grundlegendes Menschenrecht ist und daß Staaten nicht das Recht haben, Menschen gewaltsam aus ihrer Heimat zu vertreiben.

In der dem Bericht angefügten Erklärung heißt es (Art. 4, Abs. 1): "Jeder Mensch hat das Recht, in Frieden, Sicherheit und Würde in seiner Wohnstätte, in seiner Heimat und in seinem Land zu verbleiben." Und weiter (Art. 8): "Jeder Mensch hat das Recht, in freier Entscheidung und in Sicherheit und Würde in das Land seiner Herkunft sowie innerhalb dessen an den Ort seiner Herkunft oder Wahl zurückzukehren."

Auch wenn wir noch weit von der Erreichung dieser Ziele entfernt sind, auch wenn es in der Welt von heute Millionen von Heimatlosen gibt, ist es doch wichtig, diese Grundprinzipien zu bekräftigen und nach Mitteln und Wegen für ihre Umsetzung zu suchen.

Aus diesem Grunde unterstütze ich auch die Idee, ein internationales Zentrum zum Kampf gegen Bevölkerungsumsiedlungen einzurichten, dessen Aufgabe nicht nur das Dokumentieren und Erforschen von Vertreibungen in der Vergangenheit sein soll, sondern das sich ebenfalls zum Ziel setzt, zukünftige Vertreibungen überall auf der Welt zu verhindern. Indem es Aufklärung betreibt und das öffentliche Bewußtsein schärft für die Schrecken, die durch gewaltsame Bevölkerungsumsiedlungen entstehen. Indem es Frühwarnstrategien entwickelt und die Maßnahmen der Vereinten Nationen auf diesem Gebiet unterstützt. Ich bin überzeugt, daß Berlin ein geeigneter Ort für solch ein Zentrum wäre.

Ich glaube, daß wir aus dem Beispiel der deutschen Vertriebenen besonders viel lernen können. Wenn wir uns des Umfangs der Vertreibung und der Trauer über den Verlust von Gebieten bewußt werden, die für Menschen wie Immanuel Kant, Arthur Schopenhauer, Johann Gottfried Herder, Joseph von Eichendorff und andere Heimat waren, dann müssen wir gleichzeitig anerkennen, daß die Vertriebenen erhebliche Opfer gebracht haben, indem sie den Weg der friedlichen Integration wählten.

Wir können nicht umhin, die moralische Stärke dieser Menschen und die Klugheit ihrer Führung zu bewundern, die jeglicher Art von Gewalt eine Absage erteilten und sich entschlossen, sich eine neue Heimat im Westen aufzubauen, ohne dabei die Liebe zu ihren Wurzeln aufzugeben, zu den Landschaften, in denen sie aufgewachsen sind, zu den Kirchen und Gotteshäusern, in denen sie beteten, zu den Friedhöfen, auf denen ihre Vorfahren begraben sind.

Ich möchte die heutige Gelegenheit nutzen, um an die "Charta der Vertriebenen" zu erinnern, die am 5. August 1950 in Stuttgart verkündet wurde. In dieser wichtigen Charta entsagen die

Opfer der Vertreibung in aller Form "jeglichem Gedanken an Rache und Vergeltung. Dieser Entschluß ist uns ernst und heilig im Gedenken an das unendliche Leid, welches im Besonderen das letzte Jahrzehnt über die Menschheit gebracht hat." Mit diesem Gewaltverzicht wurde der Teufelskreis aus Vergeltung und Gegenvergeltung durchbrochen. Darüber hinaus verpflichtete die Charta die Vertriebenen, für den Wiederaufbau Deutschlands und Europas, das eines Tages vereint sein sollte, zu arbeiten. Dies ist in der Tat ein bemerkenswertes Dokument.

Im Amt des Hochkommissars für Flüchtlinge wird häufig eine Zeile aus dem Chor von Euripides' Medea zitiert: "Es gibt kein größ'eres Leid auf Erden als den Verlust des Heimatlands."

Als ehemaliger Hochkommissar für Menschenrechte würde ich hinzufügen, daß wir verpflichtet sind, diese Leiden zu mildern, Mitgefühl zu zeigen mit den Opfern von Vertreibung, sie bei der Bewahrung ihrer Kultur und Identität zu unterstützen, ihnen Hilfe zukommen zu lassen und, wenn möglich, die friedliche Rückkehr in ihr Heimatland zu ermöglichen.

Das Recht auf das eigene Heimatland ist, wie ich 1995 sagte, ein grundlegendes Menschenrecht, und die gesamte Weltgemeinschaft ist aufgerufen, dieses Recht zu achten. Wenn Menschen zum Verlassen ihrer Heimat gezwungen wurden, sollte ihnen die Möglichkeit gegeben werden zurückzukehren.

Allerdings kann es, das muß auch gesagt werden, einander entgegenstehende Ansprüche auf dieselbe Heimat geben. Mit gutem Willen und internationaler Hilfe lassen sich solche Konflikte aber friedlich lösen, so daß alle, die ihre Wurzeln lieben, das Recht auf Heimat genießen können. Die Liebe zur Heimat ist in der Tat ein positiver Wert. Nur wer seine Heimat liebt, arbeitet daran, sie zu verbessern, sie zu einem besseren Ort für Kinder und Enkelkinder werden zu lassen und sie einzugliedern in das höhere Konzept der Weltsolidarität.

Vor sechzig Jahren versammelten sich die Siegermächte in Berlin, um die Welt nach dem Krieg zu planen. Auf der Potsdamer Konferenz diskutierten sie nicht nur die Herausforderungen des Friedensstiftens, sondern beschäftigten sich ebenfalls mit den enormen logistischen und humanitären Problemen, die durch die Vertreibung von Millionen von Menschen verursacht wurden - Deutsche aus Ostpreußen, Pommern, Schlesien, die vor den Angriffen der sowjetischen Armee geflohen waren, und weitere Millionen, die in ihrer Heimat geblieben waren und in jenem grausamen Sommer 1945 vertrieben wurden.

Wir verneigen uns vor den Opfern der Nazi-Aggression im Osten. Gleichzeitig stehen wir dem Leiden von unschuldigen Männern, Frauen und Kindern aus Ostpreußen, Pommern und Schlesien nicht blind gegenüber, die Opfer des ungerechten und unmoralischen Prinzips der kollektiven Bestrafung wurden.

Die Nürnberger Prozesse wurden 1945 auf der Grundlage des Prinzips der strafrechtlichen Verantwortung des Einzelnen geführt, um jene politischen Führer zu bestrafen, die den Angriffskrieg entfesselten und Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit befahlen. Die Verbrechen, wegen derer führende Nationalsozialisten angeklagt und verurteilt wurden, umfaßten auch die verbrecherischen gewaltsamen Bevölkerungsumsiedlungen und Deportationen in die Zwangsarbeit.

Die Urteile von Nürnberg wurden 1946 von der Generalversammlung bestätigt, und später wurde der Völkerrechtskommission die Aufgabe übertragen, einen Kodex der Verbrechen gegen Frieden und Sicherheit der Menschheit zu erarbeiten. In den Artikeln 18 und 20 des 1996 angenommenen Entwurfs werden Massenvertreibungen und Deportation in die Zwangsarbeit als Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit definiert.

1998 dann wurde auf der Konferenz von Rom das Statut des Internationalen Strafgerichtshofs angenommen, in dem in Artikel 7 und 8 in ähnlicher Weise das Verbrechen der Vertreibung verurteilt wird. Die Schaffung des Internationalen Strafgerichtshofs ist ein wichtiger Schritt zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit im Bereich der internationalen Beziehungen. Jeglichem

Versuch, das Statut von Rom zu schwächen oder seine Bedeutung zu mißachten, muß entschieden entgegengetreten und mit scharfer Kritik begegnet werden.

Das Internationale Strafgericht für das ehemalige Jugoslawien zieht derweil jene zur Rechenschaft, die für die Umsetzung der Politik der ethnischen Säuberungen verantwortlich sind. Auf sehr direkte Weise ist das Verfahren gegen Slobodan Milosevic ein Verfahren, in dem das Recht auf die eigene Heimat bekräftigt wird, und zwar nicht nur das Recht der Bosnier, der Kroaten und der Kosovaren auf ihre Heimat, sondern letztendlich auch das der Krajina-Serben. Zweifelsohne werden die zur Zeit in Den Haag geführten Prozesse zu wichtigen Präzedenzfällen im Völkerrecht führen.

Lassen Sie mich abschließend auf den Gedanken der Menschenrechte eingehen, einen Gedanken, der so alt ist wie die Menschheit selbst, auch wenn er dann nur sehr schrittweise in der Bibel, in den Schriften der chinesischen, indischen und griechischen Philosophen, in den Werken von Jean Jacques Rousseau und in den französischen und amerikanischen Erklärungen des achtzehnten Jahrhunderts artikuliert wurde, lange bevor sich der Völkerbund mit seinem System des Schutzes von Minderheitenrechten und die Vereinten Nationen mit ihrer Menschenrechtskommission konstituierten.

Dieser Gedanke, der uns so sehr am Herzen liegt, beruht auf der Achtung vor allen Lebewesen, auf dem Glauben an gleiche Würde und gleiche Rechte für alle Menschen, unabhängig von Hautfarbe, Herkunft, Religion und gesellschaftlichem Status. Auf dieser Grundlage entwickelten die modernen Gesellschaften die Konzepte von Solidarität und gegenseitiger Abhängigkeit. Wir können bei Verletzungen von Menschenrechten nicht gleichgültig bleiben, wo immer sie auch vorkommen. Daher müssen wir gegen Armut und Ungerechtigkeit kämpfen, und zwar überall.

Als Lateinamerikaner unterstütze ich mit allem Nachdruck die Ausübung aller Menschenrechte durch die indigenen Völker. Ein wichtiger Schritt in der langen Entwicklung des Menschenrechtskonzepts war der lang andauernde Disput innerhalb des Indienrates im Spanien des sechzehnten Jahrhunderts über die Frage, ob die indigenen Völker Amerikas als Menschen zu betrachten wären.

Zwei Dominikaner, Bartolomé de las Casas und Antonio Montesinos, vertraten vor dem Habsburger Kaiser Karl V. die Auffassung, daß die indigenen Völker Menschen mit einer Seele und mit Rechten seien. Ihr entschiedenes Auftreten führte dazu, daß Gesetze zum Schutz der Rechte der indigenen Völker erlassen wurden, die ihrem Wesen nach Menschenrechtsgesetze waren. Auch wenn diese Gesetze ungestraft gebrochen wurden, so führten sie doch zu einem Bewußtsein für das, was richtig und was falsch ist.

Wir sollten uns daran erinnern, daß auch die indigenen Völker Amerikas ein Recht auf ihre Heimat hatten, daß sie gewaltsam ihrer Länder und ihres Eigentums beraubt und in sklavereiähnliche Verhältnisse gezwungen wurden. In Lateinamerika stehen wir vor der neuen Form eines alten Problems. In der Vergangenheit hat die Weltgemeinschaft Maßnahmen gegen gewaltsame Bevölkerungsumsiedlungen ergriffen.

Heute erleben wir solche Umsiedlungen in Form von massenhafter Emigration, ausgelöst durch die Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen in vielen Ländern, auch in meinem Heimatland Ecuador. Mehr als 20 Prozent der Gesamtbevölkerung hat in den vergangenen drei oder vier Jahren das Land verlassen. Die Konsequenzen für das Land sind dramatisch, und diese Situation wirkt sich zweifellos auch auf die Zielländer dieser massenhaften Migrationsbewegung aus. Ich bestärke die Menschenrechtskommission darin, dieses Problem aus der neuen Perspektive der Solidarität beim Schutz von Menschenrechten zu untersuchen.

Die Förderung und der Schutz der Menschenrechte ist ein unablässiger Kampf für die Anerkennung und die Achtung der Menschenwürde. Wir können bei dieser hehren Aufgabe nicht

gleichgültig bleiben. In der Vergangenheit wurden große Fortschritte durch gemeinsame Anstrengungen seitens der Vereinten Nationen, internationaler Organisationen, Nichtregierungsorganisationen und der Zivilgesellschaft erreicht. Diese Arbeit muß jedoch dauerhaft erfolgen und erfordert die aktive Teilnahme aller Menschen.

Daher ermutige ich Sie, in Ihrem Engagement für die Menschenrechte nicht nachzulassen und weiter dafür zu wirken, daß alle Menschenrechte, und damit auch das Recht auf das eigene Heimatland, überall anerkannt und respektiert werden. Auf diese Weise werden wir zu einer neuen Weltordnung beitragen, die sich auf die Grundprinzipien der Würde und Gerechtigkeit für alle gründet.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 20. August 2005

(x887/...): >>Einführung der Sklaverei

Über die Unterlassung der kommentierenden Nachkriegsbetrachtungen

Der 8. Mai ist vorüber, seine Bewertung als "Tag der Befreiung" scheint sich durchgesetzt zu haben. Oder hat der 60. Jahrestag des Kriegsendes insgeheim einen geschichtspolitischen Zeitenwechsel markiert, und sei es nur deshalb, weil die beängstigende Einmütigkeit in Artikeln, Publikationen, Reden und Verlautbarungen die Neugierde auf Verschwiegenes und Verdrängtes anschwellen läßt? Auf wieviel Nichtwissen der aktuelle Meinungskonsens beruht, davon vermittelt das von Karlheinz Weißmann herausgegebene Buch "Die Besiegten" eine Ahnung.

Weißmann stellt in der Einleitung den Bedeutungswandel des 8. Mai in der öffentlichen Wahrnehmung von 1945 bis heute dar. Die breite Akzeptanz des Befreiungspostulats resultiert aus dem Wunsch, sich politisch der Position der Sieger anzuschließen, was zugleich eine psychologische Entlastung bedeutet.

Das Buch behandelt die Zeitspanne von den letzten Kriegswochen 1945 bis zu den ersten Monaten der Besatzung. In den Kapiteln "Endkampf", "Besetzung", "Kriegsgefangene", "Internierung", "Vertreibung", "Verschleppung", "Interregnum" und "Siegermacht" wird das ganze Spektrum der Unterwerfung erfaßt. Jedem dieser Abschnitte ist eine Einleitung vorangestellt, die auch einen Überblick über die historische Forschung gibt.

Danach folgen die Zeitzeugenberichte: Tagebücher, Briefe, eidesstattliche Erklärungen und nachträgliche Aufzeichnungen. Themenbeispiele sind die Zerstörung Demmins durch die Rote Armee nach der Einnahme der Stadt, die schweren Folterungen deutscher Kriegsgefangener durch die Amerikaner im Zuge des Malmedy-Prozesses sowie die Greuel in den deutschen Ostgebieten. Bei der Auswahl ging es nicht um die Kumulation des Grauens, sondern um die exemplarische Bedeutung.

Für die offiziöse deutsche Geschichtsschreibung existieren diese Ereignisse kaum. Wie weit sie sich damit vom wissenschaftlichen Ethos und objektiven Kategorien entfernt hat, deutet der amerikanische Historiker Alfred M. de Zayas in seinem Vorwort an. Die im Februar 1945 in Jalta von Roosevelt, Churchill und Stalin getroffene Entscheidung zur "Verwendung deutscher Arbeitskräfte", auf deren Grundlage hunderttausende deutsche Zivilisten und Millionen Soldaten als Zwangsarbeiter eingesetzt wurden, nennt er die Wiedereinführung der "Sklaverei".

Den deutschen Historikern wirft er vor, bisher keine seriösen Statistiken erstellt, Zeitzeugen nicht befragt und keine kommentierte Ausgabe der Nürnberger Akten vorgelegt zu haben. Neben dem dokumentarischen Wert dieses Buches liegt ein weiteres Verdienst darin, auf solchen Lücke hinzuweisen und für ihre Schließung - soweit sie noch möglich ist - einen Anfang gesetzt zu haben.

Karlheinz Weißmann: "Die Besiegten - Die Deutschen in der Stunde des Zusammenbruchs 1945", Schnellroda 2005 ...<<

Der Europäische Rat beschloß am 3. Oktober 2005 die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen

mit der Türkei.

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 22. Oktober 2005 (x887/...): >>Vier Tabus

Was man in Deutschland nicht gerne sagt

In unserer 'Gesinnungsdemokratie' und 'Mitnehmgemeinschaft' verhindern vier große Tabus eine freie und ehrliche Diskussion ohne Heuchelei und Diskriminierung: Patriotismus, Zuwanderung, Sozialsystem-Plünderung, Ausländerkriminalität."

In "Die Mitnehmgemeinschaft - Die Tabus des Sozialstaats" knacken die beiden Autoren Jochen Kummer und Joachim Schäfer diese Tabus und führen ohne Rücksicht auf die "political correctness" die traurigen Fakten an.

Eingangs nennen die Autoren Politiker und Personen des öffentlichen Lebens, die aufgrund ihres patriotischen Bekenntnisses oder in Unkenntnis des genauen Verlaufes der Grenzen der in Deutschland herrschenden Meinungsfreiheit Repressalien erdulden mußten. Hierzu zählen neben Martin Hohmann, Steffen Heitmann, Gerd Schultze-Rhonhof, Reinhard Günzel und Hans Filbinger.

Das zweite Tabuthema ist der "Asylmißbrauch und Türkenstrom". Hier nennen die beiden Autoren Fakten, die man so in Deutschland nicht gerne nennt, da man sie als Fremdenfeindlichkeit ausgelegt bekommen könnte. Ähnlich sieht es bei "Staatsknete als Stütze" und "Ausländerkriminalität - Die Angst vor der Wahrheit" aus.

Doch vor allem Jochen Kummer weiß, wovon er schreibt, denn während seiner Zeit in der Berliner Redaktion des "Stern" hat er sich mit der Ausländerproblematik in Berlin-Kreuzberg befaßt.

Ob "Protokoll einer Abschiebung - nach 14 Jahren", "Das Heer der Illegalen im Untergrund", "Das Geschäft mit den Kindern", "Besorgnis um dritte Ausländergeneration" oder "Das Mädchen Nuran: Vom Vater hingerichtet"; immer führen die Autoren von der Bundesrepublik ermittelte Daten an, um ihre Behauptungen zu untermauern. Zahlen, die die Bundesrepublik kennt, da sie sie selbst ermittelt hat.

"Warum die Politik erst immer dann reagiert, wenn das Kind bereits in den Brunnen gefallen ist, ist kaum erkennbar, zumal die politisch Verantwortlichen sich nicht damit herausreden können, sie lebten im Tal der Ahnungslosigkeit", stellen Kummer und Schäfer ernüchtert fest. Beispielsweise im Fall der kostenlosen Mitversicherung. Demnach werden die Arztrechnungen der Eltern von in Deutschland lebenden Türken bezahlt, sogar wenn diese in der Türkei leben. Ein Mißstand gegen den sich einige Bundestagsabgeordnete wehrten.

Doch am Ende kam heraus, daß die Deutschen sich noch freuen müßten, so billig davonzukommen, denn um wieviel teurer wäre es erst, wenn die in der Türkei lebenden türkischen Eltern auch noch nach Deutschland kämen? Ein schwacher Trost für die Deutschen, deren Eltern nicht bei ihnen mitversichert sind und denen man die unterschiedliche Behandlung damit erklärt, daß im deutsch-türkischen Abkommen der türkische Familienbegriff zugrunde gelegt wird.

J. Kummer, J. Schäfer: "Die Mitnehmgemeinschaft", ... München 2005 ... <<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 18. November 2005 über die Rede des britischen Konservativen Enoch Powell vom 20. April 1968: >>Rivers of Blood

Seine Warnung wurde überhört: Dokumentation der Rede des britischen Konservativen Enoch Powell am 20. April 1968

Adam hat nach den Londoner Bombenanschlägen islamistischer Fanatiker im Juli dieses Jahres in der Welt an ihn erinnert, Lorenz Jäger ihn vergangene Woche vor dem Hintergrund der gewalttätigen Unruhen in Frankreich in der FAZ zitiert. Was der 1912 in Birmingham geborene und aufgewachsene Enoch Powell, Professor für Griechisch, Brigadegeneral, konservativer Abgeordneter, Staatssekretär und Gesundheitsminister, in seiner ebenso berühmten wie be-

rüchtigten Rede am 20. April 1968 zur Anwerbung vornehmlich afro-karibischer und asiatischer Einwanderer aus Commonwealth-Staaten jedoch wirklich gesagt hat, erfährt der deutsche Leser nicht.

Das Beschweigen hat Methode. Nach der "Brandrede" (taz) wurde Powell verfemt und geächtet. Zusehends geriet er in die politische Isolierung, die sich durch seine leidenschaftliche Ablehnung des Beitritts Großbritanniens zur EWG noch verstärkte. 1974 trat er aus der Konservativen Partei aus und schloß sich der radikalen nordirischen Ulster Unionist Party an. 1998 starb er im Alter von 85 Jahren in London (JF 9/98).

Die JUNGE FREIHEIT, die auch die Übersetzung aus dem Englischen besorgt hat, dokumentiert den Wortlaut seiner Rede hier vollständig:

Die höchste Funktion der Staatskunst besteht darin, vermeidbaren Übeln vorzubeugen. Bei diesem Versuch stößt sie auf Hindernisse, die tief in der menschlichen Natur wurzeln. Zum einen liegt es in der Ordnung der Dinge, daß solche Übel nicht nachweisbar sind, bevor sie zutage getreten sind:

In jedem Stadium ihrer Entwicklung bleibt Spielraum für Zweifel und für Streit darum, ob sie echt seien oder eingebildet. Gleichzeitig erregen sie wenig Aufmerksamkeit im Vergleich zu gegenwärtigen Problemen, die sowohl unbestreitbar als auch dringlich sind: daher die ständige Versuchung in der Politik, sich auf Kosten der Zukunft mit der unmittelbaren Gegenwart zu befassen. Vor allem neigen die Menschen zu der Fehlauffassung, wer Ärger vorhersieht, verursache oder ersehne ihn sogar. "Wenn die Leute nur nicht darüber reden würden", denken sie gerne, "dann würde es wahrscheinlich nicht passieren."

Vielleicht ist diese Gewohnheit auf den primitiven Glauben zurückzuführen, das Wort und das Ding, der Name und der Gegenstand seien identisch. Wie auch immer, die Auseinandersetzung mit zukünftigen schwerwiegenden, aber durch sofortiges Handeln noch abwendbaren Übeln ist die unpopulärste und zugleich notwendigste Aufgabe des Politikers. Diejenigen, die sich offenen Auges vor ihr drücken, verdienen die Flüche derer, die nach ihnen kommen - und oft genug werden sie ihnen auch zuteil.

Vor ein oder zwei Wochen kam ich mit jemandem aus meinem Wahlkreis ins Gespräch, einem ganz normalen Arbeiter in mittleren Jahren, der in einer unserer verstaatlichten Industrien beschäftigt ist. Nach ein, zwei Sätzen über das Wetter sagte er plötzlich: "Wenn ich das Geld hätte, wegzuziehen, würde ich nicht in diesem Land bleiben."

Ich machte irgendeine abfällige Bemerkung von wegen, auch diese Regierung werde nicht ewig an der Macht bleiben; aber er nahm keine Notiz davon und fuhr fort: "Ich habe drei Kinder, alle haben das Gymnasium hinter sich, und zwei sind jetzt verheiratet mit eigener Familie. Ich werde erst zufrieden sein, wenn ich dafür gesorgt habe, daß sie sich alle in Übersee niederlassen. Hierzulande wird in 15 bis 20 Jahren der schwarze Mann die Peitsche über den weißen schwingen."

Warnung vor Zuzug von Millionen Einwanderern

Ich höre schon den Chor der Abscheu. Wie kann ich es wagen, so etwas Schreckliches auszusprechen? Wie kann ich es wagen, Unruhe zu stiften und die Gemüter zu erhitzen, indem ich ein solches Gespräch wiedergebe? Die Antwort ist, daß ich nicht das Recht habe, es nicht zu tun. Ein anständiger, normaler Landsmann sagt am hellichten Tag in meiner eigenen Stadt zu mir, seinem Unterhausabgeordneten, daß sein Land seinen Kindern keine lebenswerte Existenz mehr bieten kann. Ich habe einfach nicht das Recht, die Achseln zu zucken und an etwas anderes zu denken.

Tausende und Hunderttausende sagen und denken dasselbe wie er, vielleicht nicht überall in Großbritannien, aber doch in jenen Gebieten, in denen bereits die völlige Verwandlung begonnen hat, die in tausend Jahren englischer Geschichte keine Parallele hat. Hält der derzeitige Trend an, werden sich in 15 oder 20 Jahren dreieinhalb Millionen Einwanderer aus dem

Commonwealth und ihre Nachkommen in diesem Land leben. Diese Zahl ist nicht von mir. Es ist die offizielle Zahl, die der Sprecher des Registrar General (obersten Verwaltungsbeamten) dem Parlament bekanntgab.

Für das Jahr 2000 gibt es keine vergleichbare offizielle Zahl, doch muß sie bei fünf bis sieben Millionen liegen, etwa ein Zehntel der Gesamtbevölkerung und fast so hoch wie die des Londoner Großraums. Natürlich werden sie sich nicht gleichmäßig zwischen Margate und Aberystwyth und zwischen Penzance und Aberdeen verteilen. Über England verstreut werden Einwanderer und ihre Nachkommen ganze Gegenden, Städte und Stadtteile besetzt haben.

Im Laufe der Zeit wird der Anteil der Nachfahren von Einwanderern an dieser Gesamtzahl, der in England Geborenen, die auf genau demselben Weg hier herkamen wie wir übrigen, rapide ansteigen. Bereits 1985 würden die hier Geborenen eine Mehrheit bilden. Dieser Umstand ist es, der ein sofortiges Eingreifen dringend notwendig werden läßt, und zwar ein Eingreifen jener Art, die für Politiker am schwierigsten durchzuführen ist, wo nämlich die Schwierigkeiten in der Gegenwart bestehen, während die Übel, die es zu verhindern oder zu minimieren gilt, mehrere Parlamentsperioden in der Zukunft liegen.

Die natürliche und vernünftige Frage einer Nation, der derartige Aussichten bevorstehen, lautet: "Wie läßt sich ihr Ausmaß reduzieren?" Kann begrenzt werden, was zugegebenermaßen nicht vollkommen zu vermeiden ist, wenn man bedenkt, daß Zahlen von äußerster Wichtigkeit sind: Die Bedeutung und die Folgen der Einführung eines fremden Elements in ein Land oder eine Bevölkerung unterscheiden sich grundlegend, je nachdem, ob dieses Element ein Prozent oder zehn Prozent ausmacht.

Die Antworten auf diese simple, vernünftige Frage sind ebenso simpel und vernünftig: indem man weiteren Zufluß stoppt oder so gut wie stoppt und einen maximalen Abfluß fördert. Beide Antworten sind Teil der offiziellen Politik der Konservativen Partei.

Es ist kaum zu glauben, daß derzeit jede Woche allein in Wolverhampton zwanzig bis dreißig zusätzliche Einwandererkinder aus Übersee eintreffen - und das bedeutet 15 bis 20 zusätzliche Familien in ein oder zwei Jahrzehnten.

Die die Götter zerstören wollen, die treiben sie erst in den Wahnsinn. Wir müssen als Nation wahnsinnig sein, buchstäblich wahnsinnig, um den jährlichen Zufluß von um die 50.000 Angehörigen zuzulassen, die größtenteils die Basis für das zukünftige Wachstum der von Einwanderern abstammenden Bevölkerung bilden. Es ist, als schau man einer Nation dabei zu, wie sie eifrig ihren eigenen Scheiterhaufen aufbaut.

Wir sind so geisteskrank, daß wir unverheirateten Menschen tatsächlich erlauben, einzuwandern, um mit Ehegatten oder Verlobten, die sie nie gesehen haben, eine Familie zu gründen. Es solle niemand annehmen, daß der Zuzug von Abhängigen automatisch abnehmen wird. Im Gegenteil, selbst die derzeitige Einlaßquote von nur 5.000 pro Jahr reicht aus für weitere 25.000 pro Jahr ad infinitum, ohne das riesige Reservoir bereits existierender Beziehungen in diesem Land mitzuzählen - die Einreise auf betrügerischem Weg berücksichtige ich überhaupt nicht.

Unter diesen Umständen bleibt nur, den Gesamtzufluß zur dauerhaften Niederlassung auf der Stelle auf geringfügige Proportionen zu reduzieren und die notwendigen legislativen und administrativen Maßnahmen müssen unverzüglich ergriffen werden.

Ich komme zur Rückwanderung. Wenn die gesamte Einwanderung morgen endete, würde die Wachstumsrate der Einwanderer- und von Einwanderern abstammenden Bevölkerung erheblich verringert, doch das grundsätzliche Wesen der nationalen Gefahr bliebe aufgrund der in Zukunft zu erwartenden Größe dieses Bevölkerungselementes bestehen.

Dies kann nur in Angriff genommen werden, solange Menschen, die innerhalb etwa der letzten zehn Jahre einreisten, einen beträchtlichen Anteil ausmachen. Um so dringlicher ist es, jetzt das zweite Element der konservativen Politik umzusetzen: die Ermunterung zur Rück-

wanderung. Niemand kann abschätzen, wie viele sich mit großzügiger Unterstützung entweder für eine Rückkehr zu ihren Ursprungsländern entscheiden oder aber in andere Länder gehen würden, wo ihre Arbeitskraft und Fähigkeiten benötigt werden.

Niemand weiß es, weil bislang kein Versuch einer solchen Politik gemacht wurde. Ich kann nur sagen, daß sogar im Augenblick ab und zu Einwanderer aus meinem eigenen Wahlkreis zu mir kommen und mich bitten, ihnen Unterstützung bei der Heimkehr zu leisten. Würde eine solche Politik eingeführt und mit der Entschlossenheit durchgesetzt, die die drohende Alternative rechtfertigt, könnte der daraus resultierende Abfluß die Zukunftsaussichten spürbar ändern.

Das dritte Element der Politik der Konservativen Partei ist, daß alle, die als Staatsbürger in diesem Land leben, vor dem Gesetz gleich sein müssen und es zwischen ihnen keine Diskriminierung oder Differenzierung durch staatliche Behörden geben darf. Wie Edward Heath gesagt hat, wird es keine "Staatsbürger erster Klasse" und "Staatsbürger zweiter Klasse" geben.

Das bedeutet nicht, daß der Einwanderer oder seine Nachkommen in eine privilegierte oder besondere Klasse erhoben wird oder daß dem Bürger sein Recht verwehrt wird, in der Regelung seiner eigenen Angelegenheiten zwischen dem einen und dem anderen Mitbürger zu diskriminieren oder daß ihm Zwang angetan werden soll bezüglich seiner Gründe und Motive, dem Gesetz auf die eine statt auf die andere Art Folge zu leisten.

Größer ließen sich die Realitäten nicht mißverstehen, als es diejenigen tun, die lautstark Gesetze "gegen Diskriminierung" fordern, wie sie es nennen, seien sie Leitartikler desselben Typs und manchmal derselben Zeitungen, die in den 1930ern dieses Land jahrelang blind zu machen versuchten für die wachsende Gefahr, die ihm drohte, oder Erzbischöfe, die in Palästen leben, und mit der Bettdecke über den Kopf gezogen fein gedeihen. Sie haben völlig und diametral unrecht.

Die Diskriminierung und Benachteiligung, das Gefühl von Sorge und Ärger herrscht nicht bei der Einwandererbevölkerung, sondern bei denen, in deren Mitte sie gekommen sind und immer noch kommen. Mit der Verabschiedung einer solchen Gesetzgebung zum gegenwärtigen Zeitpunkt riskiert das Parlament daher, ein Zündholz ans Schießpulver zu legen. Das freundlichste, was sich über diejenigen sagen läßt, die dies vorschlagen und unterstützen, ist, daß sie nicht wissen, was sie tun.

Sofort sämtliche Rechte eines jeden Staatsbürgers gewährt

Nichts ist irreführender als der Vergleich zwischen dem Commonwealth-Einwanderer und dem amerikanischen Neger. Die Negerbevölkerung der Vereinigten Staaten, die bereits vor der Nationwerdung der Vereinigten Staaten existierte, begann im wahrsten Sinne des Wortes als Sklaven, um später das Wahl- und andere Bürgerrechte zu erhalten, deren Ausübung sie nur langsam und bis heute nicht vollständig erreicht haben.

Der Commonwealth-Einwanderer kam im Besitz der vollen Staatsbürgerschaft nach Großbritannien, in ein Land, das keine Diskriminierung zwischen dem einen und dem anderen Bürger kannte, und ihm wurden sofort sämtliche Rechte jedes Staatsbürgers gewährt, vom Stimmrecht bis zur freien medizinischen Behandlung durch den National Health Service.

Etwaige Nachteile, die dem Einwanderer entstanden, ergaben sich nicht aus dem Gesetz oder aus der Politik des Staats oder aus den Verwaltungsmaßnahmen, sondern aus jenen persönlichen Umständen und Zufällen, die bewirken und immer bewirken werden, daß sich Schicksal und Erfahrung eines Menschen von denen eines anderen unterscheiden.

Während jedoch für den Einwanderer die Aufnahme in dieses Land die Zulassung zu heißersehnten Privilegien und Möglichkeiten bedeutete, war die Wirkung auf die bestehende Bevölkerung eine ganz andere. Aus Gründen, die sie nicht verstehen konnten, und infolge einer Versäumnisentscheidung, zu der sie nie befragt worden waren, fanden sie sich als Fremde in

ihrem eigenen Land wieder.

Sie stellten fest, daß für ihre Frauen keine Wochenbetten, für ihre Kinder keine Plätze in der Schule frei waren, ihre Häuser und Nachbarschaften sich bis zur Unkenntlichkeit veränderten, ihre Zukunftspläne und -aussichten zunichte gemacht wurden; auf der Arbeit stellten sie fest, daß Arbeitgeber zögerten, an den Einwanderer dieselben Maßstäbe der Disziplin und Tüchtigkeit anzulegen, die von dem einheimischen Arbeiter erwartet wurden; mit der Zeit begannen sie immer mehr Stimmen zu hören, die ihnen sagten, sie seien nun die Unerwünschten.

Jetzt erfahren sie, daß ein einseitiges Privileg vom Parlament verabschiedet werden soll; ein Gesetz, das weder dazu dient noch dazu gedacht ist, sie zu schützen oder ihnen Recht zu verschaffen, soll beschlossen werden, um dem Fremden, dem Unzufriedenen und dem Agent provocateur die Macht zu geben, sie für ihre privaten Handlungen an den Pranger zu stellen.

In den Hunderten und Aberhunderten von Briefen, die ich erhielt, als ich mich vor zwei, drei Monaten zuletzt zu diesem Thema äußerte, stach ein Merkmal hervor, das weitgehend neu war und das mich Böses ahnen läßt.

Alle Abgeordneten sind den typischen anonymen Briefschreiber gewöhnt; was mich jedoch überraschte und alarmierte, war der hohe Anteil einfacher, anständiger, vernunftbegabte Menschen, die vernünftige und oft hochgebildete Briefe schrieben und glaubten, ihre Adresse weglassen zu müssen, weil sie es für gefährlich hielten, sich in schriftlicher Form an einen Parlamentsabgeordneten gewandt und Zustimmung zu den Ansichten bekundet zu haben, die ich geäußert hatte, und Strafen oder Sanktionen fürchteten, falls bekannt würde, daß sie dies getan hätten.

Das Gefühl, eine verfolgte Minderheit zu sein, das unter den einfachen Engländern in den betroffenen Teilen des Landes wächst, können jene, die es nicht aus eigener Erfahrung kennen, sich kaum vorstellen. Ich werde nur einen dieser Hunderten von Menschen für mich sprechen lassen:

"Vor acht Jahren wurde in einer Straße in Wolverhampton, die als gute Wohngegend galt, ein Haus an einen Neger verkauft. Nun lebt dort nur noch eine einzige Weiße (eine Rentnerin). Dies ist ihre Geschichte. Sie verlor ihren Mann und ihre beiden Söhne im Krieg. So wandelte sie ihr Haus mit sieben Zimmern, ihr einziges Besitztum, in eine Pension um. Sie arbeitete hart und verdiente gut, zahlte ihre Hypothek ab und begann fürs Alter zu sparen. Dann zogen die Einwanderer ein. Mit wachsender Furcht sah sie zu, wie ein Haus nach dem anderen übernommen wurde. Aus der ruhigen Straße wurde ein Ort des Lärms und Chaos. Bedauerlicherweise zogen ihre weißen Mieter aus.

Am Tag, nachdem der letzte gegangen war, wurde sie um sieben Uhr morgens von zwei Negern geweckt, die ihr Telefon benutzen wollten, um ihren Arbeitgeber anzurufen. Als sie sich weigerte, wie sie es bei jedem Fremden zu solch früher Stunde getan hätte, wurde sie beschimpft und fürchtete, sie wäre angegriffen worden, hätte sie keine Kette an der Tür gehabt. Einwandererfamilien haben versucht, Zimmer in ihrem Haus zu mieten, aber sie weigerte sich immer. Ihr kleiner Geldvorrat war aufgebraucht, und wenn sie die anfallenden Nebenkosten bezahlt hat, bleiben ihr weniger als zwei Pfund pro Woche.

Sie bemühte sich um einen Rabatt und bekam einen Termin bei einem jungen Mädchen, das vorschlug, sie sollte doch einen Teil ihres Hauses vermieten. Als sie sagte, sie könne nur Neger bekommen, sagte das Mädchen: 'Mit rassistischen Vorurteilen werden Sie in diesem Land nicht weit kommen.' Also ging sie nach Hause.

Das Telefon ist ihre Rettungsleine. Ihre Familie zahlt die Rechnung und unterstützt sie, so gut sie kann. Einwanderer haben angeboten, ihr Haus zu kaufen - zu einem Preis, den der zukünftige Vermieter innerhalb von Wochen oder höchstens ein paar Monaten von seinen Mietern zurückbekommen würde.

Langsam bekommt sie Angst, das Haus zu verlassen. Fensterscheiben sind zerbrochen. Sie

findet durch ihren Briefkastenschlitz geschobene Fäkalien. Wenn sie einkaufen geht, laufen ihr Kinder hinterher ... Sie sprechen kein Englisch, aber ein Wort kennen sie. "Rassistin", skandieren sie. Wenn das neue Gesetz zu den Rassenbeziehungen verabschiedet wird, ist diese Frau überzeugt, daß sie ins Gefängnis kommt. Und hat sie so unrecht? Ich bin mir nicht mehr sicher."

Die andere gefährliche Wahnvorstellung, an der diejenigen leiden, die mutwillig oder sonstwie blind gegenüber den Realitäten sind, läßt sich in dem Wort "Integration" zusammenfassen. Sich in eine Bevölkerung zu integrieren, heißt, praktisch ununterscheidbar von ihren übrigen Mitgliedern zu werden.

Nun ist, wo eindeutige körperliche Unterschiede, besonders in der Hautfarbe bestehen, Integration immer schwierig, wenn auch auf Dauer nicht unmöglich. Unter den Commonwealth-Einwanderern, die in den letzten fünfzehn Jahren gekommen sind, um hier zu leben, sind viele Tausende, die den Wunsch und die Absicht haben, integriert zu werden, und deren Gedanken und Bestrebungen stets in diese Richtung gehen. Sich jedoch einzubilden, eine große und wachsende Mehrheit von Einwanderern und ihren Nachkommen habe dergleichen im Sinn, ist ein absurder Irrglaube, und ein gefährlicher dazu.

Wir stehen hier vor einem Wandel. Bislang hat die Kraft der Umstände und der Herkunft den bloßen Gedanken an Integration für die Mehrheit der Einwanderer unzugänglich gemacht - daß sie niemals an etwas Derartiges gedacht oder es beabsichtigt haben, und daß ihre Anzahl und physische Konzentration bedeutete, daß der Integrationsdruck, dem normalerweise jede kleine Minderheit unterliegt, nicht funktionierte.

Nun erleben wir die Zunahme von Kräften, die der Integration aktiv entgegenwirken, von Eigeninteressen an Erhalt und Verschärfung rassischer und religiöser Unterschiede mit dem Ziel der Ausübung richtiggehender Dominanz, zunächst über andere Einwanderer und dann über den Rest der Bevölkerung. Die Wolke, die nicht größer ist als die Hand eines Mannes und den Himmel doch so schnell überziehen kann, ist jüngst in Wolverhampton zu sehen gewesen, und die Anzeichen deuten darauf hin, daß sie sich rasch ausbreiten wird.

Anerkennung für den Mut, es gesagt zu haben

Die Sätze, die ich gleich sprechen werde, die am 17. Februar wortwörtlich so in der Lokalpresse gedruckt wurden, stammen nicht von mir, sondern von einem Labour-Abgeordneten, der in der derzeitigen Regierung ein Ministeramt bekleidet: "Die Kampagne der Sikh-Gemeinschaft, Bräuche beizubehalten, die in Großbritannien unangemessen sind, muß sehr bedauert werden. Wenn sie in Großbritannien arbeiten, vor allem im öffentlichen Sektor, sollten sie bereit sein, die Bedingungen ihres Arbeitsvertrages zu akzeptieren.

Als Gemeinschaft Sonderrechte (oder sollten sie sagen -riten?) zu fordern, führt zu einer gefährlichen Fragmentierung der Gesellschaft. Diese ethnische Abgrenzung ist ein Krebsgeschwür; von welcher Hautfarbe sie auch praktiziert wird, ist sie vehement zu verurteilen." John Stonehouse gebührt alle Anerkennung für die Einsicht, dies wahrgenommen zu haben, und den Mut, es gesagt zu haben.

Für diese gefährlichen und spalterischen Elemente bietet der Gesetzentwurf zu den Rassenbeziehungen (Race Relations Bill) genau den Nährboden, den sie zum Gedeihen brauchen. Hier ist das Mittel, um zu zeigen, daß die Einwanderergemeinschaften ihre Mitglieder organisieren und konsolidieren, gegen ihre Mitbürger agitieren und sich engagieren und den Rest mit den Waffen des Gesetzes überwältigen und dominieren können, die die Unwissenden und schlecht Informierten bereitgestellt haben.

Wenn ich in die Zukunft blicke, erfüllt mich Vorahnung; wie der Römer scheine ich "den Fluß Tiber mit viel Blut schäumen" zu sehen. Jenes tragische und ausweglose Phänomen, das wir mit Schrecken auf der anderen Seite des Atlantik beobachten, das aber dort mit der Geschichte und Existenz der Vereinigten Staaten selbst verwoben ist, kommt hier durch unseren eigenen

Willen und unsere eigene Achtlosigkeit über uns.

Tatsächlich ist es beinahe schon soweit. Zahlenmäßig wird es lange vor dem Ende des Jahrhunderts amerikanische Proportionen haben. Einzig entschlossenes und sofortiges Handeln wird es auch jetzt noch abwenden. Ob es den öffentlichen Willen geben wird, dieses Handeln zu verlangen und durchzuführen, weiß ich nicht. Ich weiß nur, daß der große Verrat darin bestünde, zu sehen und nicht zu sprechen.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 26. November 2005 (x887/...): >>>Ohne Gott in die Sackgasse

Wo ökonomische Perspektivlosigkeit und Werteverfall zusammentreffen, bröckelt die Zivilisation

Europa als reine Wirtschaftsgemeinschaft reicht nicht aus. Nicht zuletzt die dramatischen Ereignisse im Nachbarland Frankreich machen deutlich, wie schnell der Lack der Zivilisation abbröckelt, wenn ökonomische Perspektivlosigkeit und allgemeiner Werteverfall zusammentreffen.

Die marodierenden Jugendlichen in den Banlieues finden keinen Halt mehr in einem gesellschaftlichen Umfeld, das sich oft nur noch über materielle Werte definiert. Ein Europa ohne Gott führt ins Abseits, diese Feststellung gilt nicht nur für das traditionell laizistische Frankreich.

"Europa - nicht die Torwartfrage in der Nationalmannschaft, das Dosenpfand oder die Maut - entscheidet über unsere Zukunft", merkte der ehemalige thüringische Ministerpräsident Bernhard Vogel vor kurzem bei einer Veranstaltung des Hermann-Ehlers-Bildungswerks in Hamburg an und plädierte dafür, den Kontinent wieder stärker auf sein religiöses Fundament zu stellen. Wie christlich sind aber die 25 EU-Mitgliedsstaaten überhaupt noch? Das Bild fällt sehr unterschiedlich aus. In Vogels Wohnort Erfurt gehören noch sieben Prozent der katholischen und 20 Prozent der evangelischen Kirche an, ein Wert, der für die neuen Bundesländer noch ganz gut ist.

Im Nachbarland Polen, das genauso unter dem Kommunismus zu leiden hatte wie die frühere DDR, bekennen sich stolze 95 Prozent zur katholischen Kirche, so daß es mittlerweile nicht mehr ungewöhnlich ist, wenn eine deutsche Pfarrei von einem polnischen Kleriker betreut wird.

Anscheinend läßt sich die religiöse Entwurzelung ganzer Landstriche nicht nur mit der jahrzehntelangen Herrschaft des Kommunismus erklären. Denn warum sagen laut "Time Magazine" in Italien 82 Prozent der Menschen, daß sie zu einer Kirche gehören, und 53 Prozent, daß sie mindestens einmal im Monat zum Gottesdienst gehen, während in England zwar 83 Prozent ihre Kirchenzugehörigkeit betonen, aber nur 19 Prozent den regelmäßigen Gang ins Gotteshaus schaffen. Für Frankreich lauten die Zahlen 57 zu zwölf Prozent, für Polen 95 zu 78 Prozent und für Deutschland 76 zu 30 Prozent.

Die Medien erwecken oft den Eindruck, als spielten Religion und Kirche für die Menschen in unseren Breiten keine große Rolle mehr. Sogar das phantastische Erlebnis des Kölner Weltjugendtages wollten moralinsaure Kommentatoren mit Verweisen auf die Rolle der Frau in der Kirche, die Haltung des Papstes zur Sexualmoral oder die Frage, ob Priester heiraten dürfen, trüben.

Glaubt man einer Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung, so trifft diese Krittelei bei den meisten Bürgern gar nicht auf fruchtbaren Boden. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung bekundet nach dieser Studie nämlich ein positives Verhältnis zu den kirchlichen Kernaufgaben der Verkündigung, der Seelsorge und der Caritas. Und viele wünschen sich auch christliche Werte in der Politik. Selbst in Ostdeutschland waren es ja in der Regel evangelische oder katholische Christen, die politische Verantwortung übernahmen; dies gilt für alle demokratischen Parteien.

Der Franzose Paul Valéry hat zutreffend formuliert: "Überall, wo die Namen Cäsar, Tacitus und Vergil, überall, wo die Namen Moses und Paulus, überall, wo die Namen Aristoteles, Plato und Euklid Bedeutung und Ansehen haben - dort ist Europa."

Bernhard Vogel forderte in Hamburg mehr Selbstbewußtsein der Christen. Es waren schließlich christliche Politiker wie Robert Schuman in Frankreich, Alcide De Gasperi in Italien sowie Konrad Adenauer oder Hermann Ehlers in Deutschland, die den Prozeß der Versöhnung der europäischen Völker in Gang setzten. Angesichts der Tatsache, daß bereits heute 17 Millionen Muslime in der europäischen Gemeinschaft leben, ist es nahezu grotesk, beim Vorwurf, Europa geriere sich wie ein "Christenklub", sofort in die Schock-starre der politischen Korrektheit zu verfallen.

Europa darf kein abgeschotteter und exklusiver christlicher Verein sein, soviel ist klar. Aber was spricht eigentlich dagegen, daß sich die abendländischen Völker ihrer Wurzeln besinnen und als Christen verstehen? Denn christliche Gesinnung verträgt sich nie mit nationalistischer Abgrenzung von anderen Völkern. Daher forderte nicht nur der Ratsvorsitzende der EKD Bischof Huber, es müsse Schluß sein mit der "Multikulti-Schummelei".

Wenn der Patriarch der griechisch-orthodoxen Kirche in der Türkei seine Zweifel äußert, ob seine Kirche in Istanbul sein Eigentum bleiben und ob sein Krankenhaus weitergeführt werden darf, dann sollten solche Einwände nicht immer vom Tisch gewischt werden.

Europa kann seinen muslimischen Bürgern nur dann ein attraktives Integrationsangebot machen, wenn es zugleich offen und selbstbewußt auftritt. Selbstbewußte Christen werden sich mehr Achtung bei ihren islamisch geprägten Mitbürgern erwerben als diejenigen, die sich ihrer eigenen Identität nicht mehr sicher sind und Europa am liebsten als gigantischen Konsumtempel sehen.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 10. Dezember 2005 (x887/...): >>Aus "höheren" Beweggründen

Islamisten nehmen im Dschihad auch Opfer aus der eigenen Religionsgemeinschaft als notwendig in Kauf

Der Fall der im Irak entführten Susanne Osthoff gibt der deutschen Öffentlichkeit Rätsel auf: Warum entführen mutmaßliche islamistische Fanatiker eine zu ihrem Glauben konvertierte Frau, die sich seit vielen Jahren intensiv für den Irak und seine Menschen - fast ausschließlich Muslime - einsetzt? Wie paßt das verbrecherische Vorgehen zusammen mit den Beteuerungen islamischer Würdenträger, Islam heiße "Frieden"?

Islamwissenschaftler *Gerd-Rüdiger Puin* gibt Antworten.

Das Schicksal von Susanne Osthoff im Irak bewegt uns, und es irritiert uns zugleich. Sie ist nicht kämpfende Partei, sondern steht mit ihrem vielfältigen Engagement auf der Seite des irakischen Volks. Sie hilft materiell, aber auch geistig, denn als Archäologin will sie "ihrem" Land das historische Vermächtnis Mesopotamiens erhalten. Solches oder ähnlich nobles Verhalten von Nicht-Muslimen ist ein Schutz vor religiös begründbaren Übergriffen: "Allah verbietet euch nicht, euch denen gegenüber gütig und gerecht zu verhalten, die euch nicht der Religion wegen bekämpft oder euch aus euren Häusern vertrieben haben" (Koran 60:8).

Um so mehr Schutz genießt in der islamischen Gesellschaft derjenige, der Muslim ist oder geworden ist wie Frau Osthoff. So soll der Prophet Mohammed (nach Bukhari und Muslim) gesagt haben: "Einen Muslim zu beleidigen ist Bössartigkeit, und ihn zu bekämpfen ist Unglaube."

Und die höchste islamische Autorität, der Koran, sagt in Sure 4:93: "Und wer einen Gläubigen vorsätzlich tötet, dessen Vergeltung ist die Hölle, wo er (ewig) bleiben soll. Der Zorn Allahs und sein Fluch ist über ihm und er hat ihm eine gewaltige Strafe vorbereitet."

Überhaupt erlaubt der Islam die Todesstrafe nur in den Fällen von Mord, öffentlicher Unzucht und beim Abfall vom islamischen Glauben.

Dies ist das freundliche Gesicht des Islams, man kennt es aus den Veranstaltungen des christlich-islamischen Dialogs: Gerne glauben die Christen der Botschaft ihrer abrahamitischen Mitbrüder, und gerne beschwören die Muslime, daß "Islam" eigentlich "Friede" heiße, besser "Frieden machen", daß die im Namen Allahs begangenen Verbrechen nichts mit dem Islam zu tun hätten. Auch das möchte man gerne glauben, man möchte Zeuge sein, wenn sich die "Gemäßigten" von den "Radikalen" abgrenzen. Doch leider geschieht dies bei uns nur in Ansätzen, im Irak und in den anderen islamischen Ländern überhaupt nicht.

Warum ist es so schwer, den gemäßigten vom radikalen Islam zu unterscheiden? Weil sich beide Gruppen auf dieselben Texte berufen können, welche die Quellen der islamischen Religion sind: auf den Koran (als dem letzten Wort Gottes an die Menschheit), auf die Sunna (die überlieferten Sprchen und Taten des Propheten) und die Sira (die vorbildliche Biographie des Propheten).

Während sich die gemäßigten Muslime der versöhnlichen Teile dieser drei Überlieferungen bedienen und über die gegensätzlichen Aussagen schweigen, beziehen sich die "Islamisten" oder "Dschihadisten" auf die andere, unversöhnliche Hälfte in denselben Texten und wischen die versöhnlichen Stellen beiseite. Beide Seiten treffen also eine Auswahl aus einer gewaltigen Menge an Aussagen, die im Laufe der frühen Geschichte des Islams entstanden sind. Von keiner der Seiten werden sie historisch relativiert, als Symbole verstanden oder theologisch hinterfragt.

Beide Seiten sind, verglichen mit der mitteleuropäischen Gesellschaft, extrem konservativ und richten sich in ihrem Handeln nach den ihnen gemäßen Texten; gerade die Islamisten tun dies. Und in der Frömmigkeit läßt sich ein Muslim ungern von einem anderen übertreffen; so kommt es, daß sich in den letzten 20 Jahren die liberalen Muslime stets vor den weniger liberalen rechtfertigen müssen, weil letztere die klareren Aussagen des Korans auf ihrer Seite haben. Werfen wir also einen Blick auf die religiös sanktionierenden Elemente der islamistischen Ideologie:

Zunächst werden die versöhnlichen Passagen mit Hilfe der Lehre außer Kraft gesetzt, daß im Falle von Widersprüchen der zuletzt offenbarte Vers gelte. Nach dem Koranglehrten Suyt (1445-1505, "ist alles im Koran, das von Vergebung für die Ungläubigen, von der Freundschaft mit ihnen, von der Toleranz und Zurückhaltung ihnen gegenüber handelt, abgeschafft ('abrogiert') durch den 'Vers des Schwertes', nämlich: 'Wenn nun die Schutzmonate abgelaufen sind, dann tötet die Götzendiener, wo immer ihr sie findet, ergreift sie, belagert sie und lauert ihnen aus jedem Hinterhalt auf! ...' (Koran 9:5); durch diesen Vers sind 124 andere (das heißt vershnlichere Koran-) Verse aufgehoben."

Als nächstes gilt es, die Lehre von Gottes absolutem Eins-Sein ("Tauhid") so zu betonen, daß sich aus der Nicht-Anerkennung des Tauhid ein Abfall vom Islam ableiten läßt, ein Vorgang, der sich bis in die Gegenwart wiederholt. Wenn es gelingt, auf diese oder andere Weise andere Muslime zu Ungläubigen zu erklären (der Vorgang heißt "Takfir"), dann steht dem Kampf oder einem Krieg gegen sie kein religiöses Hindernis mehr im Wege.

Wir wissen nicht, ob die muslimische Konfession eine Rolle spielt, zu der sich Susanne Osthoff bekennt, oder ob man ihre Bekehrung zur Muslima anzweifeln kann, weil sie nicht dem Frauenbild der Entführer entspricht. In jedem Fall steht die Hilfstätigkeit von Frau Osthoff im Zusammenhang mit ihren Unterstützern in Deutschland, die ja keine Muslime sind, und insofern mit der deutschen "Regierung", denn an freiwillige Spenden von deutschen Individuen glaubt wohl kein Iraker ...

Das nächste Element ist der Dschihad selbst, eine Pflicht für jeden Muslim, solange sich nicht genügend Kämpfer "auf dem Wege Gottes" befinden. Das in der islamischen Welt seit dem Fall des Kommunismus verbliebene Feindbild ist der Westen, und Bin Laden rennt offene Türen ein, wenn er sagt: "Der einzige Weg ist der Dschihad gegen die westlichen Mchte, die

danach streben, dieses bittere Schicksal (der Unterjochung) der arabischen und islamischen Gemeinschaft aufzuerlegen, und zwar seit dem Fall des osmanischen Kalifats 1924 ..."

Der abstrakte "Feind des Islams" heißt also konkret USA, Israel, Rußland, Indien, China und so weiter sowie ihre Verbündeten auf der ganzen Welt - darunter natürlich auch Deutschland. Erklärtermaßen geht es bei der Drohung gegen Frau Osthoff darum, der deutschen Außenpolitik die Aufgabe der Solidarität mit der Koalition im Irak abzapfen. Es geht um eine Etappe in dem Dschihad, dessen meiste Opfer Muslime sind. Es geht um die Schlacht vor dem Sieg, um die "höheren" Beweggründe, die auch noch das größte Verbrechen rechtfertigen.

Der Säulenheilige des modernen Islamismus, Maududi (1903-1979), drückte es so aus: "Das größte Opfer für die Sache Gottes wird im Dschihad dargebracht, denn in diesem Kampf gibt der Mensch nicht nur sein eigenes Leben und sein Hab und Gut hin, sondern er vernichtet auch Leben und Eigentum anderer ..."

Was bedeutet der Verlust einiger Menschenleben, selbst wenn es einige Tausende oder mehr sein sollten, gegenüber dem Unheil, das die Menschheit befallen würde, wenn das Böse über das Gute und der aggressive Atheismus über die Religion Gottes den Sieg davontragen würde ... Denn als Ergebnis dessen würde nicht nur die Religion Gottes in Gefahr geraten unterzugehen, sondern die ganze Erde würde zu einer Heimstatt des Schlechten, der Unmoral und des Verderbens werden ..."

Vor diesem Hintergrund ist die Gefahr für Susanne Osthoff groß. Doch es bleibt die Hoffnung, daß ihre Entführer bloß gemeine Kriminelle sind, die sich ihre Drohung gegen Lösegeld abkaufen lassen. Auch das würde ein bezeichnendes Licht auf die Lage im Irak werfen.

Dr. Gerd-Rüdiger Puin, geboren 1940 in Königsberg/Ostpommern, war bis zu seinem Ruhestand als Islamwissenschaftler an der Universität des Saarlandes beschäftigt.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 10. Dezember 2005 (x887/...): >>Verbrechen beim Namen nennen

Alfred M. de Zayas über die unmenschliche Vertreibung der Ostdeutschen

Vor fünf Jahren erregte ein US-Wissenschaftler großes Aufsehen mit seinem Werk über die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten. In der jetzt auch in deutscher Sprache erschienenen, aktualisierten Fassung unter dem Titel "Die Nemesis von Potsdam" untersucht der Autor Alfred M. de Zayas vor allem die Rolle der westlichen Alliierten. Hatten sie zu Beginn des Zweiten Weltkrieges einen Unterschied zwischen Hitler und dem deutschen Volk gemacht, so ging es ihnen nach Bekanntwerden der KZ-Greuel "kaum noch um Gerechtigkeit oder gar Befreiung, sondern schlechthin um Vergeltung".

Über der Potsdamer Konferenz schwebte dann auch Nemesis (wie schon der Titel des Buches sagt), die griechische Rache-Göttin: Artikel XIII des Protokolls enthielt die erste offizielle Zustimmung des Westens zur Umsiedlung der Deutschen - doch war sie keineswegs ein Blankoscheck! Wurden die osteuropäischen Länder doch zu einer "geregelten und humanen" Durchführung verpflichtet.

Tatsache ist, daß die Vertreibung rund 15 Millionen Menschen betraf, zwei Millionen überlebten sie nicht. Sehr offen und direkt stellt der Autor die Frage: "Wie groß ist hier die Verantwortung der westlichen Demokratien? War ihre Beteiligung überhaupt mit demokratischen und humanitären Grundsätzen vereinbar?"

Und wenn die Alliierten die Nationalsozialisten wegen ihrer unmenschlichen Methoden bekämpften - durften sie dann selbst deren Methoden als Vergeltung anwenden?"

Sie seien für all die Not, das Elend, den Tod der Menschen aus dem deutschen Osten letztlich mitverantwortlich. Indes gelte das nur begrenzt: Sowohl aus britischen als auch aus amerikanischen Dokumenten gehe hervor, daß die Umsiedlungen auf ein Mindestmaß begrenzt und diese erst mehrere Monate nach Kriegsende begonnen werden sollten.

Zu den Methoden, mit denen Stalin den Westen zur Einwilligung in die Oder-Neiße-Linie

überredete, gehörte die absichtlich unwahre Behauptung, es gebe dort keine Deutschen mehr - während es tatsächlich fünf Millionen waren!

Schon auf der Teheran-Konferenz betonte Stalin, die UdSSR werde den 1939 annektierten Teil der Republik Polen behalten; die West-Alliierten sahen sich daraufhin verpflichtet, Polen eine Art Ausgleich zu verschaffen - auf Kosten Deutschlands.

In der Tschechoslowakei hatten die über drei Millionen Sudetendeutschen nie ein wahres Selbstbestimmungsrecht. Schon am Ende des Ersten Weltkrieges hatte Benesch ihre Vertreibung gewollt. Das Buch resümiert dann auch: "Die Nazi-Verbrechen waren nicht Ursache der Vertreibung. Sie wurden aber zur nachträglichen Rechtfertigung instrumentalisiert."

Nur ein aufrichtiger Umgang mit der Geschichte könne eine bessere Zukunft für die Europäer garantieren. In Warschau, Prag, Budapest, auch gerade in Moskau, aber ebenfalls in London und Washington, so fordert der Autor, solle man sich eigentlich "den menschenrechtlichen Geboten fügen, die Vertreibung der Deutschen als ein Verbrechen beim Namen nennen und sich davon moralisch distanzieren".

Alfred de Zayas: "Die Nemesis von Potsdam", ... München 2005 ...<<

Der evangelische Theologe und Publizist Dr. Lothar Gassmann berichtete im Jahre 2005 in seinem Buch "Europa - das wiedererstehende Römische Reich?" (x880/...): >>Europa, Vatikan und die Neue Weltordnung

Nähert sich das Reich des Antichristen?

1. Einleitung

In absehbarer Zeit wird es nicht nur die **Vereinigten Staaten von Amerika** geben, sondern auch die **Vereinigten Staaten von Europa**. Zugleich zeichnet sich in Gestalt der **Vereinten Nationen** (UNO) bereits eine Weltregierung ab - mit Weltparlament, Weltgerichtshof, Weltbank, Weltarmee und Weltpolizei.

Die Entwicklung ist faszinierend - und gerade wegen ihrer Faszination gefährlich: Wir sind Zeugen der Wiederenstehung des Römischen Reiches. Die Frage nur stellt sich: Ist dieses neue Römische Reich eine auf Europa beschränkte oder weltweit ausstrahlende Größe?

Das antike Römische Reich umfaßte in der Zeit seiner größten Ausdehnung - zur Zeit des Kaisers Trajan um das Jahr 117 nach Christus - alle Länder rund um das Mittelmeer, aber auch Gallien, große Teile Britanniens und die Schwarzmeerregion. Es begann in Portugal und Spanien im Westen und reichte bis nach Mesopotamien im Osten. Es begann im schwarzafrikanischen Nubien im Süden und endete in Schottland und Germanien im Norden, wo es allerdings auch seine Grenzen (Limes, Hadrianswall) fand. Rom hatte zwar viele, aber nicht alle Länder seiner Zeit unterworfen.

Kommt das jetzt anders? Nun, heutzutage umfaßt die Europäische Union bereits 25 Staaten vom Nordmeer bis zum Mittelmeer und vom Atlantik bis zum Bosphorus. Nicht in allen Ländern wurde die Bevölkerung gefragt, ob sie der Europäischen Union beitreten will. In mehreren Staaten regte sich starker Widerstand, so etwa in der Schweiz und in Norwegen, die momentan - aufgrund von Volksabstimmungen und gegen den Willen der Regierenden - noch nicht Mitglieder der Europäischen Union sind. Aber auch in mehreren bereits zur EU gehörenden Ländern ist es keineswegs sicher, ob diese nach dem künftigen Willen der Bevölkerungsmehrheit in der EU bleiben werden.

Von den Regierenden und hinter ihnen stehenden Interessengruppen jedoch wird in der überwiegenden Zahl der Staaten der EU-Beitritt propagiert und forciert, so etwa auch in der islamisch dominierten Türkei, deren Beitritt weithin umstritten ist. Der Wille zur Vereinigung ist - zwar gegen den Willen zahlreicher einzelner Bürger, aber gemäß dem Willen der Mächtigen - da und wird sich daher wohl auch vollends durchsetzen.

Dies entspricht auch der biblischen Prophetie, welche die Entstehung eines antichristlichen Einheitsreiches am Ende der Zeiten voraussagt. Die Frage ist eben nur: Wird dieses Einheits-

reich eine regional begrenzte Größe (z.B. Europa) oder ein weltweiter Verband sein?

Meine These, die ich im weiteren Verlauf der Darstellung entfalten werde, lautet: **Das wiedererstehende Römische Reich** besitzt sein maßgebliches religiöses Zentrum - **nämlich Rom** - in Europa. Es umfaßt aber am Ende die gesamte Welt und Menschheit. Die Herrschaft des Antichristen und seines falschen Propheten wird eine weltweite Erscheinung sein. Denn es heißt im Wort Gottes:

"Die ganze Erde wunderte sich über das Tier, und sie beteten den Drachen an, weil er dem Tier Macht gab, und beteten das Tier an ... Und ihm wurde Macht gegeben über alle Stämme und Völker und Sprachen und Nationen. Und alle, die auf Erden wohnen, beten es an, deren Namen nicht vom Anfang der Welt an geschrieben stehen in dem Lebensbuch des Lammes, das geschlachtet ist" (Offenbarung 13, 3 ff.).

2. Die Bezeichnung "Europa"

Europa bedeutet sprachgeschichtlich "Abendland", "Land des Dunkels", "Land der untergehenden Sonne". Im hebräischen und phönizischen Sprachbereich bedeutet "ereb" "Abend" bzw. "dunkel". Das griechische Wort "erebos" meint "das Dunkle", "das Schattenreich". Für die geographisch im Südosten Europas lebenden Völker (Hebräer, Phönizier) war der heute als "Europa" bezeichnete Erdteil die Gegend, in der die Sonne untergeht.

3. Die Sage von "Europa" und die Frau auf dem Tier

Ein immer wieder auftauchendes Symbol für den Kontinent Europa ist eine nackte Frau auf einem Stier. - Was hat es damit auf sich?

Dieses Symbol geht auf eine griechische Sage zurück, die u.a. vom römischen Dichter Ovid überliefert wurde. Die Sage berichtet von der phönizischen Prinzessin Europa, Tochter des Königs Agenor und der Telephassa, die mit ihrer Familie am Strand von Tyrus spielt. Plötzlich kommt ein Stier aus dem Meer hervor, der sich Europa nähert. Sie streichelt ihn und streut Blumen auf seinen Kopf. Als er ihr andeutet, auf seinen Rücken zu steigen, tut sie dies, und der Stier schwimmt mit ihr davon.

Erst als sie zusammen auf der Insel Kreta ankommen, zeigt der Stier sein wahres Gesicht. Vor den Augen der erstaunten Europa verwandelt er sich in den griechischen "Göttervater" Zeus. Wegen seiner argwöhnischen Gattin Hera hatte er die Verwandlung in den Stier vorgenommen. Nun, da er sich in seine wahre Gestalt zurückverwandelt hat, zeugt er mit Europa drei Söhne: Minos, Rhadamantys und Sarpedon. Und die "Göttin" Aphrodite sendet die Verheißung, daß der Erdteil nach der Prinzessin Europa benannt wird.

Dies - so meine ich - ist kein rühmlicher Anfang für unseren Kontinent. Diese Sage berichtet von Täuschung und Betrug, von Ehebruch und Hurerei. Der "Göttervater" Zeus entpuppt sich als ein menschlich-allzumenschliches Wesen, das mit dem wahren Gott und Schöpfer des Universums nichts gemeinsam hat. Und die Königstochter Europa, die mythologische Namensgeberin des europäischen Kontinents, läßt sich in hurerischer Weise auf den Ehebruch des Zeus ein.

So verwundert es nicht, daß Ausleger der Bibel immer wieder Europa, die Frau auf dem Stier, in Verbindung gebracht haben mit der Frau auf dem Tier, von der in Offenbarung 17 und 18 die Rede ist. Dort lesen wir z.B.:

"Ich sah eine Frau auf einem scharlachroten Tier sitzen, das war voll lästerlicher Namen und hatte sieben Häupter und zehn Hörner. Und die Frau war bekleidet mit Purpur und Scharlach und geschmückt mit Gold und Edelsteinen und Perlen und hatte einen goldenen Becher in der Hand, voll von Greuel und Unreinheit ihrer Hurerei, und auf ihrer Stirn war geschrieben ein Name, ein Geheimnis: Das große Babylon, die Mutter der Hurerei und aller Greuel auf Erden" (Offenbarung 17,3-5).

Ist die Tatsache, daß ausgerechnet die Frau auf dem Stier als ein zentrales Symbol für Europa gewählt wurde, ein Hinweis auf eine antichristliche Entwicklung in diesem Kontinent? Wel-

che Rolle spielt hierbei die Europäische Union? Wir werden diese Frage weiter untersuchen. Doch zuvor betrachten wir, wie es zur Entstehung der Europäischen Union kam.

4. Die Paneuropa-Idee

"Jedes große historische Geschehen begann als Utopie und endete als Realität."

Dieses Motto steht über der programmatischen Schrift, die wie keine andere die Entstehung des vereinten Europa im 20. Jahrhundert nach Christus geprägt hat. Es ist das Buch Pan-Europa (auf deutsch ungefähr: "All-Europa", allumfassendes Europa), im Jahre 1923 veröffentlicht von dem erst 29jährigen Adligen Graf Richard N. Coudenhove-Kalergi (1894-1973). Coudenhove war der Gründer und erste Präsident der Paneuropa-Union. Sein Nachfolger Otto von Habsburg (geb. 1912), Sohn des letzten österreichischen Kaisers, bezeichnet Coudenhove im Vorwort zur Neuauflage 1982 dieses Buches als "Prophet Europas".

Coudenhove beginnt sein Werk mit folgenden Sätzen:

"Dieses Buch ist bestimmt, eine große politische Bewegung zu wecken, die in allen Völkern Europas schlummert. Viele Menschen erträumten ein einiges Europa; aber wenige sind entschlossen, es zu schaffen. Als Ziel der Sehnsucht bleibt es unfruchtbar - als Ziel des Wollens wird es fruchtbar. Die einzige Kraft, die Pan-Europa verwirklichen kann, ist: der Wille der Europäer; die einzige Kraft, die Pan-Europa aufhalten kann, ist: der Wille der Europäer. So liegt in der Hand jedes Europäers ein Teil des Schicksals seiner Welt" (S. VII).

Erschüttert von den blutigen Erfahrungen des Ersten Weltkrieges, kommt Coudenhove zu der Erkenntnis, daß nur ein vereintes Europa derartige Konflikte in Zukunft verhindern kann. Er stellt die "europäische Frage":

"Kann Europa in seiner politischen und wirtschaftlichen Zersplitterung seinen Frieden und seine Selbständigkeit den wachsenden außereuropäischen Weltmächten gegenüber wahren - oder ist es gezwungen, sich zur Rettung seiner Existenz zu einem Staatenbunde zu organisieren?" (S. IX).

Für Coudenhove ist die Antwort klar. Sie kann nur lauten:

"Weder der Westen noch der Osten will Europa retten: Rußland will es erobern - Amerika will es kaufen. Durch diese Skylla der russischen Militärdiktatur und die Charybdis der amerikanischen Finanzdiktatur führt nur ein schmaler Weg in eine bessere Zukunft. Dieser Weg heißt Pan-Europa und bedeutet: Selbsthilfe durch Zusammenschluß Europas zu einem politisch-wirtschaftlichen Zweckverband" (S. X).

Doch die Vereinigung Europas ist für Coudenhove nicht das Letzte. Sie ist nur die notwendige Vorstufe zur Herstellung der Welteinheit:

"Soll die Weltorganisation an die Stelle der Welt-Anarchie treten, so müssen erst die Staaten sich zu Über-Staaten zusammenschließen. Wie die Einigung Deutschlands, Italiens und Polens notwendige Etappen waren für die Einigung Europas - so wird die Einigung Europas eine notwendige Etappe bilden zur Einigung der Menschheit ... Erst muß Europa sich einigen - dann die Menschheit: diese Entwicklung läßt sich nicht umkehren" (S. 87).

In der geistesgeschichtlichen Begründung des Paneuropa-Gedankens geht Coudenhove zurück bis zum Römischen Reich:

"Europa ... ist verbunden durch die christliche Religion, durch die europäische Wissenschaft, Kunst und Kultur, die auf christlich-hellenischer Basis ruht. Die gemeinsame europäische Geschichte begann mit dem Römerreich und der Völkerwanderung, fand ihre Fortsetzung in Papsttum und Feudalismus, Renaissance und Humanismus, Reformation und Gegenreformation, Absolutismus und Aufklärung, Parlamentarismus, Industrialismus, Nationalismus und Sozialismus" (S. 143).

Unter der Überschrift "Wege zu Pan-Europa" nennt Coudenhove konkrete Schritte, die inzwischen - Jahrzehnte nach der Niederschrift seines Buches - zum Teil in verblüffender Weise in die Tat umgesetzt worden sind:

"Der erste Schritt zu Pan-Europa wäre die Einberufung einer paneuropäischen Konferenz durch eine europäische Regierung oder durch mehrere ...

Der zweite Schritt zu Pan-Europa ist der Abschluß eines obligatorischen Schieds- und Garantievertrages zwischen allen demokratischen Staaten Kontinentaleuropas...

Der dritte Schritt zu Pan-Europa ist die Bildung einer paneuropäischen Zollunion, der Zusammenschluß Europas zu einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet ...

Die Krönung der paneuropäischen Bestrebungen wäre die Konstituierung der **Vereinigten Staaten von Europa** nach dem Muster der Vereinigten Staaten von Amerika" (S. 151 ff.).

Coudenhove ließ es nicht bei der Theorie bewenden, sondern schritt eifrig zur Tat. So gründete er im Zusammenhang mit der Veröffentlichung seines Buches die Paneuropa-Union. Der erste Europa-Kongreß der Geschichte fand auf Initiative Coudenhoves vom 3. bis 6. Oktober 1926 in Wien statt. Er führte rund zweitausend Teilnehmer aus 24 Ländern zusammen, darunter zahlreiche Politiker. Im Bamberger Programm der Paneuropa-Union vom 9. Juni 1996 heißt es u.a.:

Die Paneuropa-Union erstrebt die Aufnahme der europäischen Völker, die dazu bereit sind und die entsprechenden Bedingungen insbesondere auf dem Gebiete der Rechtsstaatlichkeit, des Menschen-, Volksgruppen- und Heimatrechts erfüllen, in die Europäische Union, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union zur Sicherung des Friedens und der Freiheit in Europa, die Weiterentwicklung der Europäischen Union zu einer politisch nach außen und innen voll handlungsfähigen Einheit, ein souveränes Europa, das keiner fremden Macht untergeordnet ist.

Dieses Programm - so meine Beobachtung - trägt einerseits die Handschrift einer konservativen Politik mit der Beibehaltung christlich-ethischer Werte - im Gegensatz zu liberalistischen und sozialistischen Konzeptionen im Europäischen Parlament. Zugleich aber wirkt es durch die Forderung einer politischen Vereinigung bisher getrennter Staaten revolutionär - doch nur auf den ersten Blick.

Betrachtet man die Hintergründe ausführlicher, dann erkennt man dahinter das Ziel des wiederhergestellten einheitlichen europäischen Reiches, wie es im Altertum durch den römischen Kaiser und im Mittelalter durch Kaisertum und Papsttum verkörpert war. Nicht zufällig war der Sohn des letzten österreichischen Kaisers, Otto von Habsburg, jahrzehntelang Präsident der Paneuropa-Union und zugleich einer der einflußreichsten Wegbereiter der Europäischen Union. In ihm und seinen Nachfolgern lebt der Gedanke vom politischen Einheitsreich in Verbindung mit dem Papsttum weiter.

Seine Kaiserliche Hoheit Otto von Habsburg war nicht nur jahrzehntelang Europaparlamentarier, sondern auch von 1930 bis 2000 "Chef und Souverän des Ordens vom Goldenen Vlies". Er gab die Leitung aus Altersgründen an seinen Sohn Karl ab. Der Orden vom Goldenen Vlies ist "der Jungfrau Maria gewidmet". Sein Ziel ist "die Erhaltung des katholischen Glaubens, der Schutz der Kirche und die Wahrung der unbefleckten Ehre des Rittertums".

Über weitere weltanschauliche Hintergründe der Begründer der Europa-Idee schreibt der ungarische Jesuit und Freimaurer Töhötöm Nagy:

"Die Vorkämpfer der Idee eines vereinten Europas waren Freimaurer, zumal diese Ideologie durch ihre freiheitlichen und brüderlichen Grundsätze typisch maurerisch ist. Einer der Großen dieser Bewegung war Graf Richard von Coudenhove-Kalergi; als ich vor vielen Jahren einmal voller Begeisterung ein Buch von ihm las, hätte ich mir nicht träumen lassen, daß er Freimaurer war und daß ich ihn eines Tages als die Personifizierung des maurerischen Prinzips zitieren würde.

Drei bedeutende Förderer des paneuropäischen Gedankens wurden mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet: Aristide Briand, Gustav Stresemann und General George Marshall - alle drei Maurer." - Als der 29jährige Coudenhove-Kalergi sein Werk "Pan-Europa" schrieb, hatte

er in seiner Freimaurerloge bereits den 18. Grad des Schottischen Ritus, den "Ritter vom Rosenkreuz", erreicht.

Welche Ziele vertritt die Freimaurerei?

Es ist ein seit langem erklärtes Ziel der freimaurerischen Doktrin, insbesondere der Illuminaten, eine "Weltbruderschaft" zu errichten, in der alle Unterschiede zwischen Menschen - vor allem politischer und religiöser Art - beseitigt sind und es keinen Absolutheitsanspruch irgendeiner Religion auf "Wahrheit" mehr gibt. Laut Auskunft des "Internationalen Freimaurerlexikons" gehört es zu den Grundgesetzen der Freimaurer, sich "bloß zu der Religion zu verpflichten, in welcher alle Menschen übereinstimmen und jedem seine besondere Meinung zu lassen." Der Satz von der "Religion ... in der alle Menschen übereinstimmen ... ist das Fundament der Freimaurerei geworden."

Mutig und treffend stellt hierzu der katholische Freimaurer-Experte Manfred Adler fest, "daß der Progressismus (Fortschrittsdenken), der die katholische Kirche seit dem II. Vatikanischen Konzil (und nicht nur diese! L. G.) tiefgründig überflutet, ein Ergebnis des philosophischen Einflusses der Freimaurerei auf die Kirche ist. Zwischen der Maurerei und dem Progressismus besteht enge verwandtschaftliche Beziehung hinsichtlich der geistigen Konzeption." Und weiter:

"Tatsächlich ist es der geheime und offene Traum der maurerischen Weltpolitik, eine universale Weltregierung in einem universalen Welt-Einheits-Staat zu errichten. Nicht zuletzt um dieses Endziels willen waren einflußreiche kosmopolitische Maurerbrüder maßgeblich an der Gründung der 'Organisation der Vereinten Nationen' (United Nations Organization = UNO) beteiligt, die ihr 'Hauptquartier' in New York haben und 1945 an Stelle des Völkerbundes traten, der sich 1920 in Genf konstituiert hatte."

5. Welteinheit ohne Gott

In Artikel 1 der UN-Charta setzen sich die Vereinten Nationen u.a. folgende Ziele:

"1. den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren und zu diesem Zweck wirksame Kollektivmaßnahmen zu treffen, um Bedrohungen des Friedens zu verhüten und zu beseitigen, Angriffshandlungen und andere Friedensbrüche zu unterdrücken und internationale Streitigkeiten oder Situationen, die zu einem Friedensbruch führen könnten, durch friedliche Mittel nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrechts zu bereinigen oder beizulegen;

2. freundschaftliche, auf der Achtung vor dem Grundsatz der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker beruhende Beziehungen zwischen den Nationen zu entwickeln und andere geeignete Maßnahmen zur Festigung des Weltfriedens zu treffen;

3. eine internationale Zusammenarbeit herbeizuführen, um internationale Probleme wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und humanitärer Art zu lösen und die Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion zu fördern und zu festigen..."

Welches sind die weltanschaulichen Grundlagen und Ziele der Europäischen Union?

Im VERTRAG ÜBER EINE VERFASSUNG FÜR EUROPA ... heißt es:

Schöpfend aus den kulturellen, religiösen und humanistischen Überlieferungen Europas, deren Werte in seinem Erbe weiter lebendig sind und die zentrale Stellung des Menschen und die Unverletzlichkeit und Unveräußerlichkeit seiner Rechte sowie den Vorrang des Rechts in der Gesellschaft verankert haben ... (sind die Hohen Vertragsparteien nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten wie folgt übereingekommen:)

In Artikel 2 der EU-Charta werden die Werte der Union beschrieben:

"Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte; diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, To-

leranz, Gerechtigkeit, Solidarität und Nichtdiskriminierung auszeichnet."

Es fällt auf, daß in dieser Präambel sowie in der Beschreibung der Werte und Ziele jeder Bezug auf Gott und die christlichen Wurzeln des Abendlandes fehlt. An der Stelle Gottes wird in der Präambel "die zentrale Stellung des Menschen" betont. Dementsprechend finden sich dann die "Werte" eines atheistischen Humanismus, vor allem der Gedanke des Pluralismus und der Toleranz. Pluralismus und (Sach-)Toleranz schließen aber gerade feste Werte aus, wie sie uns etwa in den Zehn Geboten der Bibel vermittelt werden. Pluralismus und Toleranz - das bedeutet praktisch:

Duldung unterschiedlichster Meinungen und Wertvorstellungen, auch wenn sie in Widerspruch zu Gottes Willen und Geboten stehen. Diese gottlose Basis des neuen Europa zeigt sich besonders folgenreich in Artikel 21 der EU-Charta über "Nichtdiskriminierung", wo es heißt:

"Diskriminierungen insbesondere wegen des Geschlechts, der Rasse, der Hautfarbe, der ethnischen oder sozialen Herkunft, der genetischen Merkmale, der Sprache, der Religion oder der Weltanschauung, der politischen oder sonstigen Anschauung, der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, des Vermögens, der Geburt, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung sind verboten."

Unter "Diskriminierung" wird die Herabsetzung eines Menschen - etwa aus den genannten Gründen - verstanden. Die entscheidende Frage freilich ist: Wann beginnt der "Straftatbestand" Diskriminierung? Bei einer üblen Beschimpfung (die in der Tat abzulehnen und zu ahnden ist) - oder aber bereits bei einer von der Bibel her gebotenen sachlichen Kritik? Darf ein Christ etwa nicht mehr sagen: "Wer einer nichtchristlichen Religion anhängt, kann gemäß Johannes 14,6 nicht zu Gott dem Vater kommen." Oder: "Wer Homosexualität praktiziert, tut Sünde."?

Hier tut sich ein Konflikt zwischen dem "Nichtdiskriminierungs-Gesetz" und der ebenfalls (bisher) gesetzlich verankerten Meinungs-, Glaubens- und Religionsfreiheit auf, der den Juristen noch viel zu schaffen machen könnte. Der christliche Jurist Thomas Zimmermans schreibt hierzu:

"Es ist damit zu rechnen, daß schon in den nächsten Jahren weitere Gesetze oder Ergänzungen zu bestehenden Gesetzen erlassen werden, in denen die Diskriminierung von Frauen, Homosexuellen usw. unter Strafe gestellt oder in sonstiger Weise rechtlich belangt wird. Dies kann zur Folge haben, daß Werturteile, die sich z.B. gegen Abtreibung, feministische Positionen oder Homosexualität richten, nach solchen Gesetzen für strafbar oder schadensersatzpflichtig erklärt werden. Auch berufliche Konsequenzen insbesondere für Angehörige des öffentlichen Dienstes sind dann nicht mehr auszuschließen."

Eine EU-Richtlinie vom 29.06.2000 sieht u.a. vor, daß niemand einen Vertragsabschluß wegen der Rasse oder der ethnischen Herkunft des Anderen verweigern darf. Die Bundesjustizministerin wollte diese Kriterien u.a. auch auf 'sexuelle Orientierung' ausdehnen. Danach hätte sich ein Hauseigentümer nicht mehr weigern dürfen, eine Wohnung an ein homosexuelles Paar zu vermieten.

Auch ein Tendenzschutz für christliche Kirchen und Vereinigungen wäre nicht vorgesehen gewesen, so daß diese gegebenenfalls verpflichtet wären, einen atheistischen oder moslemischen Mitarbeiter einzustellen. Auf Grund starker Proteste u.a. auch aus Wirtschaftskreisen ist diese Richtlinie bislang noch nicht in geltendes Recht umgesetzt worden, jedoch ist weiterhin jederzeit damit zu rechnen.

In Schweden wurde im Herbst 2002 mit großer Mehrheit ein Gesetz verabschiedet, wonach u.a. kritische Äußerungen über Homosexualität und Homosexuelle mit Freiheitsstrafe bis zu vier Jahren bestraft werden. Dies soll auch dann gelten, wenn sich der Äußernde auf die Bibel beruft; die entsprechenden Bibelstellen sollen wohl noch zitiert werden dürfen, nicht aber als

weiterhin verbindliches Wort Gottes verkündigt werden dürfen. Es ist anzunehmen, daß solche Gesetze nicht auf Schweden beschränkt bleiben und auch in den anderen EU-Staaten die erforderlichen Mehrheiten finden werden."

6. Die Prophetie Daniels über die vier Weltreiche

(Im) Kapitel Daniel 2 geht es um einen Traum, in dem vier Weltreiche geoffenbart werden. Zunächst wird ein goldenes Haupt erwähnt - das ist das babylonische Weltreich (625 bis 538 v. Chr.). Dann kommt der silberne Brustteil, der etwas länger ist, auch entsprechend der Jahreszahlen, die dann zu sehen sind - das ist das Reich der Meder und Perser (538 bis 331 v. Chr.). Dann kommen der Bauch und die Lenden aus Kupfer: Griechenland (331 bis 168 v. Chr.). Und schließlich wird ausführlich das vierte Reich beschrieben:

"Und das vierte wird hart sein wie Eisen; denn wie Eisen alles zermalmt und zerschlägt, ja, wie Eisen alles zerbricht, so wird es auch alles zermalmten und zerbrechen.

Daß du aber die Füße und Zehen teils von Ton und teils von Eisen gesehen hast, bedeutet: das wird ein zerteiltes Königreich sein; doch wird etwas von des Eisens Härte darin bleiben, wie du ja gesehen hast Eisen mit Ton vermenget.

Und daß die Zehen an seinen Füßen teils von Eisen und teils von Ton sind, bedeutet: zum Teil wird's ein starkes und zum Teil ein schwaches Reich sein.

Und daß du gesehen hast Eisen mit Ton vermenget, bedeutet: sie werden sich zwar durch Heiraten miteinander vermischen, aber sie werden doch nicht einander festhalten, so wie sich Eisen mit Ton nicht mengen läßt.

Aber zur Zeit dieser Könige wird der Gott des Himmels ein Reich aufrichten, das nimmermehr zerstört wird; und sein Reich wird auf kein andres Volk kommen. Es wird alle diese Königreiche zermalmten und zerstören; aber es selbst wird ewig bleiben, wie du ja gesehen hast, daß ein Stein ohne Zutun von Menschenhänden vom Berg heruntersam, der Eisen, Kupfer, Ton, Silber und Gold zermalmte ..." (Daniel 2,40-45).

Das vierte Reich wird ein zerteiltes Königreich sein. Und es wird Eisenhärte haben. Viele Ausleger - und auch ich - deuten dies auf Rom. Rom teilte sich in Ost- und Westrom und besaß die Härte des Eisens. Es betrieb große Kriegszüge, in denen es mit brachialer Gewalt viele Völker unterjochte. Schließlich ist es selber zerbrochen wie Ton.

Es gibt auch Stellen in der Johannesoffenbarung, die darauf hinweisen, etwa Offenbarung 17,8, wo von dem "Tier" gesprochen wird, das "gewesen ist, nicht ist und wieder aufsteigen wird". Diese Stelle läßt sich auf Rom beziehen: Es ist äußerlich untergegangen, wird aber am Ende der Tage wieder entstehen. Rom folgte auf Griechenland, und wie Eisen alles zermalmt, so zermalmte es durch seine Kriegszüge seine Feinde.

Wir müssen jetzt noch eine weitere Stelle betrachten, Daniel 7,1-27. Hier ist die Rede von vier Tieren: das erste wie ein Löwe, das zweite wie ein Bär, das dritte wie ein Panther und das vierte schrecklich anzusehen mit verschiedenen Hörnern. In Daniel 7 wird dies so ausgelegt, daß diese vier Tiere vier Königreiche sind, die auf Erden an die Macht kommen werden.

Die Ausleger sind sich einig, daß es sich bei den drei ersten Reichen um das babylonische (625-538 vor Christus), das medo-persische (538-331 vor Christus) und das griechisch-hellenistische Weltreich (331-168 vor Christus) handelt. Das vierte Reich wird häufig auf Rom (seit 168 vor Christus) gedeutet: Es ist zunächst geeint, bricht dann in Ost- und Westrom auseinander, verschwindet eine Zeitlang von der politischen Weltbühne und steht am Ende der Zeiten wieder auf (vergleiche Daniel 2,39-43; Offenbarung 17,8). Das wiedererstandene römische Reich teilt sich dann in zehn Staaten (vergleiche die zehn Hörner in Offenbarung 17,12), die manche Ausleger mit den Staaten der Europäischen Gemeinschaft (EG) gleichgesetzt haben. Die Geschichte hat gezeigt, daß diese Rechnung nicht stimmt, denn bereits 1986 wurde die Zehnzahl überschritten.

Deshalb neige ich eher der Deutung zu, die zum Beispiel Arnold Fruchtenbaum gibt, und ak-

tualisiere sie nachfolgend. Fruchtenbaum begrenzt das vierte Reich nicht nur auf Rom im begrenzten geographischen Sinn, sondern faßt es weiter: als imperialistisches Reich, das die anderen Länder "frißt" (Daniel 7,19). Dieses Reich durchläuft fünf Phasen:

1. Das geeinte Stadium = Römisches Reich in der Antike.
2. Das zweigeteilte Stadium = die Teilung in Ost- und Westrom, die sich im politisch-religiösen Zweigestirn Rom-Konstantinopel und im zwanzigsten Jahrhundert schließlich im Ost-West-Konflikt fortsetzt. Dieses Stadium hörte meines Erachtens im Jahr 1989 auf, als der "kalte Krieg" endete. Als nächstes kommt:
3. Das Weltherrschaftsstadium: Der Gedanke der "Neuen Weltordnung" wird verkündet und gewinnt immer mehr Einfluß. Diesem wiederum folgt:
4. Das Zehn-Reiche-Stadium: Die zehn Reiche sind vielleicht zehn Verwaltungsbezirke, in welche die Welt zwecks besserer Überschaubarkeit und Kontrollierbarkeit aufgeteilt wird. Diese Möglichkeit ist meines Erachtens realistischer als die (überholte) Deutung auf Europa oder einen Staatenblock um das Mittelmeer herum.
5. Das Antichrist-Stadium: Die Deutung "zehn Reiche gleich Staatenblock um das Mittelmeer" vertritt - mit aller gebotenen Vorsicht - zum Beispiel Marius Baar. Er schreibt: "1968 haben sich in Beirut zehn arabische Länder zur OAPEC (Organisation arabischer ölausführender Länder) zusammengeschlossen ... Wenn ich noch nicht davon ausgehe, daß wir hier schon die zehn Könige finden, so bin ich deshalb nicht weniger davon überzeugt, daß die zehn Könige, die ihre Macht dem Tier - das nicht ist und wiederkommt - übergeben, in dem fünften Reich aus Daniel 2 demnach in der Welt der Propheten zu suchen sind (siehe Offenbarung 17,13), die in Verbindung mit oder gerade um Israels willen die Weltbühne betreten und eines Sinnes gegen Jahwe und seinen Gesalbten sein werden."

Obwohl diese Deutung im Blick auf die Situation Israels manches für sich hat, gehe ich doch vom biblischen Gesamtkontext her davon aus, daß es sich beim antichristlichen System (bzw. seiner Vorstufe) um eine weltweite Herrschaftsausübung handelt. Die Staaten um das Mittelmeer herum oder auch Europa könnten innerhalb dieses Systems eher einzelne Verwaltungsbezirke von den zehn sein. Dabei liegt die Vermutung nahe, daß das wiedervereinigte Europa - ungefähr auf dem Gebiet des antiken Römischen Reiches liegend und mit dem Vatikan in seinem Zentrum - bei der Vereinigung der Welt eine zentrale Rolle spielen könnte ...

Solche Pläne, die Welt in zehn Verwaltungsbezirke zu gliedern, finden sich übrigens in Veröffentlichungen des einflußreichen Club of Rome. Der Club of Rome teilte in Plänen aus den 70er- und 80er-Jahren des 20. Jahrhunderts die Welt in die folgenden zehn Wirtschaftsräume auf:

1. Kanada und USA;
2. Europäische Gemeinschaft (EG);
3. Japan;
4. Israel, Südafrika und Australien;
5. Comecon-Staaten (= Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe);
6. Lateinamerikanische Freihandelszone;
7. Arabische Liga;
8. Organisation für Afrikanische Einheit (OAU);
9. Nichtkommunistische Staaten Asiens und des Südpazifiks;
10. China und kommunistisches Asien.

Vorstufen solcher Verwaltungsbezirke könnten zum Beispiel auch die bereits existierenden wirtschaftlichen Zusammenschlüsse sein, die in ihrer Zielsetzung der EU entsprechen, zum Beispiel die arabischen OPEC-Länder, die Contadora-Staaten, die Staaten des Zentralamerikanischen Gemeinsamen Marktes, die AKP- (Afrika-, Karibik-, Pazifik-)Staaten und die ASEAN-Staaten (Ostasien).

Während des Zehn-Reiche-Stadiums - so sagt es uns die Bibel weiter - wird der Antichrist auftreten, drei Reiche vernichten und die restlichen sieben unterwerfen (vergleiche Daniel 7,7 f. 24; Offenbarung 17,12 ff.). Dann kann er seine absolute Herrschaft ausüben. Zentren der antichristlichen Herrschaft könnten durchaus in Rom (vergleiche Offenbarung 17 f.; 1. Petrus 5,13) und in Jerusalem (vergleiche Daniel 9,27; 2. Thessalonicher 2,4) liegen.

Freilich handelt es sich hierbei nur um eine mögliche Deutung. Zu oft schon ist es anders gekommen, als Menschen es sich in übergenaue Konstruktion ausgedacht haben. So möchte obiges System nur ein Anstoß zum Nachdenken und weiteren Beobachten der weltpolitischen Entwicklung sein.

Fest steht allerdings Folgendes:

Die Weltgeschichte entwickelt sich - besonders auffallend seit dem Ende des 20. Jahrhunderts - auf einen Punkt zu, an dem die Menschheit aus eigener Kraft versucht, ein Friedensreich zu bauen. Sie betreibt damit nichts anderes als den Versuch, das tausendjährige messianische Friedensreich Jesu Christi (vergleiche Offenbarung 20, 1-6) aus eigener Kraft vorwegzunehmen. Die Bibel spricht deutlich davon, daß diese Bemühungen der vereinigten Menschheit ohne den einen, lebendigen Gott der Bibel im Antichristlichen - im zweiten Turmbau von Babel (1. Mose 11, 1-9; Offenbarung 17) - enden werden.

Doch dieses Friedensreich hat keinen Bestand. Es ist ein Reich "aus Ton und Eisen gemischt" - eine Einheit ohne Wahrheit, eine Einheit durch Vermischung unterschiedlicher Ideologien und Religionen (vergleiche Daniel 2, 33/43). Jesus wird sein Gericht über dieses "Sein-Wollen-wie-Gott" der Menschheit halten: "Wenn sie sagen werden: Es ist Frieden! Es hat keine Gefahr! - dann wird das Verderben schnell über sie kommen" (1. Thessalonicher 5, 3).

7. Das wiedererstehende Römische Reich und die Römisch-Katholische Kirche

Am 29. Oktober 2004 wurde die Verfassung der Europäischen Union von Staats- und Regierungschefs aus 25 Ländern auf dem Kapitol in Rom unterzeichnet. Radio Vatikan kommentierte: "Den Text der Verfassung, der völlig ohne die Worte Gott oder Christentum auskommt, unterzeichnen alle - Ironie der Geschichte - unter einer großen, historischen Papststatue."

War dies wirklich nur eine Ironie der Geschichte? Warum hat man denn gerade diesen symbolträchtigen Ort gewählt? Hat der Vatikan vielleicht doch mehr mit der Vereinigung Europas zu tun, als viele denken?

Am 30.10.2004 jedenfalls, einen Tag nach der Unterzeichnung, wurde der Papst mit folgenden Worten zitiert: "Die Unterzeichnung ist ein Ereignis, das auf gewisse Weise den Prozeß der Erweiterung (der EU; L. G.) abschließt. Europa wurde um jene Staaten erweitert, die immer an der Herausbildung der spirituellen und institutionellen Fundamente des alten Kontinentes mitgearbeitet haben, die aber gleichzeitig in den vergangenen Jahrzehnten an den Rand dieses Kontinentes gedrängt waren. Der Heilige Stuhl und ich persönlich haben diesen Erweiterungsprozeß unterstützt, damit Europa mit seinen zwei Lungenflügeln atmen kann: dem Geist des Westens und dem Geist des Ostens ..."

Obwohl in der EU-Verfassung ein ausdrücklicher Verweis auf die christlichen Wurzeln fehlt, die doch die Kultur aller heutigen EU-Nationen bestimmt, bin ich zuversichtlich, daß die Werte des Evangeliums weiterhin die Bemühungen jener Menschen inspirieren, die für das Antlitz Europas verantwortlich zeichnen. Und ich hoffe, daß Europa dieses spirituelle Erbe als Basis seiner Einheit bewahrt."

Immer wieder hat Johannes Paul II. (Karol Wojtyla) seinen Willen zur europäischen und weltweiten Vereinigung unüberhörbar bekundet, so z.B. bei dem interreligiösen Friedensgebetstreffen in Assisi im Oktober 1986 oder bei seiner Ansprache an die südwestdeutschen Bischöfe vom 21.12.1992. Dabei sagte er:

"Ich begrüße Eure Initiative, sich der umfassenden Herausforderung des europäischen Einigungsprozesses, gemeinsam mit den Katholiken in allen Ländern Europas, zu stellen. Dabei

bin ich sicher, daß ihr wie bisher die Aufgaben in dem noch umfassenderen Einigungsprozeß auf dem Weg zur einen Welt nicht aus den Augen verlieren werdet."

Ebenso äußerte sich Wojtylas Nachfolger im Papstamt, Benedikt XVI., bereits im Jahre 1995 (noch als Joseph Kardinal Ratzinger): "Der Gedanke der Nation muß durch den europäischen Gedanken ergänzt und erweitert werden, der wiederum in die weltweite Verantwortung aller Kulturen füreinander in der einen Welt einzufügen ist."

Auch die Europafahne gibt einen Hinweis auf den Einfluß der Römisch-Katholischen Kirche auf das vereinte Europa. Sie besteht aus einem Kreis aus zwölf goldenen fünfzackigen Sternen auf blauem Grund. In der Internet-Enzyklopädie Wikipedia wird festgestellt:

"Entwicklungsgeschichtlich geht die Europaflagge auf die Flagge der Paneuropäischen Bewegung zurück. Bei dieser entstammen die zwölf Sterne (plus Sonnenscheibe und Kreuz) der Bibel: Und es erschien ein großes Zeichen am Himmel: Eine Frau, mit der Sonne bekleidet, und der Mond unter ihren Füßen und auf ihrem Haupt eine Krone von zwölf Sternen (Offenbarung 12, 1).

Ohne wirklichen Anhaltspunkt im Bibeltext, wird diese Erscheinung von der Römisch-Katholischen Kirche immer wieder auf Maria, die "Mutter Gottes", gedeutet. Es kann sich aber - vom biblischen Kontext her - kaum um Maria handeln, sondern eher um ein Symbol für Israel oder die Gemeinde.

Dennoch hat diese Erscheinung bzw. ihre katholische Auslegung die Gestaltung der Europafahne stark beeinflusst. Nach katholischer Vorstellung ist Maria die Herrin Europas. Wir erinnern uns, daß auch Otto von Habsburg, ein überzeugter Katholik, jahrzehntelang sowohl der Paneuropa-Union als auch dem "Orden vom Goldenen Vlies" vorstand, der Maria geweiht ist. Papst Pius XII. hatte bereits am 24.12.1941 den Appell ausgegeben, "ein neues Europa und eine neue Welt aufzubauen". Immer wieder haben "Marienerscheinungen" - in Wirklichkeit "spiritistische Phantome" (E. M. Slade) - über ihre Medien dazu aufgerufen, Europa und die Welt zu vereinigen und diese "dem Herzen Marias zu weihen".

Obwohl manche denken, Papst Benedikt XVI. sei "reformatorischer" als seine Vorgänger, darf man sich doch über seine tiefreichende katholische Prägung und unbiblische Marienverehrung keine Illusionen machen. So versprach er z.B. den Teilnehmern des Weltjugendtages in Köln im August 2005 unter bestimmten Voraussetzungen einen Ablass (!) ihrer zeitlichen Sündenstrafen im Fegefeuer. Und so hielt er wenige Tage vor diesem Kölner Großereignis in seiner Sommerresidenz Castel Gandolfo eine Ansprache anlässlich der "Himmelfahrt Marias", in der er ausführte:

"Wie Christus mit seinem verherrlichten Leib von den Toten auferstanden und in den Himmel aufgefahren ist, so wurde die ihm voll zugesellte Jungfrau mit ihrer ganzen Person in die himmlische Herrlichkeit aufgenommen ... Ich bitte die in den Himmel aufgenommene Jungfrau Maria um ihren Beistand für die jungen Teilnehmer des Weltjugendtages ... In und mit Gott ist sie jedem von uns nahe, kennt unsere Herzen, kann unsere Gebete hören, kann uns mit ihrer mütterlichen Freundlichkeit helfen und ist uns gegeben, wie der Herr sagte, als eine Mutter, zu der wir uns in jedem Augenblick wenden können. Sie hört uns immer zu, ist uns immer nahe und besitzt als Mutter des Sohnes Anteil an der Macht des Sohnes und seiner Gottheit."

8. Brautgemeinde gegen Babylonkirche

Die Vereinigung der Menschheit geht heute mit Riesenschritten voran. Die Frage stellt sich: Nähern wir uns der Weltherrschaft des Antichristen in Verbindung mit der Hure Babylon?

Denn zur Person des Antichristen gehört Babylon, das mit 1. Mose 11 (Turmbau zu Babel) zusammenhängt. Babylon ist das System, das mit dem Antichristen kooperiert. Die Hure Babylon ist die vom lebendigen Gott abgefallene, religiöse Welt, die dem Antichristen huldigt. Die Stadt Babylon ist die wirtschaftliche und soziale Welt, in welcher der Handel und der Verkehr gemäß Offenbarung 18 stattfinden.

Der Name "Babylon" könnte damit zusammenhängen, daß das Ereignis von Babel (Sprachenverwirrung) wieder aufgehoben wird, indem man die Einheit der Welt auf allen Gebieten erstrebt: durch das politische Welteinheitsreich, durch das wirtschaftliche Einheitssystem und durch die Einheitsreligion, die eben die antichristliche Anbetungsreligion sein wird. Nun stellt sich mit Macht die Frage: Bestehen Zusammenhänge zwischen der Hure Babylon und Rom? Die "sieben Hügel" in Offenbarung 17, 9 deuten durchaus auf Rom hin. Gerade in der damaligen Zeit, in der die Johannesoffenbarung entstanden ist, hat jeder sicherlich sofort an Rom gedacht, wenn er von den sieben Hügeln hörte. Es waren ja zum Großteil sehr problematische Kaiser, die im 1. Jahrhundert nach Christus herrschten, so daß die Anspielung auf Rom nicht verwunderlich war.

Ferner finden sich verschiedene Kennzeichen, welche auf die Römisch-Katholische Kirche zutreffen, in deren Lokalisierung und Struktur sich auf eine gewisse Weise das römische Reich fortsetzt. "Katholisch" bedeutet wörtlich "allumfassend". Schon durch diese Selbstbezeichnung wird in der Deutung Roms der Anspruch auf Weltherrschaft oder zumindest globale Einflußnahme offen ausgesprochen. Es besteht wirklich ein universaler Anspruch des Papsttums, vor allem die Jurisdiktionsgewalt über alle katholischen Herrscher und im Grunde auch über die anderen Regenten. Der Papst hat als "Vertreter Christi und Petri" die oberste Gewalt der Rechtsprechung auf Erden.

Die römische Kirche benutzt auch heute noch Latein als Sprache. Ihre Würdenträger sind mit wertvollen Stoffen, Scharlach und Purpur, bekleidet, was auch in Offenbarung 17 und 18 eine gewisse Rolle spielt. Die römisch-katholische Kirche ist sehr reich. Der Papst trug bis zum Zweiten Vatikanischen Konzil öffentlich drei aufeinandergesetzte Kronen, die "Tiara". Rom besitzt ungeheure Kunstschatze und Reichtümer. Es ist "trunken vom Blut der Heiligen" (Offenbarung 17,6), es hat - etwa anfangs als römische Staatsmacht und später durch die Inquisition der römisch-katholischen Kirche - viele Gläubige verfolgt und getötet.

Heute ist Rom - neben dem Ökumenischen Rat der Kirchen in Genf - Vorreiter einer "interreligiösen Ökumene" mit dem Ergebnis einer antichristlichen Vermischung der Religionen und dem Entstehen einer Welteinheitsreligion. Das hat sich etwa bei den sogenannten "Friedensgebetstreffen" der Religionen in Assisi/Italien und an anderen Orten auf Initiative des Papstes auf schockierende Weise gezeigt.

Dennoch ist die Identifikation der Hure Babylon (Offenbarung 17 f.) mit der römisch-katholischen Kirche meines Erachtens zu eng. Ich stimme René Pache zu, der schreibt:

"Die Hure stellt nicht lediglich eine bestimmte Gruppe von Abgefallenen dar, sondern alle falsche(n) Religion(en) auf Erden. Es hat viele falsche Christen bei den Katholiken gegeben, aber ebenso bei den Protestanten, den Orthodoxen und anderswo. Geistlichen Ehebruch begehen alle, die ihr Herz zwischen Gott und der Welt teilen, die bei einem strengen Dogma die Bekehrung ablehnen, die vom Glauben an die Bibel abweichen, indem sie die Gottheit Jesu Christi und die Sühnekraft seines Blutes leugnen, alle, welche Andersgläubige verfolgen ... Die große Hure ist die abgefallene Kirche, die Jesu Eigentum zu sein gelobte und nun mit der Welt Ehebruch treibt."

Das tut eben nicht nur Rom, sondern das geht leider quer durch die Konfessionen hindurch. Dabei schließe ich nicht aus, daß Rom durch seine Macht und seinen Einfluß hierbei eine Schlüsselrolle übernimmt und viele auch aus anderen Konfessionen verführt.

Was sagt die Heilige Schrift über den Unterschied zwischen Hure Babylon und Brautgemeinde Christi?

Die Gemeinde ist die Braut. - Die Hure ist die von Gott abgefallene Kirche, die nichts mehr mit seiner Wahrheit zu tun hat.

Die Gemeinde ist Christus untertan. - Die Hure aber sitzt auf dem Tier (Offenbarung 17, 3).

Die Gemeinde ist das neue Jerusalem, - die Hure das große Babylon.

Die Gemeinde ist ein Organismus, durch Gottes Geist geprägt und belebt, - während Babylon eine Weltorganisation ist, die aufgebaut wird durch Druck, Zwang und falsche Religiosität.

Die Gemeinde geht durch irdische Niedrigkeit, Verachtung und Verfolgung hindurch zur himmlischen Herrlichkeit (Matthäus 10, 9 f.; 24, 9-13; 2. Timotheus 3, 12). - Die Hure ist auf Geld und Macht aus (Offenbarung 17, 4/18; 18, 7/9-19); sie ist äußerlich prachtvoll, aber innerlich tot (vergleiche Offenbarung 3, 1).

Die Gemeinde paßt sich dem Zeitgeist nicht an, sondern ist Salz und Licht der Welt (Matthäus 5, 13 ff.; Römer 12, 1; 1. Johannes 2, 15-17). - Die Hure stellt sich der Welt gleich und vertauscht Gottes Geist mit dem Zeitgeist (Offenbarung 17, 2; 18, 3).

Die Gemeinde hält Jesus Christus als dem einzigen Herrn und Erlöser die Treue und lehnt jede Religionsvermischung ab (Johannes 14, 6; Apostelgeschichte 4, 12). - Die Hure betreibt "Hurerei", das heißt: sie setzt heidnische Götzen mit dem Gott der Bibel gleich und vermischt die Religionen und Ideologien (Offenbarung 17, 2/5/15; vergleiche Hosea 1, 2; 3, 1).

Die Gemeinde setzt sich zusammen aus Gläubigen in allen Denominationen (Glaubensgemeinschaften), die nur Gott wirklich kennt (Johannes 17, 20-26). - Die Hure bringt die wahrhaft Gläubigen zunehmend in Bedrängnis (Offenbarung 17, 6).

Die Gemeinde fällt nicht auf falsche Zeichen und Wunder herein, sondern orientiert sich allein am Wort der Heiligen Schrift (Jeremia 23, 28; 2. Timotheus 3, 14-17). - Die Hure lenkt durch falsche Zeichen und Wunder von den rettenden Wunden Jesu ab (vergleiche Matthäus 24, 24; 2. Thessalonicher 2, 9; Offenbarung 13, 13).

Die Gemeinde wartet auf Jesu Wiederkunft (Matthäus 24 f.; 2. Petrus 3, 11 ff.); sie bereitet Christus den Weg, indem sie viele in seine Nachfolge ruft (Matthäus 24, 14). - Die Hure bereitet dem Antichristen den Weg, der sie zunächst für sein religiöses Gaukelwerk mißbraucht, um sie anschließend fallenzulassen (Offenbarung 17, 3/16). Die Religion Babylons vermischt also sämtliche Ideologien und Religionen miteinander und möchte sie unter Umgehung der Wahrheit Gottes zum antichristlichen Einheitssystem verbinden: Die falsche Einheit nach Offenbarung 17 und 18 ist am Entstehen.

Die wahre Einheit hingegen ist die Einheit nach Johannes 17: die Einheit aller derjenigen - und nur derjenigen! -, die an Jesus Christus als den lebendigen Sohn Gottes glauben, ihn lieben und ihm durch alle antichristlichen Wirren hindurch die Treue halten.

Jesus Christus selber beschreibt diese wahre Einheit mit folgenden Worten in seinem Gebet zum Vater:

"Ich bitte aber nicht allein für sie (meine Jünger), sondern auch für die, die durch ihr Wort an mich glauben werden, damit sie alle eins seien. Wie du, Vater, in mir bist und ich in dir, so sollen auch sie in uns sein, damit die Welt glaube, daß du mich gesandt hast" (Johannes 17, 20 f.)

Heute geht die falsche Einheit mit Riesenschritten voran. Es gibt eine "Globalisierung" in der Politik und Wirtschaft, aber leider genauso in christlichen Kirchen und Gemeinden. Alle Religionen und Konfessionen sollen zusammenrücken um des äußeren und inneren Friedens willen. Einheit und Friede werden über Eindeutigkeit und Wahrheit gestellt. Der Maßstab ist nicht mehr "allein Christus", "allein der Glaube" und "allein die Heilige Schrift", sondern eine falsch verstandene Liebe (ohne Wahrheit), eine Selbstverwirklichungs-Ideologie und ein "Evangelium" zum Wohlfühlen. Hier sollten wir äußerst wachsam sein.<<

Daniel Hecker (Institut für Islamfragen) berichtete im Jahre 2005 über den Islam (x918):

>>Das Kopftuch als Uniform

Das Kopftuch kann unter vielen verschiedenen Aspekten betrachtet werden, z.B. unter religiösen, politischen und soziologischen Aspekten. Häufige Fragen lauten: "Was sagt der Koran über das Kopftuch?", "Hat das Kopftuch politische Bedeutung?" oder "Warum verbietet ein Land wie die Türkei das Kopftuch in Schulen und Universitäten, während der Iran das Tragen

eines Kopftuchs gesetzlich festlegt?"

Es gibt darüber hinaus aber auch noch andere Betrachtungsmöglichkeiten. Das Thema Kopftuch kann auch unter dem Aspekt der Uniform betrachtet werden, und auch aus diesem Blickwinkel ergeben sich interessante Aspekte:

1. Die lexikalische Bedeutung der Uniform

Abgesehen vom Aussehen einer Uniform haben alle Uniformen gemeinsame Eigenschaften, die schon in der lexikalischen Definition des Begriffs enthalten sind. Eine Uniform ist:

1. einheitlich, einförmig
2. eine Bekleidung, die nach Stoffart, Farbe, Schnitt und Aufmachung einheitlich getragen wird, um eine gewisse Zusammengehörigkeit zu demonstrieren (Militäruniform, Postuniform).
3. Eine einheitliche vorschriftsmäßige Bekleidung ist besonders für Amtsträger (Soldaten, Polizisten usw.) von Bedeutung.

Zwei entscheidende Kennzeichen sind in diesen lexikalischen Definitionen enthalten:

- Der Wunsch, etwas gleich zu machen, indem Uniformträger einheitlich aussehen
- Der Wunsch, sich zu unterscheiden, indem zwischen einer uniformierten Gruppe und anderen Gruppen eine äußerliche Unterscheidung getroffen wird.

2. Verschiedene Gesichter der Uniform

a. Die Uniform des Kopftuches (oder: Übergewandes) im Koran:

Der Koran beinhaltet mehrere Verse, die offensichtlich eine Verschleierung (oder: Bedeckung) der Frau vorschreiben. Dabei sind der Wunsch, sich untereinander gleich zu machen und sich nach außen zu unterscheiden, die Basis der entsprechenden Koranvorschriften (s. Sure 33, 59), um die Pflicht zum Tragen des Kopftuches bzw. des Übergewandes zu begründen:

- Sure 33, 59 beginnt mit dem allgemeinen Befehl: "Sage, o Prophet, deinen Frauen und Töchtern und den Frauen der Gläubigen, daß sie ihr Übergewand (über ihr Antlitz) ziehen sollen, wenn sie ausgehen." Diese Anweisung betrifft alle Musliminnen; sie müssen alle ein Übergewand - die gleiche Uniform - tragen und auf diese Weise das gleiche Aussehen erhalten. Das macht sie äußerlich gleich, d.h. verwandelt sie in eine äußerlich gleich aussehende Gruppe.
- Der Vers geht weiter: "... damit man sie als ehrbare Frauen erkenne und sie nicht belästige." Durch eine äußerlich auffallende Aufmachung - Uniform - müssen sich Musliminnen von anderen Frauen, also nicht verschleierten Nichtmusliminnen, unterscheiden.

b. Die Uniform in utopischer Literatur

Die Uniformierung ist eine unentbehrliche Voraussetzung zur Gestaltung einer Utopie. Die Festlegung bestimmter standardisierter Maßnahmen soll ein besseres Leben ermöglichen, und zwar eine Utopie, ein Niemandsland. So gestaltet ein Schriftsteller eine "vollkommene Gesellschaft." Sie ist Ausdruck der Unzufriedenheit des Schriftstellers mit der Realität. so daß er eine bessere, perfekte Lebensform erfindet, die in der Realität nicht durchsetzbar ist oder doch nur mit der Schaffung unmenschlicher Lebensumstände durchsetzbar wäre.

Eine Utopie bleibt eine Gesellschaft mit streng verbindlichen Regeln, die von einem Diktator (dem Verfasser der Utopie - den Menschen aufgezwungen werden. Der Diktator entscheidet über uniforme Standards wie die Bauten der Stadt, die Arbeitsplätze und -zeiten, die Anzahl der Kinder, ihre Kleidung usw. Keiner der Beteiligten darf gegen diese Regeln verstoßen, sonst gilt er als Außenseiter; weil er sich den von oben verfüigten uniformierenden Regeln nicht unterwirft.

Auf der anderen Seite ist das Einhalten der uniformierenden Regeln keine freie Entscheidung. Wer in die Utopie hineingeboren wurde, muß sich den Regeln (Uniformen) des autoritären Schriftstellers unterwerfen oder sich auflehnen und strafbar machen.

Viele Schriftsteller lassen ihre Charaktere anhand äußerlicher Unterschiede zum Außenseiter

werden, indem sie gegen die Uniformen verstoßen: Mike beschreibt sich in Robert A. Heinleins Fremder in einem Fremden Land: "Ich weiß, was los ist; ich bin weder ein Mensch noch ein Wesen aus März."

Weil er sich von den anderen unterscheidet, kann er weder im März noch auf der Erde integriert werden. In Aldous Huxleys Schöne Neue Welt hat John eine Haut, die zu weiß für die indischen Einwohner des Schutzgebiets ist, aber gleichzeitig sind seine Emotionen und sein Temperament im Welt-Staat unerwünscht. Er gilt in beiden Welten als ein Außenseiter. Und in William Goldings Herr der Fliegen ist Piggy dick und trägt eine Brille. Mit diesem äußerlichen Unterschied zu den anderen Kindern auf der Insel wird schon auf seine spätere Verfolgung und Tötung hingewiesen.

c. Die Uniform beim Militär

Als Soldat muß man sich anderen Leuten gegenüber entsprechend der Uniform, die sie tragen, verhalten. Menschen gelten in diesem Bereich aufgrund ihrer Uniform als Freunde, Feinde, Untergebene oder Vorgesetzte. Bestimmte standardisierte Symbole - Wappen, Sterne, Schwerter, Adler, Kronen o.ä. - zeigen den Rang eines Soldaten an. Die Persönlichkeit des uniformierten Mitsoldaten spielt keine Rolle bei Entscheidungen anderer Mitsoldaten ihm gegenüber, so z.B., ob ein anderer Soldat diesem gehorchen muß, ob er ihm befehlen darf, ihm helfen oder ihn gefangennehmen muß.

Entscheidend dafür ist die Kleidung des Uniformträgers, die seinen Rang und seine Gruppenzugehörigkeit angibt. Die Uniform symbolisiert den militärischen Rang, das Gesetz, das der Soldat vertritt oder auch die Haltung eines Staates einem anderen Staat gegenüber. Wer z.B. dem Befehl eines "höheren Uniformträgers" nicht gehorcht, macht sich damit strafbar. Die Uniform entscheidet letztlich über die Verhaltensweise des Soldaten anderen "Uniformierten" gegenüber.

Die Weigerung eines Soldaten, eine Uniform zu tragen, gilt fast in allen Armeen der Welt, insbesondere in Kriegszeiten, als strafbar, in manchen Ländern sogar als schweres Verbrechen. Solch eine gesellschaftliche oder staatliche Bestrafung beruht nicht darauf, daß die Uniform als eine Mode abgelehnt wird. Vielmehr wird die Ablehnung der Uniform als Weigerung aufgefaßt, das Gesetz des Landes zu respektieren, bzw. diesem Staat und seiner Gesellschaft einen wichtigen Dienst nicht zu leisten.

Im Großen und Ganzen erklärt sich ein Soldat durch seine Uniform dazu bereit, für den Staat - den Uniformgeber - zu kämpfen oder sogar zu sterben. Wer sich dagegen wehrt, erklärt damit seinen Protest gegen die Staatspolitik und Gesellschaftsnormen und muß mit Strafe rechnen. Die Uniform beim Militär ist Pflicht. Ist man in einem Land geboren, in dem kein Zivildienst möglich ist, muß man in einer ganz bestimmten Uniform - und nur in dieser - seinen Militärdienst leisten.

3. Das Kopftuch (oder Übergewand) als Uniform im Islam

a. Was bedeutet "Kopftuch"?

Während dieser Ausdruck in westlichen Ländern nur die "**Kopfbedeckung**" einer Frau meint, hat er im Islam eine viel allgemeinere Bezeichnung. Im Arabischen wird oft das Wort "**Hidjab**" als Bezeichnung für das Übergewand einer Frau verwendet. Es bedeutet "Bedeckung" und bezieht sich nicht lediglich auf den Kopf, sondern auf den ganzen Körper einer Frau. Daher ist die zutreffende Übersetzung für "Hidjab" eher "Übergewand" als "Kopftuch". Deshalb wird in diesem Artikel überwiegend das Wort "Übergewand" anstelle von "Kopftuch" verwendet.

Es gibt keine einheitliche Auffassung unter muslimischen Gelehrten über die "richtige" Form eines Kopftuches oder Übergewandes. Während manche muslimische Geistliche, die für eine Modernisierung des Islam eintreten, Musliminnen vorschreiben, ihren Körper bis auf das Gesicht und die Hände zu verhüllen, bestehen andere darauf, daß ein "richtiges" Überge-

wand den gesamten weiblichen Körper verhüllen muß, Hände und Gesicht eingeschlossen. Zum Beispiel: Im Iran sind Mantel und Kopftuch vorgeschrieben (Hände und Gesicht dürfen unverschleiert bleiben), in Saudi-Arabien die totale Körperverschleierung (Hände und Gesicht eingeschlossen), in Afghanistan zur Taliban Zeit war die **Burka** Vorschrift (auch Verschleierung des ganzen Körpers).

Im Jemen darf eine Frau ihr Gesicht unverschleiert lassen, aber viele Frauen tragen Gesichtsmasken.

Beide Gruppen belegen ihre Meinung anhand des Koran, der Überlieferung und der Biographie Muhammads. Beide Gruppen behaupten, das richtige Verständnis des vorgeschriebenen islamischen Übergewandes zu besitzen. Deshalb kommt es häufig vor, daß die Verschleierung einer Muslimin in bestimmten islamischen Ländern als "islamisch richtig" angesehen wird, während diese in anderen islamischen Ländern für "islamisch nicht akzeptabel" gilt.

Prominente Vertreter aus beiden Gruppen:

Scheich Mohammed Bin Othaimen (einer der bedeutendsten islamischen Geistlichen des sunnitischen Islam im 20. Jahrhundert): "Die Frau muß ihren ganzen Körper verschleiern, ihr Gesicht und Hände eingeschlossen. Diejenigen, die einer Frau erlauben, ihr Gesicht und ihre Hände unverschleiert zu zeigen, belegen diese Ansicht anhand von Vorschriften, die nicht mehr gültig, d.h. ausgetilgt worden sind." (Die islamische Koranwissenschaft geht davon aus, daß später offenbarte Koranverse früher offenbarte aufheben).

- Ibn al-Abbas (Mohammads Vetter, der den meisten Muslimen als der beste Erläuterer des Koran gilt): "Die Frau muß ihren ganzen Körper verschleiern. Sie darf nur ein Auge unverschleiert lassen."

- Ubaida al-Salmani (ebenfalls ein wichtiger Erläuterer des Koran): "Eine Frau muß ihren ganzen Körper verschleiern. Nur ihr linkes Auge darf sie unverschleiert zeigen."

Scheich Abu Djihad al-Sughbi (ein prominenter zeitgenössischer islamischer Theologe und Propagandist) führt folgende Eigenschaften des richtigen Übergewandes auf:

1. Es muß den ganzen Körper bedecken. Einige Rechtsgutachter haben die Hände (ab dem Handgelenk) und das Gesicht ausgeschlossen.
2. Es darf an sich kein Schmuck (nicht hübsch) sein.
3. Es darf nicht durchsichtig sein.
4. Es muß so breit sein, daß man die Konturen des Körpers nicht erkennen kann.
5. Es darf nicht parfümiert sein.
6. Es darf nicht der Kleidung der Männer ähneln.
7. Es muß sich von den Kleidern der gottlosen Frauen (Nichtmusliminnen) unterscheiden.
8. Es darf nicht aus Gründen der Berühmtheit getragen werden.

- Scheich Dr. Wahba al-Zuhaili (ein prominenter zeitgenössischer islamischer Propagandist und Theologe): Eine Frau darf ihr Gesicht unverschleiert zeigen. Dagegen ordnet die Rechtschule von Imam Ahmad Ibn Hanbal die Gesichtverschleierung an.

b. Müssen auch muslimische Männer sich verschleiern?

Obwohl es in vielen islamischen Ländern unter muslimischen Männern üblich ist, verschiedene Kopfbedeckungen zu tragen, sind dies keine vom Islam verordneten Kopfbedeckungen bzw. Übergewänder, sondern **traditionelle Trachten**, die aus vorislamischen Zeiten stammen. Der Islam ordnet die Verschleierung nur für Frauen an. Die Verschleierung ist für muslimische Frauen ein Bestandteil ihrer religiösen Pflichten Allah gegenüber. Ein Übergewand zu tragen, ist also keine freie Entscheidung, sondern religiöse Pflicht für jede Frau, die dem Islam angehört.

c. Welche Frauen müssen sich verschleiern?

Jeder Mensch, der in eine muslimische Familie geboren wird, wird automatisch als Muslim aufgefaßt. Er gilt sein Leben lang als Muslim, selbst wenn er sich zum Atheisten entwickelt

oder sogar zu einer anderen Religion konvertiert. Es gab und gibt kaum ein islamisches Land, in dem man seine "ererbte" Religion - den Islam - offiziell im Paß ändern lassen darf.

Daher muß jede Frau, die in eine islamische Familie hineingeboren wird, sich verschleiern, sobald sie ihre erste Menstruation gehabt hat oder sogar davor, wenn sie für Männer als anziehend eingestuft wird. In islamischen Ländern mit "liberaler" Einstellung werden unverschleierte Frauen in der Öffentlichkeit geduldet. In islamischen Ländern mit strenger staatlicher Einstellung dem Islam gegenüber werden Frauen gezwungen, sich in der Öffentlichkeit zu verschleiern, ja manchmal bedroht, beleidigt oder bestraft.

4. Konflikte im Zusammenhang mit dem Übergewand

a. Soldaten marschieren gegen verschleierte Muslimas

Der Konflikt wegen des Kopftuchs hat nicht in Frankreich oder Deutschland begonnen, sondern in etlichen islamischen Ländern. Immer wieder haben Regierungen islamischer Länder versucht, das Kopftuch bzw. die Verschleierung abzuschaffen, z.B. das iranische Regime unter **Reza Shah** (1925-1941).

Am 29.09.1981 zwangen Tausende von syrischen Soldaten in mehreren Städte Syriens - vor allem in Damaskus - im Zuge der damaligen Politik verschleierte Frauen dazu, ihr Kopftuch bzw. Übergewand abzulegen. Frauen, die sich dagegen wehrten, wurden von den Soldaten geschlagen und ihnen das Kopftuch (Übergewand) abgerissen.

Einige Tage später beschrieb der damalige syrische Präsident **Hafez al-Assad** in einer öffentlichen Rede das Kopftuch als: "ein Kleidungsstück, das nur von älteren Frauen getragen werden darf." Nach diesen Worten schallte das Fußballstadion, in dem die Rede gehalten wurde, von dem Ruf der Soldatinnen wider: "Wir wollen keinen Rückschritt mehr. Wir wollen unverschleiert gehen!"

Der Präsident der Türkei, Ahmet Sezer, kritisierte am 08.03.2004 diejenigen, die Frauen dazu ermutigen, das Kopftuch zu tragen. Für ihn gelten sie als "Menschen, die durch das Kopftuch versuchen, das demokratische, säkulare System der Türkei zu vernichten."

Er konkretisierte seine Aussage mit den Worten: "Die Thematik des Kopftuchs wird im Namen der Demokratie zur Debatte gemacht. Sie hat aber zu nichts anderem beigetragen als zur Behinderung unserer demokratischen Entwicklung."

Ähnliche Worte ließen z.B. **Mustafa Kemal Atatürk** (Türkei) oder **Habib Bourkeba** (Tunesien) verlauten.

b. Gründe für eine Ablehnung des Kopftuches/Übergewandes

Um dieser Frage auf den Grund zu gehen, könnte man auch fragen: Was ist der Unterschied zwischen dem Kopftuch oder dem Übergewand einer Muslimin und dem Gewand einer Nonne? Wieso protestiert kaum jemand, - selbst nicht in islamischen Ländern - gegen das Kopftuch einer Nonne, während es wegen des Kopftuches in nichtislamischen Ländern heftige Debatten gibt und in islamischen Ländern sogar islamischen Ländern z. T. sogar blutige Ausschreitungen.

Die Auseinandersetzung um das Kopftuch oder Übergewand ist kein Konflikt über unterschiedliche Geschmacksrichtungen, sondern ein Konflikt mit politischem, kulturellem, sozialem und religiösen Hintergrund.

Die Bedeckung versteckt nicht nur den Kopf oder Körper einer Muslimin, sondern symbolisiert auch ihre Unterwerfung den Lehren des Islams gegenüber. Eine Muslimin, die ein Kopftuch bzw. Übergewand trägt, hat damit erklärt, eine ganze Reihe von Vorschriften des Islam einzuhalten, die in nichtislamischen Ländern zu Konflikten führen können:

- Eine Muslimin muß prinzipiell ihre Rolle als eine von vier Ehefrauen ihres Ehemannes akzeptieren, denn der Koran erlaubt nach überwiegender Meinung die Ehe eines Mannes mit bis zu vier Frauen (Sure 4, 3) (nur die Türkei und Tunesien haben die Vielehe gesetzlich verboten). Dagegen muß sie sich mit einem Ehemann begnügen. Da dieses islamische Recht der

Vielehe in nichtmuslimischen Ländern nicht anerkannt ist, werden sich Musliminnen in solchen Ländern häufig ungerecht - nicht gemäß der islamischen Gesetze - behandelt fühlen.

- Eine Muslimin ist davon überzeugt, daß ihr Zeugnis vor Gericht nur halb so wert ist wie das Zeugnis eines Mannes (Sure 2, 282). Daß ihr Zeugnis in nichtislamischen Ländern dem Zeugnis eines Mannes gleichkommt, muß für sie ungerecht und gegen Allahs Gesetz sein.

- Eine Muslimin, die ein Kopftuch bzw. Übergewand trägt, darf ihre Körperkonturen nicht sichtbar machen und ein Übergewand oder einen Mantel tragen. Damit kann sie manche Sportarten nicht ausüben, wie z.B. Schwimmen, Laufen, Gymnastik, alle Ballspiele etc. Muslimische Frauen sind damit von vielen olympischen Disziplinen ausgeschlossen. In nichtislamischen Ländern führt diese Haltung an Schulen zu Schwierigkeiten.

- Eine Muslimin muß damit rechnen, von ihrem Ehemann geschlagen zu werden, falls sie ihm gegenüber widerspenstig wird (Sure 4,34). Dagegen darf sie ihren widerspenstigen Ehemann nicht schlagen noch ihn schlagen lassen, falls sie ihm körperlich überlegen ist.

c. Andere mögliche Konfliktfelder

Hier könnten eine Reihe von Vorschriften, Lehren und Praktiken des Islam aufgezählt werden, die zum Konflikt mit Nichtmuslimen bzw. mit säkularen Regierungen in islamischen Ländern führen können:

- Der tägliche Ruf zum Gebet, mindestens fünfmal am Tag. Heutzutage benutzen die Moscheen in islamischen Ländern Lautsprecher, um möglichst im weiten Umkreis gehört zu werden. Dies ist für Nichtmuslime zumindest "gewöhnungsbedürftig", insbesondere, wenn es um den Ruf früh am Morgen vor Sonnenaufgang geht. In islamischen Ländern werden alle Nichtmuslime um diese frühe Tageszeit gemeinsam mit allen Muslimen aufgeweckt, obwohl sie - die Nichtmuslime - das islamische Gebet nicht verrichten müssen.

- Der Ruf zum Aufstehen mitten in der Nacht während des Fastenmonats Ramadan erschallt, um Muslimen zu ermöglichen, vor dem Sonnenaufgang noch einmal zu essen und trinken, bevor beides für den folgenden Tag bis zum Sonnenuntergang wieder verboten ist. Der Ruf muß früh genug vor dem Sonnenaufgang erschallen, damit Familien noch aufstehen und eine Mahlzeit zubereiten können.

Im arabischen Raum wird diese Aufgabe von Männern übernommen, die Misahhirati oder Musahher genannt werden. Diese Rufer werden staatlich angestellt und besoldet. Jeder von ihnen ist für ein bestimmtes Gebiet verantwortlich. Die Rufer gehen durch alle Straßen und Gassen des ihnen zugeteilten Gebietes, trommeln laut auf einer Trommel und rufen zum Aufstehen und zum Gebet. Oft geschieht das zwischen zwei und vier Uhr nachts.

Der Ruf muß so laut sein, daß Muslime, die im nächtlichen Schlaf liegen, aufgeweckt werden, aber natürlich wirkt sich das auch auf die nichtmuslimische Bevölkerung aus; abgesehen davon, daß im Fastenmonat das abendliche Mahl und die Besuche sich weit in die Nacht hineinziehen, also das gesellschaftliche Leben sich bis in die Nacht hinein abspielt.

- Ein Muslim soll sein Leben nur nach den Gesetzen des Islam ausrichten und darf eigentlich keinem staatlichen Gesetz gehorchen, das mit dem Islam und Allahs Geboten nicht übereinstimmt. In einer Publikation der islamistisch-extremistischen Partei "Hizbul Tahrir al-Islami" heißt es dazu:

"Demokratie beinhaltet die Trennung zwischen Religion und Leben d.h. zwischen Religion und Staat ... der Islam ist genau das Gegenteil. Er ist auf dem muslimischen Glauben gebaut. Dieser Glaube ordnet alle Angelegenheiten des Lebens und des Staates anhand der Gebote und Verbote Allahs. D.h. anhand des Shari'a, die im islamischen Glauben gründet. Der Mensch kann seine Ordnungen nicht selbst gestalten, sondern muß der Ordnung Allahs gehorchen."

5. Schwarzweißdenken

Mit dem Tragen der Uniform geht ein kollektives Zugehörigkeitsgefühl einher, Hingabe an

ein höheres Ziel und Unterwerfung unter denjenigen, der die Uniform angeordnet hat, wie z.B. den Arbeitsgeber, Militärführer, Geistlichen.

Wenn ein Arbeiter seine Firmenuniform trägt, verdeutlicht er damit seine Bereitschaft, für diese Firma zu arbeiten und ihre Gesetze einzuhalten. Auch der uniformierte Soldat kämpft für seine Führer, die ihm die Uniform verordnet haben, für diejenigen, die an der Spitze der Hierarchie stehen und sein Verhalten bestimmen.

Ein Soldat fühlt sich stark unter seinen Mitsoldaten und Gleichuniformierten. Die kollektive Kleidung und seine kollektiven Pflichten (Übungen, Versammlungen, Marschieren usw.) machen deutlich, daß er der Gruppe der gleich aussehenden Mitsoldaten angehört. Sein eigenständiges Denken wird marginalisiert, sein Alltag und Verhalten werden nicht von ihm bestimmt, sondern von der "höheren Uniform". In Kriegszeit kämpft er auf Seiten der "gleichen Uniform" gegen die "andere Uniform".

Ebenso werden äußerliche Unterschiede bezüglich des Aussehens von Musliminnen durch das Kopftuch oder Übergewand verringert oder verwischt. Verschleierte Musliminnen haben die gleichen Silhouetten und keine Kopf- oder Körperkonturen mehr. Durch die Verschleierung können sie sich gegenseitig schnell als eine einheitliche muslimische Gruppe erkennen und ebenso schnell von anderen Frauen - Nichtmusliminnen - unterschieden werden.

Dieses kollektive Aussehen führt im Islam zur allgegenwärtigen Aufteilung in die Welt der Frauen der Verschleierten (Musliminnen) und der Unverschleierten (Nichtmusliminnen), was von vielen muslimischen Theologen und auch manchen Muslimen als Gruppe der "Gottesfürchtigen" und "Gottlosen" gleichgesetzt wird. ...

Der Autor:

Daniel Hecker wurde in einer traditionellen islamischen Familie geboren: Weder seine Familie noch die islamischen Geistlichen konnten seine Fragen über Gott überzeugend beantworten. Obwohl er sich zum Atheisten entwickelte, verrichtete er lange Jahre alle Pflichten des Islam. Er empfand tiefen Haß gegen alle Religionen und Gläubigen. Dennoch fing er an die Bibel zu lesen - die Lehre Jesu Christi schien ihm humaner als alles, was er in seinem Leben kannte. Dazu zeigte Jesus sich ihm deutlich durch mehrere Gebetserhörungen. ...<<

2006

Der deutsche Nachrichtensender "n-tv" berichtete am 10. Januar 2006: >>**Gastprofessur an**

Elite-Uni

Fischers neues Leben

Der ehemalige Außenminister Joschka Fischer will nach Informationen des "Sterns" Gastprofessor in den USA werden. Die Zeitschrift berichtet unter Berufung auf das Umfeld des Grünen-Politikers. Fischer habe geheime Verhandlungen über eine Gastprofessur an einer amerikanischen Elite-Universität geführt. Seit längerem hätten ihm Anfragen aus Princeton in der Nähe von New York und Harvard im US-Bundesstaat Massachusetts vorgelegen.

In Princeton hatte Fischer bereits 2003 einen Vortrag über "Europa und die Zukunft der transatlantischen Beziehungen" gehalten. Laut "Stern" will Fischer, der weder Abitur noch ein Studium vorweisen kann, aber nicht für immer in die USA umziehen, sondern nur für zwei bis drei Jahre. Er verhandele zudem noch mit einem US-Forschungsinstitut über eine Mitarbeit im Bereich der Außenpolitik.

Fischer arbeite zunächst aber noch an einem Buch über seine siebenjährige Amtszeit als Außenminister und Vizekanzler der rot-grünen Koalition, hieß es. Es soll Anfang 2007 erscheinen.

Die Grünen gehen den Informationen des Blatts zufolge davon aus, daß Fischer sein Bundestagsmandat "demnächst" zurückgeben werde. Gerade hat er sein letztes Parteiamt bei den Grünen niedergelegt, und zwar die Mitgliedschaft im Parteirat.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 11. März 2006 (x887/...):

>>Demontage der Kultursprache Deutsch

Deutliche Zeichen für die Demontage der Kultursprache Deutsch sind der stupide Umgang mit der sogenannten Rechtschreibreform und die Zerstörung der deutschen Sprache durch ein Übermaß an gezielt importierten oder gedankenlos übernommenen Anglizismen, die auch von staatlicher Seite betrieben, zumindest aber hingenommen wird.

Hinzu kommt die von kulturpolitisch verantwortlichen Repräsentanten des Staates erklärte Abwertung der deutschen Sprache zu einer Art "Feierabendsprache" neben der "Arbeitssprache" Englisch, wie das unlängst durch Baden-Württembergs Ministerpräsidenten Günther Oettinger geschehen ist. Hierzu gehört auch die Forderung nach Englischunterricht von der ersten Klasse an, den ausgerechnet die Bundesbildungsministerin Annette Schavan erhob.

Wenn die Kinder im Grundschulalter besonders aufnahmefähig sind, wie das die Frau Ministerin richtig feststellt, dann müßten sie gerade in diesem Alter in der Muttersprache sattelfest werden, denn diese ist Ausdruck unverwechselbarer Identität, des Denkens und Fühlens und damit der Kultur. Auf solcher festen Grundlage ist dann das geistige Abenteuer einer oder mehrerer Fremdsprachen zu bewältigen, ohne die eigene kulturelle Persönlichkeit zu relativieren.

Die Dekadenz der deutschen Sprache geht einher mit zunehmender Alterung der Bevölkerung und rapidem Geburtenrückgang. Diese beiden Probleme sind nunmehr in das öffentliche Bewußtsein gedrungen, nachdem sie weit mehr als zwei Jahrzehnte aus ideologischen Gründen unter den Verdacht einer reaktionären "Bevölkerungspolitik" gestellt und nur sehr zögerlich diskutiert worden waren. In jüngster Zeit zieht auch die Sprachproblematik zunehmendes Interesse auf sich. Nicht zuletzt ist das auf den 1997 vom Dortmunder Statistik-Professor Walter Krämer gegründeten "Verein Deutsche Sprache (VDS)" zurückzuführen, dem sich mittlerweile mehr als 25.000 Mitglieder angeschlossen haben.

So antwortete der Bevölkerungswissenschaftler Professor Herwig Birk gegenüber der "Berliner Zeitung" auf die Frage, was ihn mehr berühre "als die Frage nach dem Aussterben", wie folgt: "Das Verschwinden der deutschen Sprache und mit ihr des klaren Denkens. Das geschieht in einem weitaus atemberaubenderen Tempo als das demographische Verschwinden der Bevölkerung selbst ... Die Welt wird sehr viel ärmer, wenn es keine deutsche Kultur mehr gibt. Nehmen Sie große Ideen, wie die des "Weltfriedens" von Immanuel Kant. Man kann auf vieles verzichten, aber wenn man die zentralen Grundbegriffe verliert, weil niemand mehr Deutsch liest, dann ist das, als beseitige man in einem Haus die Grundmauern."

Zu der stümperhaften Rechtschreibreform stellte Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) fest, sie sei "ein famoses Beispiel dafür, wie mühsam die Politik gelegentlich Lösungen für Probleme sucht, die sie selbst ohne Not geschaffen hat".

Er kommentierte damit den am vorletzten Donnerstag gefaßten Beschluß der Kultusministerkonferenz, einige der am meisten kritisierten groben Mängel der Rechtschreibreform wieder zu beseitigen und zugleich "wahlweise" Lösungen dort zu erlauben, wo einige reformierte Schreibweisen dem Schreibempfinden allzusehr entgegenstanden. Der niedersächsische Kultusminister Bernd Busemann (CDU) meinte nach dem Änderungsbeschluß: "Wir sind am Ende eines qualvollen Weges."

Die 1996 von Staaten des deutschen Sprachraums beschlossene Rechtschreibreform, die für Ämter und Schulen vom 1. August 1998 an gilt und deren Ziel es war, die Rechtschreibung zu vereinfachen, wurde zu einer politischen Blamage, an deren Ende die Auflösung der Einheitlichkeit der Rechtschreibung in diesem deutschen Sprachraum stehen könnte. Jedenfalls ist die "Ruhe an der Rechtschreibfront" noch nicht abzusehen, und statt eines Reglements zeichnet sich ein Durcheinander ab. Was von alledem als politische Erkenntnis bleibt, ist die Tatsache, daß die Verantwortlichen in Deutschland mit der deutschen Sprache und damit mit dem zentralen Gut deutscher Kultur leichtfertig umgehen.

Für die Lösung des Problems bleibt nur der Blick zu unserem Nachbarn Frankreich, der, vor den gleichen Problemen stehend, sich 1994 entschlossen hat, seine Sprache gesetzlich zu schützen. Das nach dem damaligen Kultusminister Jacques Toubon benannte Gesetz (loi Toubon) wurde seinerzeit in Deutschland als "Sprachchauvinismus" verächtlich gemacht, erst jetzt gewinnt es auch bei uns Interesse. Die Meldung, daß ein Gericht in Versailles einen US-Konzern zu 580.000 Euro Strafe verurteilt hat, weil die Firma ihren französischen Mitarbeitern nicht alle Unterlagen und Computerprogramme übersetzt, fand keine bösertige, sondern eher verständnisvolle Kommentierung.

Das Sprachgesetz hat in Frankreich zu einer besseren Bewahrung der Sprache beigetragen, zumindest ein Problembewußtsein geschaffen, wie es in Deutschland nicht vorhanden ist. Erstaunt nimmt der Deutsche zur Kenntnis, daß es in 120 Ländern der Welt Gesetze zum Schutz der Sprache gibt. Deutschland ist auf diesem Gebiet ganz offensichtlich ein Entwicklungsland, das auf diesem politischen Weg zur eigenen Sprache finden sollte.

Die Aufnahme der deutschen Sprache in das Grundgesetz ("Die Sprache der Bundesrepublik Deutschland ist Deutsch") sollte der Sprache Verfassungsrang geben, und auf dieser Grundlage sollte ein weltoffenes, der eigenen Kultur verpflichtetes Gesetz zum Schutz der deutschen Sprache vom Deutschen Bundestag beschlossen werden.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 25. März 2006 (x887/...):

>>**Thesen zur Vertreibung**

Neuaufgaben der Standardwerke von Prof. *Alfred M. de Zayas*

Zu den Standardwerken über Flucht und Vertreibung der Deutschen aus dem Osten zählen seit Jahrzehnten die Werke des Völkerrechtlers Prof. Dr. Alfred M. de Zayas ("Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung", 1977, sowie "Anmerkungen zur Vertreibung", 1986). Beide Bücher wurden jetzt komplett überarbeitet, ergänzt und aktualisiert neu herausgegeben, das erste unter dem Titel "Die Nemesis von Potsdam" bei Herbig in München; das andere heißt nun "Die deutschen Vertriebenen - keine Täter, sondern Opfer" und erscheint bei Ares/Stocker in Graz. Wie der Autor bereits in einem Interview mit dieser Zeitung (PAZ 52/2005) betonte, sind jeweils etwa 20 Prozent völlig neu.

Als Anhang hat de Zayas, Kulturpreisträger der Landsmannschaft Ostpreußen und ständiger Autor dieser Zeitung, seine wichtigsten Aussagen in zwölf Thesen zusammengefaßt.

Dem Bund der Vertriebenen hat er inzwischen vorgeschlagen, diese Thesen sowie die richtungweisende Rede des ehemaligen UN-Hochkommissars für Menschenrechte, Jose Ayala Lasso, zum Tag der Heimat im August 2006 in Berlin in einer Broschüre abzdrukken, die unter anderem in Schulen verteilt werden könnte, um der allzu weit verbreiteten Unwissenheit über diese Thematik entgegenzuwirken.

Vorab dokumentieren wir hier Auszüge aus diesen "Thesen zur Vertreibung":

- Heimatrecht ist Menschenrecht.
- Die Vertreibung der Deutschen war völkerrechtswidrig.
- Die Haager Landkriegsordnung von 1907 war im Zweiten Weltkrieg anwendbar. Artikel 42 bis 56 beschränken die Befugnisse von Okkupanten in besetzten Gebieten und gewähren der Bevölkerung Schutz, insbesondere der Ehre und der Rechte der Familie, des Lebens der Bürger und des Privateigentums (Artikel 46), und verbieten Kollektivstrafen (Artikel 50). Eine Massenvertreibung ist mit der Haager Landkriegsordnung in keiner Weise in Einklang zu bringen ...
- Vertreibungen waren im Jahre 1945 völkerrechtswidrig, auch in Friedenszeiten, denn sie verletzen die Minderheitenschutzverträge, die Polen und die Tschechoslowakei verpflichteten.
- Die Rechtsprechung des Internationalen Militär-Tribunals in Nürnberg verurteilte die Vertreibungen, die von den Nationalsozialisten durchgeführt worden waren, als Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit. Das Völkerrecht hat per definitionem universale Gel-

tung, und darum stellten die Vertreibungsaktionen gegen die Deutschen, gemessen an denselben Prinzipien, ebenfalls Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit dar.

- Artikel XIII des Potsdamer Protokolls hat keine Legalisierung der Vertreibung der Deutschen bewirkt und konnte es auch gar nicht. Die Alliierten hatten keine unbeschränkte Verfügungsgewalt über das Leben der Ostdeutschen. Auch wenn es ein "Interalliiertes Transferabkommen" gegeben hätte (und Artikel XIII stellt kein solches Abkommen dar), müßte es nach völkerrechtlichen Prinzipien beurteilt werden.

- Vertreibung und Verschleppung können sehr wohl als Völkermord bezeichnet werden, wenn die Absicht des Vertreiberstaates nachweislich ist, eine Volksgruppe auch nur teilweise zu vernichten. Dies war zweifelsohne die Absicht Beneschs, wie in seinen Reden und in den Benesch-Dekreten ausreichend belegt.

- Flüchtlinge und Vertriebene haben ein Recht auf Rückkehr sowie ein Recht auf Restitution (siehe Uno-Unterkommission für Menschenrechte, Resolutionen 2002/30 und 2005/21, sowie den Schlußbericht der Unterkommission über Vertreibung und die Menschenrechte, UN Doc E/CN. 4/Sub. 2/1997/23).<<

Der Hörfunksender "Deutschlandfunk" berichtete am 8. April 2006: >>**Wenn mit dem Wind die Angst kommt**

Weißrußland 20 Jahre nach Tschernobyl

Inmitten von Wald und Wildnis schläft das Monster. Unter einer 300.000 Tonnen schweren Decke aus Stahl und Beton. Sie soll die Umgebung vor der radioaktiven Strahlung schützen. Als der Block 4 der Kernkraftanlage Tschernobyl vor 20 Jahren explodiert, kommt es zur Kernschmelze. Die Radioaktive Rauch- und Aschewolke zieht nach Norden. Die 1986 freigesetzte Radioaktivität war 400 mal größer, als die der Explosion von Hiroshima und Nagasaki zusammen. Etwa zwei Drittel des radioaktiven Fallout von Tschernobyl gingen nach dem 26. April 1986 in Weißrußland nieder.

Von Anja Schrum und Ernst-Ludwig von Aster

Liquidatoren, so werden noch heute alle Menschen genannt, die nach der Katastrophe eilig nach Tschernobyl geschafft wurden. Feuerwehrleute, und Soldaten aus der gesamten Sowjetunion: insgesamt 800.000 Menschen kamen, um das strahlende Inferno einzudämmen. Die meisten von ihnen sind inzwischen tot. ...

Während die Weltgesundheitsorganisation WHO zusammen mit der Internationalen Atomenergiebehörde in einer Studie von wenigen tausend Toten aufgrund der Strahlenexposition ausgehen, sprechen andere Wissenschaftler von 50.000 bis 100 000 Toten. In ihre Berechnungen fallen nicht nur die Krebsopfer, sondern auch die Menschen, die sich nach der Explosion das Leben nahmen. ...

Viele denken bei Tschernobyl vor allem an die Ukraine. Dort steht zwar der Reaktor doch hinter der Grenze in Weißrußland waren die Folgen des Reaktorunglücks ungleich schlimmer. Mehrere 1.000 Quadratkilometer sind unbewohnbar, davon liegt rund die Hälfte im Rayon (Landkreis?) Choiniki. Doch um die Region scheint sich niemand mehr zu kümmern. Die internationale Hilfe kommt hier schon lange nicht mehr an.

Die Gefahr liegt heute weniger in der Luft, sondern viel mehr im Boden. An vielen Stellen ist die Humusschicht der Wälder mit dem radioaktiven Element Cäsium verseucht - Pilze und Wurzeln saugen es auf. ...

Unter der Stahl-Beton-Decke des Reaktorblocks 4 sind immer **noch 20 Tonnen Kernbrennstoffe**. Sicher liegen sie dort nicht, die Konstruktion, der sogenannte Sarkophag ist undicht. ...<<

Der deutsche Journalist und Historiker Klaus Rainer Röhl schrieb am 22. April 2006 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>**Vergewaltigungen deutscher Frauen kein Thema**

Ende April wird die erste deutsche Ausstellung über Flucht und Vertreibung im Bonner "Haus der Geschichte" geschlossen. Über die Ausstellung haben wir bei ihrer Eröffnung berichtet. Wie alle Vertriebenen, die entgegen fester Versprechungen immer noch kein eigenes Zentrum gegen Vertreibungen besitzen, haben wir uns darüber gefreut, daß 60 Jahre nach der völkerrechtswidrigen Vertreibung von 15 Millionen Deutschen aus ihrer Heimat ihr Schicksal in dem zentralen deutschen Geschichtsmuseum Thema wurde.

Die Ausstellung geht jetzt nach Berlin und Leipzig. Hoffentlich nicht in unveränderter Form. Denn hinter den Kulissen wird seit einem Jahr ein Konflikt verborgen gehalten, der seit Eröffnung der Ausstellung zwischen dem Ausstellungskurator und seinen Kritikern schwelt.

Dabei geht es nicht darum, was Gutes und Lobendes über die Ausstellung "Flucht, Vertreibung, Integration" zu sagen, sondern darum, was in dieser Ausstellung fehlt, so auffällig fehlt, daß man getrost davon sprechen kann, daß dieses Thema bewußt ausgeblendet werden sollte: Daß viele Hunderttausende deutscher Frauen und Mädchen, viele von ihnen noch Kinder, während der Flucht oft wochenlang vergewaltigt wurden, von russischen Soldaten und auch von Angehörigen der polnischen und tschechischen Milizen. Viele der Frauen und Mädchen haben die Folgen der massenhaften Vergewaltigungen nicht überstanden, Tausende gaben sich auch selbst den Tod.

Wer dennoch überlebte, war oft für immer traumatisiert, ebenso wie die Kinder, die die barbarischen Akte mit ansehen mußten. Längst sind die Morde, schweren Körperverletzungen und Vergewaltigungen als Kriegsverbrechen geächtet, und überall auf der Welt werden sie heute als solche gebrandmarkt, ob sie in Bosnien, in Albanien, in Afrika oder in Asien verübt werden, und fast jeden Tag wird über Vergewaltigungen berichtet und die Täter werden, wenn möglich vor dem Kriegsverbrecher-Tribunal angeklagt, gleich, ob es um Frauen und Mädchen in Sudan, in Uganda, oder, wie in diesen Tagen im Kongo geht.

Nur für deutsche Opfer schien bisher kein Interesse zu bestehen - dabei handelt sich bei den gezielten Massen-Vergewaltigungen der Roten Armee um das größte Gewaltverbrechen der Nachkriegszeit.

Deutsche Gutmenschen, bei denen die Umerziehung in der dritten Generation schon ins Groteske umgeschlagen ist, haben im Jahr 2006 auch dafür noch eine Entschuldigung zur Hand. Und viel Verständnis.

Diese jungen Soldaten, sagen uns manche unserer nach 1945 geborenen Gutmenschen, mordeten und vergewaltigten deutsche Mädchen und Frauen, weil sie nach vielen Monaten der gnadenlosen Kämpfe mit den deutschen Soldaten - Gefangene wurden auf beiden Seiten kaum noch gemacht - nur noch Haß gegen die Deutschen kannten und diesen Haß auf die deutschen Frauen übertrugen. Und ihn an ihnen ausließen.

Außerdem hätten die jungen Soldaten bei ihrem Vormarsch überall die von Deutschen zerstörten Dörfer und Städte und ihre getöteten Landsleute gesehen, und so aus Rache die Gewalttaten an Frauen begangen. Diese These wird uns immer wieder aufgetischt, wenn von den Vergewaltigungen der Roten Armee die Rede ist, auch in Guido Knopps Fernsehserie "Die große Flucht".

Die sich im Wortlaut gleichenden, fast stereotypen Erklärungen, vorgetragen von wohlmeinenden, letzten Endes aber voreingenommenen Publizisten und Wissenschaftlern, sogar von Augenzeugen und Opfern selbst (!) sollen Kriegsverbrechen entschuldigen, die auch gern abschwächend "Übergriffe" genannt werden.

Auffallend oft, meist erst auf bohrende Nachfragen der Reporter, kommt der Hinweis auf die Verbrechen der Nazis, an deren Schuld ohnehin niemand der Zuschauer gezweifelt hat. Vielleicht steckt keine Absicht dahinter, aber die Wirkung ist eindeutig. Die Kriegsverbrechen der Russen, Polen oder Tschechen werden relativiert. Sie sollen gegen deutsche Geiselmorde und andere Kriegsverbrechen aufgerechnet werden.

Aber man kann Völkermord und Kriegsverbrechen nicht relativieren und die Toten nicht gegeneinander aufrechnen. Das genau ist ja die Methode der Rechtsextremisten. Und der Stalin-Anhänger, von denen es in Deutschland weit mehr bekennende Anhänger gibt als NPD-Leute. Außerdem sprechen die heute bekannten Tatsachen gegen die Rache-These. Die kämpfende, kampfgewohnte Truppe, vor allem die Besatzungen der Panzer und Sturmgeschütze, das bestätigen alle Augenzeugen, vergewaltigte im allgemeinen nicht, griff vielleicht nach Uhren und Schnaps und zog rasch weiter.

Die nachrückenden Reserven junger Rekruten aber hatten in ihrer Heimat, in der Mongolei keine Toten oder verbrannte Häuser zurücklassen müssen, die sie jetzt an halbwüchsigen Mädchen oder alten Frauen hätten rächen wollen. Sie hatten gerade, einige Wochen zuvor, bei ihrem Einmarsch ins Baltikum, auch die Frauen und Kinder der Letten, Esten und Litauer vergewaltigt und getötet. Sie wurden mit der gleichen Brutalität behandelt, wie später die jungen Mädchen und Frauen aus Ostpreußen.

Die jungen Männer aus der Mongolei, die im Raum Königsberg und in Danzig, in Pommern und in Schlesien besonders barbarisch wüteten, waren nicht grausamer geboren als andere Männer. Der Grund für die an allen Frontabschnitten auftretenden Gewalttaten und Morde war ein anderer: Sie begingen die Verbrechen, weil sie es durften. Weil das Gewaltverbot, das seit Kain und Abels Zeiten gilt, für sie aufgehoben war.

Den angeblichen "Rassestolz" der deutschen Frauen sollten die russischen Soldaten nach einem Aufruf des Schriftstellers Ilja Ehrenburg durch massenhafte Vergewaltigungen "brechen". Wörtlich heißt es in einem Flugblatt aus dem November 1944: "Folgt der Weisung des Genossen Stalin und zerstampft für immer das faschistische Tier in seiner Höhle. Brecht mit Gewalt den Rassehochmut der germanischen Frauen! Nehmt sie als rechtmäßige Beute!"

Die Urheberschaft des berühmten Schriftstellers an diesem Text ist nicht zweifelsfrei nachzuweisen, aber seine rund 3.000 veröffentlichten Flugblatt-Texte und Aufrufe atmen den gleichen Geist des Hasses.

Der Ermunterungen durch solche Flugblätter bedurften die jungen Soldaten aus den asiatischen Provinzen der Sowjetunion nicht - sie wußten schon, was sie mit den Frauen und Mädchen tun wollten - und taten. Das, was sie in ihren verborgensten Träumen und Phantasien schon immer gewollt hatten, das gleiche, was sich alle potentiellen Sexualtäter und Mörder überall auf der Welt auch heute in ihren gar nicht so seltenen Gewaltträumen wünschen, was aber in allen Kulturstaaten mit lebenslangem Gefängnis oder der Todesstrafe bedroht ist: Das junge Mädchen, die Frau demütigen, mit Gewalt nehmen, dem Opfer Schmerz zufügen und es am Ende sogar ermorden.

Tatsächlich wurden die bis zur Bewußtlosigkeit mißbrauchten deutschen Frauen und halbwüchsigen Mädchen von den russischen Soldaten nicht selten nach der Vergewaltigung getötet. Viele empfanden es als Erlösung.

Seit Eröffnung der Ausstellung "Flucht, Vertreibung, Integration" fordert eine Kölner Frauenhilfsorganisation "medica mondiale" in Gesprächen mit dem Ausstellungsleiter Hans-Joachim Westholt eine "angemessene Würdigung des Themas".

Aber nicht einmal, als Prominente wie die Psychoanalytikerin Margarete Mitscherlich oder ihr Kollege Horst Eberhard Richter Protestbriefe schrieben, wurde eine Ergänzung der Ausstellung ins Auge gefaßt.

Es war offenkundig, daß der Kurator während der ganzen Zeit das Thema blockierte. Angeblich sei das Thema Vergewaltigung nicht ins Bild zu setzen. Obwohl die Ausstellung zahlreiche Tonbanddokumente anbietet, in der Betroffene über ihre Erlebnisse erzählen, und Presseauschnitte, Filme, Akten und wissenschaftliche Dokumentationen über Einzelheiten der Vertreibung sonst ausführlich berichten. Selbst als "medica mondiale" dem Kurator das Buch eines Opfers für die Ausstellung anbot, blockte Westholt ab. Dabei gibt es nicht nur ein Buch

einer Frau über ihre Vergewaltigung.

Die Vertriebenenverbände haben Tausende von Augenzeugenberichten betroffener Frauen, auch als Videofilme gesammelt, und solche Interviews sind auch bereits mehrfach im deutschen Fernsehen gesendet worden, unter anderem in Filmen von Guido Knopp.

Eine Woche vor der Schließung der Ausstellung in Bonn (!) lenkte der Ausstellungskurator in einem Gespräch mit dem "Kölner Stadtanzeiger" vom 14. April plötzlich ein und erklärte, er würde einen Ausweg aus der verfahrenen Situation begrüßen. Seitdem warten die Redaktion des "Kölner Stadtanzeigers" und die Frauen von "medica mondiale" gespannt darauf, daß Herr Westholt sich bei ihnen meldet.

Möglichkeiten, nun auch das Thema der Massenvergewaltigungen angemessen in der Ausstellung zu realisieren, gäbe es viele. Die Sprecherin der Frauenhilfsorganisation, Margret Meyer, bezweifelt allerdings den guten Willen des Ausstellungskurators: "Herr Westholt wollte das Thema einfach nicht, weil es ein Tabu berührt", vermutet sie. ...<<

Der deutsche Journalist Helmut Matthies schrieb am 29. April 2006 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>**Gewinner der Einheit**

DDR-Bürgerrechtler sind vergessen, es lebe die PDS

Deutschland ist ein seltsames Land. Die jüngsten Wahlen ergaben, daß Rechtsextreme (DVU, NPD) eine geringere Rolle denn je spielen. Anstatt sich darüber zu freuen, erklärte der Zentralrat der Juden in Deutschland im Blick auf Sachsen-Anhalt, die etablierten Parteien hätten "die Begeisterung für rechtsextremistische Parteien nicht gebrochen".

Tatsache ist: Die NPD trat gar nicht an. Sie unterstützte die DVU, die aber trotzdem nur 3 Prozent (1998 waren es noch 12,9 Prozent!) erhielt. Begeisterung?

Daß in Sachsen-Anhalt Linksaußen 25,2 Prozent (4,2 Prozent mehr) erhielt, ist weder Juden noch Kirchen noch Parteien eine Silbe des Bedauerns wert. Und hier liegt das Problem: Während Rechtsaußen marginalisiert ist, feiert Linksaußen einen Triumph nach dem anderen.

Nicht genug damit, daß die PDS-Größen Gregor Gysi und Lothar Bisky von Talkshow zu Talkshow gereicht werden, obwohl sie in der SED-Diktatur verantwortliche Positionen innehatten. Jetzt ist eine PDS- beziehungsweise Linkspartei-Frau gar in eines der höchsten Staatsämter gewählt worden: Petra Pau wurde eine der Vizepräsidenten des Bundestages.

Der SPD-Politiker Hans-Peter Bartels begründete dies lapidar mit den Worten, man habe sich "mit der kommunistischen Fraktion geeinigt", und dann "bekommt man eben eine Kommunistin". Petra Pau arbeitete einst im Zentralrat der FDJ. Christen, die sich weigerten, der FDJ beizutreten, durften oft nicht an die Oberschule beziehungsweise an eine Hochschule. Ihnen wurde damit trotz Begabung eine Karriere verweigert. Sie müssen jetzt mit geringeren Verdiensten auskommen.

Sind etwa Mitarbeiter im Unterdrückungssystem nun im demokratischen Deutschland Gewinner der Einheit? Die einstigen Bürgerrechtler sind jedenfalls so gut wie alle aus dem Bundestag verschwunden. Die Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Marianne Birthler, beklagte jetzt die zunehmend "aggressive Propaganda" sogar früherer Stasi-Mitarbeiter. Ausgerechnet während einer Diskussion in der Stasi-Gedenkstätte in Berlin-Hohenschönhausen beherrschten die Täter die Debatte, konnten Opfer gar als Kriminelle bezeichnen.

Der anwesende Berliner Kultursenator Thomas Flierl (von der PDS!) schritt kaum ein. Für Birthler ist dies alles alarmierend, denn die SED-Diktatur sei ganz und gar nicht harmlos gewesen: "Es hat 250.000 politische Gefangene gegeben, darunter viele, deren Leben zerstört wurde."

Noch längst ist die Stasi-Aufarbeitung - auch in den Kirchen - nicht beendet. In letzter Zeit wurde bald alle paar Tage ein neuer Fall in Sport und Politik bekannt. Dagegen haben die Opfer kaum Fürsprecher. Im Gegenteil: Anfang April hatte der PDS-Fraktionschef im sächsischen Landtag, Peter Porsch, zu einer Buchlesung mit Ex-Stasi-Offizieren in Dresden einge-

laden. In dem Buch wird das Wirken der Stasi beschönigt.

Als sich die wissenschaftliche Leiterin der Gedenkstätte Bautzen (dort war das brutalste DDR-Gefängnis, in dem auch Christen inhaftiert waren), Silke Klewin, und ihr Kollege zu Wort meldeten, ernteten sie "nur höhnisches Gelächter" (so die "Sächsische Zeitung"). Nach der Lesung sagte sie: "Einige der ehemaligen Häftlinge bekommen es wieder mit der Angst zu tun." Angst im demokratischen Deutschland vor denen, die vor mehr als 15 Jahren Verbrechen verübt haben?

Deutschland hat 6.000 Gedenkstätten, die an das Nazi-Unrecht erinnern. Dagegen gibt es nur wenige über die zweite deutsche Diktatur im letzten Jahrhundert. Eine Gedenkstätte, die das Leid der Christen, die sich der Diktatur verweigerten, vor dem Vergessen bewahrt, ist nicht einmal im Gespräch. Ein kleiner Trost ist, daß jetzt in vielen Kinos der Film "Das Leben der Anderen" läuft, in dem die Brutalität der Stasi deutlich wird.

"idea" setzt ein kleines Zeichen: Sein Freundeskreis fährt am übernächsten Wochenende nach Bautzen. In der Gedenkstätte berichten zwei Christen, wie sie Gott erlebt haben - in der Haft. Helmut Matthies ist bei "idea" zuständig für die Gesamtleitung.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 27. Mai 2006 (x887/...):

>>**Erst sprachlos - dann arbeitslos**

Wenn die Muttersprache geht, verschwinden auch die Arbeitsplätze

Sprachschützer und Arbeitervertreter in Frankreich jubeln: Ein Gericht hat Anfang März die Verurteilung eines Tochterunternehmens von "General Electric" bestätigt. Das Vergehen: Die Medizintechnik-Firma "GE Medical Systems" ("Gems") hat im Umgang mit ihren Beschäftigten zuviel Englisch verwendet. Jetzt muß das Unternehmen an den Betriebsrat eine Strafe in Höhe von 580.000 Euro zahlen.

Gegen das Tourbon-Gesetz aus dem Jahre 1994, das nach dem damaligen Kulturminister Jacques Tourbon benannt ist und den Unternehmen in Frankreich die Benutzung der französischen Sprache vorschreibt, ist selbst "General Electric", der zweitgrößte Konzern der Welt, machtlos. Seine Tochter "Gems" hatte Dokumente und Rechnerprogramme angewendet, die ausschließlich auf englisch abgefaßt waren. "Sogar die französische Unternehmensführung richtete ihre Botschaften auf englisch an uns. Mitarbeiter, die kein oder kaum Englisch sprachen, wurden regelrecht isoliert", teilte eine Gewerkschaftssprecherin mit.

So löblich die Wertschätzung der Muttersprache in Frankreich ist: Die weltweite Entwicklung geht in eine andere Richtung. Die wirtschaftliche und politische Überlegenheit der Vereinigten Staaten von Amerika und die länderübergreifende Ausdehnung des Arbeitsmarkts für Spitzenkräfte führen dazu, daß Englisch in immer mehr Unternehmen als Konzernsprache einzieht. Dabei bildet sich eine Zweiklassengesellschaft heraus aus Führungspersonal auf der einen Seite, das im Sprechen und Denken amerikanisiert ist, und Untergebenen, die noch in ihrer Kultur verwurzelt sind, auf der anderen Seite.

Und so werfen deutsche Lenker von Großunternehmen mit unverständlichen Anglizismen um sich. Deutsche Unternehmen anglisieren ihren Firmennamen ("BMW Group", "Deutsche Post World Net", "Deutsche Bahn Mobility Networks Logistics") und ihre Abteilungen (zum Beispiel "Siemens": "Power", "Medical", "Lighting" und so weiter). Besprechungen finden oft nicht mehr auf deutsch statt, selbst wenn keine Fremdsprachigen zugegen sind. Nach und nach dringt Englisch von den oberen Führungsetagen auch in die unteren Unternehmensebenen vor, wo es der Verständigung eher schadet als nützt.

Führungskräfte versuchen, die kulturellen Wurzeln ihrer Untergebenen zu kappen und verächtlich zu machen. So erklärte im Jahr 2000 der damalige Vorstandsvorsitzende der Güterloher "Bertelsmann AG", Thomas Middelhoff, in der Tageszeitung "Die Welt": "Unternehmer haben die Pflicht, regionale Besitzstände ... ebenso kritisch in Frage zu stellen wie andere gewachsene Strukturen.

Wie verbreitet das regionalzentrische Weltbild in Deutschland heute noch ist, zeigt ein Beispiel: Als Bertelsmann Englisch zur offiziellen Unternehmenssprache erklärt hat, beschwerten sich Bürger, ein deutsches Unternehmen dürfe sich nicht von der deutschen Sprache verabschieden - ein Kuriosum in einer globalisierten Welt, aber ein ernstzunehmendes. Globalisierung fängt mit der Bereitschaft an, auch gedanklich über die Grenzen zu schauen. Eine Folge müßte sein, Englisch und eine weitere Fremdsprache früher und intensiver als bisher an den Schulen zu vermitteln."

Middelhoff, der sich gerne als Amerikaner mit nur zufällig deutschem Paß bezeichnet, spricht also tatsächlich von einer Art Umerziehungsplan, um gewachsene Strukturen wie Kultur und Muttersprache in Frage stellen zu können. Vor diesem Hintergrund bekommt die breite Einführung von Frühenglisch an den Grundschulen eine unheimliche Bedeutung.

Englisch schafft jedoch keine Arbeitsplätze im deutschen Sprachraum. Zahlreiche große deutsche Unternehmen, die auf Englisch als Unternehmenssprache setzen, bauen im Stammland Stellen ab und im Ausland auf, zum Beispiel: "Daimler-Chrysler", "Metro" oder "Aventis". Auch die Amerikanisierung der Berufsbezeichnungen ("Sales Manager", "Freelancer", "Researcher" und so weiter) und der Angebote der Bundesagentur für Arbeit ("Job-Floater", "Jobcenter", "Assessment" und "Clearingstellen") haben die Arbeitslosigkeit nicht verringert.

"Muttersprachler werden bei der Vergabe von Leitungsposten in den meisten Fällen bevorzugt", meint Jürgen Hausschildt, Fachmann für Wirtschaftssprachen und ehemaliger Professor für Betriebswirtschaft an der Universität Kiel. Das gelte selbst dann, wenn ein anderer Mitarbeiter eine bessere fachliche Qualifikation aufweise, seine Sprachkenntnisse aber geringer seien: "Die fachlichen Kenntnisse werden dann oft hinter den Sprachkenntnissen vermutet." Das heißt also: Mit dem Vormarsch des Englischen verschlechtern sich die Karrierechancen von Deutschen, selbst wenn diese Englisch gründlich gelernt haben.

Und: Flucht aus der Sprache bedeutet auch Flucht aus dem Land. Ohne Bindung zur Landessprache haben die Führungskräfte auch keine Bindung an das Land. Ihre untergebenen Mitarbeiter sehen sie als beliebig verschiebbare Verfügungsmasse.

Die Verordnung eines fremden und beschränkten Wortschatzes bedeutet Verluste in der Vorstellungskraft, in der Denkschärfe und bei der reibungslosen Verständigung. Letztlich nützt sie nur denen, die Englisch zur Muttersprache haben. Amerika läßt sich im eigenen Land übrigens nicht den Vorrang der englischen Sprache nehmen. Ein Grundsatzurteil des Obersten US-Bundesgerichts von 1994 bestätigte einer kalifornischen Firma das Recht, von ihren zumeist spanischsprachigen Angestellten den alleinigen Gebrauch des Englischen am Arbeitsplatz zu verlangen.

In Deutschland gibt es allerdings nur wenige rühmliche Ausnahmen. Eine davon ist der Vorstandsvorsitzende der "Porsche AG", Wendelin Wiedeking. Im Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" erklärte er: "Natürlich können sich Manager in englisch verständigen. Aber das ist nicht auf allen Arbeitsebenen der Fall. Ganz schwierig wird es, wenn es um Details geht, um die Einzelteile eines Motors beispielsweise. Doch gerade bei diesen Themen müssen sich die Mitarbeiter perfekt verständigen. Und wenn Englisch oder Französisch die Konzernsprache ist, benachteiligt man automatisch alle, für die dies nicht die Muttersprache ist."

An anderer Stelle sagte er: "Was heißt das, wenn sie (die Mitarbeiter) plötzlich in einer Fremdsprache kommunizieren müssen? Sie rauben vielen die Möglichkeit, sich so zu artikulieren, wie sie es gewohnt sind. Da bleibt Leben auf der Strecke. Da verlieren sie Kraft." Wir brauchen im deutschen Sprachraum einen Stimmungswechsel, damit eine solch vorbildliche Einstellung unter den Lenkern großer Unternehmen wieder selbstverständlich wird.

Die "Porsche AG" baut übrigens keine Arbeitsplätze ab.<<

Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 12. Juni 2006: >>"Im Auftrag des Gewissens"

Begin war Drahtzieher des Adenauer-Attentats

Menachem Begin, der spätere israelische Ministerpräsident und Friedensnobelpreisträger des Jahres 1978, war Auftraggeber, Organisator und Geldbeschaffer eines Anschlags auf Bundeskanzler Konrad Adenauer im Jahr 1952. Das ergibt sich aus einem Bericht mit dem Titel "Im Auftrag des Gewissens", den Elieser Sudit, einer der beiden Haupttäter, mehr als vierzig Jahre nach dem Anschlag niedergeschrieben hat.

Die Umstände der damaligen Bombenattentate und den Gang der Ermittlungen beschrieb der Journalist Henning Sietz zunächst in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 4. Juli 2003 und später in dem Buch "Attentat auf Adenauer. Die geheime Geschichte eines politischen Anschlags". Der Kreis der mutmaßlichen Täter konnte damals zwar eingegrenzt, aber nicht vollständig geklärt werden. Jetzt stehen die Namen der Attentäter fest - es handelt sich um ehemalige Aktivisten der 1948 aufgelösten jüdischen Terrororganisation "Irgun Zvai Leumi", auch "Etzel" genannt, die gegen die britische Mandatsmacht gekämpft hatte.

Begin legte Protest ein

Die Attentäter handelten im Auftrag prominenter Mitglieder von Begins Partei "Cheruth", die aus dem "Irgun" hervorgegangen war. Diese Erkenntnisse stammen aus dem Bericht des Attentäters Elieser Sudit. In stiller Verehrung nennt Sudit darin den Drahtzieher des Attentats: Menachem Begin.

Anfang April 1952 waren in Paris fünf Israelis festgenommen wurden, von denen vier Mitglieder seiner "Cheruth-Partei" waren. Die französische Polizei warf ihnen vor, an dem Paketbomben-Attentat beteiligt zu sein, das kurz zuvor Adenauer getroffen hatte. Begin - so berichtete die Pariser Zeitung "France Soir" am 5. April 1952 - verlangte von dem französischen Geschäftsträger in Israel nähere Informationen über die Vorkommnisse in Frankreich. Anschließend legte er Protest ein.

Tod eines Sprengmeisters

Am 27. März 1952 hatte ein unbekannter Mann am Münchner Hauptbahnhof zwei Buben ein Paket gegeben. Sie sollten es in Schwabing auf die Post bringen. Die Adresse der Sendung lautete: "An dem Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer, Bundeshaus, Bonn". Am Abend explodierte das Paket im Keller des Polizeipräsidiums und tötete einen Sprengmeister.

Kurz darauf trafen zwei kleinere Briefbomben in Wassenaar bei Den Haag ein, wo Deutschland und Israel über einen Vertrag verhandelten, der als "Wiedergutmachungsabkommen" oder "Shilumim" in die Geschichte eingehen sollte. Kurz darauf bezichtigte sich eine bis dahin unbekannte "Organisation Jüdischer Partisanen" der Attentatsversuche. Das Ziel der Anschläge war nun klar: Sie sollten eine erste Verständigung zwischen Deutschland und Israel verhindern.

Menachem Begin war 1978 zusammen mit dem ägyptischen Präsidenten Anwar Al Sadat mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden, weil beide den israelisch-ägyptischen Friedensvertrag zu Wege gebracht hatten.<<

Das Nachrichtenmagazin "FOCUS ONLINE" berichtete am 25. September 2006: >>**Ernest Hemingway: "Ich töte gerne"**

Nobelpreisträger Ernest Hemingway brüstete sich, 122 deutsche Kriegsgefangene erschossen zu haben - eine Spurensuche.

Günter Grass hatte Glück. Als der Angehörige der Waffen-SS im April 1945 in amerikanische Gefangenschaft geriet, war ein anderer späterer Literaturnobelpreisträger eben in die USA zurückgefliegen: Ernest Hemingway. Wäre Grass ihm in die Hände geraten, hätte ihm dies passieren können:

"Einmal habe ich einen besonders frechen SS-Kraut umgelegt. Als ich ihm sagte, daß ich ihn töten würde, wenn er nicht seine Fluchtwegsignale rausrückte, sagte der Kerl doch: Du wirst mich nicht töten. Weil du Angst davor hast und weil du einer degenerierten Bastardrasse an-

gehörst. Außerdem verstößt es gegen die Genfer Konvention. Du irrst dich, Bruder, sagte ich zu ihm und schoß ihm dreimal schnell in den Bauch, und dann, als er in die Knie ging, schoß ich ihm in den Schädel, so daß ihm das Gehirn aus dem Mund kam, oder aus der Nase, glaube ich." Das schrieb Hemingway am 27. August 1949 seinem Verleger Charles Scribner.

Eine He-Man-Pose? Ernest Hemingway war ein begeisterter Jäger zu Wasser und zu Lande. Man kennt die Trophäenbilder des Großwildjägers, seine Lust am Stierkampf und seine Reportagen. "Ich töte gerne", hatte er sogar verlautbart.

1944 folgte Hemingway als Kriegsberichterstatter den alliierten US-Truppen in die Normandie. Acht Monate, bis zum 6. März 1945, begleitete er das 22. Regiment der Vierten Infanterie-Division im Rang eines Offiziers, bemerkenswerterweise teils auch im Auftrag des OSS, der Vorgängerorganisation der CIA. "Wir habens hier sehr nett und lustig, viele Tote, deutsche Beute, viel Schießerei und jede Menge Kämpfe", schrieb er an Mary Welsh.

In Rambouillet ließ er sich mit Zustimmung des OSS-Obersten David Bruce zum inoffiziellen Gouverneur ernennen. Da er fließend Französisch sprach, beruhigte er die Bevölkerung, hielt die Stadt, ließ die feindlichen Stellungen auskundschaften - und verhörte deutsche Gefangene. In dem 50 Kilometer vor Paris gelegenen Ort trug er ein ganzes Waffenarsenal zusammen und entfernte überdies von seiner Uniform die Zeichen des Kriegsberichterstatters, weiß sein Biograph A. E. Hotchner.

Am 2. Juni 1950 berichtete Hemingway Arthur Mizener, daß er 122 Deutsche getötet habe. Eines seiner letzten Opfer sei ein junger, auf einem Fahrrad flüchtender Soldat gewesen - "ungefähr im Alter meines Sohnes Patrick". Er habe ihm mit einer M1 von hinten durch das Rückgrat geschossen. Die Kugel zerfetzte die Leber.

Daß der Nobelpreisträger gegen die Genfer Konvention verstoßen hat, verschweigen selbst seine Bewunderer nicht. Mit der Zahl und Details konfrontiert, wiegeln sie aber meist ab: Man müsse verstehen, es sei Krieg gewesen. Hemingway hat zwar immer dick aufgetragen, den Macho demonstriert - aber was trieb ihn ohne Not zu diesem Eingeständnis? Die Briefe blieben bis heute in allen Ausgaben unkommentiert. Obwohl es keinen Zeugen für die 122 Morde gibt, mit denen er prahlt, sind jedoch nicht wenige Verehrer entsetzt über den "Massenmörder an deutschen Kriegsgefangenen" (Alfred Mechttersheimer): Die Stadt Triberg im Schwarzwald setzte daraufhin 2002 ihr Festival "Hemingway Days" ab.

Grass gehörte einer Verbrecherorganisation an, Hemingway bekennt sich zu Kriegsverbrechen - wie nobel ist der Nobelpreis eigentlich noch?<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 11. November 2006 (x887/...): >>>Treu zur Sprache

Auch nach zehn Jahren hat sich die Rechtschreibreform nicht durchgesetzt

Die Deutschen wissen, daß ihre Sprache der wichtigste Kulturträger ist - und sie halten diesen Besitz hoch. Die Sprache in Schrift und Wort erschließt das kulturelle Erbe.

Zehn Jahre nach dem verhängnisvollen Beschluß der Kultusminister, die deutsche Sprache einer Rechtschreibreform zu unterwerfen, lehnt eine deutliche Mehrheit der Bundesbürger die neuen Schreibregeln ab. Nach einer Umfrage, die die Zeitschrift "Deutsche Sprachwelt" zum Tag der deutschen Sprache 2006 veröffentlichte, lassen 56 Prozent der Befragten nur die traditionellen Rechtschreibregeln gelten, 16 Prozent richten sich nach einem eigenen Regelwerk, lediglich 28 Prozent halten sich an die neue Staats-Orthographie.

Und nicht alle aus freien Stücken: Da viele Unternehmen entschieden haben, für ihren Schriftverkehr die reformierten Regeln anzuwenden, fühlen sich 60 Prozent der Berufstätigen dazu verpflichtet, aber fast die Hälfte aus dieser Befragten-Gruppe ist "Neuschreiber" gegen die eigene Überzeugung.

Das Erlanger Unternehmen "Textfex" hatte diese Zahlen erhoben, indem es Bundesbürger verschiedener Alters- und Berufsgruppen nach dem Zufallsprinzip auswählte und befragte.

Die Untersuchung förderte auch zutage, wie sprachempfindlich die Deutschen, jedenfalls die angesprochenen Bürger mit "Bildungshintergrund" sind. 36 Prozent der Befragten wenden sich von Waren oder Dienstleistungen ab, wenn diese fehlerhaft oder schlecht beschrieben werden, 37 Prozent sind allerdings schon so abgehärtet, daß sie sich trotz schlechter Texte nicht den Konsum verleiden lassen.

Immerhin 18 Prozent bekommen das Erbarmen mit den Sprachtrotzeln und würden sogar mehr bezahlen, wenn dafür Bedienungsanleitungen oder Produktwerbung besser geschrieben wären. Überhaupt: Medien und Werbewirtschaft werden häufig für schlechtes Deutsch getadelt (14 und elf Prozent der Fälle), einsame Spitzenreiter bei den Sprachschlampen sind aber jene Personen, die sich zum öffentlichen Leben rechnen lassen.

Der "Verein Deutsche Sprache" (Dortmund), der nächste Woche in sein zehntes Jahr geht und nach seinen Angaben inzwischen schon 27.000 Mitglieder zählt, und die anderen Sprachschützer müßten sich jetzt einer zweiten Aufgabe stellen: Da immer mehr junge Menschen kaum noch lesen wollen, dafür aber länger Radio hören, müssen die Rundfunk-Beiträge als Sprachvorbild kritisch analysiert werden.

In vielen Sendungen, auch bei den öffentlich-rechtlichen Anstalten, wird nach täglicher Beobachtung nur noch Rumpfdeutsch gesprochen mit einem bedenklich hohen Anteil englischer Vokabeln - die oft genug sogar sinnwidrig gebraucht werden. Schmerzhafte wird die Rundfunk-Sprache, wenn es um Feinheiten der Grammatik geht, etwa um die Zeitenfolge zwischen Haupt- und Nebensatz. Solche Sprachästhetik gibt es höchstens noch auf Papier, von geübten Schreibern.

Und: Zum Glück gibt es immer noch gute Stimmen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk, aber die Sprachliebe scheint auch dort eine Generationenfrage zu sein. Junge Sprecher haben nicht nur Vokalklang frei nach Schnauze, sondern auch, wie es sich anhört, eine tiefe Abneigung gegen korrekte Konsonanten. Das "r", immer schwer zu sprechen, wird regelmäßig zu einem langen "a" gequält. Wenn die Intendanten weiter so wenig Wert auf Sprecherausbildung legen, geht auch noch die phonetische Qualität ihrer "Sendah in den Kellah".<<

Der deutsche Publizist und Autor Horst Koch berichtete im November 2006 (x1.102/...):

>>**Der Genozid der Völker Europas**

Von *Alfred Häussler*

Die Menschen der Völker Europas waren in diesem seinem Ende zugehenden Jahrhundert nicht nur Zeugen grausamer und verbrecherischer Genozide an verschiedenen Völkern, vor allem am jüdischen Volk. Sie erleben seit den 60er Jahren dieses Jahrhunderts auch einen Genozid ihrer eigenen Völker, der in seinem Umfang, in seiner Zukunftsbedrohung, vor allem aber in der Ignorierung durch die betroffenen Menschen und Völker einmalig in der Weltgeschichte ist.

Der Genozid am jüdischen Volk

Der Genozid am jüdischen Volk übertraf alle bisherigen Völkermorde durch die Perfektion seiner Durchführung, durch die Geheimhaltung an seinem Anfang und durch den Einsatz modernster Chemie zur massenhaften Tötung unschuldiger Menschen. Dieser Genozid stellt alle bisher bekannt gewordenen Genozide in den Schatten.

Bei aller Geheimhaltung des Genozides an den Juden, besonders in der Anfangsphase, zeigte sich auch später, als das Massenmorden durchsichtig wurde und die Geheimhaltung nicht vollständig mehr gewährleistet blieb, kaum Widerstand. Und dieser auch dort nicht, wo er möglicherweise erfolgversprechend gewesen wäre, das blutige Geschehen zu beenden oder wenigstens zu mindern.

Es ist zwar bekannt, daß Interventionen von kirchlicher Seite, wie die der holländischen Bischöfe, nicht zu einer Beendigung, sondern nur zu einer Verschärfung der Judendeportationen führten. Trotzdem steht die Frage im Raum: Warum wurden die Westlichen Alliierten so we-

nig aktiv?

Als kriegsführende Mächte, als Gegner zum nationalsozialistischen Staat und deswegen zu keinerlei Neutralität gegenüber diesem verbrecherischen Staat angehalten, sondern angetreten, diesen Staat zu bekämpfen, waren gerade sie moralisch dazu verpflichtet, die Verbrechen dieses Staates schnellstens zu beenden und dies unter Einsatz militärischer Gewalt, über die sie in reichstem Maße verfügten. Denn die Alliierten waren Gegner im Krieg. Ein neutrales Verhalten im Genozid an Juden, an angeblich "minderwertigen" Menschen und an Regimegegnern durfte von ihnen nicht erwartet werden!

Es darf deswegen angenommen werden, daß durch entsprechendes Eingreifen der Alliierten das grausame Morden hätte beendet oder hätte doch vermindert werden können! Dies wäre sicher verdienstvoller gewesen, als militärisch belanglose Zentren deutscher Städte zu bombardieren, in denen unzählige Frauen und Kinder sterben mußten und Kulturgüter von unschätzbarem Wert verloren gingen.

Die westlichen Alliierten hätten mit ihren überlegenen Luftflotten alle Zufahrtswege zu den Vernichtungslagern zerstören können. Sie hätten damit aber auch ein Signal an die Öffentlichkeit der gesamten Welt gesandt und diese frühzeitigst auf die damals noch weitgehend unbekanntem Verbrechen aufmerksam gemacht.

Dies ist leider nicht geschehen! - Obwohl man doch annehmen darf, daß die Geheimdienste der Alliierten über alle Vorgänge in den Vernichtungslagern informiert waren.

Der Genozid an weiteren Völkern

Neben dem Genozid am jüdischen Volk hatte auch das armenische Volk in der Zeit des 1. Weltkrieges einen Genozid mit einer Million Toten zu beklagen. Die Armenier wurden von den Türken verfolgt wegen ihrer Sprache und wegen ihrer Religion. Bei dem kleinen Volk der Armenier sind eine Million Tote eine sehr hohe Zahl! Sie ist ein Drittel bis zur Hälfte des ganzen Volkes.

In neuester Zeit mußten wir wieder 1994 Völkermorde im bevölkerungsreichsten und höchstgelegenen Staat Zentralafrikas, in Ruanda, erleben.

Auch hier beschränkte sich der Rest der Welt mehr oder weniger auf eine Zuschauerrolle im an Grausamkeit nicht zurückstehenden Geschehen. Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" schrieb dazu am 24.4.1998: "Vor allem Angehörige des Hutu-Stammes werden verdächtigt, am Völkermord an 600.000 bis einer Million Tutsi und gemäßigten Hutu beteiligt gewesen zu sein."

"Westliche Länder und die Vereinten Nationen waren nach dem drei Monate währenden Massaker im Jahre 1994 erst spät eingeschritten, wofür sich kürzlich der amerikanische Präsident Clinton in der ruandischen Hauptstadt Kigali entschuldigt hat" (FAZ 24.4.1998). Die FAZ berichtet weiter: "In Paris versucht ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß derzeit das Ausmaß der französischen Verwicklung in den Völkermord zu ergründen" (FAZ 24.4.98).

Von bedeutender Aktualität ist aber die regierungsamtliche Mitteilung des Staates Ruanda: "Die ruandische Regierung vertritt die Auffassung, die bisherige Kultur der Straflosigkeit habe zu der Welle ungesühnter Gewalttaten in den vergangenen vierzig Jahren zwischen Hutu und Tutsi in dem überbevölkerten Kleinstaat beigetragen" (FAZ 24.4.1998).

Die Kleinstaaten Ruanda und Burundi sind in Äquatorhöhe sehr hochgelegene Staaten bis zu einer Höhe von 3.000 Meter über dem Meeresspiegel und daher klimatisch sehr begünstigt, eine Tatsache, die wohl zum Bevölkerungsreichtum dieser Staaten geführt hat. Doch, wie die Regierung von Ruanda jetzt eingesteht, ist nicht die dichte Besiedlung des Landes, sondern die "Kultur der Straflosigkeit" die Ursache des Völkermordes des Hutu-Volkes am Tutsi-Volk.

Die "Kultur" der Straflosigkeit

Nicht nur in Ruanda kam es durch die "Kultur" der Straflosigkeit zu einer Krise des Rechts,

des Rechtsbewußtseins im Volk und damit der Sittlichkeit ganz allgemein.

Seit den 70er Jahren dieses Jahrhunderts gelang es nämlich der aus dem atheistischen Existentialismus hervorgegangenen Ideologie des Feminismus mit der These des übergeordneten Selbstbestimmungsrechtes der Frau über das Lebensrecht des ungeborenen Kindes die Straflosigkeit vorgeburtlicher Kindestötung parlamentarisch durchzusetzen. Und dies in allen Staaten des westlichen Kulturkreises außer in Irland.

Es ist seitdem nur schwer verständlich, daß die deutschen Bischöfe - außer Erzbischof Dyba in Fulda - es nicht einzusehen vermögen, daß die Abgabe eines Beratungsscheines nach erfolgter Beratung für schwangere Frauen nichts anderes ist als die Aushändigung eines Garantiescheines für die Straflosigkeit einer vorgeburtlichen Kindestötung.

Man kann doch nicht für das Leben des ungeborenen Kindes beraten und dann am Ende der Beratung einen Schein ausstellen, der zu nichts anderem dient als zur garantierten Straflosigkeit einer Kindestötung. Die Widersprüchlichkeit einer solchen Handlungsweise sollte auch Bischöfen einleuchten! Denn mit der Scheinabgabe für die Straflosigkeit der Kindestötung wird rein rechtlich von kirchlicher Seite die Einwilligung in eine "Kultur" der Straflosigkeit vollzogen. Und dies mit allen Konsequenzen auch für alle anderen Gebiete der Rechtskultur und der Sittlichkeit, deren Bewahrung zu den wichtigsten Aufgaben jeder Seelsorge gehören sollte.

Wie kann man sich dann noch darüber entsetzen, daß Pornographie, sexueller Mißbrauch von Kindern und Kinderprostitution in einem früher nicht für möglich gehaltenem Ausmaß angestiegen sind, wenn beim ersten Grundrecht des Menschen, seinem Recht auf Leben, mit einem Beratungsschein Straflosigkeit für vorgeburtliche Kindestötung garantiert wird! Durch die "Kultur" der Straflosigkeit entstand eben eine Krise des Rechts und des Rechtsbewußtseins im Ganzen. Die Ursache dieser Krise ist die Trennung von Recht und Sittlichkeit. So ist es nicht verwunderlich, daß ein großer Teil der Gesetze des Staates dem Bürger nicht mehr als sittlich verpflichtend einleuchtet!

Strafe muß sein

Seit Schaffung des Römischen Rechts als größter Kulturleistung des antiken Roms gilt es als oberster Grundsatz der Rechtspflege in allen Kulturstaaten dieser Welt: Strafe muß sein! Alle Strafrechtslehrer sind sich darin einig, daß ohne Strafandrohung und ohne Strafvollzug eine soziale Ordnung im Zusammenleben der Menschen nicht gewährleistet ist. Wie sollte dies bei der Sicherung des Lebensrechtes des ungeborenen Kindes anders sein!

Straflosigkeit gerade auf dem Gebiet der Sicherung des Lebensrechtes ungeborener Kinder steht in krassem Widerspruch zum grundgesetzlich garantierten Lebensrecht jedes Menschen. Daß die deutschen Bischöfe, außer Erzbischof Dyba, mit der Aushändigung eines Beratungsscheines sich dazu mißbrauchen lassen, die Straflosigkeit der Tötung eines ungeborenen Kindes nicht nur zu ermöglichen, sondern die Straflosigkeit in einem solch unvergleichlich schwerwiegenden Tatbestand noch als rechtmäßig anzuerkennen, werden mit Sicherheit spätere Generationen eben diesen Bischöfen einmal zum Vorwurf machen.

Die Folgen der Straflosigkeit

In der ganzen Welt werden seit Änderung der Strafgesetzgebung für die Tötung ungeborener Kinder in jedem Jahr 50 Millionen ungeborener Kinder getötet. In Deutschland allein sind bis 10 Millionen im Mutterleib getötete Kinder seit Kriegsende zu beklagen. Seit 1976, als die Straflosigkeit der Tötung ungeborener Kinder bei Vorlage eines Beratungsscheines gesetzlich garantiert worden ist, werden alljährlich in Gesamtdeutschland 300.000-400.000 ungeborene Kinder getötet.

Das sind mindestens 30.000 Kindestötungen im Monat, eine Kindestötung in (etwa) jeder Minute. Dazu ist anzumerken, daß das Gesetz eine Meldepflicht für die Tötung eines ungeborenen Kindes vorgeschrieben hat, der jedoch vielfach nicht nachgekommen wird, da häufig un-

ter der Angabe der Diagnose "Menstruationsstörung", die Tötung eines Kindes verschleiert wird.

Wie das statistische Bundesamt in Wiesbaden am 3. April 1998 mitteilte, sind im Jahr 1997 die (registrierten) Tötungen ungeborener Kinder etwa gleich geblieben. Sie sollten aber nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zurückgehen, wenn das beschlossene Beratungskonzept wirksam greifen sollte. Da dies jedoch nicht der Fall ist, ist eine Revision des Gesetzes vom Jahre 1976 verfassungsgerichtlich für notwendig angeordnet. Es geschieht aber von Regierungsseite nichts, obwohl die Familienministerin auf diese Notwendigkeit hingewiesen hat und eine Neuregelung des Gesetzes von 1976 für notwendig hielt.

Eine Gesetzesänderung ist ganz besonders deswegen notwendig und diese verlangt auch die Bundesärztekammer, weil das statistische Bundesamt mitteilte, daß die vorgeburtlichen Kindestötungen nach der 23. Schwangerschaftswoche um zwanzig Prozent im Jahre 1997 zugenommen haben. Diese Zunahme der Tötungen nach der 23. Woche, also in einem Zeitraum, in welchem ungeborene Kinder bereits außerhalb des Mutterleibes lebensfähig sind (nach neuesten Erkenntnissen schon nach der 20. Woche), geht auf die moderne pränatale Diagnostik zurück. Durch die pränatale Diagnostik wird in aller Regel schon im Verdachtstall auf die Behinderung eines Kindes dieses noch vor der Geburt getötet.

Während Kinderärzte unter höchstem therapeutischem Einsatz um das Leben von Frühgeburten kämpfen, werden gleichaltrige ungeborene Kinder bei jedem Verdacht auf eine körperliche Erkrankung oder Behinderung straflos getötet. Dies ist in dem Umfang, der heute üblich geworden ist, nichts anderes als ein Genozid eines Volkes, begünstigt und gesetzlich ermöglicht durch die dem Töter eines Ungeborenen garantierte Straflosigkeit.

Der Genozid der Völker Europas

"Ein Volk, das seine Kinder tötet, tötet sich selbst", sagte die Friedensnobelpreisträgerin Mutter Teresa aus Kalkutta. Es ist erschreckend, wenn das einst so kinderliebende Italien nur noch eine Geburtenrate von 1,3 Kindern pro Frau aufzuweisen hat. Nicht viel besser sieht es in allen übrigen Staaten Europas aus, insbesondere in Deutschland, wo die Geburtenrate um 1,2 Kinder pro Frau liegen dürfte.

Mir liegen die amtlich gemeldeten Geburtenzahlen der Einwohnermeldestelle meines Wohnortes seit dem 1.7.1992 bis zum 30.6.1997 vor. Daraus ist eine kontinuierliche Abnahme der Geburten bei deutschen Ehepaaren und eine fortschreitende Zunahme der Geburten bei türkischen Gastarbeiterfamilien festzustellen. So wurden vom 1.7.1996 bis zum 30.6.1997 bei der Einwohnermeldestelle 69 evangelische Neugeborene und 76 katholische Neugeborene angemeldet bei 155 sonstigen Neugeborenen, bei denen es sich überwiegend um Kinder islamischer Eltern handeln dürfte. Von einer Gesamtzahl der Neugeborenen von 300 also 155 "sonstige", d.h. überwiegend Kinder türkischer Eltern.

Damit zeichnet sich ab, daß das deutsche Volk auf dem Wege ist, zu einer Minderheit im eigenen Lande zu werden. Das Schlimme an dieser Entwicklung ist: Niemand nimmt davon Notiz, keiner interessiert sich für diese Entwicklung. Man nimmt sie als gegeben hin und fragt nicht nach ihren Ursachen. Denn keiner ist bereit, seine Lebensgewohnheiten zu ändern. Und selbst die christlichen Kirchen und erst recht der Staat zeigen sich völlig gleichgültig.

Wozu der Geburtenschwund im westlichen Europa in nur wenigen Jahren führen wird, ist mit der Bezeichnung Genozid umfassend erklärt. Die Völker Europas bringen sich selbst um, einmal durch die akzeptierte "Kultur" der Straflosigkeit beim Töten ungeborener Kinder und dann durch die hormonelle Kontrazeption. Diese führte zwar sofort zum Rückgang der Geburtenzahlen. In einigen Jahren wird aber sogar die Fruchtbarkeit als solche zusätzlich noch durch eine Reduzierung der Fortpflanzungsfähigkeit der Männer weiter und zwar in bedrohlichem Umfang vermindert werden.

Man weiß heute schon, daß synthetische Hormone, insbesondere synthetisch hergestelltes Ös-

trogen, und andere Chemikalien mit hormonähnlicher Wirksamkeit in den Flüssen, besonders in den Einmündungen großer Ströme in das Meer, im Grundwasser und damit im Ernährungskreislauf der Menschen nachgewiesen werden können. Weibliche synthetische Hormone reduzieren auch in großer Verdünnung die Fortpflanzungsfähigkeit beim Menschen und bei Tieren. Während in den Vorkriegsjahren noch 4 Prozent bis 6 Prozent der Ehen ungewollt unfruchtbar blieben, sind es heute schon 20 Prozent und dies mit steigender Tendenz.

Die Realität des Genosuizids

In der März Ausgabe der Zeitung "Medizin und Ideologie" von 1998 wurde eine Zeitungsmeldung der "Bild Zeitung", Ausgabe Dresden vom 21. Mai 1997 veröffentlicht, in der auf Fortpflanzungsprobleme bei Männern in Dresden aufmerksam gemacht wurde. Schon zehn Prozent der Männer in Dresden sind betroffen!

"Unsere vom Sächsischen Wissenschaftsministerium geforderten Untersuchungen beweisen erstmals, daß Hormon Ausscheidungen von Frauen in Kläranlagen nicht vollständig abgebaut werden. Sie gelangen in den Wasserkreislauf und so ins Trinkwasser", so Projekt Chef Dr. Jörg Oelmann, zitiert nach "Bild" Dresden vom 21. Mai 1997. Dr. Oelmann: "Bei männlichen Regenbogen Forellen ist die Zurückbildung der Hoden durch östrogenhaltige Verbindungen schon erkannt".

Der Genosuizid der Menschheit ist keine Illusion mehr. Darauf haben die Amerikaner Theo Colborn, Dianne Dumanoski und John Peterson Myers in ihrem Buch "Die bedrohte Zukunft - Gefährden wir unsere Fruchtbarkeit und Überlebensfähigkeit?" im Droemer Knaur Verlag München hingewiesen. "Die Schreckensvision einer Erde ohne Menschen könnte schneller Realität werden, als wir uns vorstellen", heißt es im Nachwort dieses Buches zu der "weltweit dramatisch abnehmenden Fruchtbarkeit von Tier und Mensch".

Die Auswirkungen synthetischer Hormone und hormonähnlich wirkender Substanzen auf die Fruchtbarkeit von Menschen und Tieren sind also erwiesen. Daher kann der Genosuizid der Menschheit schneller Wirklichkeit werden, wenn die Menschen sich nicht rasch besinnen auf die Unverletzbarkeit der Naturgesetze und der Schöpfung. Diese zu erhalten und das Fortleben von Mensch und Tier zu sichern, ist unser aller Aufgabe. Dazu bedarf es der Einsicht, daß der Mensch nicht alles tun darf, was er kann. Dem Menschen sind Grenzen gesetzt zu seinem eigenen Schutz und zum Schutz seiner Umwelt.

Aus Medizin und Ideologie, Informationsblatt der Europäischen Ärzteaktion, 2/1998 mit freundlicher Genehmigung entnommen.

Der Autor Dr. med. Alfred Häußler wurde 1917 in Neckarsulm geboren. Er studierte Medizin in Tübingen, München und Freiburg im Breisgau. Bis Kriegsende diente er als Truppenarzt und verbrachte dann die Jahre 1946 bis 1952 in amerikanischer und britischer Kriegsgefangenschaft. Bis 1987 war er als Internist in einer eigenen Praxis niedergelassen und ist jetzt Schriftleiter der Zeitschrift "Medizin und Ideologie der Europäischen Ärzteaktion in den deutschsprachigen Ländern. ...<<

Wilhelm von Gottberg (ehemaliger Lehrer an einer Polizeifachschule) schrieb am 23. Dezember 2006 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>>Bis heute ungelöst

Die "Preußische Treuhand" hat ihre Entschädigungsklagen auf den Weg gebracht

Die "Preußische Treuhand" - eine Vereinigung von Vertriebenen zur Durchsetzung von Entschädigungsansprüchen für zurückgelassenes Eigentum in den früheren Ostprovinzen des Deutschen Reiches - hat vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg Individualbeschwerden gegen die Republik Polen eingereicht.

Damit hat die Organisation nun realisiert, was seit drei Jahren recht häufig angekündigt wurde. Die politische Klasse in Polen von ganz rechts bis links ist empört. Die Kommentare in den polnischen Zeitungen zu dem Vorgang haben fast durchgängig einen antideutschen Tenor

und sind von dem zur Staatsräson erhobenen Vorwurf geprägt, daß die Täter (Deutsche) sich zu Opfern stilisieren wollen. Eine sachliche Diskussion über die berechnete oder unberechnete Forderung von Entschädigungsansprüchen kann in Polen im Jahr 2006 noch nicht geführt werden.

Die Bundesregierung hat sich, wie auch schon die rot-grüne Vorgängerregierung, von der "Preußischen Treuhand" scharf distanziert und deren Handeln verurteilt. Tatsächlich ist aber durch Versäumnisse der Bundesregierungen seit 1990 bei der Regelung der Kriegsfolgelasten und bei den Vertragswerken mit den Nachbarstaaten im Osten die Situation geschaffen worden, die zur Gründung der Treuhand geführt haben. Durch Aussitzen und "unter den Teppich kehren" wollte die deutsche Politik die ungelösten Entschädigungsfragen vom Tisch bekommen. Diese Strategie ist zusammengebrochen.

Länger als ein Jahrzehnt haben die betroffenen Ostdeutschen auf eine Initiative der deutschen, beziehungsweise der polnischen Regierung für die Regelung der offenen Vermögensfrage gewartet. Es hat sich nichts getan. Die Kohl-Regierung hatte 1990 versprochen, dieses Problem in absehbarer Zeit einer Lösung zuzuführen. Später ist sie, wie auch die Nachfolgeregierungen davon abgerückt. Heute heißt es lapidar, man wolle das nachbarschaftliche Verhältnis zu Polen nicht mit Fragen aus der Vergangenheit belasten.

Die Passivität der Regierungen bei der Regelung der offenen Vermögensfragen hat dazu geführt, daß die "Preußische Treuhand" als Selbsthilfeorganisation der Betroffenen gegründet wurde. Mit Klagen vor nationalen und internationalen Gerichten will man Eigentumsrechte geltend machen und eine wie auch immer geartete Entschädigung durchsetzen.

Im Rechtsstaat Deutschland und im Rechtsstaatsgebilde EU ist dies legitimes Handeln. Im Rechtsstaat Polen müssen die Menschen und vor allem die politische Klasse dies aushalten, ohne zugleich das gut nachbarschaftliche Verhältnis zu Deutschland zur Disposition zu stellen. Eine zumutbare Entschädigung für konfisziertes und zurückgelassenes Eigentum war und ist immer auch eine, wenn auch nachgeordnete Forderung der Vertriebenenverbände. Die Spitze des "Bundes der Vertriebenen" hat sich dazu noch 2004 eindeutig bekannt.

Allerdings sehen die Vertriebenenverbände die Bundesregierung in der Pflicht. Diese muß endlich der gebotenen Obhutspflicht gegenüber ihren betroffenen Bürgern bei der Entschädigungsfrage nachkommen.

Wenn die Bundesregierung nicht in Verhandlungen mit den Nachbarstaaten über die Lösung der Entschädigungsfrage eintreten will - nach vielen amtlichen Verlautbarungen will sie das nicht, obwohl es geboten wäre - bleibt nur noch ein Weg, die Treuhand und deren Aktivitäten gegenstandslos zu machen. Die Bundesregierung muß eine nationale Lösung anstreben und die berechtigten Ansprüche aus eigenen Mitteln entschädigen. Dies würde Deutschland keineswegs überfordern, denn vor dem Hintergrund der noch immer praktizierten deutschen Scheckbuchdiplomatie würden wenige hundert Millionen Euro den deutschen Staat nicht zahlungsunfähig machen.

Diesen Weg ist auch Polen gegangen. Einzelklagen von zwangsumgesiedelten Ostpolen aus den heute zur Ukraine gehörenden früheren ostpolnischen Gebieten, sind durch polnische Gerichte positiv beschieden worden. Der polnische Staat hat im Einzelfall entschädigt.

Die Entschädigungsproblematik für zurückgelassenes Eigentum bei Vertreibungen und Zwangsumsiedelungen ist durchaus nicht nur eine spezifisch deutsch-polnische Angelegenheit. Dieser Tage erst hat ein zypriotisches Gericht die berechtigten Eigentumsansprüche vertriebener Zyprioten anerkannt.

Die italienische Vertriebenenorganisation der vertriebenen Iстриer fordert die Entschädigung oder Rückgabe des zurückgelassenen Eigentums. Zur Durchsetzung ihrer Ansprüche wollen die Italiener in wenigen Monaten einen europäischen Vertriebenenverband gründen. Deutsche Vertriebenenverbände sind dazu eingeladen worden.

Die Entschädigungsfrage bleibt auf der Tagesordnung nicht zuletzt vor dem Hintergrund der ungelösten Entscheidungsproblematik in Mitteldeutschland aufgrund der Enteignungen durch die Sowjets und des Regimes der "Sowjetischen Besatzungszone" am Ende des Zweiten Weltkrieges.<<

Der spätere Bundespräsident Joachim Gauck erklärte im Jahre 2006 während einer Rede zur Ausstellung "Erzwungene Wege" des Zentrums gegen Vertreibungen (x358/10): >>Es ist nicht normal, oder sagen wir es genauer: Es ist weder den Psychen der Beteiligten noch der Vernunft förderlich, wenn derartige Verluste, wenn Traumata dieser Größenordnung nicht im kollektiven Gedächtnis der Nation aufbewahrt werden.

Was bislang in speziellen Erinnerungsbiotopen der Vertriebenen ... gefördert wurde, sollte in den großen Rahmen des öffentlichen Gedenkens integriert und auch Teil der staatlichen Geschichtspolitik werden."<<

2007

Bulgarien und Rumänien traten am 1. Januar 2007 der Europäischen Union bei.

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 7. April 2007 (x887/...):

>>Wir sind im Krieg

Europas falsche Toleranz gegenüber dem Islam

Udo Ulfkotte wird bestimmt von keiner muslimischen Vereinigung als guter Freund betrachtet werden, denn der ehemalige "FAZ-Redakteur" widmet sich seit einigen Jahren intensiv einem Thema, das sie nicht gut aussehen läßt: der Islamisierung der Welt. Mit "Krieg in unseren Städten" machte er sich bereits 2003 zahlreiche Feinde, und auch seine aktuelle Veröffentlichung wird ihm so manche Morddrohung einbringen.

"Heiliger Krieg in Europa - Wie die radikale Muslimbruderschaft unsere Gesellschaft bedroht" lautet ihr Titel und verrät schon, wogegen Ulfkotte als einer von wenigen Warnern anschreibt. Doch wie immer, wenn jemand Einzelkämpfer ist, gibt es eine gewisse Neigung zur Einseitigkeit und zu Extremen, trotzdem überzeugt der Autor mit zahlreichen Fakten.

"Liest man die verschiedenen Bevölkerungsstudien zur Entwicklung Europas, dann ist der Trend klar: Europa wird immer stärker islamisch geprägt sein. Man mag darüber streiten, wie viele Muslime in welchem Jahr in Europa leben werden. Doch die kurzfristigen Prognosen sind eindeutig: Schon etwa um das Jahr 2025 herum wird jedes dritte in Europa geborene Kind muslimischen Glaubens sein."

Was an sich keine bedrohliche Entwicklung wäre, wenn eben die muslimischen Vereinigungen nicht schon seit Jahren Stück für Stück die Werte Europas unterwanderten. Ulfkotte belegt in seinem Buch, daß dies gar nicht so sehr die Schuld der Muslime ist, sondern viel mehr die jener europäischen Politiker und Regierungen, die die Zugewanderten gewähren lassen. Zumal, so Ulfkotte, die verschiedenen muslimischen Verbände jeweils nur einen sehr geringen Teil der europäischen Moslems verträten. Aber: "Deutsche Politiker reißen sich offenkundig darum, Begegnungsstätten mit dem Islam in Moscheen zu finanzieren."

Anhand zahlreicher Länderbeispiele führt der Autor an, wie sich die heimischen Gesellschaften anpassen. Von Krankenhäusern und Altenheimen nur für Moslems, in denen ihre religiösen Gefühle nicht verletzt werden, über Aushöhlung des Tierschutzes hin zur Anpassung des Scheidungsrechts an muslimische Geflogenheiten.

"Wer sich in Belgien öffentlich gegen die zunehmende Islamisierung stellt, muß mit Strafanzeige rechnen ... Jedes vollständig islamisierte muslimische Kind, das in Europa geboren wird, ist eine Zeitbombe für die Zukunft westlicher Kinder. Denn Letztere werden verfolgt werden, wenn sie zur Minderheit geworden sind."

Das brachte Vater Samuel eine Strafanzeige ein. Das belgische Zentrum gegen Rassismus behauptete, Vater Samuel schüre den 'Rassenhaß'. Vater Samuel war bis dahin nicht bekannt, daß Muslime in Belgien als 'Rasse' gelten."

Ulfkotte nennt zahlreiche Beispiele, wie der Westen aus falsch verstandener Toleranz seine eigene Identität zugunsten des Islam verwässert. Angriffe auf westliche Werte würden zudem einfach überhört. Entschuldigungen, wie sie Moslems von uns bei angeblichen Verletzungen ihrer religiösen Gefühle verlangen, wagten wir nicht einzufordern.

"Als der oberste Führer der australischen Muslime, Scheich Taj el-Din el-Hilali, zum Ende des Fastenmonats Ramadan im Oktober 2006 unverschleierte Frauen mit 'rohem Fleisch' verglich, gab es in der westlichen Welt keine massenhaften Demonstrationen." Und das obwohl der Scheich darin indirekt sexuelle Übergriffe auf Frauen guthieß, denn schließlich würde man es auch keiner Katze übelnehmen, wenn sie auf der Straße liegendes Fleisch fräße.

Nach der Lektüre bleibt der Leser ziemlich verängstigt zurück, denn die vom Autor beschriebene Zukunft sieht alles andere als harmonisch aus. Und letztendlich befinden wir uns nach Meinung Ulfkottes schon längst im Krieg, auch wenn wir die offene Schlacht mit dem Islam zu vermeiden suchen, doch "ein Krieg beginnt nicht erst dann, wenn der erste Schuß gefallen ist".

Udo Ulfkotte: "Heiliger Krieg in Europa - Wie die radikale Muslimbruderschaft unsere Gesellschaft bedroht", ... Frankfurt/Main 2007 ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 5. Mai 2007 (x887/...):
>>Christlichen Glauben schützen

Eine Verschärfung des Gotteslästerungsparagraphen 166 im Strafgesetzbuch haben die Teilnehmer des Vereins "Die Wende" gefordert. Die politisch Verantwortlichen in Deutschland müßten den christlichen Glauben mit demselben Eifer verteidigen, wie sie es im Blick auf andere Religionsgemeinschaften täten. Seit nicht mehr die Ehre Gottes gesetzlich geschützt sei, sondern nur noch das religiöse Empfinden von Menschen, schwiegen viele Christen zu blasphemischen Angriffen auf den Glauben. Nach Ansicht der "Wende" werden Christentum und Islam hierzulande ungleich behandelt.

Während blasphemische Angriffe auf das Christentum weitgehend ungeahndet blieben, bestehe im Blick auf den Islam eine Selbstzensur. Provokationen des Islam unterblieben, weil man Gefahren für den öffentlichen Frieden befürchte. Insbesondere die beiden großen Kirchen sollten sich stärker bemühen, "das Heilige heilig zu halten", um den Charakter eines christlich geprägten Staatswesens zu bewahren. Die Entchristlichung dürfe nicht weiter voranschreiten. In einem Grundsatzreferat wies der Journalist und Buchautor Udo Ulfkotte auf den zunehmenden Einfluß von Islamisten auf die veröffentlichte Meinung hin.

Dies sei möglich, weil sich der Rechtsstaat vor unverblümt angedrohter Gewalt beuge und kritische Berichte über den Islam nicht erwünscht seien. Die 1993 gegründete "Wende" hat nach eigenen Angaben gut 1.000 Unterstützer. Sie setzt sich für eine geistige Erneuerung Deutschlands aus den Wurzeln des christlichen Glaubens ein. Ihr Ideengeber ist der evangelische Sozialphilosoph Günter Rohrmoser.<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.07.2024

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x268/79) = Der Kult mit der Schuld. Geschichte im Unterbewußtsein. 2. Auflage, Seite 79.

x268	Nawratil, Heinz: <u>Der Kult mit der Schuld</u> . Geschichte im Unterbewußtsein. 2. Auflage. München 2004.
x358	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Verbrechen an Deutschen</u> . Vertreibung, Bombenterror, Massenvergewaltigungen. COMPACT-Geschichte Nr. 8. Werder (Havel) 2019.

Internet

x875	http://potsdamer-konferenz.de/voelkerrecht/ayala_lasso_2005.php - Juli 2016
x879	http://www.kas.de/wf/doc/kas_7309/ - September 2016.
x880	http://horst-koch.de/europa-vatikan-u-die-neue-weltordnung/ - Dezember 2016
x887	http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html - Dezember 2016
x917	https://horst-koch.de/griff-des-islam-nach-europa/ - April 2019
x918	https://horst-koch.de/kopftuch-als-uniform/ - April 2019
x1.102	https://horst-koch.de/genosuizid/ - April 2022